

Wer einmal lügt

Jean-Claude Juncker lässt Haushaltssünder wie Frankreich und Italien einfach gewähren. Dabei wurde uns doch in der Eurokrise versprochen, der Stabilitätspakt werde künftig ernst genommen. Kaum kommt es zum ersten Test, knickt die EU wieder ein.

28.11.2014, von **HOLGER STELTZNER**



© DPA  Jean-Claude Juncker

Mit Juncker an der Spitze schert sich auch die neue Kommission nicht um die Europäischen Verträge. Weil die Länder Lektionen aus Brüssel nicht mögen, nickt Juncker alles ab. Paris darf die Einhaltung der Regeln zur Neuverschuldung auf den Sankt Nimmerleinstag verschieben. Und Rom darf Schulden machen so viel es will. Also alles wie gehabt. Wer erinnert sich noch? Nachdem Deutschland unter Kanzler Schröder und Frankreich die Kommission zum Bruch des ursprünglichen Stabilitätspakts gezwungen und damit die Eurokrise mit ausgelöst hatten, versprach Bundeskanzlerin Merkel, dies dürfe nie wieder passieren. Sie präsentierte einen angeblich gehärteten Stabilitäts- und Wachstumspakt, dem nach einem Strandspaziergang mit Frankreichs Präsident Sarkozy freilich die Zähne gezogen wurden.



Autor: Holger Steltzner, Jahrgang 1962, Herausgeber. Folgen:

Kaum kommt es zum ersten Test des zweiten Pakts, knickt die EU-Kommission wieder ein. Ob Nicht-Beistandsklausel oder Stabilitätspakt, in Brüssel sind die Verträge offenbar das Papier nicht wert, auf dem sie geschrieben werden. Wie soll da noch jemand der Kommission glauben oder gar vertrauen? Will man so dem wachsenden Misstrauen begegnen, das sich im Zulauf für radikale Parteien in Europa niederschlägt? Weil auch Juncker persönlich Misstrauen entgegenschlägt, ist es sträflich, wenn die Kommission ihre erste und vornehmste Aufgabe missachtet, Hüterin der Verträge zu sein.

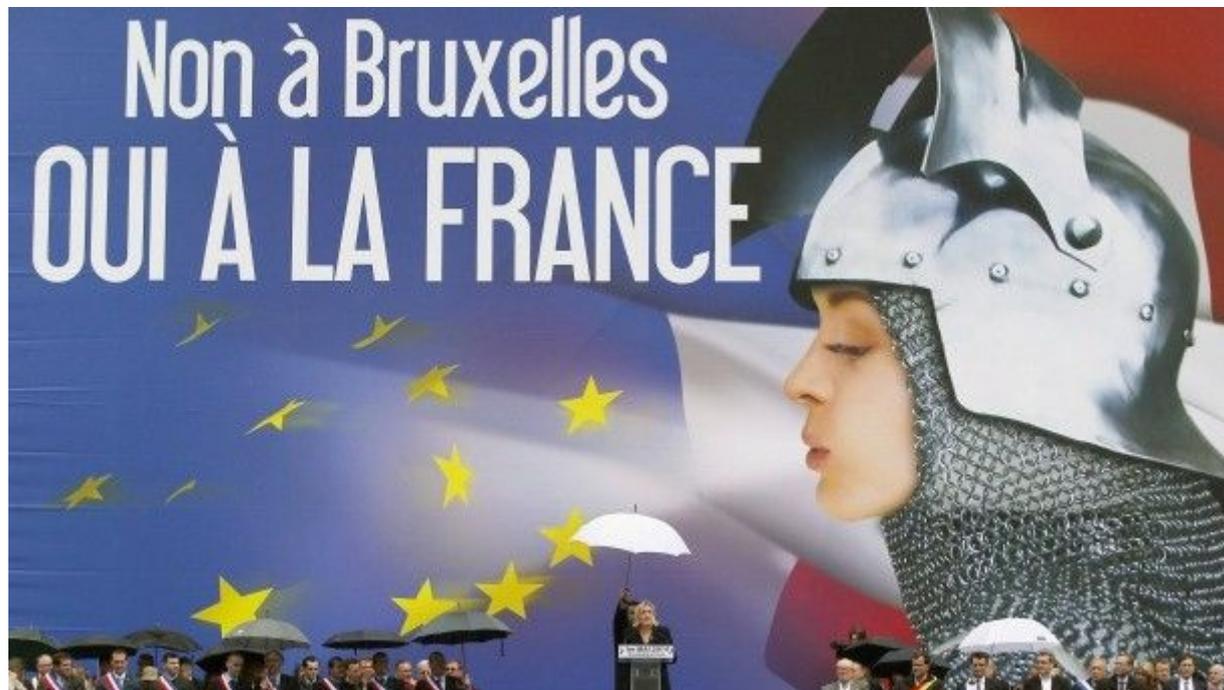
Das **Misstrauensvotum gleich zum Amtsantritt hat Juncker überstanden**, aber die Luxemburger Steueraffäre wird ihm nachhängen. Er leugnet weiter, was alle sehen: dass er als Regierungschef das kleine Luxemburg reich gemacht hat durch Steuervermeidung für große Unternehmen, zulasten der Nachbarländer.

Als Kommissionspräsident gibt Juncker nun als neue Losung in Steuerfragen aus: Das Land, in dem ein Unternehmen Gewinn macht, muss auch das Land sein, in dem es Steuern zahlt. Wenn das so einfach wäre. Soll das etwa heißen, die Gewinne deutscher Autohersteller sollen dort versteuert werden, wo die Autos verkauft werden? Wie will man dann Europas Sozialsysteme oder die Infrastruktur finanzieren, wenn künftig ein Großteil der Gewinnsteuern auf den Verkauf deutscher Autos etwa in China bleiben soll? Wahrscheinlich meint er auch das nicht so. Denn mit Blick auf den Bruch des Stabilitätspakts durch Rom und Paris hat er auch gesagt, es wäre leicht gewesen, Sanktionen zu verhängen. Wer glaubt das? Schließlich hatte Juncker als Chef der Eurogruppe mal gesagt: „Wenn es ernst wird, muss man lügen.“

Die Stunde der Populisten

Die schlichten bis brachialen Lösungen der Populisten rütteln an den Grundfesten unserer Demokratien. Die „Altparteien“ in Europa sollten ihnen nicht nachlaufen. Denn die Probleme einer komplizierten Welt lassen sich nicht mit einfachen Rezepten kurieren. Ein Kommentar.

29.11.2014, von GÜNTHER NONNENMACHER



© DPA  Kundgebung des Front National mit Marine Le Pen in Paris (Archivbild Mai 2014)

Populistische Bewegungen und Parteien haben Zulauf in Europa. Über einen Kamm scheren lassen sie sich nicht, auch wenn es rechts wie links Ausfransungen zum Extremismus gibt. Im nördlichen Europa ist der Populismus eher rechtsgerichtet, im südlichen haben vor allem Linke Auftrieb; Länder wie Frankreich oder Italien werden von linken und rechten Populisten geradezu in die Zange genommen. Vereint sind sie alle in ihrer Ablehnung der „Altparteien“, der überkommenen politischen Eliten.



Autor: Günther Nonnenmacher, Jahrgang 1948, Herausgeber. Folgen:

Es ist nicht einfach, über die allen gemeinsame „Antihaltung“ hinaus Themen zu finden, die Populisten verbinden. Europa-Skepsis bis hin zur radikalen Ablehnung der EU gehört dazu. Alle sind sie gegen „Fremdbestimmung“ aus Brüssel, aber danach scheiden sich schon die Geister. Was die Währungsunion angeht, prangern Linkspopulisten das „Austeritätsdiktat“ der Nordländer an; die Rechtspopulisten werfen den Südländern vor, sie wollten die aus ihrer Misswirtschaft entstandenen Schuldenberge mit Geld aus dem Norden abtragen. Das zweite große Thema des Populismus, die angeblich ungezügelter Einwanderung, leitet vor allem den Rechten Wasser auf die Mühlen; die meisten Linken leugnen einfach, dass es überhaupt ein Problem gebe.

Unterkapitel der Globalisierungskritik

So unterschiedlich die Sichtweisen sind, so deutlich nehmen sie doch Bezug auf weltweite Entwicklungstrends. Die Europa-Skepsis ist für linke Populisten (teilweise auch für rechte, etwa den französischen Front National) ein Unterkapitel der Globalisierungskritik; sie lehnen „Neoliberalismus“ und offene Grenzen ab und sind gegen Freihandel. Dass Globalisierung und internationale (europäische) Regulierung die Selbstbestimmung der Nationen aushöhlten und die Souveränität der Staaten untergraben, ist das Mantra der Rechten. Dass vom Standortwettbewerb die Unternehmen

profitierten, sei es durch billige Arbeitskräfte, sei es durch niedrige Steuern, während die Arbeitnehmer ihre Jobs verlören oder unter „Sozialdumping“ litten, ist eine linke Lesart.

Der zweite Trend, die weltumspannende Migration - ob Armutswanderung, ob Folge des Klimawandels, ob Flucht vor Krisen und Kriegen -, ist das Hauptthema der Rechtspopulisten. Es stimmt ja: Millionen Menschen haben sich auf den Weg gemacht, um Sicherheit und Wohlstand in den reicheren Ländern der Welt zu suchen, nicht zuletzt in Europa. Die Rechten schüren die in der Bevölkerung vorhandene Angst vor Überfremdung.

Wachsende Abstiegsängste

Vor Jahrzehnten stellte der Bundeskanzler Helmut Schmidt die Prognose, dass die Industrieländer irgendwann nur noch „Blaupausen“ für die Produktion in anderen, ärmeren Ländern der Welt liefern würden. Das hatte damals einen optimistischen Unterton: Es wurde als Beitrag zur Entwicklung der „Dritten Welt“ und als verheißungsvoller Weg in die „Dienstleistungsgesellschaft“ angesehen. Welche Folgen für den Arbeitsmarkt das Abwandern von Produktion hat, ist heute nicht mehr zu übersehen; selbst in Amerika, dem Land des flexiblen Arbeitsmarktes, ertönen Rufe nach einer neuen „Reindustrialisierung“.

Welche Gestalt die annehmen könnte, lässt sich an der beschleunigten Entwicklung in Richtung auf eine „Industrie 4.0“ ablesen. Inzwischen gibt es die Vermutung - mit dem Wort Prognose sollte man vorsichtig sein -, dass die Digitalisierung der Wirtschaft und die Vernetzung aller Lebensbereiche gerade die Inhaber jener qualifizierten Jobs treffen könnten, die das Rückgrat von Wirtschaft und Gesellschaft bilden: vom Facharbeiter bis zum akademisch qualifizierten Abteilungsleiter. Abstiegsängste könnten zunehmen, die Zahl der „Abgehängten“ könnte noch wachsen. Das würde das soziale Fundament demokratischer Politik erschüttern.

Die Verunsicherung, die solche Ahnungen und die schon sichtbaren Vorboten der Entwicklung hervorrufen (dazu gehört auch die Angst vor einem „Überwachungskapitalismus“), vermischt sich mit der Furcht vor sozialen Auswirkungen der Migration: etwa vor neuen Konkurrenten auf dem Arbeitsmarkt oder ausufernden Kosten für die Sozialsysteme. Der Rat, man solle den Hungernden und Beladenen, damit sie nicht zu uns kommen müssen, in ihrer Heimat helfen, bricht sich an Zuständen, die kurz- und mittelfristig nicht zu ändern sind; ein Blick nach Afrika oder in die arabische Welt genügt. Man muss nicht den großen „clash of civilizations“ beschwören, um die alltäglichen Spannungen ernst zu nehmen, die unweigerlich entstehen, wenn Angehörige verschiedener Kulturen und Religionen auf engem Raum zusammenleben.

Die Angst vor destruktiven Auswirkungen dieser Prozesse wird vom Glauben an die heilende „unsichtbare Hand“ des Marktes nicht aus der Welt zu schaffen sein. Und die Konflikte zwischen Menschen unterschiedlicher Herkunft werden mit Aufrufen zu Toleranz nicht einfach verschwinden. Auf einem anderen Blatt steht, dass die schlichten bis brachialen Lösungen der Populisten in Wahrheit an den Grundfesten unserer Demokratien rütteln. Deshalb sollten die „Altparteien“ ihnen nicht nachlaufen. Sie müssen für die Einsicht werben, dass die Probleme einer komplizierten Welt sich nicht mit einfachen Rezepturen kurieren lassen.

http://www.faz.net/aktuell/finanzen/geldanlage-trotz-niedrigzinsen/300-milliarden-euro-verluste-durch-niedrigzinsen-13302993.html?printPagedArticle=true#pageIndex_2

300 Milliarden Euro Verluste der Deutschen durch Niedrigzinsen

Ifo-Chef Hans-Werner Sinn über die Nullzinspolitik der EZB, die Verluste der Deutschen und den Nutzen für überschuldete Südländer. Am Ende mutiere die Eurozone in eine Transferunion, fürchtet er.

04.12.2014



© DPA  Hans-Werner Sinn, Ifo-Institut

Herr Sinn, können Sie sich eine Welt ganz ohne Zinsen vorstellen?

Theoretisch kann ich mir das vorstellen. Aber die Verwerfungen durch einen dauerhaften Nullzins wären groß. Die Immobilienpreise und das Volksvermögen wären dann theoretisch unendlich hoch.

Der Zins ist der Preis für geliehenes Geld, für Kapital. Seit der Krise haben die Notenbanken die Leitzinsen auf null gesenkt, die EZB wird sie wohl noch lange dort halten. Was sind die ökonomischen Folgen von Nullzinsen?

Der Zins verliert seine Selektionsfunktion. Wenn Kredite nichts kosten, unterscheidet man nicht mehr zwischen guten und schlechten Investitionsprojekten. Auch Projekte ohne Rendite können realisiert werden. Es kommt zu gewaltigen Fehlleitungen der Investitionen. Man denke nur, was in den zehn Jahren vor Ausbruch der Krise passiert ist. Da haben die Deutschen ihre Ersparnisse über die Banken und Versicherungen in die Staatspapiere und die Immobiliensektoren der Länder Südeuropas gelenkt, die sich wegen niedriger Zinsen stark verschuldet haben. Das Geld wurde verkonsumiert oder in Projekte investiert, die nun brachliegen.

Seit der Krise wollen sehr viel weniger Leute in Südeuropa investieren.

Die Kapitalmärkte wollten die Fehlleitung korrigieren und die Portfolios anders strukturieren, unter anderem in deutsche Immobilien investieren. Das hat den deutschen Bauboom angeschoben und uns ein überdurchschnittliches Wachstum beschert. Aber die Politik sagte, die Umkehrung der Kapitalströme darf nicht sein: Wir sollen weiter Kapital in Südeuropa verbrennen. Das geschieht durch die gemeinschaftlichen Garantien und dadurch, dass die Druckerpresse in Südeuropa Geld zu Niedrigzinsen bereitstellt.

„Pro Jahr beträgt der Verlust jetzt 60 bis 70 Milliarden Euro“

Trotz der sehr niedrigen Zinsen wird derzeit eher wenig investiert, auch in Deutschland. Die Unternehmen halten sich mit realen Investitionen zurück und die Kreditschöpfung ist gering. Woran liegt das?

Mit ihrem OMT-Programm (der angekündigte Kauf von Staatsanleihen der Krisenländer im Notfall, Anm. d. Red.) gewährt die EZB dem deutschen Sparkapital Geleitschutz bei dem Weg in die Staatsapparate Südeuropas. Das schwächt den deutschen Bauboom und damit die Kraft, die das binnenwirtschaftliche Wachstum der Bundesrepublik seit 2010 getragen hat. In der Realwirtschaft Südeuropas landet das Geld eher nicht, denn dort wurde schon zu viel investiert, und

es bestehen Überkapazitäten. Für viele Produktionsprojekte ist der Zins im Übrigen allein kein maßgebliches Kriterium. Da kommt es auf die zu erwartenden Gewinne an; man braucht ein Geschäftsmodell für Realinvestitionen.

Banken, die überschüssiges Geld bei der EZB parken, müssen dort Negativzinsen zahlen. Einige geben die Kosten als negative Zinsen an Großkunden weiter. Wird die EZB mit dieser Politik die Kreditvergabe ankurbeln können?

Im Prinzip ja. Die Banken können aber ins Ausland ausweichen und außerhalb des Euroraums investieren, wo mehr Zinsen zu erwirtschaften sind. Das drückt den Eurokurs – ein von der EZB durchaus erwünschter und geplanter Effekt, der den Export beleben soll.

Auch für Sparkonten gibt es nur noch Magerzinsen, deutsche Staatsanleihen rentieren bei nur noch knapp 0,8 Prozent, weniger als die Inflationsrate. Müsste den Deutschen nicht die Lust am Sparen komplett vergehen? Paradoxerweise sparen die privaten Haushalte weiterhin in hohem Maße, die Sparquote ist nur leicht gesunken.

Da spielen zwei Effekte eine Rolle. Einerseits der Anreizeffekt durch Zinsen, der ist verringert. Andererseits muss man jetzt um so mehr sparen, um einen bestimmten Betrag in der Zukunft, im Alter, zur Verfügung zu haben. Das ist der Einkommenseffekt. Es ist theoretisch nicht eindeutig, was überwiegt.

Wie hoch ist der Verlust für die Sparer durch die Niedrigzinspolitik?

Die Sparer verlieren sehr viel Geld. Deutschland ist absolut gesehen der größte Kapitalexporteur der Welt und, nach China, das Land mit dem größten Netto-Auslandsvermögen. Wir sind Gläubiger der Welt und verlieren durch die niedrigen Zinsen. Es gibt zwar Sektoren in Deutschland wie der Staat, die profitieren. Aber per Saldo sind wir Nettogläubiger und haben durch die Niedrigzinsen einen großen Verlust. Nach meiner Berechnung sind den Deutschen seit 2008 etwa 300 Milliarden Euro entgangen im Vergleich zu den Zinsen, die Ende 2007, vor Ausbruch der Krise, zu erzielen waren. Pro Jahr beträgt der Verlust jetzt 60 bis 70 Milliarden Euro.

Für die Krisenländer bringt der Niedrigzins eine Entlastung – wie hoch ist diese?

Sehr hoch. Obwohl die Krisenländer sich immer weiter verschuldet haben und ihre Auslandsschuld dramatisch aufgebläht haben, sind ihre Zinslasten gefallen. Sie haben absolut weniger Zins- und Kapitalkosten an die ausländischen Geldgeber zahlen müssen. Der Vorteil der Krisenländer durch den Zinsrückgang liegt nach meiner Rechnung bei 350 Milliarden Euro bis zum Ende dieses Jahres.

Sind Sie jetzt Marxist geworden, Herr Sinn?

Ist das wirklich alles auf die Politik der EZB zurückzuführen? Es gibt ja ganz unterschiedliche Theorien, warum die Zinsen so gefallen sind. Einige Ökonomen verweisen auf die Notenbanken, die anderen auf den Sparüberschuss alternder Gesellschaften, schließlich weist der Trend der Zinsen schon seit den späten achtziger Jahren nach unten. Wer ist nun hauptverantwortlich für den Zinssinkflug?

Das liegt in der Tat nicht nur an der EZB. Es liegt auch an der Krise an sich und am Sparüberschuss. Es gibt eine gewisse Erschöpfung der Investitionsmöglichkeiten. Das alte Problem, das schon Marx mit dem „Gesetz des tendenziellen Falls der Profitrate“ beschrieben hat, spielt eine Rolle. Aber wichtiger scheint mir in Europa die Rettungspolitik der EZB und der Staatengemeinschaft zu sein. Da die südlichen Länder sich übernommen hatten, muss man ihnen einen Teil der Schulden erlassen. Das kann man offen tun, indem man die Schulden abschreibt. Man kann es aber auch versteckt tun, indem man die Zinsen gegen null drückt und die Hilfskredite ewig laufen lässt.

Interessant, dass Sie Marx erwähnen. Sind Sie in der Krise Marxist geworden?

Ich habe meine Diplomarbeit darüber geschrieben (lacht). Mein erstes wissenschaftliches Papier war über „Das Marx'sche Gesetz des tendenziellen Falls der Profitrate“. Ich hatte das Gesetz aus der Sicht der modernen Wachstumstheorie diskutiert.

Ökonomen wie Larry Summers, der Harvard-Ökonom und frühere amerikanische Finanzminister, sagen: Wegen erschöpfter Investitionsmöglichkeiten und einem Sparüberhang müsste der gleichgewichtige Realzins negativ sein. Sonst drohe den Industrieländern eine „säkulare Stagnation“. Was ist von dieser These zu halten?

Diese Gefahr besteht. Ich habe im Jahr 2009 schon einen Artikel im Project Syndicate über das Thema „Säkulare Stagnation“ geschrieben. Aber es gibt auch Gegenkräfte. Dazu gehört der drastische Anstieg der Immobilienpreise und Aktienkurse in einem solchen Fall, wenn die Zinsen sehr niedrig sind. Die Vermögenszuwächse führen dazu, dass der Konsum zunimmt und die Ersparnis abnimmt. Dauerhaft negative Zinsen würden manche Vermögenswerte in schwindelnde Höhen treiben. Die Ersparnis würde dann sehr stark schrumpfen, weil viele Menschen auch ohne Anstrengung sehr reich würden.

Auf dem Papier zumindest.

Reichtum besteht immer auf dem Papier. Es geht um relative Preise. Die Überersparnis würde sich sehr schnell auflösen. Eine Situation, dass man wegen Überersparnis dauerhaft Null- oder gar Negativzinsen im Gleichgewicht hat, wie das Summers sagt, ist schier unmöglich.

„Aktien sind sicherer als Anleihen oder Sparkonten“

Mal eine private Frage: Sparen Sie selbst noch Geld, und wie legen sie es an?

In Aktien.

Dann sind sie untypisch für die Deutschen. 85 Prozent der Deutschen haben weder Aktien noch Aktienfonds.

Das ist verkehrt. Aktien sind das Sicherste, was man haben kann – ganz egal, ob es Inflation oder Deflation gibt. Man wird ja Realeigentümer an den Unternehmen und hat einen Anspruch auf die Dividenden. Wenn ich andere Wertpapiere habe, kann ich immer von einer Inflation oder Deflation betroffen sein, entweder negativ oder positiv. Nur scheinbar sind Aktien riskanter, weil die Kurse schwanken. In Wahrheit werde ich Eigentümer an dem Unternehmen selbst. Am besten sollte man Aktien kaufen, sie dauerhaft halten, gar nicht mehr auf die Kurse schauen und die Dividenden kassieren.

Die EZB versucht ihre Bilanz auf 3 Billionen Euro auszuweiten durch den Kauf verschiedener Wertpapiere, von Covered Bonds bis Kreditverbriefungen, und durch sehr günstige Langfristkredite an die Banken. Was wird sie damit erreichen?

Die Bilanzaufblähung dient dazu, die Banken und Staaten Südeuropas zu retten, das ist eindeutig. Das ist nicht mehr Geldpolitik, sondern es geht um eine fiskalische Rettungspolitik. Die Banken haben sehr viele toxische oder jedenfalls gefährdete Papiere in ihren Bilanzen. Diese Forderungspapiere haben sie der EZB bislang als Pfänder für die Refinanzierung eingereicht. Jetzt kauft ihnen die Zentralbank die Papiere ab – und zwar zu den gleichen Regeln, nach denen sie Pfänder akzeptiert hat. Das ist schon sehr problematisch. Erst ist die EZB bei der Pfandqualität immer tiefer runter gegangen, bald wird sie immer schlechtere Wertpapiere kaufen.

Die EZB verweist auf eine Studie der Ratingagentur Fitch, die von nur minimalen Ausfallwahrscheinlichkeiten von unter 2 Prozent der Papiere spricht.

Das ist eine kurzfristige Orientierung. Die Ausfallraten sind niedrig, weil die EZB ja immer wieder für Anschlussfinanzierung gesorgt hat. Wenn alles aufrechterhalten wird, gibt es vorläufig auch keine Ausfallraten, bis dann zum Schluss doch der Crash kommt. Wenn die EZB so viel kaufen will, muss sie immer schlechtere Qualitäten kaufen. Es ist schon was dran, wenn Jürgen Stark, der frühere EZB-Chefvolkswirt, sagt, die EZB laufe Gefahr, zu einer Bad Bank zu werden.

„Es gibt keine Entwarnung für die Krisenländer“

EZB-Chef Draghi nennt das Polemik. Es gehe ihm um das EZB-Mandat. Durch die lockere Geldpolitik soll derzeit sehr niedrige Inflationsrate in Richtung des Zielwerts von 2 Prozent angehoben werden. Kann man dieses Argument beiseite wischen?

Er hat selbst erklärt, dass die EZB unter ein Rating von BBB- gehen wird, und das ist nun mal kein Investment-Grade mehr. Bezüglich der Inflation würde ich unterscheiden zwischen einer ökonomischen und einer juristischen Antwort. Ökonomisch hat die EZB recht, wenn sie versucht, die Inflationsrate im Euroraum anzuheben, denn nur mit etwas mehr Inflation gelingt die Änderung der relativen Preise, dass also die Krisenländer ihre zuvor hochgeschossenen Kosten in Relation zu den Wettbewerbern wieder reduzieren. Eine Deflation ist in einer überschuldeten Welt schwer möglich. Das ist die ökonomische Seite. Juristisch hat die EZB aber nicht recht. Denn im Maastricht-Vertrag steht nicht, dass die EZB 2 Prozent Inflation anstreben soll, sondern er spricht von Preisstabilität.

Die EZB hat Preisstabilität als Anstieg der Verbraucherpreise um knapp 2 Prozent definiert.

Das hat sie für sich selbst so definiert, aber das steht nicht im Vertrag. Die EZB hat nicht das Recht, ihr Mandat selbst zu definieren, das hat das Verfassungsgericht in seinem Beschluss vom Februar deutlich gemacht. Das Mandat ist null Prozent. Deshalb ist die EZB derzeit juristisch nicht zum Handeln gezwungen.

Sie haben lange argumentiert, dass die Euro-Krisenländer innerhalb der Währungsunion die Strategie einer großen internen Abwertung kaum durchhalten können und kaum auf die Füße kommen werden. Nun scheint aber doch Spanien durch Sparbemühungen und Reformen die Wende geschafft zu haben. Es ist im vergangenen Quartal überdurchschnittlich gewachsen und die Leistungsbilanz ist positiv. Selbst Griechenland scheint nach langem Absturz konjunkturell einen Boden gefunden zu haben. Waren Sie zu pessimistisch?

Die Behauptung, dass bei den Krisenländern Entwarnung angesagt ist, halte ich für falsch. Betrachten wir die Leistungsbilanzen: Die sechs Krisenländer zusammen hatten letztes Jahr einen positiven Leistungsbilanzsaldo von 36 Milliarden Euro. In Wahrheit ist es aber so, dass über 72 Milliarden Euro durch die auch politisch motivierten Zinssenkungen erklärt werden. Rechnet man das heraus, hatten sie eine Leistungsbilanz von minus 36 Milliarden Euro. Im übrigen haben sich die Leistungsbilanzen in den meisten Krisenländern vor allem dadurch verbessert, dass die Importe drastisch eingebrochen sind, weil die Menschen bei Massenarbeitslosigkeit kein Geld mehr haben, ausländische Autos oder Flachbildfernseher zu kaufen. Die Exporte kehrten vereinzelt bestenfalls auf ihren alten Trend zurück. Italien hat seit 2008 eine Triple-Dip-Rezession, einen dreifachen Einbruch der Industrieproduktion. Frankreich und Spanien bewegten sich gleichzeitig seitwärts auf Plateaus, die um 17 Prozent beziehungsweise 28 Prozent unter dem Vorkrisenniveau liegen. Die Industrie ist ja der härtere Indikator für die Wettbewerbsfähigkeit. In Italien schrumpft sogar die Gesamtwirtschaft. Die Arbeitslosenquoten von Griechenland und Spanien liegen bei etwa 25 Prozent. In Italien sind 43 Prozent der Jugendlichen, die nicht zur Schule gehen, arbeitslos. In Griechenland und Spanien sind es rund die Hälfte. Die Krisenländer stecken also noch sehr tief in der Krise.

Aber Sie können nicht leugnen, dass einige Länder schmerzhaft Reformen durchgeführt haben, um ihre Lohnkosten und Sozialausgaben zu senken.

In Irland war die reale Abwertung ausreichend; immerhin fielen die irischen Preise relativ zum Rest der Eurozone um 15 Prozent. Die Iren kamen schon 2006 in die Wirtschaftskrise, zwei Jahre vor Lehman. Keiner hat ihnen geholfen, da hat Irland selbst den Rückwärtsgang eingelegt und es geschafft. Die anderen, südeuropäischen Länder kamen erst nach Lehman gemeinsam in die Krise und haben sich dann das Geld gedruckt, das sie sich nicht mehr leihen konnten. Das wurde durch die Target-Salden gemessen. Die Selbstversorgung mit der Druckerpresse hat die Schmerzen gelindert und die Anpassung der relativen Preise verlangsamt oder verhindert. Die südeuropäischen Länder wie Griechenland oder Spanien haben noch einen sehr weiten Weg durch ein Tal der Tränen vor sich. Ob das alles in der Eurozone möglich ist, steht in den Sternen, denn weder wird Deutschland die Inflation akzeptieren, noch die Südländer die Deflation.

„Billiges Geld nur eine Art Schmerzmittel“

EU-Kommissionspräsident Juncker hat angekündigt, mit einer kleinen Anschubfinanzierung eine Investitionswelle über 315 Milliarden Euro in Gang zu setzen. Ist das ein Luftschloss? Wie beurteilen Sie das Programm?

Die EU will das Geld mehrfach hebeln. Sie gibt 16 Milliarden Garantien, dann werden noch 5 Milliarden bei der Europäischen Investitionsbank durch die Hebung stiller Reserven ausgewiesen. Die Garantien sollen einen neuen Fonds in die Lage versetzen, sich zu verschulden. Durch Kreditaufnahme sollen 60 Milliarden zustande kommen, die dann private Investitionen mitziehen sollen. So kommt die EU auf angeblich 315 Milliarden. Juncker konstruiert einen gewaltigen Schattenhaushalt. Die Schulden werden am Stabilitätspakt vorbei gemacht.

Wie groß wird der konjunkturelle Effekt durch die Investitionen sein?

Ich glaube, es wird tatsächlich einen konjunkturellen Impuls geben. Aber es wäre besser, das ehrlich in den Staatshaushalten zu verbuchen.

Angesichts der niedrigen Inflation und der mehr oder weniger stagnierenden Wirtschaft des Euroraums werden Vergleiche mit Japan gezogen. Sehen Sie auch Parallelen?

Die Vergleiche sind angebracht. Als 1990 die Japan-Blase geplatzt ist, hat das Land mit keynesianischem Schuldenmachen dagegegehalten. Die Staatsschuldenquote ging hoch von 69 Prozent auf mittlerweile 245 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Außerdem wurde das Land überschüttet mit Zentralbankgeld. Die Zinsen wurden von 1998 bis zum heutigen Tage praktisch auf null gesetzt. Geholfen hat das alles wenig bis nichts. Japan war seitdem in einer Deflation mit mickrigem Wachstum und wiederholten Rezessionen. Das zeigt, dass sich strukturelle Probleme von Ländern nicht durch makroökonomische Maßnahmen lösen lassen. Ministerpräsident Abe hat es versucht, indem er noch einmal tiefer in die Geldkiste gegriffen hat. Auch das hat nicht gefruchtet, Japan ist wieder in eine Rezession gefallen. Daraus sollten wir in Europa lernen, dass man Dinge, die schief laufen, nicht einfach mit Gelddrucken übertünchen kann. Lockeres Geld ist nur eine Art von Schmerzmittel. Und es ist kontraproduktiv, wenn die notwendigen Operationen deshalb unterbleiben.

Wohin steuert Europa?

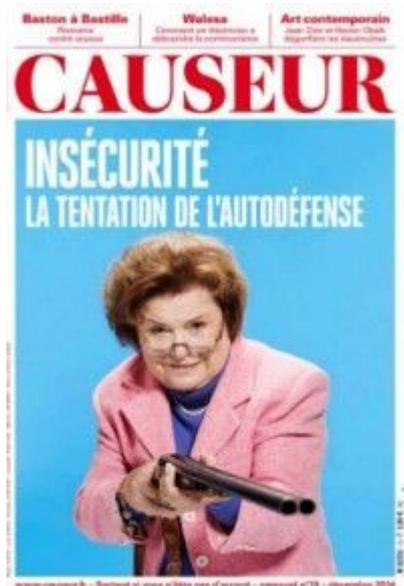
Wenn wir zulassen, dass die EZB weiterhin in riesigem Ausmaß Bankenrettung und Staatsfinanzierung betreibt, können wir nicht davon ausgehen, dass in den Krisenländern die nötige Politik gemacht wird, um wieder wettbewerbsfähig zu werden. Damit entwickelt sich Europa zu einer Transfer-Ökonomie. Große Teile Südeuropas werden dauerhaft abhängig von Hilfskrediten, die durch Zinsreduktion und Laufzeitverlängerung allmählich zu Transfers mutieren.

109,10

Elisabeth Lévy : le drame de Créteil, la barbarie ordinaire et l'antisémitisme des banlieues

Publié le 05/12/2014 à 19:33

FIGAROVOX/TRIBUNE - Elisabeth Lévy et Gil Mihaely, dirigeants du magazine *Causeur*, tirent la sonnette d'alarme, en réaction à l'agression à caractère antisémite du 1er décembre à Créteil.



Elisabeth Lévy est journaliste et directrice de la rédaction du magazine «Causeur».

Gil Mihaely a fondé, avec Elisabeth Lévy, le site et le magazine Causeur, en 2007, consacré au débat d'idées. Il en est actuellement le directeur de la publication.

Le crime de Créteil ne suscite pas l'effroi parce que ses victimes sont juives, il suscite l'effroi parce qu'il est effroyable. La violence aveugle des violeurs n'a rien à voir avec la pauvreté, le chômage ou les discriminations - pour une fois, ces foutaises excusistes nous ont été épargnées -, et tout à voir avec l'incapacité radicale à l'empathie ou la compassion: elle est la négation même du monde commun. Les petits barbares de Créteil, que l'on imagine aisément exiger par la force et l'intimidation le respect qu'ils croient leur être dû, ne voyaient pas, dans le vieux monsieur et le jeune couple qu'ils ont sauvagement agressés, d'autres êtres humains, mais de simples obstacles entre eux et la seule chose qui les intéresse en dehors de la brutalité - le fric, sous toutes ses formes.

N'importe quel habitant d'une cité de banlieue, n'importe quel passager du RER, n'importe quel professeur officiant dans un « quartier difficile » peut être confronté à ce déchaînement de violence sans raison ni langage.

Pour la loi, l'antisémitisme, le racisme, l'homophobie et toute haine fondée sur les convictions ou les choix d'un individu sont une circonstance aggravante. Il n'est pas sûr que la loi ait raison. Dans la pratique, ce « privilège dans le malheur » revient à soutenir que l'agression d'un « mâle blanc hétérosexuel » - en clair, d'un « de souche » - serait moins criminelle que celle d'un juif, d'un noir ou d'un homosexuel. Et les commentaires postés sur internet après l'affaire de Créteil en témoignent, il nourrit chez nombre de Français, le sentiment qu'on ne ferait pas tant d'histoires s'il ne s'agissait pas de Juifs.

Il faut dire que les Français sont bouchés. On ne cesse de leur expliquer, statistiques à l'appui, que l'insécurité régresse, leur stupide « sentiment d'insécurité » lui, ne cesse de progresser (une inquiétude sur laquelle revient le

nouveau numéro de *Causeur*). On leur annonce triomphalement que le nombre d'homicides a été réduit de moitié depuis 2000 et que celui des cambriolages a baissé de 14 % en un an, et ils ont peur. Peur de la violence, inédite, gratuite, irrationnelle et débridée, qui peut transformer un accrochage entre automobilistes en meurtre sauvage et faire sortir un couteau pour un regard hostile ou simplement indifférent. N'importe quel habitant d'une cité de banlieue, n'importe quel passager du RER, n'importe quel professeur officiant dans un «quartier difficile» peut être confronté à ce déchaînement sans raison ni langage. Et quand la Justice imprégnée d'idéologie compassionnelle, s'efforce de réinsérer les délinquants - ce qui signifie en pratique les relâcher dans la nature - au lieu de les punir, une majorité de nos compatriotes en appelle aux policiers et aux juges pour les protéger, suscitant le mépris des grandes consciences qui peuplent nos médias, atterrées par ces beaufs à l'esprit étroit dont le ventre se noue quand ils croisent des jeunes encapuchonnés dans une rue sombre ou un couloir désert. Sans doute sont-ils atteints de capuchophobie.

Bien sûr, on ne feindra pas de ne pas le voir. Les victimes de Créteil sont juives. Comme le magasin incendié à Sarcelles pendant les affrontements à Gaza - sans doute un magasin sioniste. Comme les enfants assassinés par Mohamed Merah. Ou comme Ilan Halimi, quelle que soit la dose d'antisémitisme qui entre dans ce genre de cocktail criminel.

Alors, l'antisémitisme n'est peut-être pas une circonstance aggravante, il est une réalité qui ne cesse de s'aggraver. Et cette réalité, on veut bien la voir, mais on ne veut pas la nommer - ce qui, bien entendu, empêche de la voir. Non pas, bien sûr, qu'on ne parle pas d'antisémitisme, beaucoup trouvent au contraire qu'on en parle trop. Droite et gauche, réacs et progressistes, communient encore dans la dénonciation de l'antisémitisme, «un cancer», a dit Manuel Valls. Mais on se garde bien de le décrire. Au contraire, on le recouvre du pieux voile de la diversité heureuse, version voyageur du monde imprégné de l'amour de l'Autre. Mais l'Autre n'aime pas l'Autre, c'est-à-dire vous et moi.

Ainsi, après l'incendie d'un magasin juif à Sarcelles, a-t-on entendu François Pupponi entonner les louanges du vivre-ensemble dans sa ville. Logique.

Il est presque cocasse d'entendre parler, à propos de Créteil, de «nouvel antisémitisme». Dix ans après la parution des *Territoires perdus de la République*, cet antisémitisme n'a rien de «nouveau». Et il est clairement de culture arabo-musulmane. Précisons pour les malentendants que tous les musulmans, loin s'en faut, ne sont pas antisémites. Il ne s'agit pas du vrai islam, certes. Mais c'est celui d'un nombre indéterminé de nos concitoyens qui en déduisent que les juifs, la France et l'Occident sont haïssables. Ou au minimum qu'on leur doit des excuses et une vie meilleure. Bien sûr, il y a des voix éclairées, comme celle d'Abdelwahab Meddeb qui vient de s'éteindre, celles de Tareq Oubrou et de Dalil Boubakeur. Ou encore de Boualem Sansal, menacé et dénoncé comme «traître» parce qu'il s'était rendu à un Salon du Livre en Israël. Dans les *Territoires perdus*, on dit d'eux avec mépris qu'ils sont des amis des juifs. Bien sûr, il y a la majorité silencieuse? Mais justement, pourquoi est-elle si silencieuse? Pourquoi se sent-elle insultée quand on stigmatise à bon droit l'islam qui n'est pas le sien?

De tout cela, et de ce qui se dit dans certaines classes et dans certaines salles des profs, il n'est pas question. Ah si seulement l'affaire de Créteil avait eu lieu dans une banlieue bourgeoise catho et facho! On aurait disserté sur le terreau, pointé les idées nauséabondes propagées par quelques-uns, suivez nos regards, envoyé des équipes de télévision chez ces spécimens d'un autre âge. Mais sur le «nouvel antisémitisme», rien. Pas de terreau, pas de climat. Juste un odieux crime antisémite. En banlieue.

Wir Europäer sind die Kinder dieses Kindes

Auch multikulturelle Menschen erfreut die Adventszeit. Deren religiöser Gehalt aber ist kaum noch geläufig. Doch ohne die Weihnachtsgeschichte versteht man die guten Geister des Kontinents nicht.

Von [Alan Posener](#) Korrespondent für Politik und Gesellschaft



Foto: pa/Mary Evans Picture Library/(C)Medici/Mary Evans Die Weihnachtsgeschichte erklärt uns unseren Kontinent

Alle Jahre wieder wird eine Schreckensmeldung aus der Tiefe des virtuellen Raums geholt: In Berlin-Kreuzberg dürfe es keine Weihnachtsmärkte geben. Mit Rücksicht auf den multikulturellen Charakter des Bezirkes – sprich: auf die Muslime – sollen sie fortan "Wintermarkt" heißen. Ist der Szenebezirk wie in so vielem, von der Gentrifizierung bis zur Start-up-Kultur, auch in Sachen Weihnachten Vorreiter? Wird bald ganz Deutschland entchristianisiert, wie früher die DDR?

Wer freilich durch Friedrichshain-Kreuzberg schlendert, wird neben zwei "Wintermärkten" und dem "Naschmarkt" unter anderem einen "KiezWeihnachtsmarkt", den "Stralauer Weihnachtsmarkt", den "Finnischen Weihnachtsmarkt", einen "Weihnachtsmarkt Holy Heimat" und einen "Voodoo Market – Weihnachtsausgabe" entdecken. Es gibt kein Weihnachtsmarktverbot. Weihnachten lebt, auch und gerade im traditionell gottlosen Berlin, wo man in diesen Adventstagen sage und schreibe 50 Aufführungen des Weihnachtssoratoriums von Johann Sebastian Bach erleben kann.

Es ist schon komisch, dass gerade aus kulturkonservativen Kreisen, wo man sonst gern die Kommerzialisierung des Fests Jesu Geburt beklagt (Stichwort "Süßer die Kassen nie klingen ..."), ausgerechnet dann Protest laut wird, wenn wieder einmal die Falschmeldung von der Abschaffung der Weihnachtsmärkte die Runde macht. Egal, wie die Veranstaltungen heißen: Es geht um das Geschäft mit Glühwein und Geschenken, herzlich wenig jedoch um das Kind in der Krippe, von dem es in Bachs Oratorium heißt: "Wie soll ich dich empfangen / Und wie begegn' ich dir?"

Die gottloseste Region der Welt

Und das ist in der Tat die Frage in einer Gesellschaft, die sich ohne Zwang und ohne Not seiner christlichen Traditionen entledigt. Gewiss, Weihnachten ist mehr – oder weniger – als ein christliches Fest mit paganen Zügen wie dem Tannenbaum und den Lichtern, die den Winter bannen sollen: Es geht um die Familie, die Stärkung des Bands zwischen den Generationen, um die Besinnung auf Freunde, um die Freude des Freudemachens und, ob es einem gefällt oder nicht, ums Geschäft.

Aber in einem Land, dessen östliche Hälfte die zweifelhafte Ehre besitzt, die gottloseste Region der Welt zu sein; das eine wachsende Zahl nichtchristlicher und religiös indifferenter Bürger hat; und das – gestehen wir es nur – oft eine verständliche, ja liebenswerte, aber falsche Zurückhaltung bei der Betonung der eigenen Kultur an den Tag legt – in einem solchen Land ist es nicht leicht, außerhalb einer Kirche dem Menschen zu begegnen, dessen Lebensgeschichte einst dieser Kultur ihren Sinn gab. Und das ist nicht gut so.

Das Verschwinden der christlichen Tradition wird keineswegs von den Muslimen erzwungen. Vor einigen Wochen lud eine Kita – auch in Kreuzberg – zum Laternenumzug am Martinstag ein. Die Eltern kommen aus dem Iran und Israel, aus dem katholischen Westen und dem nichtreligiösen Osten Deutschlands, und im Vorfeld wurde gemunkelt, ob man es wohl mit einem politisch korrekten "Herbstlaternenfest" zu tun haben würde.

Nichts da. Die Kinder führten eine Pantomime mit der guten Tat des Heiligen vor, und beim Rundgang durch den Kiez sang man zur Freude der türkischen Ladenbesitzer und der Cafébesucher mit ihren Laptops brav das Martinslied. "Es ist wichtig, seine Traditionen zu pflegen", sagte die Erzieherin. Sie heißt Gülcan und ist Muslima.

Die Weihnachtsgeschichte wird gern ausgelagert in den katholischen oder evangelischen Religionsunterricht

Richtig. Der Multikulturalismus, der in Deutschland keineswegs gescheitert ist, wie die Bundeskanzlerin meint, bedeutet weder einen Laizismus französischer Prägung noch die Reduzierung kultureller Unterschiede auf die Folklore, auf Musik und Tanz, Essen und Trinken. Nichts dagegen, aber vornehmlich bedeutet Multikulti die Auseinandersetzung mit den prägenden Traditionen, den religiösen und geschichtlichen Narrativen der hier lebenden Mehrheit und der Minderheiten.

Es ist zum Beispiel selbstverständlich (oder sollte es sein), dass Schüler, die hier leben, das Narrativ des Holocaust kennen und die aus Deutschlands Rolle erwachsene Verantwortung übernehmen, auch wenn ihre Eltern aus der Türkei stammen, die den aus Nazideutschland flüchtenden Juden Asyl bot. Diese Geschichte ist Teil unserer gemeinsamen Identität.

Damit, so steht zu vermuten, haben viele deutsche Lehrer sehr viel weniger Probleme als mit der Weihnachtsgeschichte. Die wird gern ausgelagert in den katholischen oder evangelischen Religionsunterricht, also dorthin, wo mittlerweile in vielen Schulen nur eine Minderheit der Schüler erreicht wird.

Natürlich kann man von einer nichtreligiösen Lehrerin nicht verlangen, dass sie die Theologie der Menschwerdung Gottes vertritt; ja, so viel Trennung von Kirche und Staat sollte schon sein, dass sich auch gläubige Lehrer bei der Verkündung der frohen Botschaft zurückhalten. Und doch ist es so, dass man die Kultur Europas nicht versteht, wenn man diese Geschichte nicht versteht.

Das Wahre und Gute aus dem Stall

Damit ist nicht nur gemeint, dass man künstlerische und literarische Anspielungen auf die Bibel ohne Bibelkenntnisse nicht begreift, was allein schon rechtfertigt, die wunderbaren Geschichten, von Adam und Eva über David und Batscha bis Maria und Jesus zur Pflichtlektüre zu machen. Man versteht ohne Weihnachten buchstäblich den Geist des Kontinents nicht, besser: seine guten Geister.

Denn sie speisen sich, wissentlich oder unwissentlich, aus der Weihnachtsgeschichte. Der marxistische Philosoph Ernst Bloch bekannte: "Zu einem Kind, das im Stalle geboren, wird gebetet. Näher, niedriger, heimlicher kann kein Blick in die Höhe umgebrochen werden. Zugleich ist der Stall wahr, eine so geringe Herkunft des Stifters wird nicht erfunden."

Erfunden oder nicht: Dass die westliche Kultur "den Blick in die Höhe umbricht", macht sie liebenswert; anfällig für antiautoritäre Revolutionen, wie man sie in anderen Kulturkreisen nicht kennt; für den Hunger nach sozialer Gerechtigkeit; für das zuweilen irreführende, aber meistens richtige Gefühl, das Wahre und Gute sei eher im Stall als in den Palästen, eher in der Sozialwohnung als auf den Vorstandsetagen zu Hause. Wir Europäer sind nun einmal die Kinder dieses Kindes, und das ist gut so. Dazu sollte man sich ohne Scham und ohne Überheblichkeit bekennen. Es muss nicht unbedingt ein Weihnachtsmarkt sein.

109,14

La France doit suivre les exemples allemand et suédois, selon le Nobel d'économie Jean Tirole

Le Monde.fr avec AFP | 07.12.2014 à 11h13 • Mis à jour le 07.12.2014 à 11h58



Jean Tirole, président de la Toulouse School of Economics, en juin 2008. | AFP/ERIC CABANIS

Le lauréat 2014 du prix Nobel d'économie, le Français Jean Tirole, a déclaré dimanche 7 décembre que la France devait suivre l'exemple de l'Allemagne et de la Suède et engager des réformes du marché de l'emploi et de l'Etat, lors d'une conférence de presse à Stockholm :

« Nous devons faire des réformes pour que les gens retournent au travail (...) et aussi réformer l'Etat, ce que beaucoup de pays ont fait. Si vous n'avez pas une économie viable, votre dette augmente, etc., puis à un moment vous devez en finir avec l'Etat providence ce qui à mon avis serait désastreux. »

POUR UN « CONTRAT DE TRAVAIL UNIQUE »

Il a cependant souligné qu'il ne serait *« pas en France s'[il] ne croyait pas en la France »*. En 2003, il avait proposé une série de réformes en profondeur du marché de l'emploi en France, estimant notamment qu'il fallait créer un *« contrat de travail unique »* abolissant la distinction CDI/CDD.

Jean Tirole est le troisième Français à recevoir le prix Nobel d'économie. Il est président de la Fondation Jean-Jacques Laffont-Toulouse School of Economics (TSE) qui se revendique comme *« un des dix meilleurs centres de recherche en économie dans le monde »*. Il recevra son prix mercredi à Stockholm des mains du roi de Suède, Carl XVI Gustaf, en même temps que les autres lauréats 2014, à l'exception de ceux de la paix qui le reçoivent à Oslo.

En savoir plus sur http://www.lemonde.fr/economie/article/2014/12/07/la-france-doit-suivre-les-exemples-allemand-et-suedois-selon-le-nobel-d-economie-tirole_4536098_3234.html#BY6Ks0YdLFWD1vFs.99

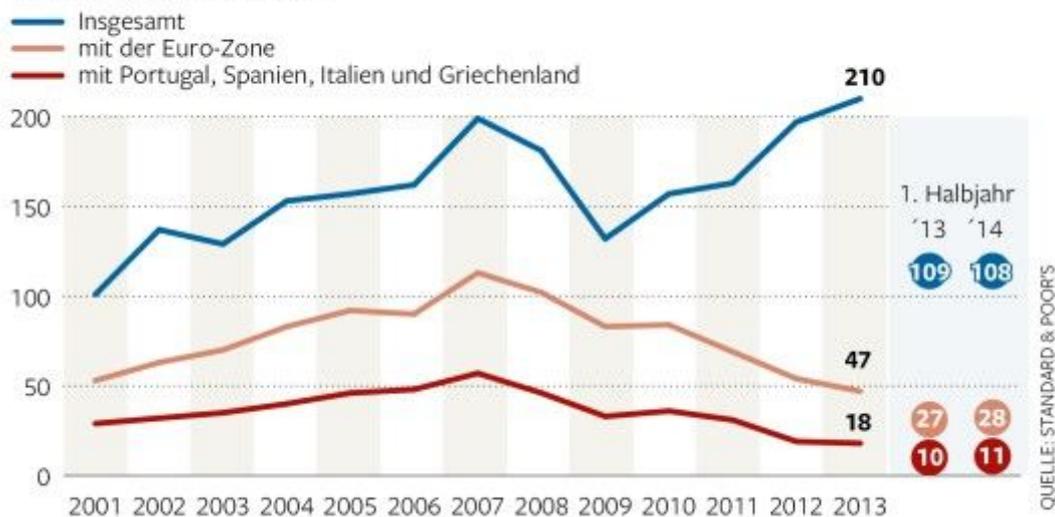
Deutschlands Exportstärke ist Europas Schwäche

Keine andere Nation der Welt hat einen solch riesigen Leistungsbilanzüberschuss wie Deutschland. Das führt zu Ungleichgewichten in der Euro-Zone. Doch die Bundesrepublik ist nicht allein der Buhmann.

Von [Anne Kunz](#) Wirtschaftsredakteurin

DEUTSCHLAND WENDET SICH DER WELT ZU

Handelsbilanz in Mrd. Euro



DIE WELT

Foto: Infografik Die Welt Deutschland handelt mit der ganzen Welt – mit der Euro-Zone jedoch immer weniger

Deutschland macht dem Rest der Währungsunion das Leben schwer. Denn auch wenn sich die übrigen Mitgliedsstaaten anstrengen, mehr sparen, weniger importieren und dafür mehr exportieren: Die Bundesrepublik ist ihnen immer überlegen. Kein andere Nation auf der Welt hat [einen so gigantischen Leistungsbilanzüberschuss](#) wie die Deutschen – noch nicht einmal die Chinesen können da mithalten.

Handelsbilanz

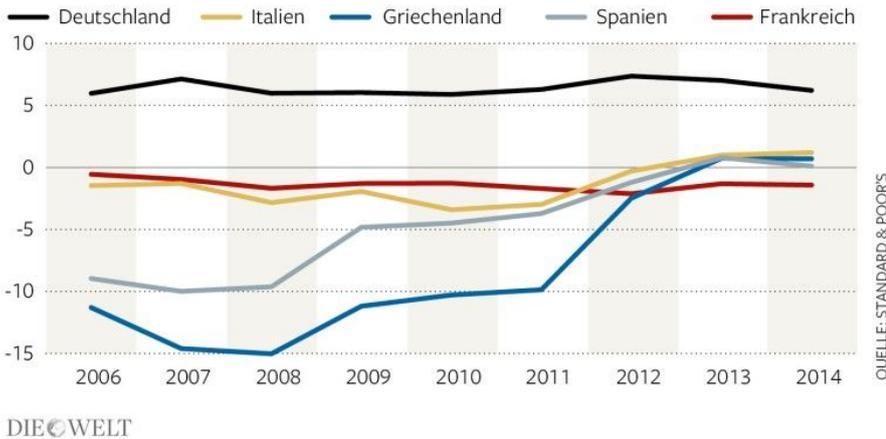
Doch dieser Erfolg hat auch eine dunkle Seite: Das Ungleichgewicht innerhalb der Euro-Zone wird immer größer. "Viele glauben, die Staatsschuldenkrise habe sich gelegt. Das stimmt nicht," sagt Moritz Krämer, Europa-Chefanalyst bei der Ratingagentur Standard & Poor's. "Die Reformbemühungen der Euro-Länder reichen noch lange nicht aus, damit die Währungsunion sich wieder stabilisiert", so Krämer. Solange die Länder nicht anfangen, ihre Schulden, die sie in der Vergangenheit angehäuft haben, abzutragen, bleibe die Währungsunion sehr verwundbar. "Die Politik der EZB ist nur eine Beruhigungspille. Doch die hohe Liquidität im Markt treibt die Spekulationen an. Es ist sehr viel Unruhe im Markt", warnt Krämer.

Erst vor wenigen Tagen hatte Bundeskanzlerin Angela Merkel die bisherigen Reformanstrengungen in Frankreich und Italien als unzureichend eingestuft. Die EU-Kommission habe "deutlich gemacht, dass das, was bis jetzt auf dem Tisch liegt, noch nicht ausreicht", hatte Merkel gesagt. "Dem schließe ich mich an."

Die Bonitätswächter von S&P sehen das genauso. Frankreich sei eines der wenigen Länder, das sich noch ein Leistungsbilanzdefizit erlaube. Auch wenn die Leistungsbilanzüberschüsse niedrig sind und kaum ausreichen, um die Schulden aus der Vergangenheit abzubauen, haben Länder wie Griechenland, Portugal oder Spanien immerhin keine riesigen Defizite mehr. Frankreich hingegen zeigt nicht so guten Willen.

ALLE BIS AUF FRANKREICH ÜBERWINDEN IHRE LEISTUNGSBILANZDEFIZITE

Leistungsbilanzentwicklung in Prozent des Bruttoinlandprodukts



Gerade Kurve: Frankreich zeigt keine positive Entwicklung. Das Land importiert weiter zu viel und exportiert zu wenig. Foto: Infografik Die Welt

Die immer gleichen Sünder

Italien strafe S&P am vergangenen Freitag sogar wegen seiner schwachen Wirtschaftsleistung und dürtigen Wettbewerbsfähigkeit mit einer Herabstufung ab. Die Ratingagentur senkte ihre Bewertung für die Staatsanleihen von "BBB" auf "BBB-". Die Kreditwürdigkeit Italiens befindet sich damit nur noch knapp über dem sogenannten Ramschniveau, das vor besonders riskanten Investments warnt. "Auch wenn S&P bereits den Ausblick für Italien gesenkt hatte, war dieser Schritt doch eine Überraschung", sagte DZ-Bank-Analyst Daniel Lenz. "Es war immerhin das erste Downgrade in der Peripherie seit mehr als einem Jahr."

EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker hatte Ende November darauf verzichtet, Strafen gegen Frankreich und Italien zu verhängen, obwohl diese die EU-Stabilitätsvorgaben nicht einhalten. Brüssel gab vielmehr Frankreich, Italien und fünf weiteren Ländern noch bis Anfang März Zeit, um ihre Haushaltsprobleme in den Griff zu bekommen.

DEUTSCHE AUS- UND EINFUHRÜBERSCHÜSSE MIT...

2013, in Milliarden Euro



DIE WELT

Unter den Top Ten der Länder, in die Deutschland am meisten exportiert, sind die Euro-Zonen-Länder nicht so vielfältig vertreten, wie man annehmen könnte. Foto: Infografik Die Welt

Immer wieder wird auch der Vorwurf laut, Deutschland würde mit seinem Leistungsbilanzüberschuss die Situation der übrigen Mitgliedsländer zusätzlich verschlimmern. "Natürlich wäre es für die Krisenländer leichter, wenn Deutschland seinen Leistungsbilanzüberschuss verkleinern würde, in dem es mehr importiert", sagt Krämer. Doch um dies zu erreichen, müsste Finanzminister Wolfgang Schäuble eine sehr expansive Ausgabenpolitik zulassen. Und auch wenn die Regierung es schafft, die Deutschen dazu zu bringen, weniger zu sparen und mehr auszugeben, kommt davon nur ein geringer Anteil – etwa 20 Prozent – dem Ausland zugute. "Der Effekt von einer expansiven Wirtschaftspolitik Deutschlands wäre für den Rest der Euro-Zone sehr gering", sagt Krämer. Und die Bundesrepublik müsste sich dafür stärker verschulden.

Irland als Paradebeispiel

Und eine Erholung funktioniert auch ohne ein schwächeres Deutschland. Das beweist Irland. Die Bonitätswächter stuften das Krisenland von "A-" auf "A". Damit liegt die Bewertung Irlands mittlerweile fünf Stufen über Ramschniveau. Die S&P-Experten sehen hier inzwischen ein solides Wirtschaftswachstum. Die konjunkturelle Erholung dürfte gemeinsam mit jüngsten Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt die Lage der Staatsfinanzen weiter verbessern. Den Ausblick setzte die Ratingagentur auf "stabil".

Das in der Schuldenkrise stark unter Druck geratene Land hatte den Rettungsschirm Ende 2013 verlassen. Vor allem der große Bankensektor hatte das Land in Schwierigkeiten gebracht. Der Rettungsschirm war von der Euro-Zone, der Europäischen Zentralbank (EZB) und dem Internationalen Währungsfonds (IWF) im Kampf gegen die Schuldenkrise aufgelegt worden.



Wirtschaftswachstum

"Die positive Entwicklung Irlands und die Schwierigkeiten Italiens zeigten, wie groß die Heterogenität derzeit in der Euro-Zone ist", so Krämer. Italien hatte in der Schuldenkrise bisher keine Hilfen gebraucht. Allerdings gelten die Strukturen in dem Land als sehr starr. Irland ist hingegen anpassungsfähiger, dafür aber auch verletzlicher.

Banken fürchten Regulierung

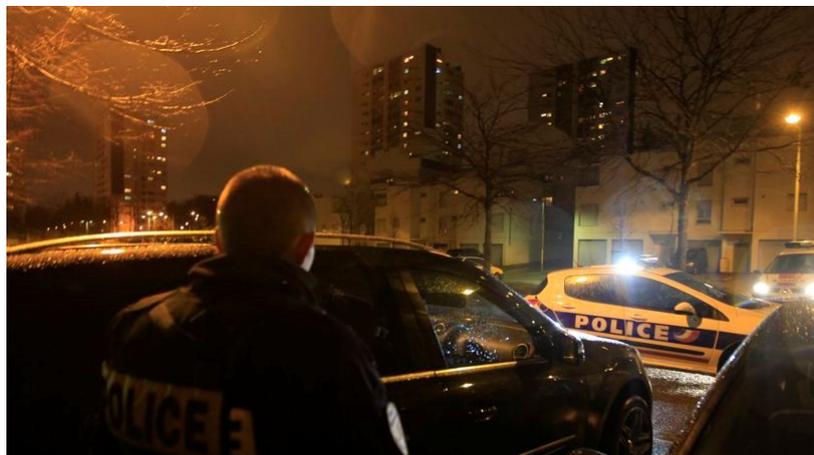
Das europäischen Banken sind deutlich stabiler geworden, allerdings leiden sie unter der strengeren Regulierung. So verdüstert die Einführung von Bail-in-Vorschriften den Ausblick auf die meisten europäischen Bankensysteme, so das Ergebnis des Europäischen Bankenausblicks 2015, den die Ratingagentur Moody's am Montag veröffentlichte. Durch diese neuen Regeln sollen Gläubiger an den Kosten einer Banksanierung oder -abwicklung zukünftig stärker beteiligt werden. Damit soll verhindert werden, dass der Steuerzahler einspringen muss.

"Die neue EU-weite Regulierung hat für höhere Kapitalquoten gesorgt, was über Risikoabbau und besseres Asset-Liability-Management die Entwicklung der Banken verbessern wird", sagte Carola [Schuler](#), Managing Director EMEA Banking bei Moody's. "Das schwache makroökonomische Umfeld belastet jedoch die europäische Bankenbranche, und insgesamt schwache Erträge zeigen, dass der Sektor in Europa verwundbar bleibt." Das deutet an, dass bei den Banken weitere Kostenmaßnahmen und möglicherweise Anpassungen bei den Geschäftsmodellen nötig seien, hieß es. Wegen der ausstehenden EU-Bail-in-Vorschriften dürften die derzeit günstigen Finanzierungskosten steigen. Es bleibe abzuwarten, ob die Banken in der Lage sein werden, die höheren Regulierungskosten und insbesondere Bail-in-Kosten an ihre Kunden weiterzugeben. (mit Agenturen)

109,18

Près de 11 millions de Français se sentent en insécurité

Publié le 09/12/2014 à 06:00



INFOGRAPHIE - Dans sa dernière étude, l'Observatoire national de la délinquance souligne l'explosion des violences déclarées par les femmes.

Près de 11 millions de personnes en France se sentiraient «en insécurité dans leur quartier ou leur village en 2014». C'est ce qui ressort de la dernière enquête dite de «victimation», ce sondage annuel de grande ampleur, réalisé auprès d'un panel de 17.000 ménages, par l'Observatoire national de la délinquance et des réponses pénales (ONDRP) et l'Institut national de la statistique et des études économiques (Insee).

Nouveauté en 2014: la peur stagne... mais elle reste tout en haut. Christophe Soulezz, le directeur de l'ONDRP, apporte quelques nuances. Concernant l'insécurité au domicile, «le niveau de 2014 est supérieur à ceux estimés entre 2007 et 2012, mais il n'augmente plus»: 17,4 % des personnes interrogées avouent la ressentir chez eux.

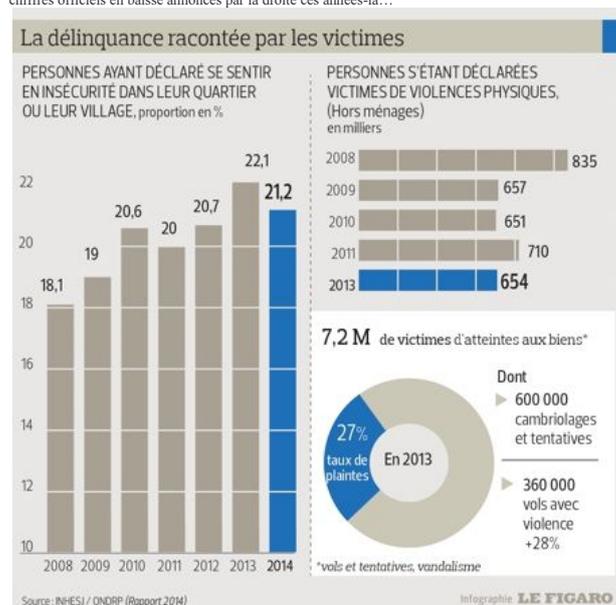
En revanche, au niveau du quartier, il y aurait un léger mieux: 21,2 % de sondés se sentent en insécurité près de chez eux en 2014 contre 22,1 % en 2013. «Le niveau reste toutefois supérieur à celui atteint de 2006 à 2008 ou à celui de 2011» et «la tendance», de toute façon, «reste à confirmer l'an prochain», énonce prudemment l'ONDRP. On se sent donc plus en insécurité sous Hollande que sous Sarkozy.

Hausse des vols avec violence ou menaces

Il y a aussi les faits déclarés, la délinquance vécue et non plus ressentie. Là, le fait marquant en 2014 est la «hausse significative» des victimes de vols ou tentatives de vols avec violences ou menaces: de 280.000 à 360.000 victimes estimées en une seule année (+ 28 %). Cette évolution mérite attention car, dans le même temps, les chiffres donnés par la police et la gendarmerie font état d'une stagnation du phénomène. Un tel écart peut-il signifier que la police compte de moins en moins de tels faits, alors que les victimes sont de plus en plus nombreuses à s'en plaindre?

Une chose est sûre: le taux de plainte des femmes se déclarant victimes de ce type d'infractions explose littéralement, selon l'enquête de victimation: «de 38,5 % pour les années 2007-2008 ou 2008-2009 à 53,3 % pour les années 2011-2012 et 2012-2013». Christophe Soulezz révèle que «les femmes victimes de ces agissements sont quasiment aussi nombreuses que les hommes désormais» et que «les actes les plus fréquents qu'elles subissent sont des agressions à l'occasion de vols de téléphones mobiles et de sacs à l'arrachée, mais aussi d'argent au distributeur de billets».

Au-delà des vols violents, les agressions physiques hors ménages, hors du cadre familial en somme, c'est-à-dire dans la rue, au travail, à l'école, stagnent, avec 650.000 faits estimés pour 2013. On est loin cependant des quelque 800.000 victimes déclarées de 2007 à 2009. Mais l'enquête de victimation confirme bien que «des parts mesurées depuis 2010 sont (...) en baisse significative». En 2013, il n'y a pas moins d'actes révélés qu'en 2010 et 2011. La gauche pourtant contestait les chiffres officiels en baisse annoncés par la droite ces années-là...



7 millions de victimes d'atteintes aux biens

Restent les atteintes aux biens. Là aussi, l'ONDRP constate une «stabilisation». Mais à quel niveau! Plus de 7 millions de victimes déclarées! Les optimistes pourront se consoler en se rappelant que le nombre des victimes dépassait 8 millions en 2009. Avant de commencer à décroître. Aujourd'hui, les cambriolages déclarés dépassent les 600.000 par an. Plus de 1600 par jour, si l'on croit ce sondage plus exhaustif que les chiffres de Beauvau.

Les victimes ont-elles confiance dans les institutions? Plus d'une victime sur deux juge désormais qu'une plainte est «inutile». «Pour rappel, dit l'ONDRP, 27 % des atteintes aux biens font l'objet d'une plainte». Un taux qui varie beaucoup selon le type de délit cependant: «73 % (de plaintes) pour les vols, 20 % pour les tentatives de vols». Et seulement «13 % pour les actes de vandalisme». La justice a déjà du mal à digérer le flux des affaires déclarées par les forces de l'ordre. Qu'en serait-il demain si le taux de plainte des victimes venait à augmenter? Si le niveau de la délinquance s'éclaircit de sondages en sondages, «la qualité de la réponse pénale, quant à elle, augure des jours de plus en plus sombres», estime Patrice Ribeiro, le patron du syndicat de policiers Synergie-officiers. Selon lui, la loi Taubira, censée faire de la probation la règle et de la prison l'exception, pourrait bien aggraver la situation.

109,19

Währungsunion: Wie Eurobonds - nur teurer

Eine Kolumne von Wolfgang Münchau

Die Europäische Zentralbank bereitet sich auf massive Käufe von Staatsanleihen vor. Sie sind der vielleicht letzte Ausweg, um Staaten wie Italien vor der Pleite zu bewahren. Dabei hätte es billigere Auswege gegeben.

Langfristig siegt wirtschaftliche Logik immer über juristische Kleinkariertheit. Langfristig ist es egal, wie viele unsinnige Klauseln sie in einen europäischen Vertrag hineinschreiben. Langfristig ist es auch egal, ob die Gemeinschaft deutscher Verfassungsrechtler und Kommentatoren hyperventiliert. Krisen schaffen ökonomische Fakten. Nicht Verfassungsrichter. Kurzfristig ist es allerdings genau umgekehrt. Die Juristen und Ordnungspolitiker haben zwar nicht die Kraft, irgendein ökonomisches Problem zu lösen. Aber sie haben genug Kraft, um die Lösung des Problems zu verhindern.

Für den Euroraum ist das Ergebnis dieser Konstellation katastrophal. Ich schreibe heute über das Thema, weil die Europäische Zentralbank (EZB) am Donnerstag den entscheidenden Schritt getätigt hat, um verdeckte [Eurobonds](#) einzuführen. Sie fasste nämlich den Vorsatz, [ihre Bilanz um eine Billion Euro zu erweitern](#). Auch wenn diese Entscheidung kaum Überschriften erzeugt, hat sie eine größere Tragweite als alles, was seit Anfang der [Eurokrise](#) beschlossen wurde. Die EZB wird ab 2015 Staatsanleihen aufkaufen. Und wenn sie erst einmal damit anfängt, dann wird es lange dauern, bis sie aufhört. So lange, bis die Inflation wieder bei zwei Prozent liegt.

Nach meinen eigenen Rechnungen würde ich diesen Zeitraum nicht in Monaten oder Jahren bemessen, sondern in Euro: Zwei oder drei Billionen Ankaufvolumen dürften notwendig sein. Wenn ein Drittel aller Schulden im Euroraum durch die Notenbank liquidiert würden, dann wäre die Schuldenkrise tatsächlich zu Ende. Wenn man eine Währungsunion hat und partout keine gemeinsamen Anleihen will, dann bekommt man unweigerlich so eine Lösung.

Ein offizieller Eurobonds, [also eine gemeinsame Anleihe aller Euro-Staaten](#), hätte dagegen kaum etwas gekostet. Damit hätte man ein Wertpapier geschaffen, das die [Zentralbank](#) in einer Krise hätte aufkaufen können. Die Verfügungsgewalt über das Geld hätte auf der europäischen Ebene gelegen. Die nationalen Regierungen hätten keinen Zugriff auf das Geld gehabt. Sie wären haushaltspolitisch zu Bundesländern degradiert worden. Es wäre dann nicht mehr so entscheidend, ob sie ihre Altschulden bedienen oder nicht.

Das ist der eigentliche Skandal von Angela [Merksels](#) Politik. Sie behauptet, dass sie Eurobonds verhindern will und erreicht das Gegenteil. Diese Politik ist wirtschaftlich ruinöser als alles, was Europa-Fanatiker wie ihr Kolumnist jemals vorzuschlagen gewagt hätten.

Das klassische Repertoire von Zentralbanken

Deutsche Verfassungsjuristen und Ordnungspolitiker begreifen bis heute nicht die Dynamik einer Währungsunion und die Rolle einer modernen Zentralbank. Solange die EZB über das Instrumentarium von Anleihekäufen verfügt, wird sie am Ende immer alles tun, um eine Krise zu beenden. Die EZB handelt völlig korrekt. Was hier passiert, ist nicht ihre Schuld.

Käufe von Schuldtiteln gehören zum klassischen Repertoire von Zentralbanken. Die EZB muss so handeln, weil sie ihr Inflationsziel von knapp zwei Prozent pro Jahr verfehlt. Das hat unter anderem zur Folge, [dass Italien jetzt in eine Deflationsspirale gefallen ist](#): Das Preisniveau im Land sinkt, der reale Wert der italienischen Schulden steigt, obwohl sich das Land an die Defizitregeln hält. Es ist kein Wunder, dass die Ratingagentur Standard & Poor's [die italienischen Staatstitel runterstuft](#). Das Land steuert auf eine Staatspleite zu, wenn sich an den Rahmenbedingungen nicht bald etwas ändert.

Ohne eine anteilige Schuldenübernahme durch die EZB gibt es am Ende für Italien nur die [Alternative des Austritts aus der Währungsunion](#) oder des Schuldenschnitts. Die meisten Euro-Beobachter glauben nicht, dass der Euro einen solchen Schock überleben würde.

Was wir in Form der Anleihen-Ankaufprogramme jetzt bekommen, ist die teuerste, unwirtschaftlichste und undemokratischste Variante der Fiskalunion, die man sich vorstellen kann.

109,20

Le Figaro 10 décembre 2014

La France, championne de la pression fiscale dans le monde

Le pays se classe au deuxième rang derrière le Danemark en 2013, selon une étude de l'OCDE. Les prélèvements obligatoires ont bondi de 42,9 %, à 45 % du PIB, en deux ans.

CYRILLE PLUYETTE

FISCALITÉ Le sentiment de « *haut-le-cœur fiscal* » des Français, reconnu récemment par Manuel Valls, s'appuie sur une réalité tangible. La France a en effet le triste privilège de se classer au deuxième rang des pays où la pression fiscale est la plus forte au sein des pays de l'OCDE, avec un rapport entre les recettes fiscales et le PIB (c'est-à-dire le taux de prélèvements obligatoires) de 45 % en 2013, devant la Belgique (44,6 %). Seul le Danemark présente un ratio supérieur (48,6 %). Le trio de tête est le même qu'en 2012.

Les premiers du classement atteignent « *des niveaux très élevés* » de prélèvements, qui posent la question de leur « *efficacité* » sur l'économie, a souligné Pascal Saint-Amans, directeur de la division fiscale de l'OCDE (34 pays développés), qui présentait mardi son étude annuelle sur les « *statistiques des recettes publiques* ».

Il faut dire que la charge fiscale dans l'Hexagone a bondi d'un point de PIB par an depuis 2011 et de 3,7 points depuis 2009. Pas étonnant, les hausses d'impôts en France, décidées par le précédent gouvernement comme par l'actuel, ont atteint 20,1 milliards d'euros en 2011 ; 23,5 milliards en 2012 ; et 26,3 milliards en 2013, selon Bercy.

Si la Turquie détient la palme du plus important accroissement de la charge fiscale depuis 2007 (+ 5,2 points), caractéristique de ce type de pays émergents, la France fait partie des trois autres pays, devant la Finlande et la Grèce, qui affichent un bond de plus de 2,5 points sur la période.

Dans le même temps, les prélèvements obligatoires diminuaient légèrement dans l'OCDE, pour atteindre 34,1 % l'an dernier, tout en s'approchant de ses niveaux record, après deux années à 0,4 point de hausse. En résumé, les pays nordiques, la France et l'Italie font partie du club des pays fortement imposés. C'est en revanche en Corée (24,3 %), aux États-Unis (25,4 %), au Chili (20,2 %) et au Mexique (19,7 %) que la pression est la plus faible, au point pour ce dernier pays de se situer à des niveaux qui menacent le fonctionnement des services publics. L'Allemagne, enfin, se classe un peu au-dessus de la moyenne, à 36,7 %.

Faiblesse de la TVA

Comment s'expliquent les taux français ? Par le niveau plus élevé de ses cotisations sociales, qui représentent 37,4 % des recettes fiscales en 2012 (contre 26,2 % dans l'OCDE), et de sa taxation du patrimoine. Les recettes combinées de l'impôt sur le revenu et de l'impôt sur les sociétés (23,7 %) sont en revanche inférieures à la moyenne, malgré des taux élevés. Et ce, en raison des multiples niches fiscales. Les recettes de TVA sont également plus faibles qu'ailleurs en proportion.

Malgré les gestes annoncés, le gouvernement ne prévoit qu'une stagnation de la pression fiscale en 2015, par rapport à 2014 et 2013. La suppression de la première tranche de l'impôt sur le revenu l'an prochain et la montée en puissance des baisses de charges et de fiscalité sur les entreprises seront en effet compensées par des hausses de prélèvements et les régularisations fiscales des avoirs détenus à l'étranger.

109,21

The euro is heading for disaster - what luck for David Cameron!

The final unwinding of the disastrous single currency could give Britain everything it wants from Europe



After two bailouts totalling €240bn (£192bn) since 2010, Greece is still a political and economic mess Photo: Reuters

By [Peter Osborne](#)

6:00AM GMT 10 Dec 2014

 [697 Comments](#)

As Karl Marx was one of the earliest to point out, economics (though so much less interesting) is far more important than politics.

Marx considered all political events as epiphenomena. He viewed great men as blind instruments of irresistible forces which they themselves could hardly comprehend.

The Marxist vision of society has been disproved many times, always at epic human cost. However, his doctrine that productive forces propel history has stood the test of time – and is invaluable for an understanding of the current predicament of the European Union.

It elegantly explains why European Monetary Union was destined to fail. The state socialists and former communists who invented the euro never got to grips with this aspect of Marxist thought. Only Conservatives with an intelligent appreciation of economics and history – an enlightened congregation that included Margaret Thatcher, Oliver Letwin, Peter Lilley, Tim Congdon, John Redwood, Nicholas Ridley and Alan Walters – grasped that the EMU would collapse under the weight of its own contradictions, and that it was folly to construct a single currency before the political conditions were in place.

Meanwhile the European elite who advocated the euro (British representatives included Michael Heseltine, Peter Mandelson, Tony Blair, Ken Clarke, Nick Clegg and Danny Alexander, at the time only a cadet member of the European political class, so perhaps the chief secretary can be forgiven) ignored all warnings.

Indeed, Lord Mandelson is still advocating British membership!

It is impossible to exaggerate the arrogance, the bone-headed stupidity and above all the brutality and callousness of these Europhiles. Their demented attempt to impose a new economic model on an unworkable political structure has already caused untold suffering. At the heart of their project is an audacious attempt to prove the primacy of politics over economics. Bear in mind that it is an experiment for which the European elite personally do not have to pay a price.

Their experiment has caused depression (not recession as inaccurately reported by pro-European journalists at the BBC and elsewhere) across much of Europe.

This is getting worse. The Italian economy is moribund, social cohesion has vanished and Italians are starting to turn venomously on immigrants. The Greek economy has shrunk by 30 per cent, and one quarter of the population is out of work. Youth unemployment in Spain stands at an unspeakable 50 per cent. We are talking about tens of millions of ruined lives, and busted dreams. This reality has already brought about a convulsion in Europe. Entirely new political parties have emerged, from the far-Left and far-Right, brought into existence by a common scream of despair against a broken system.

For the time being, the former political class remains in charge. It has as much legitimacy as the ancien regime in pre-revolutionary France, with the same moral bankruptcy, calculating venality and profound sense of entitlement. This elite has the same distaste for democracy as 18th-century lords, and over the long term the same chances of survival. In its dying convulsions, Jean-Claude Juncker's political class has abolished democracy. Italy has had three consecutive unelected prime ministers since Silvio Berlusconi's scepticism about the euro caused the EU elite to recruit an unscrupulous cabal of bankers to remove him (former US Treasury Secretary Tim Geithner gives a gripping account of this unwholesome manoeuvre in his recent memoir).

That it has survived so far is thanks to a series of financial confidence tricks, of which the latest example is Juncker's implausible scheme to convert €21 billion of equity into a €315 billion slush fund to relaunch the European economy. This amounts to no more than wishful ravings, though it would be financially disastrous if by some malign chance it were put into effect.

Things cannot go on like this, and this month we have witnessed a series of telling signs that the eurozone has turned back into a danger zone. On Monday, we learnt that France and Italy will soon breach their fiscal limits. There are signs of disharmony at the European Central Bank – yet more proof that no central bank can exert real authority without a state behind it.

The ECB is racking up worthless sovereign debt and bank loans in its doomed battle to save the eurozone: in due course there will be an almighty row about who will pay up for the black hole.

Hopes that economic growth will float the eurozone off the rocks have been extinguished by forecasts of stagnation from the cruelly realistic ECB.

Meanwhile the eurozone has been plunged into deflation, meaning that in real terms the value of debt will rise, a chilling repeat of the European experience of the Thirties.

Most deadly of all is the resurrection of the Greek debt horror. The country is ungovernable and on Tuesday the president was (quite rightly) sacked, opening up the possibility of a spring general election, and thus causing the biggest collapse on the Athens stock market in 27 years.

We are very close now to Karl Marx's moment of alignment. The political structure must be made to fit the economic reality, or vice versa. Bear in mind that the single currency will only work with a single economic policy, a single treasury, a single system of taxation and spending, a single national parliament and single political identity.

Europe's incapable leadership have been trying to avoid this inevitable outcome. But the looming financial catastrophe will force them to confront it. It will be very frightening indeed for tens of millions of families, all the more so because Europe's self-imposed economic disaster has destroyed the authority of mainstream parties, politicians and democratic institutions.

I guess that two things will emerge, along with a new social order, out of the chaos. Many countries – Greece and Italy among them – will abandon the lunacy of the euro.

Consolidation will take place at the centre. France, Belgium and a few others will realise Jean Monnet's dream and come together to form a new state, which will have Germany at its centre.

I admit that it is parochial and self-regarding to consider the consequences for Britain, but they are promising. So far, David Cameron's campaign for a treaty negotiation to accommodate British sensibilities has seemed selfish and hopeless. But the outlook would change with a new European architecture based around a greater Germany. Expect a two-tier Europe (of the kind advocated by Jacques Delors in 2005) with a second group of countries enjoying looser trading, foreign policy, defence and other arrangements with the centre.

This kind of European Union would be consistent with promises made to the British people in the 1975 referendum. It would be acceptable to all barring a handful of Ukip supporters and hardened Lib Dem voters.

It is exactly the Europe of nation states advocated by Margaret Thatcher – that far-sighted and dangerously acute student of Karl Marx – in her famous Bruges Group speech in 1988. She understood the connection between politics and economics, which is why she tried to prevent monetary union.

I have noted before that Cameron is a very lucky Prime Minister. The looming eurozone crisis will have terrible consequences for countless ordinary people, but will help to get the PM out of a tight spot, and better still, may help realise Margaret Thatcher's eternal vision of a Europe of nations.

109,23

Le Point - Publié le 12/12/2014 à 06:11 - Modifié le 12/12/2014 à 07:28

Les Français ne connaissent rien à l'économie. Pas plus l'homme de la rue que nos élites politiques. Et cela nous mène au bord de l'abîme.



Pour François Kersaudy, les Français ne connaissent rien à l'économie (Photo d'illustration). ©

Damien Meyer / AFP

Par FRANCOIS KERSAUDY

Peu avant de revenir en France à l'automne de 1967, j'avais été frappé par les déclarations d'un alerte septuagénaire norvégien (qui devait recevoir deux ans plus tard le prix Nobel d'économie) : "Les Français sont des gens merveilleux... mais ils ne comprennent absolument rien à l'économie - sauf quelques très rares experts." Le général de Gaulle n'en faisait pas partie, mais il savait distinguer le pragmatisme de l'idéologie et le professionnalisme de la fumisterie. C'est pourquoi il s'était entouré d'hommes comme Pinay, Rueff, Giscard, Pompidou, Debré, Ortoli et Jeanneney, grâce à quoi la France a connu une décennie de croissance annuelle régulière à 5-6 %, avec stabilité monétaire, fiscalité modérée, chômage insignifiant, budget en quasi-équilibre, augmentation régulière des exportations, politique active de recherche et d'investissement plutôt que d'assistanat et d'égalitarisme en trompe-l'oeil.

Pourtant, travaillés sans relâche par les clameurs de la presse, du Parti communiste aux ordres de Moscou, de la CGT aux ordres du Parti communiste, des socialistes avides de pouvoir, des anarchistes friands de désordre et des gauchistes rêvant du grand soir, les Français se sont laissés convaincre qu'ils étaient malheureux, et qu'il devenait insupportable que le pouvoir en fût un. L'inanité de bien des slogans de Mai 68 prouve que de nombreux meneurs avaient parfaitement saisi toutes les faiblesses de la compréhension économique des Français : "Doublement, puis triplement de tous les salaires !" "Des conseils d'ouvriers pour remplacer les patrons !" "Nationalisation immédiate de toutes les entreprises !" et même (très applaudi) : "Nous avons droit au même niveau de vie que l'ouvrier chinois !" La suite est connue...

Les catastrophiques 110 propositions du candidat Mitterrand

Après 1976, les Français ont eu entre l'Élysée et Matignon de grands professionnels de l'économie : Giscard et Barre, qui ont permis à la France d'encaisser sans grands dommages deux énormes chocs pétroliers, et de contenir au mieux l'augmentation inévitable du chômage. Pourtant, à ces deux hommes d'État qui comptaient aisément parmi les meilleurs économistes du XXe siècle, les Français ont préféré en 1981 François Mitterrand, qui ne faisait pas mystère de sa vaste inculture économique : lors de son célèbre débat avec Raymond Barre en mai 1977, il s'exprimait en anciens francs, ce qui avait amené le Premier ministre à lui glisser tranquillement : "Eh bien, Monsieur Mitt'rand, je considère que c'est un manque de maturité économique !" À quoi Mitterrand avait répondu : "Peut-être, peut-être..."

Mais les Français manquaient sans doute aussi de cette maturité, puisqu'ils ont pu prendre au sérieux les 110 propositions du candidat Mitterrand, dont voici pour mémoire quelques fleurons : "19e proposition : croissance sociale s'appuyant sur le dynamisme du secteur public ; 20e : d'ici à 1990, la part du commerce extérieur dans le PIB sera ramenée en dessous de 20 % (On a bien lu !) ; 21e : nationalisation du crédit et des assurances ; 23e : durée du travail progressivement réduite à 35 heures ; 34e : impôt sur les grandes fortunes ; 82e : droit à la retraite à taux plein ramené à 60 ans pour les hommes et à 55 ans pour les femmes." Bien entendu, il n'y avait pas un mot sur la façon dont toutes ces "avancées sociales" et quelques autres seraient financées, ce qui aurait dû alerter les Français. J'entends encore un professeur d'économie (de gauche) nous dire à la Sorbonne : "C'est du marxisme de Monoprix à la sauce démagogique ! Jamais les électeurs ne s'y laisseront prendre..." Il les avait surestimés : manifestement vulnérables au refrain socialiste de "changer la vie" et au slogan communiste de "prendre l'argent là où il est", les Français ont voulu croire à l'existence d'une dimension magique de l'économie, dont seule la gauche socialo-communiste vertueuse et généreuse aurait détenu le secret...

Il leur faudra moins de deux ans pour déchanter en constatant les résultats : perte de confiance et fuite des capitaux, trois dévaluations successives, triplement du déficit budgétaire, hausse massive des revenus et allocations déclenchant une envolée de l'inflation, des importations et du déficit commercial qui, ajoutés à une baisse du temps de travail (avec un ministère du Temps libre...), a débouché sur un effondrement de la production industrielle, une chute brutale des exportations et un doublement du chômage. D'où le célèbre "tournant de la rigueur" en mars 1983...

Pour les "élites", la gauche était par définition morale

Les deux septennats de François Mitterrand se sont ensuite déroulés avec moult péripéties, revirements, largesses à crédit et scandales tardivement révélés, tandis que son héritage a laissé sur la France une empreinte à très long terme. En outre, de nombreux militants socialistes sont restés persuadés que l'échec était venu du fait qu'un véritable programme économique "de gauche" n'avait pas été mis en oeuvre : nouvelle relance par la consommation, état providence illimité, sortie du système monétaire européen, grands travaux pour occuper les chômeurs, interdiction des licenciements, spoliation à peine déguisée des patrons et soutien à tous les régimes communistes de la terre. Pour toutes ces "élites", la gauche était par définition morale, proche du peuple, antiraciste, d'un égalitarisme généreux et d'une pauvreté vertueuse, tandis que la droite était riche, immorale, raciste, fasciste et ennemie du peuple. Cette caricature était relayée en permanence par la plupart des médias, par les syndicats militants, les multiples associations trotskistes, maïstes et anarchistes dopées aux deniers publics, ainsi que par tous les intellectuels et artistes narcissiques de France et d'outre-mer.

Après 1995, leur propagande permanente et leur capacité à déverser sur un simple signal des centaines de milliers de brailards dans les rues ont exercé sur les gouvernements de droite successifs un effet intimidant et même paralysant, en les contraignant à renoncer aux réformes nécessaires ou à les interrompre à mi-chemin, tout en leur interdisant de supprimer les héritages les plus désastreux de la gauche socialo-communiste : 35 heures, retraite à 60 ans, taxation punitive de tout investissement et activité productive, gestion gauchiste de l'éducation nationale, "dialogue social" à sens unique, fonctionnaires pléthoriques, assistanat démultiplié, immigration incontrôlée, entrepreneurs harcelés par un Code du travail démentiel, des charges dissuasives et des syndicats restés englués dans la lutte des classes.

Hollande se heurte au mur des réalités

Tout cela aurait dû procurer à François Hollande un environnement hautement favorable lorsque la gauche est revenue au pouvoir en 2012 : la droite carbonisée, une Assemblée, un Sénat, des mairies, des départements et des régions passés très majoritairement à gauche, des syndicats et des associations encore plus à gauche, et des Français restés assez économiquement naïfs pour prendre au sérieux un programme de gauche aussi flou qu'onirique. Hélas ! Après deux ans seulement - exactement comme Mitterrand et pour les mêmes raisons - Hollande s'est heurté de plein fouet au mur des réalités. Mais son propre tournant de la rigueur a été bien plus difficile à négocier, parce qu'en trente ans, l'Europe a rogné ses principaux leviers d'action sur l'économie, et surtout parce que Hollande lui-même a été fragilisé par l'accumulation de ses gaffes publiques et privées comme par les turpitudes de ses ministres et conseillers - le tout révélé par le développement à l'américaine d'un système médiatique impitoyablement inquisiteur.

Du fait de ce vide d'autorité au sommet, la gauche de la gauche - dite "archaïque" et restée effectivement archéo-marxiste - a encore plus mal vécu qu'en 1983 la rupture idéologique consistant à reconnaître l'économie de marché, le capitalisme, le rôle essentiel de l'entreprise privée, le caractère néfaste des réglementations étatiques tracassières et l'existence d'une impitoyable concurrence mondiale. La nature ayant horreur du vide, on a donc vu se dresser un front de gauche agressif, des députés socialistes frondeurs, des écolos corrosifs, des fractures politiques multiples à l'intérieur du parti et l'explosion des ego individuels à tous les niveaux. En fait, leurs revendications sont restées exactement les mêmes que celles des militants extrémistes de 1983 : barre à gauche, toute !

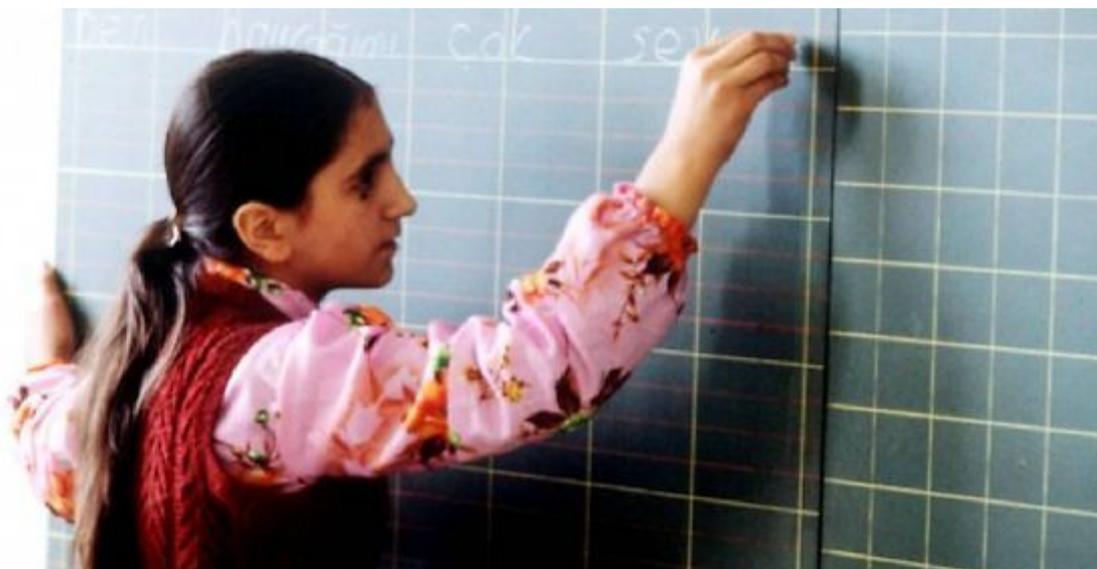
Cette fois, pourtant, le peuple français paraît sceptique : ni Mélenchon, ni Duflot, ni Hamon, ni Montebourg, ni Besancenot, ni Aubry ne font recette auprès de l'opinion. Mais beaucoup de Français sont à présent séduits par le Front national, ce qui, au vu de son programme actuel, semble toujours refléter le manque de maturité économique déjà constaté. Difficile en effet de prendre au sérieux la sortie de l'euro, les nationalisations en chaîne, la planification étatique de l'industrie, la fermeture des frontières, les politiques autarciques, la fonction publique omniprésente, la réglementation autoritaire des prix, la relance par le pouvoir d'achat, les retraites maintenues à 60 ans, l'ISF reconduit, et, cerise sur le gâteau, un alignement de la fiscalité du capital sur celle du travail qui garantira la fuite des derniers investisseurs - toutes mesures qu'on croirait sorties du programme de la CGT et du PC dans leurs plus mauvaises périodes, ce qui est tout de même un comble pour l'extrême droite...

La France prend au sérieux les économistes marxistes

Somme toute, si les électeurs français lisent les programmes économiques depuis trente-trois ans, en comprennent-ils bien les implications ? Il n'est pas interdit d'en douter. Certains lecteurs ne manqueront pas de répondre avec la plus vertueuse indignation qu'il est au contraire absolument interdit d'exprimer le moindre doute quant au remarquable niveau de culture économique des Français, car ce serait aussi méprisant que politiquement incorrect - voire carrément fasciste. On leur fera simplement observer qu'en 2013, un sondage TNS / Sofres indiquait que 86 % des Français jugeaient eux-mêmes leur niveau en économie comme faible ou moyen, tandis que deux ans plus tôt, une étude du Crédoc révélait que seul un Français sur quatre pouvait définir une obligation... Nous passerons charitablement sur le classement des jeunes Français par rapport à la moyenne de l'OCDE : c'est que moins d'un quart de nos lycéens étudie la science économique, et que même parmi ceux-ci, une bonne partie semble être gratifiée de professeurs trotskistes ou communistes.

Voilà qui permet de nourrir les plus grands espoirs pour l'avenir - et de repenser à l'économiste norvégien et futur prix Nobel du début de cet article, qui avait conclu son propos en ces termes : "La France est le dernier pays d'Europe avec l'Albanie où les intellectuels prennent encore au sérieux l'économie marxiste. Les économistes soviétiques eux-mêmes ont cessé d'y croire - même s'ils ne tiennent pas à s'en vanter trop près des micros !" Cinq décennies plus tard, nos socialistes frondeurs y croient encore - et ils tiennent même à s'en vanter au plus près des micros...

Aux journées de l'évaluation organisées par le ministère resurgissent les idéologies qui prétendent lutter contre les inégalités. En réalité, elles en fabriquent davantage.



Certains

pédagogues veulent supprimer les notes, qu'ils trouvent "stigmatisantes", menaçantes pour "l'estime de soi". Ridicule, selon Sophie Coignard. © Witt / Sipa

Par SOPHIE COIGNARD

Pendant toute une journée, des professionnels réunis pour favoriser la réussite scolaire ont réalisé un exploit terrifiant : ne pas prononcer les mots "savoirs" ou encore "connaissances". Non, il n'était question que de compétences, mises à toutes les sauces dans des propos indigestes tels que "chaque élève construit ses propres compétences" ou encore "l'élève compétent assoit sa compétence, car il devient une sorte de maître d'école pour les autres". Cette dernière trouvaille s'appelle, non sans cuistrerie, "la remédiation par les pairs". Les salles de classe sont donc peuplées de savants en herbe qui savent expliquer aux cancre mieux que le professeur. Une avancée majeure !

Murs roses, ambiance bistrot et pensée unique

Ces propos ont été tenus jeudi 11 décembre, première des deux journées de l'évaluation, qui sont l'un des temps forts de la conférence du même nom, lancée en juin par Benoît Hamon et reprise à la volée par Najat Vallaud-Belkacem. Tout a été organisé pour que l'ambiance soit "cool" : des murs roses, des tables de bistrot et des tabourets de bar où s'installent des professeurs, des experts et même des élèves interrogés par l'animateur Michel Field.

Leur point commun ? Ils sont tous du même avis, c'est sûrement pour cela qu'on les a choisis : ils veulent supprimer les notes, qu'ils trouvent "stigmatisantes", menaçantes pour "l'estime de soi". D'ailleurs, l'une des vedettes de la journée, André Antibi, est un "chercheur en didactique" qui s'est fait un petit nom dans le milieu de l'éducation en enfonçant des portes ouvertes : il déplore qu'il y ait toujours un tiers de mauvaises notes dans les classes - il appelle cela "la constante macabre". Et il propose une solution miracle : supprimer la notation.

Les Diafoirus de la pédagogie

Si tous les intervenants protestent en chœur contre "le contexte évaluatif qui peut faire baisser la performance", ils éludent tous la seule question qui vaille : à quoi ressemble le retour au réel, qui se concrétise par des décisions d'orientation, des examens comme le brevet ou le baccalauréat qui, horresco referens, attribuent des notes et même des mentions ?

L'objectif poursuivi par cette conférence, il faut le rappeler, c'est la lutte contre les inégalités. Et ses participants prétendent éradiquer le déterminisme social en supprimant la notation traditionnelle ? C'est bien évidemment l'inverse qui se produira et qui, d'ailleurs, se produit déjà : les familles aisées ont les moyens de s'informer sur les bons lycées, ceux où l'on prépare aux examens et aux concours, tandis que les autres sont les cobayes des Diafoirus de la pédagogie.

Schmutziger Irrtum

Deutschland wird seine Klimaziele deutlich verfehlen – trotz vieler neuer Windräder und Solaranlagen. Wie konnte das geschehen? VON FRANK DRIESCHNER

DIE ZEIT N° 50/20144. Dezember 2014 07:00 Uhr [206 Kommentare](#)



Das Atomkraftwerk Grohnde, das spätestens 2022 vom Netz gehen muss. | © Julian Stratenschulte/dpa
Es kommt nicht häufig vor, dass sich ein Vordenker der Energiewende so äußert wie Patrick Graichen.

Graichen ist nicht irgendwer. Er leitet den Thinktank [Agora Energiewende](#), die einflussreichste Denkschule der Energiepolitik in Deutschland. Graichens Vorgänger Rainer Baake steuert inzwischen [unter Sigmar Gabriel](#) als grüner Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium den Umbau der Stromwirtschaft. Graichen selbst war früher im Bundesumweltministerium für die Energie zuständig. Seine Kritik an der Energiewende ist also auch eine Selbstkritik.

Graichen sagt, kurz gefasst: Wir haben uns geirrt bei der Energiewende. Nicht in ein paar Details, sondern in einem zentralen Punkt. Die vielen neuen Windräder und Solaranlagen, die Deutschland baut, leisten nicht, was wir uns von ihnen versprochen haben. Wir hatten gehofft, dass sie die schmutzigen Kohlekraftwerke ersetzen würden, die schlimmste Quelle von Treibhausgasen. Aber das tun sie nicht.

Und dieser Irrtum erklärt, warum Wirtschaftsminister Gabriel die Industrie gerade heftig drängt, [Kohlekraftwerke abzuschalten](#). Warum sich das Land pünktlich zum [Klimagipfel in Lima](#) eine neue Umweltpolitik verordnet. Und warum wir unsere Klimaziele trotz alledem weit verfehlen werden.

Um den Irrtum zu verstehen, muss man sich noch einmal den Grundgedanken der Energiewende vor Augen führen. Der ging ungefähr so: Deutschland steigt aus der Nuklearenergie aus und setzt stattdessen auf erneuerbare Energien, auf Sonne und Wind vor allem. Wenn es mal nicht genug Ökostrom gibt, dann springen emissionsarme Gaskraftwerke ein, bis irgendwann auch diese überflüssig werden. Der böse Atomstrom verschwindet zuerst, als Nächstes der schmutzige Kohlestrom, die Luft wird sauberer, und Deutschland wird zum Vorbild und Vorreiter beim Klimaschutz.

So haben sich das alle gedacht. Nur leider wird daraus nichts. Das ist der Irrtum, den Patrick Graichen beklagt.

Es ist ein Irrtum mit hässlichen Folgen. Die Energiewende, so wie sie jetzt angelegt ist, macht die Luft nicht sauberer, sondern dreckiger. Sie sorgt dafür, dass Deutschland die selbst gesetzten Klimaziele reißt. Denn die Energiewende fördert, unbeabsichtigt, die dreckigen Kohlekraftwerke und zerstört die relativ sauberen Gaskraftwerke. "Im Nachhinein ist das alles logisch", sagt Graichen. "Trotzdem hat hier vor drei, vier Jahren keiner diese Logik so durchschaut."

Der Umbau der Stromversorgung steht seit [Fukushima](#) im Zentrum der deutschen Umweltpolitik. Seit Jahren verschlingt er alle politische Energie, alles Geld, alle Fantasie, die Deutschland für den Umweltschutz übrig hat. Wenn die Energiewende misslingt, stehen wir in der Klimapolitik praktisch vor dem Nichts.

Was also läuft schief?

Die schlichteste Antwort wäre wohl: dreckig schlägt teuer. Graichen nennt es das "Energiewende-Paradox". Diese Paradoxie produziert der deutsche Strommarkt. Man muss sich klarmachen, wie der funktioniert, um die Paradoxie zu begreifen.

Nur für uns Verbraucher hat Strom einen festen Preis. Die Händler, deren Strom wir kaufen, beschaffen ihn sich an der Strombörse. Dort hängt der Preis von Angebot und Nachfrage ab. Wenn viel Strom nachgefragt oder wenig produziert wird, dann müssen die Händler den Erzeugern für ihren Strom einen hohen Preis bezahlen. Wenn die Nachfrage sinkt oder das Angebot steigt, dann fällt der Strompreis.

Aber wer seinen Strom an der Börse anbietet, der muss auch selbst Kosten tragen. Im Fall der traditionellen Kraftwerke, die mit Kohle, Uran oder Gas betrieben werden, sind das vor allem die Brennstoffkosten. Ist der Strompreis so niedrig, dass ein Kraftwerk seine eigenen Brennstoffkosten nicht mehr erwirtschaften kann, dann hat der Betreiber nur eine Möglichkeit: Er muss es abschalten.

Nun sind die unterschiedlichen Brennstoffe unterschiedlich teuer. Uran ist am billigsten, dann kommen Braun- und Steinkohle, am teuersten ist Erdgas. Darum werden die Gaskraftwerke häufig abgeschaltet, wenn der Strompreis fällt, Kohlekraftwerke nur selten und Atomkraftwerke praktisch nie.

Für Solaranlagen und Windräder gelten andere Regeln. Sie erzeugen keine Brennstoffkosten, darum können sie ihren Strom einspeisen, wann immer Wind weht oder die Sonne scheint. Was also geschieht, wenn ein Land immer mehr Solaranlagen und Windräder baut? Immer öfter gibt es genug Ökostrom, manchmal sogar mehr als genug. Und darum sinkt der Strompreis an der Börse immer öfter so tief, dass Kraftwerke abgeschaltet werden müssen.

Nicht die Atomkraftwerke, die verschwinden aus einem anderen Grund: Weil wir es so beschlossen haben. Auch nicht die Kohlekraftwerke, denn Kohle ist billig. Die Kraftwerke, die ständig abgeschaltet werden, sind die Gaskraftwerke. Und irgendwann werden sie nicht mehr nur abgeschaltet, sondern stillgelegt.

"Wo noch ein Gaskraftwerk zu verdrängen war, wurde es verdrängt", sagt Patrick Graichen. Mehr Kohlestrom und weniger Atomkraft, mehr CO₂ und weniger Strom aus Gas: Das ist die Entwicklung, die Deutschland gerade erlebt.

Warum das schlimm ist? Weil Gas ein vergleichsweise klimafreundlicher Energieträger ist – in der Stromproduktion erzeugt es nur halb so viel Kohlendioxid wie Kohle. Und weil niemand weiß, wie die Energiewende ohne Gaskraftwerke fortgesetzt werden soll. Gerade weil sie schnell herunter- und wieder hochgefahren werden können, ergänzen Gaskraftwerke sich gut mit der wetterwendischen Ökostromproduktion – jedenfalls in der Theorie. Wind und Sonne erzeugen unseren Strom und Gaskraftwerke decken den sinkenden Restbedarf. Das war der Plan. Doch die Energiewende hat auf eine Kombination von Technologien gesetzt, die sich unter Marktbedingungen selbst zerstört: Wind- und Solaranlagen haben die Gaskraftwerke aus dem Markt gedrängt, die sie als Partner dringend brauchen würden.

Ohne Gaskraftwerke und ohne Atomkraft bleiben nur noch Ökostrom und Kohle übrig. Wie schlecht diese Kombination zusammenpasst, zeigte sich in diesem Jahr zum Beispiel am 11. Mai. Es war ein Sonntag, wie immer am Wochenende wurde wenig Strom gebraucht – aber der Wind wehte kräftig, und der Himmel war nahezu wolkenlos. Am frühen Morgen, die Solaranlagen produzierten noch fast nichts, überstieg das Angebot auf dem Strommarkt die Nachfrage bereits so weit, dass Strom im Wortsinn wertlos wurde: Der Preis an der Börse fiel auf null. Wenig später am Vormittag war so viel Ökostrom auf dem Markt, dass die deutschen Produzenten Geld bezahlen mussten, um ihn loszuwerden. Bis zum frühen Nachmittag, als auch der Solarstrom reichlich floss, stieg dieser sogenannte negative Strompreis auf 60 Euro je Megawattstunde.

Und das ist kein Einzelfall, das ist die Zukunft der deutschen Stromproduktion. In der ersten Jahreshälfte 2014 gab es 71 Stunden mit negativen Strompreisen. Aber schon in wenigen Jahren könnten es nach einer Berechnung des Thinktanks Energy Brainpool tausend Stunden im Jahr werden. Ein Viertel der gesamten Ökostromproduktion wäre dann Energiemüll.

Was machen die Kohlekraftwerke, wenn der Strompreis fällt und fällt? Am 11. Mai konnte man es beobachten: Sie produzierten kräftig weiter. Lieber verkaufen die Erzeuger ihren überflüssigen Kohlestrom zehn Stunden lang zu einem "negativen Strompreis", als ihre Braunkohlekraftwerke abzuschalten. Umweltschützer tun gerne so, als seien die Kraftwerksbetreiber an diesem Klimafrevel schuld. In Wirklichkeit bleibt ihnen gar nichts anderes übrig. Kohlekraftwerke sind dafür ausgelegt, fast ununterbrochen zu laufen, sie reagieren träge, und ihre Leistung zu drosseln ist teuer. Muss ein Kohlekraftwerk vom Netz, bezahlt der Betreiber später allein für den Diesel, den er verfeuert, um es wieder auf Betriebstemperatur zu bringen, einen fünf- oder sechsstelligen Betrag. Außerdem vertragen es diese Kraftwerke nicht, häufig an- und wieder abgeschaltet zu werden. Wollte man Kohle nutzen, um die schwankende Produktion von Wind- und Sonnenstrom auszugleichen, wäre die teure Technik der Kraftwerke binnen weniger Jahre ruiniert.

Die Betreiber der Kohlekraftwerke tun, was sie können, um ihre Produktion dem wechselhaften Ökostromaufkommen anzupassen. Aber sie können eben nicht viel tun. "Innerhalb der bestehenden Anlagekonfiguration holen die alles raus, was rauszuholen ist", hat Patrick Graichen beobachtet.

So zwingen wir, indem wir Wind- und Sonnenenergie subventionieren, am Ende die Betreiber der Kohlekraftwerke, Strom zu produzieren, der nicht nur klimaschädlich ist, sondern auch überflüssig.

Wie konnte das geschehen? Wie konnte es zu dieser gewaltigen Fehlsteuerung kommen? Beschäftigt das Land nicht Heerscharen von Experten, hat es nicht die Zukunft der Stromproduktion wieder und wieder durchgerechnet? Wozu leistet sich Deutschland einen "Sachverständigenrat für Umweltfragen", ein Umweltbundesamt, ein Ökoinstitut?

Patrick Graichen sagt: "Es gab eine kollektive Fehleinschätzung der Gutachterbranche, wonach die zusätzlichen erneuerbaren Energien alte Kohlekraftwerke verdrängen würden – und nicht neue Gaskraftwerke."

Graichen legt Wert auf die Feststellung, niemand habe diese Entwicklung vorhersehen können: Erst der Zusammenbruch des europäischen CO₂-Handels habe Kohle im Vergleich zu Gas so billig gemacht, dass nun die Gaskraftwerke verschwunden seien. Aber das ist mehr eine Ausrede als eine Analyse. Der CO₂-Preis des Emissionshandels ist ein Regulativ: Er steigt, wenn die Unternehmen so viel fossile Energie verbrauchen, dass die EU ihr Klimaziel zu verfehlen droht, und er bleibt niedrig, solange die EU auf gutem Weg ist, ihr Ziel zu erreichen. Das ist sie seit vielen Jahren, weshalb der geringe CO₂-Preis niemanden überraschen sollte.

Daran wird sich in absehbarer Zukunft auch nichts ändern. Und das hat Folgen, weit über Deutschland hinaus. Weil sich Strom nicht in großem Umfang speichern lässt, muss der überflüssige deutsche Strom irgendwohin. Und unsere Nachbarn nehmen ihn gern, besonders, wenn sie dafür auch noch bezahlt werden. Strom nicht nur umsonst zu bekommen, sondern mit Prämie obendrauf – das ist ein ziemlich attraktives Angebot. Vor allem für die Niederländer. Der niederländische Strom nämlich stammt zum größten Teil aus Gaskraftwerken. Er ist teuer, aber Gaskraftwerke sind ja flexibel. Wann immer deutscher Strom günstig zur Verfügung steht, drosseln die Niederländer ihre Produktion.

Diese Fähigkeit hat sie im vergangenen Jahr zum größten Importeur von deutschem Strom gemacht. Die gewaltigen Überschüsse an Ökostrom, die in sonnigen oder windreichen Stunden in Deutschland auftreten, werden zu einem großen Teil in den Niederlanden verbraucht.

Und das ist nicht einmal eine Überraschung. Anders als die Deutschen, die angeblich von der Entwicklung kalt erwischt wurden, haben die Niederländer die Folgen der Energiewende recht genau vorhergesehen. Im Fukushima-Jahr 2011, als Deutschlands Öko-Elite sich den Atomausstieg schönrechnete, stellte sich in Holland Nora Méray, eine Energie-Expertin des Clingendael-Instituts, die Frage: Welcher Energieträger kann sich am besten gegen die Erneuerbaren behaupten? Die Antwort von Méray: "Unter den gegenwärtigen Marktbedingungen mit einer Mischung aus kohle- und gasgetriebenen Kraftwerken und einem niedrigen oder nicht existenten Preis für CO₂-Emissionen wird Windkraft in den meisten Fällen eher die Gaskraftwerke ersetzen."

Die Energiewende würde nicht funktionieren: Wer es wissen wollte, der konnte es wissen, auch damals schon.

Aber wer wollte es wissen? Rund um die Branche der Erneuerbaren ist in den vergangenen Jahren ein regelrechter politisch-industrieller Komplex herangewachsen. In seinem Einfluss ist er wahrscheinlich nur dem Geflecht zwischen Staat und Atomwirtschaft im vergangenen Jahrhundert vergleichbar. Alle Akteure in diesem Komplex verbindet ein Interesse: Probleme der Energiewende müssen lösbar erscheinen, damit die Wind- und die Sonnenbranche weiter subventioniert werden. Die Begeisterung für den grünen Umbau und die Begeisterung für das Geschäft mit dem grünen Umbau sind längst nicht mehr zu unterscheiden.

Und nun? "Die Frage ist: Wie viele holländische Gaskraftwerke kann man noch verdrängen?", sagt Patrick Graichen. Die Antwort lautet: etliche. Vor vier Jahren haben die Niederlande gut sechzig Prozent ihres Stroms mit Gas erzeugt, heute sind es noch ungefähr fünfzig Prozent. Aber das ist nicht einmal die halbe Antwort. Der niederländische Elektrizitätsmarkt gleicht weniger einer Wanne, die irgendwann voll wäre, als einem Kanalsystem, durch das sich der deutsche Öko- und Kohlestrom-Mix den Weg des geringsten Widerstands sucht. Durch die Niederlande fließt er weiter nach Belgien und Großbritannien, über Frankreich gelangt er nach Italien. In vielen dieser Länder spielt Gas in der Stromversorgung eine wichtige Rolle. Unser subventionierter Grünstrom kann bei unseren Nachbarn noch viele Gaskraftwerke überrollen, ehe in Deutschland das erste Kohlekraftwerk aus dem Markt gedrängt wird.

Und das Klima? Dieser Tage hat eine neue Runde der internationalen Verhandlungen in Lima begonnen, und gerade noch rechtzeitig hat die Koalition sich auf eine neue Klimapolitik geeinigt: Häuser dämmen, Elektroautos fördern, sparsamer düngen und den Müll besser lagern. Wirtschaftsminister Gabriel wurde im *Spiegel* kürzlich mit dem Satz zitiert, es sei doch klar, dass das deutsche Klimaziel nicht mehr zu erreichen sei. Gabriel dementierte, wahrscheinlich zutreffend: Deutschland wird sein Klimaziel auch mit seiner neuen Politik weit verfehlen – aber nicht jedem ist das klar.

Deutschland hat zugesagt, seinen CO₂-Ausstoß bis 2020 um 40 Prozent gegenüber dem Stand von 1990 zu senken. Gerade mal ein gutes Viertel seiner Treibhausgase hatte Deutschland seit der Wiedervereinigung eingespart, in nur drei Jahren Energiewende sind aber schon zwei Prozentpunkte wieder hinzugekommen. Die jüngste Idee von Gabriel, bis 2020 einige Kohlekraftwerke stillzulegen, wird daran nur wenig ändern: Es geht um rund sieben Prozent der Treibhausgase aus der Stromproduktion – das würde gerade reichen, um den Wachstumstrend der letzten Jahre zu brechen und noch eine kleine Einsparung zu erzielen. Mehr ist nicht drin. In der Energiepolitik hat die Regierung andere Prioritäten als das Klima. Noch immer ist die Gefahr von Stromausfällen an windstillen und dunklen Wintertagen nicht völlig gebannt. "Es geht um Versorgungssicherheit, Punkt", sagt Energiestaatssekretär Baake.

Außerhalb der Energiewirtschaft, im Verkehr und beim Bedarf an Heizwärme, sieht es noch viel schlimmer aus. Diese Bereiche hat Deutschland in seiner Energiewende-Euphorie jahrelang vernachlässigt. Nun ist die Bilanz so verheerend, dass der einstige Vorreiter aus Sicht der Europäischen Umweltagentur, des Expertengremiums der EU, nicht einmal im Stande ist, seinen Beitrag zu dem bescheidenen Minus-20-Prozent-Ziel der Europäer zu leisten.

All das muss man wissen, um zu verstehen, warum die Regierung nun in aller Eile ein neues "Klimapaket" verabschiedet. Es geht längst nicht mehr um das Klimaziel – sondern nur noch darum, eine Blamage in Grenzen zu halten.

109,29

Le Point - Publié le 15/12/2014 à 18:52 - Modifié le 15/12/2014 à 20:32

Discours sur l'immigration : Hollande s'élève contre l'islamophobie

VIDÉO. Il appelle aussi à ne pas laisser "la place vide pour des discours qui instrumentalisent la peur de la dissolution, de la dislocation" du pays.

http://www.lemonde.fr/politique/video/2014/12/15/la-cite-de-l-immigration-enfin-inauguree_4541027_823448.html

SOURCE AFP

Pour son premier grand discours sur l'immigration deux ans et demi après son élection, [François Hollande](#) a fustigé ce lundi ceux qui agitent la peur d'une "dislocation" de la [France](#) ou des accords de Schengen pour vanter au contraire l'apport des immigrés à la République. Sept ans après son ouverture, le chef de l'État inaugurerait à [Paris](#) le Musée de l'histoire de l'immigration qui, victime d'un destin mouvementé, n'avait jamais encore été officiellement inauguré. Devant un parterre de plusieurs centaines de personnes, François Hollande a dénoncé dans un discours d'une cinquantaine de minutes un "sentiment de dépossession, entretenu avec malice sinon avec malignité". Un Français sur quatre est issu de l'immigration, a-t-il relevé, soulignant sa volonté de "rappeler aux Français d'où ils viennent, quelles sont les valeurs qu'ils portent comme citoyens français et où nous voulons aller ensemble".

François Hollande a ainsi exhorté à ne pas laisser "la place vide pour des discours qui instrumentalisent la peur de la dissolution, de la dislocation, de la disparition" entretenus par ceux "qui rêvent d'une France en petit, une France en dépit, une France en repli, bref une France qui ne serait plus la France". "Nous devons lutter contre ces thèses au nom de la France (...), pour une France à la hauteur de son histoire et capable de porter un grand projet, un destin", a-t-il martelé.

Hollande "favorable" au vote des étrangers

Le chef de l'État s'est de nouveau déclaré "favorable" au droit de vote des étrangers. Mais "rien ne peut se faire sans une révision de la Constitution, ce qui suppose une majorité des 3/5e" au Parlement, a-t-il rappelé, soulignant que cela supposait "un accord entre les forces républicaines". "A elles de prendre leurs responsabilités", a-t-il lancé.

Il s'est aussi implicitement opposé à Nicolas Sarkozy, sans prononcer son nom, jugeant qu'il fallait "défendre" le principe des accords de Schengen qui autorisent la libre circulation des citoyens au sein de l'Union européenne plutôt que de les "faire éclater". "Faire éclater Schengen ? Ce serait reculer, rétablir les frontières pays par pays", a fait valoir François Hollande, jugeant au contraire que ces accords avaient "permis à tous les pays d'Europe de s'organiser pour contrôler l'immigration".

Lutter contre l'islamophobie

Le président s'est également élevé contre "la peur sciemment installée d'une religion, l'islam, qui, d'une façon inacceptable, est présentée par certains comme incompatible avec la République". "Le fait nouveau, ce sont des vents mauvais qui soufflent de plus en plus, pas seulement en France, mais partout en Europe", a-t-il déploré, estimant qu'il fallait "une fois encore reprendre le combat". Dans "la lutte contre le racisme et l'antisémitisme" érigée en "grande cause nationale", la France "ne peut tolérer qu'un citoyen soit agressé pour sa religion, sa couleur de peau, ses origines", a-t-il souligné, avertissant que "rien ne doit être passé sous silence, rien ne doit rester impuni, rien ne doit être toléré".

François Hollande, selon son entourage, savait son "discours très attendu sur un sujet hautement sensible, complexe, et important". L'UMP Brice Hortefeux avait d'ailleurs donné le ton d'inévitables polémiques dès lundi matin, reprochant à l'exécutif socialiste d'accepter "l'augmentation du nombre d'étrangers venant chaque

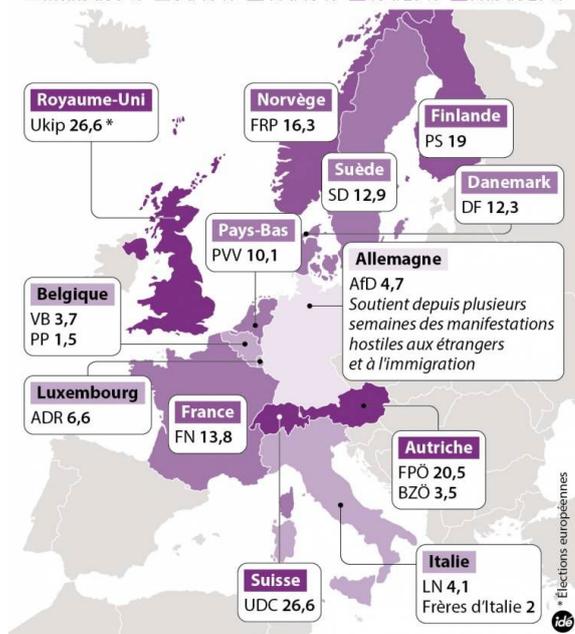
année dans notre pays". "Au lieu d'inaugurer un musée de l'immigration, François Hollande devrait lutter contre l'immigration qui est un problème monumental, économique, social et culturel", a renchéri le numéro 2 du FN, Florian Philippot, sur France Inter.

Mais pour l'historien Benjamin Stora, président du Conseil d'orientation du musée et qui passe pour avoir l'oreille du président, il était "temps (...) de regarder cette histoire en face". Plusieurs associations de défense des droits de l'Homme avaient cependant regretté cette intervention tardive. "On attendait un grand discours à la nation au lendemain de l'élection (...) sur la fierté d'être Français", a ainsi déploré Alain Jakubowicz, le président de la Licra.

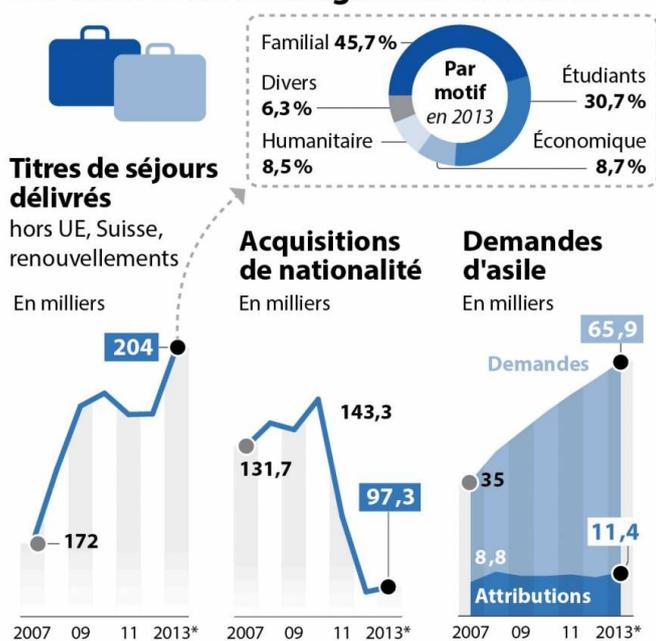
Les partis anti-immigrés en Europe de l'Ouest

Résultats aux dernières élections législatives

Moins de 5 % 5 à 10 % 10 à 15 % 15 à 20 % Plus de 20 %



Les chiffres de l'immigration en France



Source : ministère de l'Intérieur

* chiffres provisoires

Was Japan Europa lehrt

Wenn es doch nur so einfach wäre: Könnte ein Land mit noch mehr Schulden seinen Schulden entwachsen, hätte Japan keine Sorgen.

15.12.2014, von **HOLGER STELTZNER**



© AFP  Japans Aktienkurse unter Druck - ein aktuelles Bild, das aber nach vielen schwachen Jahren ganz vertraut wirkt.

Durch den Wahlsieg von Shinzo Abe in Japan sehen sich Kritiker der europäischen Reformpolitik von Bundeskanzlerin Merkel, die meist nur als Spardiktat verunglimpft wird, bestärkt. Seht doch nach Japan! Abe zeigt den Europäern, wie man richtige Krisenpolitik macht, wie man mit Geldspritzen der Notenbank und mit staatlichen Konjunkturprogrammen wieder auf die Beine kommt.



Autor: Holger Steltzner, Jahrgang 1962, Herausgeber.

Zwar ist das Gegenteil der Fall, aber das erzählt sich nicht so locker wie eine Abrechnung mit einem vermeintlichen Berliner Spardiktat. Europa steuert auf ein verlorenes Jahrzehnt zu, so, wie es Japan schon seit den neunziger Jahren erlebt. Schuld an der drohenden Katastrophe seien indes nicht die überschuldeten Südländer, sondern sei Deutschland, das seine Nachbarn ruiniere. Das sagt der mit einem Nobelpreis ausgezeichnete Ökonom Paul Krugman. Wenn es ein Land gebe, das aus der Krise nichts gelernt habe, dann Deutschland. Der Ausfuhrweltmeister exportiere seine Deflation in die Nachbarländer, und der Ruf nach mehr Wettbewerbsfähigkeit für Europa solle nur davon ablenken, dass die deutsche Industrie auf Kosten anderer Eurostaaten große Exportüberschüsse erziele.

Dabei unterschlägt Krugman, dass der deutsche Export in die Euroländer seit der Krise kräftig schrumpft und inzwischen fast zwei Drittel der Ausfuhren in Länder außerhalb der Eurozone gehen. Krugman verschweigt auch, dass als Folge der von ihm propagierten ultralockeren Geldpolitik der Eurokurs verfällt, was den von ihm kritisierten Export beflügelt. An den Märkten zeigt Krugmans Doping Wirkung. Die Geldspritzen wirken, und sei es über ihre Risiken und Nebenwirkungen. Bislang macht die monetäre Expansion allerdings vor allem Banken und Anleger glücklich.

Ultralockere Geldpolitik seit 20 Jahren

Dass ausgerechnet Krugman vor verlorenen Jahren à la Japan warnt, ist ein Treppenwitz, verschrieben doch zuvor er und andere Ratgeber aus Wall Street den Japanern die keynesianische Medizin. Seit mehr als zwanzig Jahren betreibt Tokio eine ultralockere Geld- und eine extrem expansive Fiskalpolitik.

Was ist die Folge? Anstelle der Wirtschaft wachsen nur die Schulden. Als 1990 die Preisblase am Häusermarkt platzte, hielt Japan mit keynesianischem Schuldenmachen dagegen. Ein Konjunkturprogramm auf Pump jagte das nächste. Die Staatsschuldenquote kletterte seither von 67 auf 245 Prozent der jährlichen Wirtschaftsleistung.

Seit Jahrzehnten überschüttet die Bank von Japan das Land mit Zentralbankgeld. Die Zinsen wurden von 1998 bis heute praktisch auf null gesetzt. Die von Abe abhängige Notenbank kauft inzwischen 85 Prozent aller neu

ausgegebenen Staatsanleihen, auch um den Yen noch schwächer zu machen. Vergleichbares fordert Krugman nun auch in Europa.

Vor kurzem lud Abe Krugman nach Tokio ein. Schließlich folgt der alte und neue Ministerpräsident genau seinen Ratschlägen. Und wenn sie in Japan nicht wirken? Dann - meinte Krugman - müsse die Geld- und Fiskalpolitik eben noch viel expansiver werden. Doch sein Rezept „Viel mehr hilft noch viel mehr“ hat die japanische Wirtschaft nicht aus der Depression befreit. Krugmans Weisheiten helfen in Japan nicht - und sie werden auch in Europa nicht helfen.

Draghi scheint fest entschlossen

Trotzdem scheint EZB-Präsident Mario Draghi fest entschlossen, Krugmans Wünsche zumindest teilweise zu erfüllen. Schon im Januar könnte die Europäische Zentralbank damit beginnen, im großen Stil Staatsanleihen am Markt zu kaufen. Der Applaus der Regierungen aus Rom und Paris wäre ihr sicher, ebenso wohl auch die Unterstützung durch den neuen EU-Kommissionspräsidenten Juncker, der zugleich seine Idee eines Konjunkturprogramms von mehr als 300 Milliarden Euro vorantreibt, das aber nur zum Teil auf Pump finanziert werden soll.

Krugman und seine Jünger sehen den Nutzen des Gelddruckens vor allem darin, dass dadurch Nachfrage entsteht. Wenn Leute Geld hätten, würden sie es ausgeben. So wird laut Krugman Wachstum geschaffen. Tatsache jedoch ist, dass Japan, das Land mit den höchsten Schulden, den niedrigsten Zinsen und dem größten Bevölkerungsschwund, in der Stagnation verharrt. Wenn ein überschuldeter Staat mit noch mehr Schulden seinen Schulden entwachsen könnte, dann müsste Japan sorgenfrei leben.

Aus Sehnsucht nach einer einfachen Lösung können manche nur schwer akzeptieren, dass auch die Geldpolitik Grenzen hat, wie man in Japan sieht. Um so fragwürdiger ist, wie in Europa Deflationsangst geschürt wird, um den Ankauf von Staatsanleihen durch die Zentralbank zu erzwingen. Von einem dauerhaften Rückgang des Europreisniveaus kann nicht die Rede sein. Auch ein Überzeichnen der milden Deflation in Japan (vier Prozent in zwanzig Jahren) verbietet sich.

Wie seine Vorgänger hat Abe Strukturreformen für Japan immer nur angekündigt, aber nie verwirklicht. Doch wie die Wirtschaftsgeschichte lehrt, wird langfristiges Wachstum nicht durch ein Nachfragestrohfeuer durch eine Behörde erzeugt, sondern durch unternehmerische Tätigkeit, durch Risiko und Innovation geschaffen. Könnte man mit Schulden Wachstum kaufen, wäre Japan das wachstumsstärkste Land der Erde. Und Griechenland der Motor in der Eurozone.

WhatsApp ist nicht nur Gift für die Beziehung

Die Information, ob jemand gerade online ist oder nicht, scheint banal zu sein. Nun zeigen zwei Untersuchungen was alles mit dem Dienst WhatsApp möglich ist: Weit mehr als unkompliziert Nachrichten zu verschicken.

15.12.2014, von TAMARA MARSZALKOWSKI



© DPA  Noch bei der Arbeit oder schon wieder online?

Schaut jemand bei WhatsApp fast durchgängig, ob neue Nachrichten angekommen sind, und sendet er selbst eigentlich zu jeder Tages- und Nachtzeit in dem beliebten mobilen sozialen Netzwerk, bedeutet das eines mit Sicherheit: Er pflegt einen ungesunden Lebensstil. Vielleicht ist der Mensch Türsteher von Beruf? Oder hat schlicht Schlafprobleme? Womöglich ist er auch ein frisch gebackener Vater?

Um günstig Bilder und Videos aus dem Urlaub zu verschicken oder mit mehreren Bekannten gleichzeitig zu kommunizieren, ist WhatsApp ein nützlicher Dienst. Will man seinen Freunden hinterherspionieren, auch: Jeden Kontakt zielt ein mit Datum und Uhrzeit versehener Hinweis, wann der Betreffende online war, also die App geöffnet hatte. Will man also wissen, wie lang die eigene Schwester nachts noch unterwegs war oder ob der Freund nicht eigentlich doch Zeit für einen gehabt hätte, hilft oft ein Blick auf die WhatsApp-Logs.

Wer Eifersucht befeuern und Konfliktpotential steigern will, findet in WhatsApp ein hervorragendes Instrument. Das sich sogar nach gusto manipulieren lässt. Will man Fleiß signalisieren, loggt man sich früh morgens ein, direkt nach dem Aufstehen. Will man lieber verbergen, wie lange man nachts noch unterwegs war, vermeidet man den späten Aufruf der App. Wer unerreichbar wirken will, lässt sich am besten auch bei WhatsApp nicht blicken.

Stalken für Anfänger

Ob jemand online ist oder nicht, mag auf den ersten Blick eine triviale Information sein. Wie aussagekräftig sie wirklich ist, zeigt eine kürzlich veröffentlichte Studie: Forscher der Friedrich-Alexander-Universität in Erlangen-Nürnberg sammelten die Onlinezeiten von über tausend WhatsApp-Nutzern und präsentieren die Daten auf einer Website: anonymisiert, aber für jeden zugänglich. Die über neun Monate gesammelten Daten, wann und wie lange die so beobachteten Nutzer von dem Dienst Gebrauch machten, geben einen klaren Einblick in ihren Alltag. Zu welcher Uhrzeit sind sie in der Regel online, also zu welcher Tageszeit aktiv? Hat der Beobachtete einen geregelten Alltag oder ist sein Leben von Unregelmäßigkeiten geprägt? Muster und Gewohnheiten werden erkennbar. Und ebenfalls, wann diese gebrochen werden. Der Schlafrhythmus ist ersichtlich. Und eine verstärkte Aktivität freitags lässt auf eine mögliche Wochenendplanung schließen. Arbeitgeber interessiert es sicherlich auch, dass die Nutzer die meisten Nachrichten während der Arbeit schreiben.

Die Forscher wollen das Bewusstsein dafür schärfen, dass die banale Information gar nicht so banal ist. Sie lässt Rückschlüsse auf das Leben völlig fremder Personen zu. Und sie beweist, dass das Sammeln solch großer Datenmengen möglich ist, auf die einfachste Weise. Denn es verstößt nicht einmal gegen irgendwelche Bestimmungen: Eine Einwilligung der Probanden war nicht nötig. Sie wissen nicht einmal, dass sie Teil einer Studie geworden sind. WhatsApp macht das möglich.

Kennt man den über WhatsApp observierten Menschen auch noch persönlich, führt das gleich zu viel ergiebigeren Rückschlüssen. Forscher der Universität Ulm untersuchen, ob sich anhand der Online-Information gleich ein ganzer Tagesablauf rekonstruieren lässt. Diese schwäbische Studie hat einen völlig anderen Ansatz als die fränkische: Sie nahm sich zwei kleinere Gruppen von zehn und neun Personen vor. Einen Monat lang sammelten die Forscher die Information, wann der Proband WhatsApp aufgerufen hatte. Im Anschluss wurden diese Daten durch Hintergrundinformationen wie Schlaf- und Nutzungsgewohnheiten ergänzt. Das Ergebnis war für die Probanden schockierend.

Die Forscher konnten mit großer Wahrscheinlichkeit sagen, ob jemand einen Nachmittagsschlaf hielt, mal für ein paar Tage das Land verlassen hatte oder zu lange an der Bar versackt war. Wie ausgeprägt ist der innere Schweinehund eines Probanden, wenn er eigentlich beim Sport hätte sein sollen und sich stattdessen auf WhatsApp herumtreibt? Ergänzt man die triviale Angabe durch Hintergrundwissen, lassen sich eine Reihe verblüffender Schlüsse ziehen. Die Forscher konnten sogar anhand von identischen Nutzungsmustern auf Kommunikationspartner schließen.

WhatsApp ist nicht nur Gift für die Beziehung. Es ist auch Gift für die Privatsphäre.

109,34

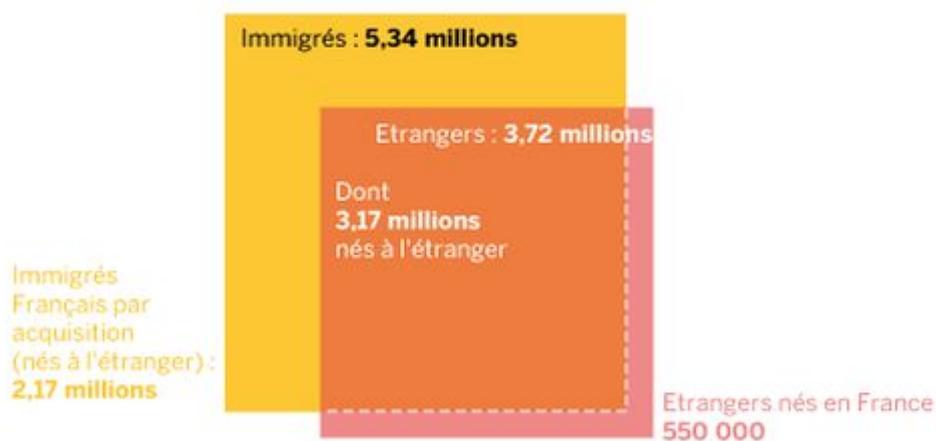
Etrangers, regroupement familial, séjour... Petit lexique de l'immigration

Le Monde.fr | 16.12.2014 à 16h37 • Mis à jour le 16.12.2014 à 16h43 | Par [Samuel Laurent](#) et [Madjid Zerrouky](#)

Le musée dédié à l'histoire de l'immigration a enfin été inauguré, lundi 15 décembre, sept ans après son ouverture au public.

Les questions sur ce thème reviennent de façon récurrente dans le débat en France. Pourtant, les confusions dans les termes sont légion. Quelques définitions pour y voir plus clair.

Immigrés et étrangers en 2008 en France



Source : insee

 LeMonde.fr/lesdecodeurs

La confusion entre immigré et étranger est des plus classiques, et permet à certains intervenants dans le débat de les additionner... à tort. La différence tient essentiellement dans le lieu de naissance. Un étranger peut être né en France (une personne née sur le sol français de parents étrangers, qui n'a pas la nationalité française à sa naissance, n'est pas immigrée), alors qu'un immigré est forcément né à l'étranger.

En outre, contrairement à un étranger, un immigré peut avoir la nationalité française.

On ne peut donc pas additionner immigrés et étrangers, puisque plus la moitié d'étrangers sont aussi immigrés. Selon les chiffres de l'Insee de 2008, on comptait 5,34 millions d'immigrés en France, parmi lesquels 3,17 millions de personnes étrangères et nées à l'étranger (donc immigrés et étrangers). D'autre part, 550 000 étrangers étaient nés en France - et donc n'étaient pas immigrés.

Nationalité et séjour

On peut vivre en France sans posséder la nationalité française. Néanmoins, nombre d'immigrés font une demande pour l'acquérir. Il existe plusieurs manières de le faire : par mariage, par filiation, ou par naturalisation.

Un enfant né en France de parents étrangers devient automatiquement français à sa majorité s'il réside en France depuis cinq ans au moins. En revanche, le mariage avec un Français n'octroie pas automatiquement la

nationalité. Il faut quatre ans après le mariage pour pouvoir faire une demande, sous certaines conditions : séjour régulier (donc détention d'une carte de séjour), communauté de vie, connaissance de la langue française, absence de condamnation pénale...

97 318 acquisitions de nationalité française ont été enregistrées en 2013, dont 49 757 naturalisations, 24 145 déclarations anticipées (acquisition par filiation), et 17 513 acquisitions par mariage.

Acquisitions de nationalité en 2013

Par décret Par déclaration anticipée Par mariage Autres Sans formalités Insee

Droit d'asile

Le droit d'asile est le fait pour un étranger de pouvoir demander une protection à la France contre des persécutions dans son pays d'origine, pour des motifs religieux, politiques ou autres. Il est reconnu par la Constitution et par des traités internationaux dont la France est signataire.

17 % des dossiers aboutissent. En 2013, on comptait 60 095 premières demandes d'asile en France, selon les chiffres de l'Office français de protection des réfugiés et apatrides (Ofpra). Seules 5 965 demandes d'asile ont été accordées dès la première demande. Les candidats déboutés ont la possibilité de saisir la Cour nationale du droit d'asile. Celle-ci a accordé 5 450 demandes à des candidats refusés par l'Ofpra. Au total, 11 415 demandes d'asile ont été accordées par la France en 2013.

Titres de séjour

Ce sont les titres, documents de séjour et de circulation des étrangers non européens, qui correspondent à l'immigration légale. Leur durée varie de quelques mois (pour les autorisations provisoires de séjour) à dix ans (les cartes de résident) et ils sont délivrés sur la base de critères familiaux, économiques, professionnels, d'études ou humanitaires.

Selon les chiffres provisoires de l'Insee pour 2013, 208 723 premiers titres de séjour ont été délivrés, dont une majorité pour un motif familial (98 277).

8,6 % des premiers titres de séjour délivrés l'ont été pour un motif économique ; c'est-à-dire que les entrants disposaient d'un contrat de travail au moment de l'obtention de leur titre de séjour.

A ces quelque 18 000 personnes, il faut ajouter 61 315 étudiants (près de 30 % de titres délivrés), les titres à caractère humanitaire (8,5 %) et une catégorie « divers » (6,4 %), qui regroupent les mineurs, les retraités et les « *compétences et talents* ».

Immigrés et emploi

59 % des immigrés nés hors de l'Union européenne (UE) étaient en activité (en emploi ou au chômage) contre 57 % pour les non-immigrés et 51 % pour les immigrés de l'UE. Même si l'accès à l'emploi est beaucoup plus difficile pour les premiers (le taux de chômage est plus élevé - 20 % contre 9 % pour les non-immigrés).

Enfin, ce taux d'activité augmente avec le niveau d'étude. En 2012, 63 % des immigrés entrés en France étaient titulaires d'un diplôme au moins équivalent au baccalauréat. Une augmentation de 7 points depuis 2004.

Sans-papiers

L'expression « sans-papiers » désigne les personnes présentes en France sans en avoir le droit, donc de manière irrégulière. Par définition, on ne sait pas combien de sans papiers sont présents en France, ni depuis combien de temps, ni combien arrivent chaque année.

Un indicateur du nombre de sans-papiers est l'aide médicale d'Etat (AME), qui permet aux immigrés en situation irrégulière de bénéficier de soins médicaux. 263 962 personnes en ont bénéficié en 2013. Pour bénéficier de cette aide, il faut résider en France de manière stable et ne pas gagner plus d'un certain montant.

Les conflits aux frontières de l'Europe (Afrique, Maghreb, Proche et Moyen-Orient) conduisent à un afflux de migrants irréguliers vers l'Europe, et la France. Notre pays est néanmoins moins concerné que d'autres en Europe. Les migrants irréguliers sont pour certains en transit vers d'autres pays européens. L'Allemagne ou le Royaume-Uni notamment.

Lire : 7 idées reçues sur l'immigration et les immigrés en France

Regroupement familial

Le regroupement familial permet de faire venir son conjoint ou ses enfants lorsqu'on est immigré. C'est le principe qui est appliqué par défaut depuis 1976, sauf exceptions - qui sont nombreuses (conditions de logement, de revenus, de régime matrimonial...).

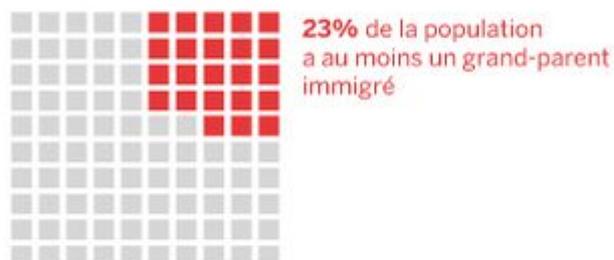
Une confusion est souvent faite entre regroupement familial et droit au séjour : le regroupement familial concerne les étrangers vivant en France. En revanche, les immigrés qui ont acquis la nationalité française et veulent faire venir conjoint ou enfants se situent dans le cadre du droit au séjour.

Aujourd'hui, plus de la moitié des titres de séjour sont délivrés pour motif familial. Ce qui ne signifie pas que les personnes qui séjournent en France s'y installent forcément.

Génération

Outre 5,3 millions d'immigrés, on compterait, selon l'Institut national des études démographiques (Ined), 6,5 millions de personnes ayant au moins un parent immigré, à la première génération.

Part des immigrés dans la population



23 % de la population avait au moins un grand-parent immigré, selon d'autres calculs. Soit, donc, un Français sur quatre qui serait issu de l'immigration à deux générations. Ce n'est qu'une estimation, car il est difficile de retrouver la nationalité d'origine aussi loin. Néanmoins, ces chiffres tendent à montrer que parler de « Français de souche » n'a pas grand sens.

AME

Tout étranger bénéficie de la Sécurité sociale à condition de cotiser, donc de travailler légalement, ou s'il est demandeur d'asile, étant un ayant droit d'un assuré ou bénéficiaire de l'aide médicale d'Etat (AME).

Pour bénéficier de l'AME dans le cas d'une personne en situation irrégulière qui ne travaille pas, celle-ci doit résider en France de façon ininterrompue depuis trois mois et y séjourner pendant plus de six mois par an, avec des ressources qui ne dépassent pas un certain plafond. L'AME peut en outre être accordée de façon exceptionnelle sur décision du ministre à des étrangers de passage en France dont l'état de santé le justifie.

605 MILLIONS €

ont été budgétés en 2014 par le gouvernement pour assurer l'AME. En 2013, 203 962 personnes en ont bénéficié ; il s'agit pour plus de 80 % de personnes seules, majoritairement des hommes et jeunes, selon le rapporteur spécial de la mission « Santé » au Sénat, Jean-Pierre Caffet.

RSA

Pour bénéficier du revenu de solidarité active (RSA), il faut être en possession d'un titre de séjour et d'une carte de travail depuis au moins cinq ans, si on est natif d'un pays extérieur à l'Union européenne. Pour les ressortissants de l'UE, ce délai est de trois mois, et ceux-ci ne peuvent prétendre au RSA s'ils sont entrés en France pour y chercher un travail.

Allocations familiales

Un étranger non européen peut prétendre aux prestations familiales, mais à condition, d'abord, de résider habituellement en France et de détenir un titre de séjour – et d'avoir des enfants présents légalement sur le territoire. Enfants qui doivent vivre auprès des parents et à leur charge.

Pour toucher les prestations, plusieurs options : les enfants doivent être nés en France, ou être venus dans le cadre du regroupement familial, avoir un parent reconnu réfugié, ou encore un parent bénéficiaire d'une carte « scientifique-chercheur ». Les travailleurs détachés temporairement et non affiliés à la Sécurité sociale n'ont pas le droit aux prestations.

Les étrangers en situation régulière sont également éligibles aux aides au logement (APL, ALF et ALS) sous condition de ressources.

Europe

Les immigrés vivant en France sont en majorité... européens. Contrairement à ce qu'on peut lire ou entendre, les Européens sont bien comptabilisés dans les chiffres de l'immigration.

37,4% des immigrés en 2010 venaient de l'Union européenne. Algérie, Maroc et Tunisie ensemble représentent 30 %. Le reste de l'Afrique, 13 %.

Sur 100 immigrés en 2010...



Source : Insee

 LeMonde.fr/lesdecodeurs

Même chose pour les étrangers : environ 40 % viennent d'Europe, la même proportion d'Afrique ou du Maghreb.



• [Samuel Laurent](#)

En savoir plus sur http://www.lemonde.fr/les-decodeurs/article/2014/12/16/etrangers-regroupement-familial-sejour-petit-lexique-de-l-immigration_4541513_4355770.html#dT4dkIGDCLTbJ5MI.99

Weidmann fürchtet „Sklave der Märkte“ zu werden

Der Bundesbankchef stemmt sich gegen den geplanten Massenkauf von Staatsanleihen durch die EZB. Das Risiko einer Deflation, die damit bekämpft werden soll, hält er für gering.

16.12.2014, von PHILIP PLICKERT



© DPA  Jens Weidmann

Bundesbankpräsident Jens Weidmann hat davor gewarnt, dass die europäischen Zentralbanker zu „Sklaven der Märkte“ würden, wenn sie immer neue Erwartungen einer noch weiter gehenden Lockerung der Geldpolitik weckten. „Die Märkte müssen lernen, dass nicht jede Erwartung, nicht jeder Wunsch erfüllt wird“, sagte Weidmann vor dem Internationalen Club Frankfurter Wirtschaftsjournalisten in Frankfurt am Montagabend. Besonders seit die Europäische Zentralbank (EZB) auf Drängen ihres Präsidenten Mario Draghi sich ein explizites Ziel für die Bilanzausweitung um eine Billion Euro gesetzt hat, sind die Erwartungen der Märkte für zusätzliche Maßnahmen hoch. Weidmann sowie bis zu sechs weitere EZB-Ratsmitglieder haben gegen dieses Bilanzziel gestimmt. Weidmann besonders stemmt sich gegen den anschwellenden Druck, dass die EZB einen Massenkauf von Staatsanleihen beginnt, um die niedrige Inflation anzuheben.

Die Gefahr einer Deflation hält Weidmann für gering. Zwar könne es sein, dass die Inflationsrate von 0,3 Prozent im November wegen des Ölpreisverfalls in den nächsten Monaten sogar unter null sinke: „Eine für einige Monate unter null liegende Inflationsrate stellt für mich aber noch keine Deflation dar.“ Diese läge erst dann vor, wenn es zu einer erwartungsgetriebenen, sich selbst verstärkenden Abwärtsspirale aus negativen Inflationsraten, Rückgängen des Bruttoinlandsprodukts und Lohnsenkungen komme. „Dieses Risiko ist weiterhin gering“, sagte Weidmann.

Ölpreis stützt Konjunktur

Den Ölpreisverfall bezeichnet er als ein „kleines Konjunkturprogramm“. Die Bundesbank-Prognose für Deutschland sieht nächstes Jahr bislang nur ein sehr bescheidenes Wachstum von 1 Prozent voraus. Billigere Ölimporte könnten jedoch den Konsum stärken.

Tatsächlich sind derzeit Hoffnungszeichen für die Konjunktur aus aktuellen Umfragen ablesbar. So stieg der am Dienstag veröffentlichte Einkaufsmanagerindex für die Industrie im Euroraum von 50,1 auf 50,8 Punkte, vor allem weil sich die Aussichten besserten. Werte oberhalb der 50-Punkte-Marke signalisieren eine wachsende Produktion. Der Index für den Dienstleistungssektor stieg von 51,1 auf 51,9 Punkte. „Angesichts des schwächeren Euro und des billigeren Rohöls werden die Stimmungsindikatoren wohl auch in den kommenden Monaten nach oben zeigen“, kommentierten Ökonomen der Commerzbank. Einen richtigen Sprung nach oben machten die ZEW-Konjunkturerwartungen für Deutschland: Der Index kletterte auf den höchsten Stand seit Mai. „Langsam scheinen die ZEW-Finanzmarktexperten Vertrauen in die deutsche Konjunktur zurückzugewinnen“, sagte Clemens Fuest, der Chef des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung. Dies hänge mit dem schwächeren Euro und den niedrigen Ölpreisen zusammen.

Weil die EZB ihre Geldpolitik schon stark gelockert habe, sehe er keine Notwendigkeit für eine weitere Lockerung, sagte Weidmann. Er erinnerte an die bisherigen Maßnahmen der EZB: ein auf das Rekordtief von 0,05 Prozent gesenkter Leitzins, günstige Langfristkredite für die Banken und Ankäufe von gedeckten Wertpapieren und Kreditverbriefungen. Die Wirkung einer zusätzlichen Lockerung mit Staatsanleihekäufen sei „bescheiden und unsicher“, sagte Weidmann. „Wunderdinge sind nicht zu erwarten.“

Umso schwerer wögen die Risiken und Nebenwirkungen: Mit dem Kauf von Staatsanleihen würde sich die EZB in einen gefährlichen „Grenzbereich zur Finanzpolitik“ begeben, warnte Weidmann. Im Klartext heißt dies, dass die Notenbank Staatsfinanzierung betreibe. „Sie erleichtern damit den Finanzministern das Leben“, sagte Weidmann mit kritischem Unterton: Dies bedeute, dass der Reformeifer der Politik gebremst werde. Staatsanleihekäufe würden den Druck von den Regierungen nehmen, die Staatsfinanzen zu konsolidieren und ihre Volkswirtschaften wettbewerbsfähiger zu machen.

Außerdem kritisiert Weidmann, dass mit Staatsanleihekäufen „faktisch eine Gemeinschaftshaftung“ für die gekauften Schuldtitel etabliert werde und damit Risiken aus bestehenden Schuldenbergen zwischen den Steuerzahlern der verschiedenen Länder umverteilt werden. Deutsche Steuerzahler würden dann zum Beispiel für die gekauften italienischen Schuldtitel mithaften. Weidmann warnte, dass die Zentralbank in ein „Regime der fiskalischen Dominanz“ rutschen könne. Dies bedeutet, dass Finanzierungsnot des Staates den Notenbankern die Handlungen diktieren, wogegen sie ihr Ziel der Preisstabilität vernachlässigen müssten.

Ein Opfer von vielen

Ein Rechtsanwalt, der helfen will, wird mit Fußtritten traktiert und schwer verletzt – aber sein Fall erregt kaum Mitleid. Die Chancen, die Täter zu finden, sind eher gering. Wahrscheinlich wird das Verfahren eingestellt.

15.12.2014, von REINHARD MÜLLER



© KAUFHOLD, MARCUS  Nicht immer sind Beobachter so mutig wie der beschriebene Anwalt: Kampagnen in U-Bahnhöfen sollen das ändern.

Der Rechtsanwalt kommt von einer Party, hat getrunken, ist aber nicht betrunken. Auf einem Platz mitten in einer westdeutschen Großstadt morgens um drei ist noch einiges los. Er sieht vier bis fünf Männer, vermutlich arabischer oder nordafrikanischer Herkunft, die zwei Mädchen belästigen.



Autor: Reinhard Müller, Jahrgang 1968, in der politischen Redaktion verantwortlich für „Zeitgeschehen“ und für „Staat und Recht“. Folgen:

Der stattliche Anwalt, womöglich wegen des Alkohols noch selbstsicherer als sonst, fordert die jungen Männer auf, von den Mädchen abzulassen. Sofort erhält er Schläge ins Gesicht, geht zu Boden. Nun treten sie ihm gegen den Körper und weiter gegen den Kopf. Dann rauben sie ihr Opfer aus, finden auch schnell das Handy, das in einer Innentasche steckt. Der Jurist hat das Bewusstsein nicht verloren, nimmt die Hände vom Gesicht. Da kommt einer der Schläger noch einmal schnell zurück und tritt ihm abermals gegen das Gesicht. Erst nach langen Minuten ruft ein Passant Hilfe herbei.

Der Rettungssanitäter sagt, so etwas sei gang und gäbe. In der Notaufnahme merkt der Anwalt, wie er später erzählt, zum ersten Mal richtig, was es heißt, Opfer zu sein. Der Arzt stellt sich nicht vor und behandelt ihn wie einen Betrunkenen, der selbst schuld ist.

Keine Hinweise – kein Verfahren

Dann eine Woche Universitätsklinik. Jochbein zertrümmert, Nasenbein gebrochen, die Nase wird wohl krumm bleiben, Schäden an Kiefer und Zähnen. Bemerkenswerterweise aber keine schwere Gehirnerschütterung und kein Augenschaden. Im Schädel hat er jetzt Titanplatten, womöglich bleiben Taubheitsgefühle im Gesicht. Im Krankenhaus erfährt er, dass er als Opfer einer Gewalttat mit Fußtritten kein Einzelfall ist.

Mehr zum Thema

- Fraktur: Zivilcourage
- Helfen, ohne sich selbst zu gefährden

Einen Tag nach der Entlassung aus der Klinik sitzt er wieder am Schreibtisch seiner Kanzlei. Von der Polizei hört er, kurze Zeit später habe es einen ganz ähnlichen Fall ein paar Straßen weiter gegeben. Vielleicht finde man ja die Täter. Ob die Schläger im Fall der Fälle dann ins Gefängnis müssen, sei aber zweifelhaft. Vielleicht wegen des Raubes. Noch wird versucht, die Täter über das geraubte Telefon zu ermitteln, doch noch zwei Wochen nach der Tat lag dafür keine richterliche Genehmigung vor.

Aber offenbar wurde gleich die Sim-Karte weggeworfen und das Handy nicht mehr benutzt. Auf einem Phantombild kann das Opfer niemanden erkennen. Die Polizisten sind freundlich und kooperativ. Sie lassen aber auch durchblicken: Wenn sich nicht etwa überraschend ein Zeuge melden sollte, wird das Verfahren wohl bald eingestellt werden.

Das Opfer schweigt zu seinen Verletzungen

Das Opfer ist entsetzt, es erzählt nur ganz wenigen, was wirklich geschah. Natürlich wird er aber öfter darauf angesprochen. Nicht selten erfährt er durch die Blume: Wer sich prügelt, ist doch selbst schuld. Mancher deutet an, so etwas könne ihm nicht passieren, man müsse eben aufpassen. Und das Opfer wird natürlich später auf den Fall der **Türkin Tugce Albayrak** angesprochen, nach der jetzt im **hessischen Offenbach eine Brücke benannt werden soll**.

Wie in seinem Fall ist noch nicht gerichtlich geklärt, was geschah und wie das rechtlich zu werten ist. So wie bisher bekannt, gehen die Ermittler im Fall Albayrak, die ebenfalls helfen wollte, von einer Körperverletzung mit Todesfolge aus. Nach einem Schlag an den Kopf soll sie so gestürzt sein, dass sie starb.

Gewalttaten mit Tritten härter verfolgen

Dominik Brunner, der sich in München schützend vor Jugendliche gestellt hatte, starb nach Tritten gegen den Kopf seinerzeit an seinem vergrößerten Herz. Der Haupttäter wurde wegen Mordes und versuchter räuberischer Erpressung zu mehr als neun Jahren Jugendstrafe verurteilt. In Nürnberg wurde im vergangenen Jahr ein Pilotprojekt gestartet: Solche Gewalttaten mit Fußtritten werden dort künftig direkt von der Mordkommission untersucht.

Der überfallene Anwalt wirkt nicht traumatisiert. Aber er will sich künftig genauer überlegen, wohin er geht und wie er sich in solchen Fällen verhält. Sein Gefühl: Er ist nur ein Opfer von vielen.

François Hollande n'a pas dérogé à la tradition en nous infligeant discours lénifiant et contre-vérités sur l'immigration. La preuve en 3 poncifs.



François Hollande s'est élevé contre l'islamophobie dans son discours sur l'immigration. © LIONEL BONAVENTURE / AFP

Par PIERRE BEYLAU

Il faut s'avancer sur ce sujet sur la pointe des pieds. Sortir la tête de la tranchée du conformisme fait courir le risque certain d'être immédiatement ostracisé par les uns ou les autres. S'aventurer dans ce domaine hors des chemins balisés, c'est s'exposer à coup sûr au soupçon. Allons-y tout de même en progressant à pas comptés. Et tentons de tordre le cou à quelques poncifs qui, au-delà des petits calculs politiques, ont émaillé le discours de François Hollande lors de l'inauguration du musée de l'Immigration.

Premier poncif : la France a toujours été une terre d'immigration

À l'appui de cette thèse, les plus hardis n'hésitent pas à rappeler les Romains, les grandes invasions, les Francs, Clovis et les Vikings. Certes, mais les effectifs réels de ces migrations étaient très faibles. Pendant les mille ans qui ont suivi, la population française a été d'une grande stabilité. Il a fallu, bien sûr, assimiler les Provençaux, les Bretons, les Flamands et même les Corses... Des peuples qui ne parlaient pas la même langue, mais avaient un logiciel commun. Depuis belle lurette, la France est à peu près dans ses frontières, hors empire colonial. Et les courants migratoires extérieurs étaient insignifiants jusqu'au XIXe siècle. C'est avec la révolution industrielle, grosse consommatrice de main-d'œuvre, que tout commence. En 1886, les immigrés sont environ un million dans l'Hexagone. Mais ils sont en quasi-totalité belges (dans les mines), italiens, espagnols, suisses... Avant la guerre de 1914, on dénombre en métropole seulement 30 000 travailleurs originaires d'Algérie. Notons que, jusqu'en 1962, les populations des départements d'Algérie qui s'installaient en métropole n'étaient pas juridiquement des immigrés. Longtemps, l'immigration a donc été très majoritairement d'origine européenne (comme en Allemagne aujourd'hui).

Ce n'est qu'à partir de la Seconde Guerre mondiale que les flux migratoires proviennent surtout du Maghreb et d'Afrique. Et là, le problème de l'intégration se pose en termes beaucoup plus compliqués.

Deuxième poncif : l'immigration est une chance pour la France

L'immigration n'est ni une chance ni une calamité. C'est un fait. Un atout si elle est maîtrisée, un problème grave si elle est anarchique et incontrôlée. Personne de sérieux ne veut empêcher un ingénieur marocain, une infirmière sénégalaise ou un ouvrier turc ayant un contrat de travail de s'installer en France. Personne ne veut entraver la venue d'étudiants étrangers à condition qu'ils soient de vrais étudiants avec un niveau académique vérifié. En revanche, la France n'a pas vocation à entretenir sur son sol des adeptes de la cueillette sociale. Il serait très dangereux pour la cohésion nationale de ne raisonner qu'en termes économiques et démographiques

comme le font certains apprentis sorciers libéraux. Et de se voiler la face sur la réalité tragique de certaines de nos banlieues devenues des zones de non-droit.

Il ne suffit pas de faire venir des gens chez nous, encore faut-il parvenir à les intégrer. Le "problème immigré" en France est, en fait, celui de la deuxième ou troisième génération. On peut être de nationalité française et pas véritablement intégré. Autrement dit, il ne s'agit pas seulement de contrôler le flux, mais prioritairement de gérer le stock pour utiliser un vocabulaire abrupt cher aux économistes. Or, si l'on veut s'occuper sérieusement des enfants perdus de nos cités, il faut impérativement ne pas aggraver quantitativement le phénomène. La question n'est pas seulement française comme le prouvent les phénomènes de rejet enregistrés un peu partout en Europe (Allemagne, Suède, Pays-Bas).

Troisième poncif : la laïcité résoudra tout

Les zélotes de la laïcité aiment les musulmans à condition qu'ils soient athées ou du moins agnostiques, espèce assez rare au-delà du boulevard Saint-Germain. Longtemps pourtant, la religion musulmane a été synonyme d'ordre moral et social. En Algérie ou au Maroc, les colonisateurs français ont plutôt encouragé les confréries. Napoléon estimait qu'un curé valait cinquante gendarmes. Les officiers des affaires indigènes suivaient à peu près le même raisonnement, considérant qu'un imam équivalait à cinquante zouaves pour préserver la paix sociale. Et c'est à l'instigation du maréchal Lyautey, officier monarchiste fidèle serviteur de la République, que fut érigée la Grande Mosquée de Paris. Malgré les dérives actuelles de l'islam politique et ses avatars terroristes, il serait contre-productif de tenter de couper des populations entières de leurs racines religieuses. Il faut, au contraire, en faire un instrument d'intégration, peut-être plus efficace que les prêchi-prêcha laïcards.

À condition, bien évidemment, d'assainir le réseau des mosquées et de s'assurer que leurs prédicateurs parlent bien de Dieu, et non pas d'autre chose... Et que l'islam reste à sa juste place : celui des convictions intimes.

„Ich kann die Furcht vor der Islamisierung verstehen“

Konrad Adam, Gründungsmitglied und Sprecher der Alternative für Deutschland, spricht im F.A.Z.-Interview über Glaubenskriege, fehlende Aufklärung und die Frage: Wer passt zu uns?

17.12.2014



© RÖTH, FRANK  Konrad Adam

Herr Adam, Sie haben in dieser Woche geäußert, dass Sie Verständnis für die Demonstranten in Dresden haben, die auf die Straße gehen, weil sie gegen eine „Islamisierung des Abendlandes“ sind. Sie sagten, dass die europäische Kultur bedroht sei. Erklären Sie das bitte.

Ich bezog mich mit dieser Äußerung unter anderem auf die Religionsfreiheit. Die Religionsfreiheit ist ein europäisches Produkt, eine europäische Erfindung. Sie ist historisch zu erklären aus der biblischen Tradition. So sind in Deutschland und in Europa Mentalitäten entstanden, die im Islam nach meiner Kenntnis nicht vorhanden sind.

Was genau ist im Islam nicht vorhanden?

Man kennt dort nicht die Trennung zwischen geistlicher und weltlicher Gewalt. Diese Trennung hat sich ja auch in Deutschland und in Europa erst durch bestimmte Entwicklungen herausgebildet, vor allem durch den Investiturstreit im frühen Mittelalter. Entscheidend waren auch die Glaubenskriege, die vor allem auf deutschem Boden ausgetragen worden sind und die dort schlimme Verheerungen hinterlassen haben. Am Ende hat man dann gesagt: So geht es nicht weiter. Man hat einen Religionsfrieden geschlossen, und man hat dabei die weltliche Gewalt gestärkt. Diese Tradition der Gewaltenteilung hat Europa gutgetan. Im Islam ist diese Tradition aber nicht vorhanden. Die Kalifen, die unmittelbaren Nachfolger des Propheten, hatten beide Gewalten inne. Ebenfalls die Sultane. Zog ein Sultan in den Krieg, und das taten sie oft und gerne gegen die Christen, dann wurde vor dem Topkapi-Palast, dem Sitz der Sultane, zunächst die grüne Fahne des Propheten aufgefplant. Die Kriege der Sultane waren Glaubenskriege mit dementsprechenden Folgen für die Gegner.

Welche Folgen meinen Sie?

Lassen Sie mich Ihnen von den Janitscharen berichten. Sie waren eine Elitetruppe unter den Sultanen. Die Janitscharen waren gefürchtet bei den Gegnern. Das hatte einen bestimmten Grund: Die Janitscharen wurden rekrutiert ausschließlich von den christlichen Untertanen des Sultans. Die Christen hatten die Pflicht, ihren erstgeborenen Sohn beim Sultan abzuliefern. Die Erstgeborenen wurden in eine Kaserne gesteckt. Sie durften nicht heiraten und wurden zu fanatischen Glaubensanhängern erzogen. Ihnen wurde versprochen, dass sie in dem Moment, in dem sie auf dem Schlachtfeld das Leben ließen, direkt in den Himmel kommen und dort mit allerlei Freuden beglückt würden. Das hatte natürlich Folgen für die Kampfmoral. Aber diese Knabenlese, so der offizielle Begriff, ist eine Art von Rekrutierung, die sich mit westlichen Vorstellungen nicht so ohne weiteres verbindet und die auch nicht unbedingt auf Toleranz und Gleichberechtigung der christlichen Untertanen schließen lässt.

Man könnte einwenden, dass Ihre Erzählung von den Janitscharen eine Geschichte aus der Vergangenheit ist und mit der Gegenwart nichts mehr zu tun hat.

Ja, das ist Vergangenheit. Das ist vollkommen richtig. Und diese Vergangenheit ist von niemandem energischer beendet worden als von Kemal Atatürk, dem Gründer der Republik Türkei. Atatürk hat die Säkularisierung des Landes vorgebracht und gilt zu Recht als Vater der modernen Türkei. Er hat zum Beispiel die Hagia Sophia, die bis dahin eine Moschee war, in ein Museum umgewandelt. Er hat die traditionelle Kopfbedeckung der Männer, den Fes, verboten. Er hat viele traditionelle Vorrechte der Muslime in der Türkei aufgehoben. Aber diese Entwicklung wird ja momentan durch Erdogan zurückgedrängt. Erst vor wenigen Tagen hat Erdogan wieder ausdrücklich erklärt, die Frau sei minderen Rechtes gegenüber dem Mann. Wie verträgt sich das mit unserer abendländischen Tradition, die auf Gleichberechtigung besteht? Wie verträgt sich das im Islam verankerte Verbot, seinen Glauben zu wechseln, mit unserer Tradition? Wer im Islam seinen Glauben wechselt, der soll mit dem Tode bestraft werden. In der EU-Menschenrechtscharta und in der UN-Menschenrechtscharta ist der Glaubenswechsel aber

ausdrücklich vorgesehen. Da gibt es doch Widersprüche. All das ist historisch gewachsen, und die Geschichte hat ihr eigenes Recht. Man sollte sich nur nicht über diese Dinge einfach hinwegsetzen, sondern sie ernst nehmen.



© ROLAND AND SABRINA MICHAUD / AKG  Der Prophet Mohammed, vor

ihm mit dem Schwert sein Schwiegersohn Ali ibn Abi Talib. Persische Miniatur aus dem 18. Jahrhundert

Reduzieren Sie den Islam nicht auf eine Geschichte der Kriege?

Nein. Natürlich nicht. Neben der kriegerischen und intoleranten Version des Islam gab es immer auch andere Strömungen. Und mir ist bewusst, dass diese Strömungen allerlei wundervolle Dinge etwa in Spanien hervorgebracht haben. Und denken Sie nur an die wunderbaren Handschriften. Die Zierschrift des Arabischen hat mich schon immer beeindruckt. Oder denken Sie an die Tatsache, dass viele Schriften von Aristoteles uns nur über arabische Umwege erhalten geblieben sind. In seiner Anfangsphase war der Islam in vielfacher Hinsicht der christlichen Tradition und den christlichen Kirchen überlegen. Aber die christliche Tradition hat dann die Aufklärung hervorgebracht. Im Islam gibt es so etwas wie Aufklärung nicht. Im Topkapi-Palast befindet sich heute ein Museum. Wenn Sie im Palast ganz nach hinten gehen, dann finden Sie dort sozusagen die geistliche Schatzkammer, das heißt, da wird die religiöse Tradition des Islam dargestellt. Und was sehen Sie da? Drei große, breite Schwerter.

Was hat es mit diesen Schwertern auf sich?

Das ist die Hinterlassenschaft von Mohammed und von seinen unmittelbaren Nachfolgern. So etwas finden Sie im Christentum nicht. Da finden Sie Marterinstrumente wie das Kreuz und die Dornenkrone. Noch einmal: Ich will kein Urteil fällen. Aber ich finde, dass man solche Dinge ernst nehmen sollte. Denn die Schwerter verdeutlichen, welcher Geist, abseits der kulturellen Errungenschaften, in der Frühphase des Islam herrschte und auch heute gelegentlich noch herrscht. Denken Sie nur an die Krieger des „Islamischen Staats“. Die breiten ihren Glauben mit Feuer und Schwert aus.

Die Menschen, die in Dresden und in anderen Städten demonstrieren, haben Furcht vor einer „Islamisierung des Abendlandes“. Können Sie diese Furcht verstehen? Auch der „Islamische Staat“ ist schließlich weit weg.

Ja, ich kann die Furcht verstehen. Gefühle sollte man immer zunächst einmal zu verstehen suchen. Aber zwischen Islam und Islamismus ist ja ein erheblicher Unterschied. Und auch hier muss man etwas genauer hingucken, bevor man pauschale Urteile spricht.

Sie haben genauer hingeguckt. Was also ist Ihr Urteil?

Mein Urteil ist, wie ich schon erwähnte, dass es ganz unterschiedliche Traditionen gab und gibt. Dass man differenzieren muss. Ich will Ihnen von einem mir bekannten und hochgeschätzten Kreisvorsitzenden meiner Partei erzählen. Schon der Name lässt erkennen, dass der Mann türkische Wurzeln hat. Er erzählte mir, dass sein Großvater – sein Großvater wohlgemerkt, dritte Generation also – nach Deutschland gekommen sei, aus Anatolien. Der Mann spricht tadellos und akzentfrei Deutsch. Er hat die deutsche Tradition offenkundig aufgenommen, und er fühlt sich bei uns, so scheint es mir jedenfalls, sehr wohl. Sonst wäre er ja auch nicht Kreisvorsitzender geworden. Er wird aber von zwei ganz unterschiedlichen Seiten kritisch begutachtet, ich will nicht sagen, angefeindet. Einige Mitglieder meiner Partei kritisieren ihn. Sie glauben, dass man Leute mit einem derartigen Namen und einer derartigen Herkunft nicht unbedingt in einer deutschen Partei begrüßen müsse. Vor allen Dingen aber wird er von seinen Landsleuten kritisiert. Die fragen ihn: Was machst du da? Warum gehst du da hin?

Worauf wollen Sie hinaus?

Ich warne davor, zu glauben, Dinge von heute auf morgen ändern zu können. Das braucht Zeit. Der Kreisvorsitzende ist ein tüchtiger und vertrauenswürdiger Mann. Natürlich sind solche Leute bei uns willkommen. Aber andere nicht. Auch hier muss man genauer hinschauen. Die Leute, die zu uns kommen, bringen gewisse Traditionen und gewisse Glaubenssätze mit. Diese Glaubenssätze müssen wir ernst nehmen. Nur weil wir ein säkularer Staat sind, der die Aufklärung hinter sich hat und über Glauben oder Unglauben seine Späße macht, sollten wir nicht denken, dass es in anderen Religionen oder religiösen Gemeinschaften genauso wäre.

Was sollen wir stattdessen tun?

Ich weiß nicht, ob Sie das Wintermärchen von Heinrich Heine kennen. Heine amüsiert sich darin köstlich über die preußischen Zöllner, die an der Grenze bei Aachen sein Gepäck filzen und gucken, ob er gefährliche Konterbande mit sich führt. Er sagt: Ihr Narren, Ihr sucht in meinem Gepäck, aber die wirklich gefährliche Konterbande, die seht ihr nicht, die habe ich nämlich im Kopf, das sind meine Gedanken. Heinrich Heine, ein souveräner und hochbegabter Mann, hat Gebrauch vom Inhalt seines Kopfes gemacht. Er hat die Verhältnisse in Deutschland scharf

kritisiert. Und das wünsche ich mir auch von der Politik. Sie soll die Leute nicht nur als Konsumenten und als Produzenten nach Deutschland holen. Sondern sie soll sich fragen: Wo kommen die her? Passen die zu uns? Wollen die wirklich zu uns? Oder, um den Begriff zu benutzen: sind die integrationswillig und integrationsfähig? Das ist die entscheidende Frage.

Ich möchte noch einmal auf die Religionsfreiheit zurückkommen: Gilt sie auch für den Islam?

Im Grundsatz ja, sofern die Muslime in Deutschland und in Europa die abendländisch verwurzelte Trennung zwischen weltlicher und geistlicher Macht anerkennen. Schon im Markusevangelium heißt es: Gebt dem Kaiser, was des Kaisers ist, und Gott, was Gottes ist. Ich möchte nicht, dass irgendein Mullah darüber befindet, wie ein Dieb zu behandeln ist.

Die EZB am Rubikon

Die EZB steht vor einer folgenschweren Entscheidung. Kauft die Notenbank Staatsanleihen in großem Stil auf, verändert sich der Charakter der Eurozone fundamental. Aus der Währungsunion würde eine Haftungsunion ohne demokratische Legitimation.

16.12.2014, von PHILIP PLICKERT



© DPA  Setzt sich über deutsche Bedenken hinweg: EZB-Präsident Mario Draghi

Im siebten Jahr der Finanzkrise, die sich zu einer Euro-Krise auswuchs, steht die Europäische Zentralbank kurz vor einer folgenschweren Entscheidung: dem größten Anleihekauf ihrer Geschichte für möglicherweise 1000 Milliarden Euro. Es gibt starke Kräfte in und außerhalb der Notenbank, die zu dieser im Fachjargon „quantitative Lockerung“ genannten Operation drängen. Dieser Schritt würde die Währungsunion fundamental verändern. Die EZB würde durch die Hintertür Eurobonds einführen, denn der Anleihekauf bedeutete eine Gemeinschaftshaftung für Schulden, die im Maastricht-Vertrag eigentlich ausgeschlossen war, eigentlich.



Autor: Philip Plickert, Jahrgang 1979. Redakteur in der Wirtschaft, zuständig für „Der Volkswirt“. Folgen:

Bislang hat Berlin dieses Versprechen als Fassade aufrechterhalten. Die Kanzlerin sagte sogar, „solange ich lebe“, werde es keine Vergemeinschaftung der Schulden geben. Faktisch ist die Eurozone aber schon sehr nah an die gemeinschaftliche Haftung für Schulden herangerückt – vor allem mit dem Versprechen der Zentralbank, notfalls einzuspringen und Schuldtitel der Krisenstaaten aufzukaufen.

Angst vor Deflation ist absurd

Nun könnte der Massenankauf bald losgehen. Ziel wäre es aus Sicht der Befürworter, die Zinsen weiter zu senken, um Investitionen anzuregen – und nebenbei auch den Wechselkurs weiter zu drücken. In der EZB feilen Arbeitsgruppen schon an den Details eines solches Kaufprogramms. Es geht zum Beispiel um die Frage, nach welchem Schlüssel die Zentralbank Anleihen der verschiedenen Eurostaaten kauft: Nach ihrer Größe und gemäß den EZB-Kapitalquoten? Dann würden schwerpunktmäßig deutsche Bundesanleihen gekauft, die ohnehin schon Rekordkurse und tiefste Renditen verzeichnen. Oder sollte die EZB nach den Volumina der ausstehenden Staatsschuld gewichten? Dann würden am meisten italienische Anleihen gekauft, weil Italien den größten Schuldenberg im Euroraum hat.

Die Befürworter des Anleihekaufs halten ihn für notwendig im Kampf gegen die zu niedrige Inflation. Zuletzt lag diese bei 0,3 Prozent. Bald könnte sie auf die Nulllinie oder darunter fallen. Hauptgrund für den starken Rückgang ist der Ölpreisverfall. Es ist aber absurd, daraus eine gefährliche Deflation zu konstruieren. Der gesunkene Ölpreis entlastet Europa. Er mindert die Ölimportrechnung um viele Milliarden Euro. Das gibt der Konjunktur einen Schub, weil Verbraucher und Unternehmen das gesparte Geld anders ausgeben können. Wenn somit das Wachstum gestärkt wird, hebt das die Inflation mittelfristig eher wieder schneller in Richtung der von der EZB angepeilten 2 Prozent.

EZB-Chef Draghi bewegt sich auf dünnem Eis

Simulationen der Notenbanken des Euroraums zeigen erschreckend geringe Effekte eines Anleiheankaufs. Käufe für 1000 Milliarden Euro würden die Inflationsrate um 0,15 bis höchstens 0,6 Prozentpunkte anheben. Das ist ein Mini-Effekt – gemessen am gewaltigen finanziellen

Einsatz und der fatalen politischen Fehlanreize. Denn würde die EZB die Zinsen beispielsweise Italiens, dessen Schuldenquote sich 140 Prozent nähert, noch weiter senken, würde der Druck zu Reformen genommen. Die EZB linderte akute Schmerzen, die Strukturkrise würde verlängert.

EZB-Chef Mario Draghi geht auf dünnem Eis. Das Direktorium der Zentralbank war bei der Entscheidung über das Bilanzausweitungsziel von 3 Billionen Euro gespalten. Im EZB-Rat gibt es aber weiterhin eine große Mehrheit, die seine Ausweitungspläne unterstützt. Die südeuropäischen Notenbankchefs dringen schon seit längerem auf eine Lockerung der Geldpolitik. Bundesbankpräsident Jens Weidmann steht auf der Bremse. Aber nur wenige zentral- und nordosteuropäische Notenbanker sehen Anleihekäufe so kritisch wie er. Allein kann er es nicht schaffen, die EZB auf vom Abrutschen auf der schiefen Ebene abzuhalten.

Vertrauen in Kernland Deutschland ist in Gefahr

Indem Draghi als Ziel für die Bilanz 3 Billionen Euro ausgab, hat er implizit die Weichen für den Kauf gestellt. Denn das Ziel erreicht er nur, wenn er auch auf dem riesigen Markt der europäischen Staatsanleihen (mit einem Gesamtvolumen rund 7 Billionen Euro) zugreift. Auf den relativ engen Märkten für Covered Bonds und Kreditverbriefungen gibt es zu wenig (zu halbwegs vernünftigen Preisen) zu kaufen. Und die Banken fragen die Langfristkredite trotz der günstigen Konditionen nur zurückhaltend nach. Netto wächst die Bilanzsumme deshalb bisher kaum. Den großen Schub billigen Geldes kann Draghi nur mit Staatsanleihekäufen in die Märkte drücken.

Aber für einen solchen Eingriff in die Staatsfinanzierungskosten fehlt Draghi die demokratische Legitimation. Der Auftrag der Notenbank ist Preisstabilität, nicht Staatsfinanzierung. Mit der Gemeinschaftshaftung für die gekauften Anleihen werden Risiken in gewaltigem Umfang umverteilt. Deutschland würde entsprechend seinem EZB-Kapitalanteil von 26 Prozent für eventuelle Verluste haften. Ohne die Zustimmung des Bundestages darf eine solche Haftungsrisikoübernahme nicht geschehen. Die Bundesregierung muss Draghi vor Überschreitung seiner Kompetenzen warnen. Die nicht demokratisch gewählten Zentralbanker stehen am Rubikon. Wenn sie ihn überschreiten, degeneriert die Währungsunion zur Haftungsunion, und zugleich wird das Vertrauen gerade im Kernland Deutschland weiter beschädigt.

Quelle: F.A.Z.

Mit Putins Werten

Frankreichs Rechte verehrt Russland und Putin als Verteidiger der christlichen Zivilisation. Immer mehr französische Politiker stellen sich auf die Seite des Kremlchefs. Und auch das linke Lager ist gespalten.

21.12.2014, von MICHAELA WIEGEL, PARIS



© DPA  Sarkozy fordert, dass die Hubschrauberträger vom Typ Mistral an die russische Marine ausgeliefert werden.

Vor der Kathedrale Notre-Dame, dem Wahrzeichen des christlichen Paris, steht seit Beginn der Adventszeit ein prächtig geschmückter und beleuchteter Christbaum. Zum ersten Mal zielt die 25 Meter hohe Tanne in diesem Jahr ein Danksagungsschild, das „Seiner Exzellenz Alexander Orlow, Botschafter Russlands in Frankreich“ gewidmet ist. Orlow sah in der Baumspende eine hervorragende Möglichkeit, Russlands Ruf als Verteidiger der Christenheit in Frankreich zu festigen. Die Edeltanne wurde deshalb direkt aus Russland nach Paris gebracht, den Transport zahlte die Botschaft.



Autorin: Michaela Wiegel, Politische Korrespondentin mit Sitz in Paris. Folgen:

„Wir zeigen mit dieser Geste, dass trotz der Versuche, Russland zu isolieren, die Freundschaft zwischen unseren beiden Ländern so stark ist, dass die Politik nicht vermag, sie zu zerstören“, sagte der Botschafter bei der Einweihung der Weihnachtsdekoration vor der Kathedrale. Der Rektor der Kathedrale, Erzpriester Patrick Jacquin, will von einem Instrumentalisierungsversuch nichts wissen. Er sei dankbar für die großzügige Spende aus Russland. In den Vorjahren hätten die Gemeindemitglieder den Baum finanziert, doch das Spendengeld sei nicht wie früher geflossen, so dass sie sich nach neuen Finanzierungsmöglichkeiten hätten umsehen müssen, sagte Jacquin.

Für das Netzwerk, das Putins Diplomaten in Frankreich unterhalten, spielen die Katholiken indes eine wichtige Rolle. In der vor zwei Jahren entstandenen Bewegung gegen die Homo-Ehe („mariage pour tous“) haben sie einen natürlichen Verbündeten ausgemacht. Deshalb wurden enge Kontakte zu den Gruppen der „Demo für alle“ geknüpft. Als Verbindungsstelle fungiert das „Institut für Demokratie und Kooperation (IDC)“, ein 2008 gegründeter russischer Thinktank im Regierungsviertel der Hauptstadt, der Putins Ideen verbreiteten soll. Béatrice Bourges von dem für die Verteidigung der abendländisch-christlichen Kultur kämpfenden Verein „Printemps Français“ etwa zählt zu den gerngesehenen Podiumsgästen in dem Institut. „Bei der Verteidigung der Familie und der Rechte der Kinder ist Russland ein Vorbild“, sagte Bourges. „Wir hätten niemals das Gesetz über die Homo-Ehe verabschieden sollen. Russland hat den Mut gehabt, die Propaganda für die Homosexuellen zu unterbinden.“

Putin als Schutzherr gegen die wirtschaftsliberale Gesellschaft

Die Verteidigung der „christlichen Zivilisation“ in Europa ist ein Anliegen, das auch die Grundlage für das russophile Netzwerk im Front National (FN) ist. Die Partei Jean-Marie Le Pens, der seinerzeit ein glühender Verehrer von Ronald Reagan war, sieht jetzt in Putin einen Schutzherrn gegen die vorgebliche Dekadenz der offenen, wirtschaftsliberalen Gesellschaft. „Das Russland Wladimir Putins stellt heute ein alternatives Modell dar, das auf der Rückbesinnung auf die Werte der Familie und des Patriotismus gründet“, sagte der FN-Europaabgeordnete Aymeric Chauprade. Chauprade wirbt auf einer eigenen Website Realpolitik.tv für die „Wiedervereinigung Russlands“ und andere Thesen

Putins. Der Berater Marine Le Pens war einer der „Wahlbeobachter“ während des Krim-Referendums. Chauprade hat eine ganze Reihe von Geschäftsleuten mit Russland-Erfahrung angelockt, die den moskautreuen Kurs des Front National verstärken. Einer der früheren Handelsreisenden, der FN-Europaabgeordnete Jean-Luc Schaffhauser, fädelte das Neun-Millionen-Euro-Kreditgeschäft mit einer Moskauer Bank zugunsten der Partei ein.



© AFP  Aymeric Chauprade während des Europawahlkampfes. Er ist ein bekennender Putin-Freund.

Die Freunde Putins aber sind in Frankreich längst nicht nur am äußersten rechten Rand anzutreffen. Einer der schärfsten Kritiker der Sanktionspolitik ist der UMP-Abgeordnete Thierry Mariani, der die 2004 gegründete putinfreundliche Lobbygruppe „Französisch-russischer Dialog“ leitet. Der frühere Verkehrsminister verfügt über gute Kontakte in Wirtschaftskreise und nutzt diese, um die Beziehungen zu Russland trotz der Sanktionen zu pflegen. „Was sich beim Sturz Janukowitschs in der Ukraine ereignet hat, ist nichts anderes als ein vom Westen und der Nato unterstützter Putsch“, sagte Mariani. Über die Einreiseverbote für seine russischen Kontaktpersonen setzt er sich im Zweifelsfall hinweg. So ließ er Anfang September seinen „Freund“, Duma-Präsident Sergej Naryschkin, nach Paris kommen. Das Einreiseverbot wurde umgangen, indem offiziell die Parlamentarische Versammlung des Europarates einlud.

Sarkozy will die Auslieferung der Hubschrauberträger an Russland

Mariani hat als Putin-Freund keinen Widerstand aus der Führungsspitze seiner Partei zu fürchten. Der frühere Premierminister François Fillon hat Putins Politik gerechtfertigt, indem er die vorgeblichen Fehler der EU anprangerte. Auch der neue UMP-Vorsitzende Nicolas Sarkozy hat Präsident Hollandes Russland-Politik scharf kritisiert und gefordert, dass die Hubschrauberträger vom Typ Mistral an die russische Marine ausgeliefert werden. Die Altgaullisten in der UMP mit Wortführern wie den Abgeordneten Jacques Myard und Henri Guaino verbinden ihre Putin-Begeisterung mit klarer EU-Skepsis und unverhohlenem Antiamerikanismus. Sie haben sich nicht damit abgefunden, dass Sarkozy Frankreich zurück in die integrierten Nato-Strukturen geführt hat, und sehen sich de Gaulles „Europa vom Atlantik bis zum Ural“ verpflichtet.

Auf der Linken stößt die Mischung aus Kritik an der amerikanischen Hegemonie, an der Nato und an der EU bei gleichzeitigem Verständnis für Putins Politik auf ein breites Echo. Als Sprecher dieser Strömung tritt der frühere Verteidigungsminister Präsident Mitterrands Jean-Pierre Chevènement auf, der 2012 von Außenminister Laurent Fabius zum „Sonderbeauftragten“ für Russland ernannt wurde. Seither hat sich Chevènement unter dem Einfluss der „Ewigen Sekretärin“ der Académie française, Hélène Carrère d'Encausse, zum Anwalt Putins aufgeschwungen. Gegen die offizielle Politik des Quai d'Orsay wirbt er für eine „strategische Partnerschaft“ mit Russland. „Persönlich“ sei er für die Auslieferung der Hubschrauberträger, sagte Chevènement nach seinem jüngsten Vermittlungsversuch in Moskau. Für den Wortführer der Linkspartei, Jean-Luc Mélenchon, reagiert Frankreich gegenüber Moskau nur noch wie ein Vasall Amerikas: „Unsere lächerliche Russland-Politik zeigt, wie sehr wir uns Washington unterworfen haben.“

109,51

"Der Westen unterschätzt die IS-Gefahr dramatisch"

Publizist Jürgen Todenhöfer schildert auf Facebook Eindrücke seines Besuchs beim IS: Die Terrorgruppe wirke wie ein "nuklearer Tsunami" – und plane die größte "religiöse Säuberung" der Geschichte.



Jürgen Todenhöfer hat die Dschihadisten des IS unter Lebensgefahr besucht. Auf Facebook schildert er seine sieben "stärksten Eindrücke"Foto: picture alliance/ZB

Der Publizist Jürgen Todenhöfer hat [auf Facebook](#) Eindrücke von seinem kürzlichen Besuch bei der Terrorgruppe [Islamischer Staat](#) (IS) geschildert. In der Einleitung seines Beitrags erklärt Todenhöfer, warum er trotz Lebensgefahr die von den Extremisten kontrollierten Städte Mossul (Irak) und Rakka (Syrien) besucht hat: " ... ohne Risiko kommt man der Wahrheit nur schwer auf die Spur. Und ich brauchte nun einmal für ein geplantes Buch über den IS authentisches Material. Das aber gibt es nur vor Ort."

Er habe eine "Sicherheitsgarantie" des IS-"Kalifats" bekommen – aber ohne Gewissheit, dass diese echt war. Freunde und Verwandte hätten "versucht, mich von der Reise abzuhalten. Ich höre in solchen Situationen immer auf meine innere Stimme." Der IS habe sich aber an die Zusage gehalten. Todenhöfer schreibt weiter: "Am Ende unserer Reise wurden ferner alle Bilder und Fotos kontrolliert." Am Ende seien neun von 800 Bildern gelöscht worden. "Zensur nennt man das."

Mehrfach sei es auch zu "scharfen und lautstarken Auseinandersetzungen zwischen mir und dem IS über die Gestaltung der Reise gekommen", berichtet der frühere CDU-Bundestagsabgeordnete. "Angesichts der täglichen Lebensgefahr für alle Beteiligten war die Behandlung zwar oft gereizt, insgesamt jedoch korrekt."

Im Folgenden schildert der Publizist die sieben "stärksten Eindrücke" seiner Reise. Der erste davon: "Der Westen unterschätzt die Dimension der IS-Gefahr dramatisch." Die Extremisten seien "erheblich cleverer und gefährlicher", als Politiker sie einschätzten. Es herrsche "eine fast rauschartige Begeisterung und Siegeszuversicht, wie ich sie in Kriegsgebieten noch nicht erlebt habe". Ähnlich hat sich Todenhöfer bereits vor mehreren Tagen [in den ARD-"Tagesthemen"](#) geäußert. Er stellt zudem fest, dass al-Qaida neben dem IS "ein Zwerg" sei.

An beiden Tagen kamen jedes Mal über 50 Kämpfer aus aller Welt an. ... Auch viele erfolgreiche, euphorisch gestimmte junge Leute aus den USA, England, Schweden, Russland, Frankreich, Deutschland usw.

Todenhöfer schreibt weiter, dass jeden Tag neue Mitglieder zur Terrormiliz hinzustießen. Unter ihnen seien nicht nur gescheiterte junge Männer, sondern auch "viele erfolgreiche" aus den USA und europäischen Ländern. "Einer hatte erst vor wenigen Wochen sein juristisches Staatsexamen bestanden und war gerade als Anwalt bei Gericht zugelassen worden." Er habe aber lieber für den IS kämpfen wollen.

"Alle Nichtgläubigen und Abtrünnigen töten"

Des Weiteren schreibt Todenhöfer, dass die Terrorgruppe "wie andere totalitäre Länder" nach seinem Empfinden bereits wie ein Staat fungiere. "Das gilt vor allem für den Bereich der inneren Sicherheit und den Bereich der Sozialfürsorge – auch wenn vieles nicht unseren westlichen und schon gar nicht meinen Vorstellungen entspricht." Die sunnitische Bevölkerung im irakischen Teil, den der IS kontrolliert, scheine die Herrschaft der Terroristen ohne Widerstand hinzunehmen. In Mossul lebten inzwischen nur noch Sunniten.

Todenhöfer schreibt weiter, dass der IS nicht nur die Eroberung "des Mittleren Ostens und eines Tages der übrigen Welt" plane, "sondern die größte 'religiöse Säuberung' in der Geschichte der Menschheit". Die Terrorgruppe wolle mit Ausnahmen der Buchreligionen – der Islam nach IS-Auslegung, Judentum und Christentum – "alle Nichtgläubigen und Abtrünnigen töten und ihre Frauen und Kinder versklaven. Alle Schiiten, Jesiden, Hindus, Atheisten und Polytheisten sollen sterben. Hunderte von Millionen Menschen sollen im Zuge dieser religiösen ‚Reinigung‘ eliminiert werden." Auch wolle der IS alle gemäßigten Muslime, die die Demokratie unterstützen, umbringen.

Die einzige Überlebenschance dieser laut dem IS "Ungläubigen" bestehe in "freiwilliger Reue und freiwilliger Umkehr zum ‚wahren Islam‘. Den angeblich nur der IS vertritt." Todenhöfer beendet diesen Punkt mit den Sätzen: "Ich brauche nicht zu betonen, dass es in keinem dieser Punkte Übereinstimmung zwischen mir und dem IS gab. Und dass ich das unzählige Male sehr deutlich gemacht habe."

Wirkung eines "nuklearen Tsunamis"

Todenhöfer konstatiert, dass der IS eine "Ein-Prozent-Bewegung" sei – aber "mit der Wirkung eines nuklearen Tsunamis". "Für mich als Christen, der den Koran mehrfach gelesen hat, ist nicht nachvollziehbar, was die Lehren des IS mit dem Islam zu tun haben sollen." Er selbst habe bei der Koran-Lektüre "vor allem einen barmherzigen Islam kennengelernt".

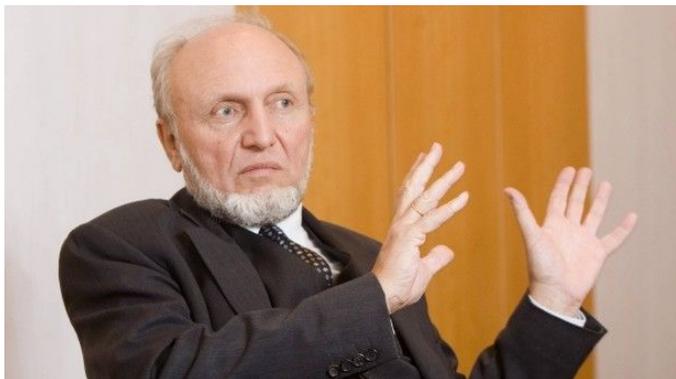
Der Publizist beendet seinen Beitrag mit den Feststellungen, dass der IS mit "Bomben und Raketen" nicht zu besiegen sei – und nur die "gemäßigten sunnitischen Araber" dies tun könnten, so, "wie sie es 2007 schon einmal getan haben. Damals vertrieben sie den ‚Islamischen Staat im Irak‘ (ISI), die Vorgänger-Organisation des IS. Doch der damalige ISI war viel schwächer als der heutige IS." Todenhöfer kritisiert, westliche Bombardierungen "waren und sind im Mittleren Osten stets Terrorzucht-Programme". Der IS sei ein "Kind von George W. Bushs völkerrechtswidrigem Irakkrieg".

Todenhöfer schreibt auch darüber, dass im Westen viel über die Gefahr durch in ihre Heimatländer zurückgekehrte IS-Terroristen spekuliert werde. "Auch ich kann und werde diese Gefahr nie ausschließen." Allerdings gälten die Rückkehrer beim IS als "Verlierer". Todenhöfer schätzt: Die größere Gefahr "könnte eher von noch nicht ausgereisten IS-Sympathisanten ausgehen".

„Migration ist ein Verlustgeschäft“

Eine Studie der Bertelsmann-Stiftung ist so interpretiert worden, dass die Zuwanderer dem deutschen Staat viel Geld einbringen. Der Ökonom Hans-Werner Sinn weist das zurück. Und legt eine andere Rechnung vor.

29.12.2014



© WOLFGANG EILMES  Hans-Werner Sinn

Der Präsident des Ifo-Instituts, Hans-Werner Sinn, hat der Politik in der Zuwanderungsfrage schwere Versäumnisse vorgeworfen. „So wie die Migration derzeit läuft, läuft sie falsch“, schreibt Sinn in einem Gastbeitrag in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“. Der Sozialstaat wirke wie ein Magnet auf unqualifizierte Migranten, kritisierte er. Deutschland sei nach den Vereinigten Staaten das zweitgrößte Ziel von Einwanderern, doch liege es in Hinblick auf die Qualifikation auf einem der letzten Plätze der Statistik.

Das führe dazu, dass die bisherige Migration eine große Belastung der Staats- und Sozialkassen sei. In der Nettobilanz verursache sie dem deutschen Staat mehr Kosten durch Sozialleistungen und andere Ausgaben als sie Einnahmen durch Steuern und Sozialbeiträge bringe.

Nach einer neuen Berechnung des Ifo-Instituts kommt Sinn auf eine „fiskalische Nettobilanz je Migrant von minus 1800 Euro im Jahr“. So viel koste ein Migrant im Durchschnitt mehr, als er einbringe. Dies errechneten Wissenschaftler des Ifo-Instituts auf Basis einer aktuellen Bertelsmann-Studie, welche sie aber um nicht berücksichtigte Ausgaben ergänzten.

Politik für Familien mit Kindern

„Angesichts dieser Verhältnisse sollte nun endlich eine ideologiefreie und nicht vom Streben nach politischer Korrektheit getriebene Debatte über die Migrationspolitik beginnen“, schreibt Sinn in der F.A.Z. Er attackierte auch Medien, welche die Bertelsmann-Studie falsch gelesen und von „Milliarden-Gewinnen durch Zuwanderung“ geschrieben hätten. Auch die Bertelsmann-Studie komme letztlich zu einem negativen Ergebnis mit einem „impliziten Finanzierungsdefizit“ in Höhe von 79.100 Euro je Migrant über die gesamte Zeit, betonte Sinn.

Er forderte, bedürftige EU-Zuwanderer sollten künftig nur noch Sozialleistungen ihres Heimatlandes, nicht des Gastlandes in Anspruch nehmen können. Außerdem müsse Deutschland die Nicht-EU-Zuwanderung besser steuern und auswählen. Dazu solle es ein Punktesystem einführen, das nach der beruflichen Qualifikation, Alter, Gesundheit, Sprachkompetenz und Vermögen auswähle.

Sinn warnt die Deutschen vor dramatischen Verwerfungen durch den Geburtenschwund. „Wollte man die Relation von Alten und Jungen und damit zugleich das relative Rentenniveau und die Beitragssätze zur Rentenversicherung auf dem heutigen Niveau stabilisieren, würden insgesamt **32 Millionen junge Zuwanderer benötigt**, die meisten davon wohl aus außereuropäischen Gebieten“, schreibt Sinn. Es sei aber schwer vorstellbar, dass die deutsche Gesellschaft die nötige Kraft und Toleranz für eine solche Massenzuwanderung aufbringe. Schon jetzt sei die Bereitschaft der Bevölkerung zur Aufnahme der hohen Flüchtlingszahlen begrenzt, wie „Pegida“ und andere Protestbewegungen zeigten, warnte der Ifo-Ökonom.

Deshalb forderte Sinn die deutsche Politik zu einer aktiven Bevölkerungspolitik auf, damit die Kinderzahl wieder steige. Es brauche „eine fundamentale und radikale Änderung der verzerrenden Anreizstrukturen im Steuer- und Rentenrecht zugunsten von Familien mit Kindern“.

Rentenkassen bräuchten 32 Millionen Migranten

Die Rentenkassen stehen vor dem Zusammenbruch, glaubt der Ökonom Hans-Werner Sinn. Einwanderer können helfen, aber nicht alle Probleme lösen.

26.12.2014

Der Ökonom [Hans-Werner Sinn](#) hat vor einem Zusammenbruch der Rentenkassen durch die Überalterung der Gesellschaft gewarnt. Der Renteneintritt der sogenannten Babyboomer im Laufe der nächsten 20 Jahre stelle Deutschland vor massive Herausforderungen, sagte der Präsident des Münchner Ifo-Instituts [„Focus Online“](#). „Dann werden wir siebeneinhalb Millionen mehr Rentner haben und achteinhalb Millionen weniger Personen im erwerbsfähigen Alter“, warnte Sinn. „Um das durch Migration aufzufangen, wären 32 Millionen Menschen nötig. Das kann man sich gar nicht vorstellen.“

Sinn warnt vor dramatischen Folgen: „Die Rentner werden mit Abstrichen leben müssen und die jungen Leute werden ächzen unter der wachsenden Rentenlast.“ Deutschland werde gut ausgebildete Migranten brauchen, die helfen, diese Last zu tragen. „Aber eine Lösung in dem Sinne, dass es uns dann so gut geht wie heute, ist nicht vorstellbar“, so der Wirtschaftsexperte.

Sinn forderte die Deutschen deshalb auf, sich selbst aktiv um die Alterssicherung zu kümmern. Auf Hilfe von der Politik dürfe man nicht setzen, das zeige das Beispiel der Rente mit 63. Eine weitere Lösung seien längere Lebensarbeitszeiten: „Wir müssen länger arbeiten und nicht weniger lange“. Die Rente mit 67 sei ein Schritt in die richtige Richtung gewesen. „Ich würde aber noch weitergehen und das gesetzliche Rentenalter ganz abschaffen“, empfahl Sinn.

Wieder Stress mit Athen

Von Heike Göbel

29.12.2014, von HEIKE GÖBEL

Die griechische Politik unterzieht die Eurowährungsunion einem weiteren Stresstest. Denn die **nun anstehende Neuwahl des Parlaments** könnte das Linksbündnis Syriza unter dem charismatischen Chef Alexis Tsipras gewinnen. Er lockt die Griechen mit einem Ende der verhassten Sparauflagen und droht, auch die Schulden nicht zu bedienen. Tsipras an der Macht? Diese Vorstellung ist der Albtraum der europäischen Politiker, die die Rettung Griechenlands zu verantworten haben. Die Reformen, die sie Athen verordneten, waren schließlich der Preis für die enormen Hilfsprogramme, mit denen die EU, der Internationale Währungsfonds und die Europäische Zentralbank das überschuldete Land seit fünf Jahren stützen und in der Eurozone halten.



Autorin: Heike Göbel, Jahrgang 1959, verantwortliche Redakteurin für Wirtschaftspolitik, zuständig für „Die Ordnung der Wirtschaft“. Folgen:

Die Auflagen sollten aber nicht nur den Griechen helfen, den Staatshaushalt zu sanieren, die Verwaltung zu modernisieren und die Wirtschaft wettbewerbsfähig zu machen. Die Auflagen waren für die an der Rettung beteiligten Regierungen – insbesondere für die deutsche – ein zentrales Argument, um innenpolitischen Rückhalt für die umstrittenen Zahlungen zu bekommen. Schließlich hatten sie sich mit dem Herauspacken der Griechen über die wichtigste Regel zum Schutz der Währungsunion hinweggesetzt: dass jedes Euromitglied für seine Schulden selbst verantwortlich ist.

Sollte Tsipras siegen und seine Versprechen wahr machen, verliert die Rettungspolitik nach dem Muster „Geld gegen Reformen“ die letzte Glaubwürdigkeit. Diese ist im Falle Athens ohnehin erschüttert durch diverse Lockerungen der Auflagen und Nachverhandlungen. Erst kurz vor Weihnachten wurde den Griechen weiterer Aufschub gewährt, weil bis Dezember fällige Reformen nicht verwirklicht wurden.

So haben die Euroretter immer größere Mühe, den Schein zu wahren, dass sie die Regeln setzen. Faktisch ist es andersherum, seit sie ein Ausscheiden der Griechen aus dem Euro politisch ausgeschlossen hatten – und EZB-Präsident Draghi überdies die Märkte mit der Zusage beruhigte, alles zu tun, um die Währungsunion zusammenzuhalten. Mittlerweile liegen zudem die griechischen Schulden fast nur noch in den Händen öffentlicher Gläubiger der Euroländer. Käme es zu dem von Tsipras geforderten neuen Schuldenschnitt, müssten sie ihren Wählern die Verluste erklären.

Wer immer Griechenland künftig regiert, hat daher großen Verhandlungsspielraum – und wird ihn nutzen, um die Gläubiger zu weiterem Nachgeben zu zwingen. **Die Märkte sind relativ gelassen**, weil sie erwarten, dass die Retter wie gewohnt mitspielen werden.

109,56
Kommentar

Rotationszirkus in der EZB

Im neuen Jahr müssen sich in der Europäischen Zentralbank 19 Notenbankchefs 15 Stimmen teilen. Dazu müssen sie rotieren. Das ist ein Problem.

30.12.2014, von PHILIP PLICKERT

Im neuen Jahr steht die Europäische Zentralbank vor neuen Ungewissheiten. Am 22. Januar möchten einflussreiche Kräfte, allen voran EZB-Präsident Draghi, ein breites Staatsanleihekaufprogramm der Zentralbank durchdrücken – **was aber angesichts des neuen Griechenland-Dramas wieder ungewiss ist.**



Autor: Philip Plickert, Jahrgang 1979. Redakteur in der Wirtschaft, zuständig für „Der Volkswirt“. Folgen:

Zudem beginnt mit dem Beitritt Litauens die Rotationsregelung. Die nun 19 Notenbankchefs müssen sich 15 Stimmen teilen. Alle fünf Monate wird Bundesbankchef Weidmann daher sein Stimmrecht verlieren, erstmals im Mai. Allerdings dürfen alle weiterhin an den Sitzungen teilnehmen. Das Rotationsprinzip, vor zehn Jahren beschlossen, ist eine bizarre Kopfgeburt.

Es ändert nichts an der großen Teilnehmerzahl, schafft aber Unsicherheit durch schwankende Mehrheiten und mögliche opportunistische Koalitionen. Auch schürt es Misstrauen, Draghi könnte just dann, wenn Kritiker kein Stimmrecht haben, heikle Beschlüsse fassen. Ohnehin ist Deutschland in der EZB unterrepräsentiert.

Die Bundesbank hält mehr als ein Viertel des Kapitals und haftet entsprechend, doch hat auch sie nur eine Stimme wie Zwergstaaten. Die ungleiche Repräsentation ist der eigentliche Konstruktionsfehler.

„Griechenland ist nicht systemrelevant“

Immer lauter werden die Rufe, Griechenland nicht um jeden Preis im Euro zu halten. Anders als vor einigen Jahren habe das Land „kein Erpressungspotenzial mehr“, sagt ein ranghoher CDU-Politiker.

31.12.2014



© DPA  Noch gibt es griechische Euro-Münzen.

Der stellvertretende Vorsitzende der Unionsfraktion im Bundestag, Michael Fuchs (CDU), hält für den Fall eines Wahlsiegs der griechischen Linkspartei Syriza einen Austritt des Landes aus der Euro-Zone für denkbar. Die Situation sei eine völlig andere als vor drei Jahren, als man die Sicherungsmechanismen noch nicht gehabt habe, sagte Fuchs der Zeitung „Rheinische Post“ laut Vorabbericht.

„Die Zeiten, in denen wir Griechenland retten mussten, sind vorbei. Es gibt kein Erpressungspotenzial mehr.“ Griechenland sei nicht systemrelevant für den Euro, so Fuchs. Wenn Alexis Tsipras von der Syriza meine, er könne die Reformanstrengungen und Sparmaßnahmen Griechenlands zurückfahren, „dann wird die Troika aber auch die Kredite für Griechenland zurückfahren müssen“.

Sinn: Euro-Austritt als Alternative

Der Wirtschaftswissenschaftler Hans-Werner Sinn nannte einen Euro-Austritt Griechenlands eine Alternative zu einem weiteren finanziellen Entgegenkommen der internationalen Geldgeber. „Weitere Schuldenschnitte werden immer wieder gewährt werden müssen, außer man entlässt das Land aus dem Euro und erlaubt ihm, durch eine Abwertung wieder wettbewerbsfähig zu werden“, sagte der Präsident des Ifo Instituts für Wirtschaftsforschung dem „Tagesspiegel“ laut Vorabbericht. Sinn verwies darauf, dass Griechenland bereits 2012 Zugeständnisse bei der Laufzeit und den Zinsen seitens der internationalen Kreditgeber erhalten habe.

Nachdem der konservative Regierungschef Antonis Samaras seinen Präsidentschaftskandidaten im Parlament nicht durchbrachte, stehen den Griechen am 25. Januar Neuwahlen ins Haus. Zur stärksten Kraft könnte dabei das Linksbündnis Syriza werden, das die Vereinbarungen mit den internationalen Kreditgebern ändern will. Griechenland ist seit 2010 mit zwei Rettungsprogrammen in Höhe von insgesamt 240 Milliarden Euro von den EU-Staaten und dem Internationalen Währungsfonds (IWF) über Wasser gehalten worden.

"Insolvenz verschleppt"

Der frühere Chefvolkswirt der Europäischen Zentralbank (EZB), Jürgen Stark, kritisiert angesichts der baldigen Neuwahlen in Griechenland die Rettungspolitik der EZB. „Griechenland war seit 2010 faktisch mehrfach insolvent“, sagte Stark der „Süddeutschen Zeitung“. „Immer wieder wurde mit neuem Geld der Mitgliedstaaten und der EZB die Insolvenz verschleppt.“ Jetzt zeigten sich die nach wie vor ungelösten Probleme in aller Schärfe.

Die EZB hat seit 2010 immer wieder griechischen Banken Kreditzugang gewährt. Zudem kaufte die Notenbank zum Höhepunkt der Euro-Schuldenkrise auch griechische Staatsanleihen. Stark war 2011 aus Protest gegen die Rettungsmaßnahmen der EZB von seinem Amt zurückgetreten.

Griechenland bringt der EZB neue Diskussionen

Griechenlands Neuwahlen beeinflusst auch die Entscheidung der Europäischen Zentralbank über Anleihekäufe. Noch allerdings hat das Land Geld.

30.12.2014, von PHILIP PLICKERT UND RAINER HERMANN

Die neue Griechenland-Krise wirft auch einen Schatten über das in der Europäischen Zentralbank (EZB) geplante Anleihekaufprogramm. EZB-Präsident Mario Draghi arbeitet nach Angaben aus Notenbankkreisen darauf hin, in der Sitzung am 22. Januar die Pläne möglichst konkret zu diskutieren oder wahrscheinlich schon einen Beschluss zu fassen. Das wäre aber nur drei Tage vor den Neuwahlen in Griechenland, **bei denen das linksradikale Bündnis Syriza hohe Gewinnchancen hat**, das einen Schuldenschnitt fordert. Von einem solchen Schuldenschnitt könnte auch die EZB betroffen sein.

„Griechenland zeigt die Problematik von Sovereign Risks“, also Risiken durch Staatsanleihen, sagte ein Notenbank-Insider dieser Zeitung. Und nicht nur in Griechenland, sondern auch in Spanien, Italien und Frankreich gebe es starke Oppositionsparteien, die einen Austritt aus der Eurozone forderten oder in Kauf nähmen, um die Sparpolitik zu beenden. „In allen Ländern kann es politische Unfälle geben“, sagte dazu der Notenbanker. Wenn die EZB Staatsanleihen kaufe und dann eine neue Regierung eine Umschuldung durchsetze, erlitte die Zentralbank und mithin der europäische Steuerzahler finanzielle Verluste. Deutschland hat rund 26 Prozent des EZB-Kapitals eingezahlt und würde in Höhe dieses Anteils an den Verlusten beteiligt.

Aus ihrem ersten Anleihekaufprogramm (SMP) von Mai 2010 bis September 2012 hält die EZB noch griechische Papiere im Nominalwert von etwa 35 Milliarden Euro. Bei der ersten Umschuldung Griechenlands im März 2012, von Athen als „freiwillig“ bezeichnet, setzte die EZB durch, dass sie vom Schuldenschnitt ausgenommen wurde.

Nationale Notenbanken könnten Anleihen kaufen

Draghi hat aber klargestellt, dass die EZB bei künftigen Anleihekäufen keinen Status als „bevorzugter Gläubiger“ mehr einfordern werde, weil dies letztlich dazu führt, dass sich andere, private Gläubiger zurückhalten, weil ihr Ausfallrisiko eher steigt. Bei künftigen Käufen wäre die EZB und mithin der Steuerzahler also mit in der ersten Reihe, wenn es Verluste gibt. Davor hat Bundesbank-Chef Jens Weidmann **im Interview mit der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung** jüngst gewarnt.

Die EZB lanciert derweil als Kompromissvorschlag die Idee, dass nicht die Europäische Zentralbank, sondern nur die nationalen Notenbanken die jeweiligen Anleihen ihres Landes kaufen könnten. Damit gäbe es vordergründig keine Gemeinschaftshaftung. Allerdings könnte die in die Märkte gepumpte Liquidität bei einem Anstieg der Kapitalflucht, etwa weil die Griechenland-Krise eskaliert, **die sogenannten Target-Salden** anschwellen lassen. Target ist das grenzüberschreitende Zahlungsverkehrssystem der Euro-Notenbanken. In der Krise haben sich Banken angeschlagener Länder über Target sehr viel Geld beschafft. Umgekehrt hat die Bundesbank über Target viel Geld verliehen und daher Forderungen von aktuell 468 Milliarden Euro. Bei einem Euro-Austritt eines Landes ist ungeklärt, ob die anderen Notenbanken die Target-Schulden des Landes beglichen bekämen.

Syriza fordert einen Schuldenschnitt

Die größte griechische Oppositionspartei Syriza und ihr Vorsitzender Alexis Tsipras ziehen zwar mit der Forderung eines Schuldenschnitts in den Wahlkampf, quantifizieren diesen aber nicht. Lediglich der Fraktionsvorsitzende von Syriza im Parlament, Panagiotis Kourouplis, nannte einen Schnitt von 70 Prozent als Ziel. Tsipras sagte im November, eine Regierung unter seiner Führung würde die Zahlungsverpflichtungen gegenüber dem Internationalen Währungsfonds einhalten.

Mit der EZB und den Euro-Mitgliedsländern solle aber über einen Schuldenschnitt verhandelt werden. Tsipras fordert eine internationale Schuldenkonferenz nach dem Vorbild der Londoner Konferenz von 1953, die die Altschulden der neuen Bundesrepublik Deutschland regelte. **So eine Schuldenkonferenz hatte im vergangenen Jahr auch der Ökonom Hans-Werner Sinn vorgeschlagen**. Nach Tsipras' Vorschlag soll die Schuldenkonferenz die Regeln von 1953 übernehmen und mit Griechenland beginnen, aber kein Sonderrecht für Griechenland statuieren, sondern mit Ländern wie Portugal, Zypern und Italien fortsetzen, so Tsipras.

Nach dem Scheitern der Präsidentenwahl sagte am Montag Finanzminister Gikas Hardouvelis, Griechenland sei bis März zahlungsfähig, könne seine Ausgaben selbst finanzieren und Verpflichtungen bedienen. Im ersten Quartal addieren sich die Rückzahlungsverpflichtungen auf 4,8 Milliarden Euro. Im dritten Quartal sind 10,6 Milliarden Euro aufzubringen.

Bereits im zweiten Quartal könnte Griechenland in Zahlungsschwierigkeiten kommen, und es gebe einen enormen Handlungsdruck, sagt der in Athen lebende deutsche Finanzfachmann Jens Bastian. Denn Athen sei der Zugang zu den Kapitalmärkten derzeit verwehrt, und die Troika gibt die letzte Tranche von 7,5 Milliarden Euro erst nach Abschluss der laufenden Prüfung frei. Sollte Syriza die Regierung stellen, müssten die Verhandlungen mit der Troika zu Ende geführt werden, bevor die Forderung nach einem Schuldenschnitt auf die Tagesordnung käme.

Warum die Zuwanderung die Staatskasse belastet

Die bisherige Migration mit zu vielen Geringqualifizierten ist ein Verlust-Geschäft, hat Hans-Werner Sinn in der F.A.Z. vorgerechnet. Damit hat der Ifo-Chef eine heftige Debatte ausgelöst. Kritiker bezweifeln seine Rechnung. Nun antwortet er.

02.01.2015, von HANS-WERNER SINN



© EILMES, WOLFGANG  Hans-Werner Sinn

Schnell wird man in die Kiste der Immigrationsgegner gepackt, wenn man ein kritisches Wort zur Migration von sich gibt. In meinem Artikel in der F.A.Z. vom letzten Montag habe ich indes ausgeführt, worin der Nutzen der Migranten liegt und dass ein alterndes Land wie Deutschland gar nicht umhin kommt, die frei werdenden Plätze mit Migranten zu besetzen. Nur solle man sie eben besser aussuchen und die Anreize für Sozialmigranten durch die Anwendung des Heimatlandprinzips verringern.

Es werden einem auch sogleich Extrem-Aussagen in den Mund geschoben, die man gar nicht gemacht hat. So unterstellt mir „[Spiegel Online](#)“ die Aussage, Migranten, die nach Deutschland kommen, würden das Land unterm Strich mehr kosten, als sie ihm ökonomisch bringen. In Wahrheit habe ich geschrieben, dass sie den Staat mehr kosten, als sie ihm bringen.

Der feine Unterschied ist, dass die Haupteffekte der Migration gar nicht über den Staat laufen, sondern sich auf dem Arbeitsmarkt abspielen. Die Migranten nützen in aller Regel denjenigen, die hierzulande komplementäre Leistungen erbringen, wie z.B. den Journalisten und dem Schreiber dieser Zeilen, aber sie schaden denjenigen, die vergleichbare Leistungen erbringen, und das sind in aller Regel die einfachen Arbeiter. Abgesehen von den fiskalischen Effekten über das Staatsbudget nützen die Migranten aber in aller Regel der ersten Gruppe mehr, als sie der zweiten schaden und helfen insofern den Deutschen in ihrer Gesamtheit. All das hatte ich in der F.A.Z. schon dargestellt.

Defizit von 79.100 Euro je Migrant

Meine Kritik an den Pressemeldungen zu den Ergebnissen der Bertelsmann-Studie von Holger Bonin bezog sich allein auf die Höhe der fiskalischen Effekte, also die Be- und Entlastungen des Staates. Holger Bonin hat für die Stiftung eine ältere [Studie des ifo Instituts aus dem Jahre 2001 repliziert](#), indem er erneut eine Auswertung des sozioökonomischen Panel vornahm. Er kommt zu dem Schluss, dass die Migranten im Jahr 2012 für 3300 Euro mehr Steuern und Beiträge zahlten, als sie in Form von Geldtransfers und staatlichen Ausgaben für Schulen zurückerhielten. Diese Aussage ist von manchen Medien so interpretiert worden, als würden die Migranten das Staatsbudget per Saldo entlasten. Aber das hat Bonin gar nicht gesagt, weil er ja nur einen kleinen Teil der von ihnen verursachten Kosten in Ansatz brachte. Bonin betont im Gegenteil, dass die von den Migranten geleisteten Abgaben nicht ausreichen, alle anteiligen Staatsausgaben zu bezahlen. So heißt es in seiner Studie: „Stellt man den Ausländern gemäß ihrem Bevölkerungsanteil einen Anteil an den allgemeinen Staatsausgaben – Verteidigung, Straßenbau etc. – in Rechnung, gerät ihre fiskalische Bilanz ins Defizit.“

In der Tat, nicht nur die Lehrer, auch die Richter, Polizisten, Straßenkehrer und Verwaltungsbeamten und alle anderen Staatsausgaben, die die Migranten anteilig in Anspruch nehmen, müssen finanziert werden. Es gibt überhaupt keinen konzeptionellen Unterschied zwischen diesen Kosten und den Kosten der Schulausbildung, die bei der Rechnung bereits abgezogen wurden.

Über das ganze Leben gerechnet kommt Bonin unter Einrechnung all dieser Kosten sogar zu dem Schluss, dass je Migrant ein staatliches Finanzierungsdefizit von 79.100 Euro anfällt. Hierüber hatten die Medien erstaunlicherweise nicht berichtet.

Die Ergebnisse können einen Ökonomen nicht verwundern, denn wenn wir in einem Sozialstaat leben, der von oben nach unten umverteilt, kann es kaum anders sein. Wer überdurchschnittlich verdient, zahlt mehr an den Staat, als er in Form staatlicher Leistungen zurück bekommt, und wer unterdurchschnittlich verdient, zahlt weniger, als er bekommt. Da Deutschlands Immigranten, wie die neuesten OECD-Statistiken des Jahres 2014 wiederum eindrucksvoll belegen, über eine unterdurchschnittliche Qualifikation verfügen, verdienen sie unterdurchschnittlich und profitieren deshalb von der Umverteilungsaktivität des Sozialstaates. Wäre das nicht der Fall, müsste man an der Konstruktion des deutschen Sozialstaates zweifeln.

Weitere Kosten einbeziehen

Das ifo Institut hat die von Bonin für das Jahr 2012 vorgelegte Rechnung (also nicht die Lebenszeitrechnung) nur insofern erweitert, als alle von ihm noch nicht eingerechneten Kosten des Staates mit dem jeweils durchschnittlichen deutschen Pro-Kopf-Wert eingerechnet wurden. Das macht aus dem jährlichen Pro-Kopf-Überschuss von 3300 Euro ein Defizit von 1800 Euro für den Staat. Da sich die 3300 Euro nur auf den Überschuss der Steuern und Abgaben der Migranten über die von ihnen empfangenen Transfers und verursachten Schulkosten beziehen, gibt es keinerlei Widerspruch zwischen diesen Zahlen.

Nun argumentieren zwei Journalisten von „Spiegel Online“, dass man diese anderen Staatskosten den Migranten nicht voll zurechnen könne, weil sie ohnehin anfallen. Man dürfe nur die sogenannten Grenzkosten rechnen. Dabei bezieht sich das Magazin implizit auf die kurzfristigen Grenzkosten, die es gedanklich nicht einmal vollständig erfasst. Da es bei der Beurteilung von Migrationsstrategien um extrem langfristige Phänomene geht, kommt es freilich nicht auf die kurzfristigen, sondern auf die langfristigen Grenzkosten an, also jene Kosten, die entstehen, wenn die staatlichen Einrichtungen an unterschiedliche Bevölkerungsgrößen angepasst wurden, und diese langfristigen Grenzkosten sind den Durchschnittskosten in aller Regel gleich. Fast immer variiert die Zahl der staatlichen Einrichtungen proportional mit der Bevölkerungsgröße.

Eine Ausnahme liegt im Bereich der Verteidigungsausgaben, die sogenannte reine öffentliche Güter darstellen. Darauf hatte ich hingewiesen. Zieht man diese Kosten ab, verbleibt immer noch eine fiskalische Nettobilanz von minus 1450 Euro.

„Spiegel Online“ verweist darauf, dass Immigranten unsere Bibliotheken und Polizeireviere, deren Kosten ohnehin anfallen, vor einer unzureichenden Auslastung schützen. Das ist wenig überzeugend, denn natürlich könnte man die Zahl der Bibliotheken und Polizeireviere proportional verkleinern, wenn die Bevölkerung zurückgeht. Durch den Verzicht auf Neueinstellungen ließen sich die Personalkosten im Gleichschritt mit der fallenden Bevölkerung zurückführen, wenn man (anders als der Autor dieser Zeilen) keine Migration mehr zulassen wollte. Fixkosten gibt es immer nur kurzfristig. Langfristig ist hingegen alles variabel.

Selbst die Zinskosten des Staates steigen, wenn man mehr Infrastruktur mit Krediten finanziert, und fallen, wenn der Staat auf den Erhalt der Infrastruktur verzichtet und stattdessen seine Schulden tilgt. Zehn Prozent mehr oder weniger Menschen heißt langfristig stets ungefähr zehn Prozent mehr oder weniger Kosten für den Staat. Gäbe es in signifikantem Umfang langfristige Fixkosten des Staates, müssten kleine Länder höhere Staats- und Schuldenquoten haben als große. Das ist jedoch nicht der Fall.

Im Übrigen ist die Vorstellung, dass Deutschland über eine Überkapazität bei der öffentlichen Infrastruktur verfügt, für deren Auslastung Migranten benötigt werden, wenig überzeugend. Im letzten Jahr wurde von den Medien immer wieder berichtet, dass die deutsche Infrastruktur überlastet ist und dringend ausgebaut werden muss. Wenn diese Aussage stimmt, werden die staatlichen Einrichtungen jenseits ihrer optimalen Betriebsgröße genutzt. Dann liegen die kurzfristigen Grenzkosten der Versorgung mit Infrastruktur über-, und nicht unter den Durchschnittskosten, wie gemutmaßt wird.

Mehr zum Thema

- Ifo-Chef Sinn: Migration ist Verlustgeschäft für Deutschland

Was die Autoren von „Spiegel Online“ nicht bedenken ist, dass zu diesen kurzfristigen Grenzkosten auch die sogenannten Ballungsexternalitäten gehören, also Nachteile aus der gegenseitigen Behinderung der Nutzer wie z.B. die Zeitverluste bei den Staus im Straßenverkehr. Die solcherart korrekt berechneten kurzfristigen Grenzkosten sind bei einer optimalen Betriebsgröße der staatlichen Einrichtungen den pekuniären Durchschnittskosten pro Nutzer wie auch den langfristigen pekuniären Grenzkosten gleich. Und wenn die staatlichen Einrichtungen derzeit in unzureichender Kapazität angeboten werden, dann sind die kurzfristigen Grenzkosten sogar höher als die durchschnittlichen pekuniären Kosten. Insofern würden sich eher noch höhere Belastungen durch die Migration ergeben, wenn man auf kurzfristige Grenzkosten abstellt.

Es kommt hinzu, dass die im Staatsbudget erfassten Staatsausgaben die historischen Kosten dieser Infrastruktur vielfach gar nicht mehr abbilden. Verbucht werden oft nur die Unterhaltskosten, die selbst nur ein Teil der kurzfristigen pekuniären Grenzkosten sind. Man denke nur an das Eisenbahn- und Straßennetz oder auch an die städtischen Parks. Das gleiche gilt für die freie Natur in Form von Seen, Kulturlandschaften und Naturschutzgebieten. Mit der Nutzung all dieser Einrichtungen sind zweifellos erhebliche Ballungsexternalitäten und damit ökonomische Grenzkosten verbunden, die bei Eintritt in den Klub „Nationalstaat“ Nutzungsentgelte rechtfertigen würden, aber von den Migranten nicht gezahlt werden.

So gesehen ist die Behauptung, eine Grenzkostenberechnung führe zu einer positiveren Beurteilung der Migration als die vom ifo Institut angewandte Durchschnittskostenrechnung auf der Basis des tatsächlichen Staatsbudgets abwegig. Das Gegenteil wäre der Fall.

Honig für die AfD

Der strenge Tadel der Bundeskanzlerin für die Pegida-Bewegung und ihre Mitläufer ist typisch für den Politikstil Angela Merkels. Doch für eine fruchtbare Debatte über das Thema Einwanderung wären weniger Moralkeulen aus Berlin hilfreicher.

01.01.2015, von **JASPER VON ALTENBOCKUM**



© DPA  Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) während ihrer Neujahrsansprache im ARD-Hauptstadtstudio

Die Reaktionen auf die Neujahrsansprache der Bundeskanzlerin zeigen, wo auch im Jahr 2015 die Fronten der Einwanderungsdebatte verlaufen werden. Symptomatisch ist, dass Angela Merkel nicht auf die Sache selbst einging, sondern sich – wieder einmal – auf moralische Fingerzeige beschränkte, ob eine Debatte überhaupt und wie sie zu führen sei.



Autor: Jasper von Altenbockum, Jahrgang 1962, verantwortlicher Redakteur für Innenpolitik. Folgen:

Sie manövrierte sich dabei in den Widerspruch, dass sie zwar die Anhänger der Pegida-Bewegung dafür tadelte, Teile der Gesellschaft ausgrenzen zu wollen – dann aber selbst dazu aufrief, den Pegida-Teil der Gesellschaft auszugrenzen.

Es mag ja sein, dass mit Hass und Ressentiments, wie sie von Pegida geschürt werden, kein Staat zu machen und keine Zukunft zu gestalten ist. Aber mit Liebesentzug und Ressentiments der Staatsführung gegenüber Pegida-Mitläufern wird es wohl auch nicht gelingen. Die AfD hat schnell erkannt, wie sie daraus Honig ziehen kann.

Ermüdend ist dieses Geboxe vor allem deshalb, weil es zum Ort des Geschehens, zum Einwanderungsland, gar nicht erst vordringt. Das besiedeln bislang die Innenminister des Bundes und der Länder im wesentlichen ganz allein, was dazu führt, dass auch sie sich gerne in Debatten flüchten, die außer Sprechverboten und moralischen Keulen nicht viel Substanz bieten.

Sie sind es nämlich, die entscheiden und durchsetzen müssen, wer illegal und wer legal einwandert, wer berechtigt ist, wer nicht, wen Deutschland haben will, wen nicht, wer also wieder gehen muss, wer nicht, und wer gar nicht erst kommen sollte. Thüringen und Schleswig-Holstein sind die ersten Länder, die solchen Entscheidungen ganz bewusst aus dem Wege gehen und einfach dem anarchischen Ruf „Bleiberecht für alle“ folgen.

Das ist genau die entgegengesetzte Richtung, die Einwanderungsländer einschlagen. Das Bleiberecht kann es eben nicht für alle geben. Wohl aber muss es für alle ein Angebot geben, das der Präsident des Städtetags, der Nürnberger Oberbürgermeister Ulrich Maly, als das „kommunale Räderwerk“ der Integration beschrieben hat.

Es stützt sich auf die tausenden hilfsbereiten Bürger, die allemal staatstragender sind als die „Lügenpresse“-Schreihälsa, und reicht vom Kindergarten über die Schule zum Sprachkurs bis zur Jobvermittlung. Beides, klare Grenzen der Aufnahme und das verpflichtende Angebot zur Anpassung, entscheidet darüber, ob aus Deutschland tatsächlich einmal ein Einwanderungsland wird.

Eine Revolution namens Uber

Nur auf den ersten Blick geht es bei Uber um Taxidienste. Viel mehr geht es auch darum, wie die Revolution des Internets sich Bahn bricht. Das gefällt nicht jedem - aufhalten lässt sich diese Entwicklung aber nicht.

01.01.2015, von RAINER HANK



© DPA  Da hilft alles Wehklagen nicht: Uber ist Teil einer Entwicklung, die traditionelle Branchen verdrängen wird.

Das hat noch niemand geschafft: Der Taxivermittler Uber ist erst seit vier Jahren am Markt und für viele Leute inzwischen Lieblingshassobjekt geworden, obwohl herkömmliche Taxifahrer auch nie besonders beliebt waren. Paradoxaerweise hat es auch noch selten ein Unternehmen geschafft, in nur vier Jahren seinen Wert von null auf 18 Milliarden Dollar zu steigern: Uber gibt es inzwischen in 200 Städten in 45 Ländern der Welt. Hass und Erfolg liegen ganz nah beieinander. Uber ist die bedeutendste Neugründung seit Amazon vor 20 Jahren.



Autor: Rainer Hank, Jahrgang 1953, verantwortlicher Redakteur für Wirtschaft und „Geld & Mehr“ der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung. Folgen:

Für Menschen, die noch nie von Uber gehört haben, hier kurz das Nötigste: Uber ist eine Internetplattform, die freiberufliche Fahrer und Fahrgäste zusammenbringt („on demand“). Die Idee ist simpel und genial zugleich: Je mehr Fahrgäste, desto effizienter lasten die Fahrer ihre Autos aus. Je mehr Fahrer, umso besser ist die geographische Abdeckung für die Kunden. Das schaukelt sich gegenseitig hoch; man nennt so etwas Netzwerkeffekte oder simpler: Je erfolgreicher Uber ist, umso eher ist garantiert, dass immer mehr Leute schnell, preiswert und verlässlich ihr Ziel erreichen.

Technischer Fortschritt lässt Taxigewerbe anachronistisch wirken

Wo also ist das Problem? Es gibt bereits eine Branche, das Taxigewerbe, das für sich ein Monopol der Fahrgastbeförderung auf Bestellung in Anspruch nimmt. Uber bringt die klassischen Taxen unter extremen Wettbewerbsdruck, und zwar nicht nur durch günstigere Preise, sondern in der Regel auch durch besseren Service; denn schlechte Erfahrungen mit Fahrern kann man im Internet publik machen. Das herkömmliche Taxigewerbe dagegen ist in allen Ländern bürokratisch reguliert, ineffizient und teuer. Der technische Fortschritt hat inzwischen sowohl die Privilegien als auch viele bürokratische Vorschriften obsolet werden lassen. Seit es verlässliche Echtzeitnavigationsgeräte gibt, ist es unsinnig, von Taxifahrern präzise Ortskenntnisse über Ummengen von Straßen zu verlangen (das hat schon früher nicht viel genützt). Und seit die Anschaffung eines Autos erschwinglich geworden ist, sind teure Taxilizenzen als Preis für den Markteintritt ein Anachronismus, der das Angebot zum Schaden der Fahrgäste künstlich verknappt und den Taxiunternehmern (nicht den Fahrern) ungerechtfertigte Profite sichert.

Wenn also die angegriffenen alten Taxi-Unternehmer und ihre Lobbyisten laut jaulen und sich hilfeschend an Gerichte und Kommunen wenden, kann man das zwar verstehen. Doch die Wirtschaft ist für die Kunden da und nicht für Branchen, die der Fortschritt früher oder später verdrängt; so etwas passiert in der Geschichte ständig.

Prozess kreativer Zerstörung

Doch auch die Uber-Kunden reagieren verschneupft. Das mag daran liegen, dass das Topmanagement von Uber sich schwer anstrengt, öffentlich grob unsympathisch zu erscheinen, erklärt aber noch nicht alles. Gewöhnungsbedürftig ist für viele, dass die Preise bei Uber sich nach Angebot und Nachfrage richten, also etwa in den Nachtstunden des Wochenendes teurer werden als Mittwochnachmittag (nicht zuletzt, weil wochenends auch die Alternativkosten der zusätzlichen Fahrer höher sind). Der Vorteil: Die Steuerung über den Preis verkürzt die Wartezeiten. Doch hierzulande gilt Taxifahren als eine Leistung der Daseinsvorsorge – und die muss offenbar für alle zu allen Zeiten gleich viel kosten. Meist taucht am Ende der Argumentationskette noch eine alte Oma auf, die sich eine Fahrt zum Arzt mit Uber nicht mehr leisten kann (dabei sind Krankentransporte von Omas in der Nacht zum Samstag eher die Ausnahme, oder?).

Es geht um mehr als nur um Taxis. Es geht um kreative Zerstörung. Schon machen Gerüchte die Runde, dass Uber auf dem Sprung ist zu einem globalen Lieferservice, um mit eigenen Kurieren den Menschen alle Wünsche schnell und zu jeder Tages- und Nachtzeit auf Verlangen zu erfüllen. Hier zeigt sich konkret, wie das Internet in vielen Lebensbereichen in immer größerem und individuellerem Maße die Bedürfnisse der Menschen mit anderen Menschen zusammenführt, die diese Wünsche befriedigen – ein Gewinn an zusätzlicher Lebensqualität. Seien wir froh, dass es Uber gibt.

Les incertitudes politiques en Grèce n'ont en outre eu aucune influence sur les autres pays de la zone euro, pénalisant surtout le taux grec.



Photo d'illustration. Le siège de la BCE, à Francfort. © Alexandre

MARCHI / Maxppp

SOURCE AFP

Les taux d'emprunt à 10 ans de la France, l'Espagne et l'Italie ont atteint de nouveaux plus bas niveaux historiques vendredi matin sur le marché obligataire, ces dettes étant recherchées par les rares investisseurs présents en cette fin de périodes de fêtes. Peu après 8 heures, le taux de la France, qui évolue en sens inverse de la demande, a touché 0,812%, celui de l'Espagne 1,541% et de l'Italie 1,819%, battant leurs précédents records de mardi.

Le taux allemand est tombé quant à lui à 0,536%, tout proche de son record de 0,535% qui remonte également à mardi dernier. Les volumes d'échanges étaient encore particulièrement limités, à l'image de la faible activité observée durant la période des fêtes, la plupart des intervenants étant absents, ce qui pouvait amplifier certaines tendances sur les marchés. Le marché de la dette était toutefois privilégié par les investisseurs présents, alors que les indices boursiers présentent plus de risques ces derniers temps avec notamment la baisse brutale des cours du pétrole.

Les incertitudes politiques en Grèce n'ont en outre eu aucune influence sur les autres pays de la zone euro, pénalisant surtout le taux grec, passé nettement au-dessus de 9% lundi dernier, jour de l'échec du candidat du gouvernement à la présidentielle et de l'annonce de législatives anticipées qui auront lieu le 25 janvier. Enfin, les investisseurs se tournaient d'autant plus volontiers vers les obligations des grands pays de la zone euro qu'ils espèrent que la Banque centrale européenne (BCE) agira encore pour relancer l'économie de la région. Sa réunion du 22 janvier est à ce titre très attendue puisque la BCE pourrait annoncer un vaste programme de rachats d'actifs, incluant les dettes souveraines.

Die vier existenziellen Herausforderungen für die EU

2015 wird ein Schicksalsjahr für die EU: Sie muss die Aggression Russlands bändigen und die Flüchtlingskrise lösen. Zugleich gilt es, die Europaskepsis einzudämmen und die Währung zu stabilisieren.

Von Dirk Schümer

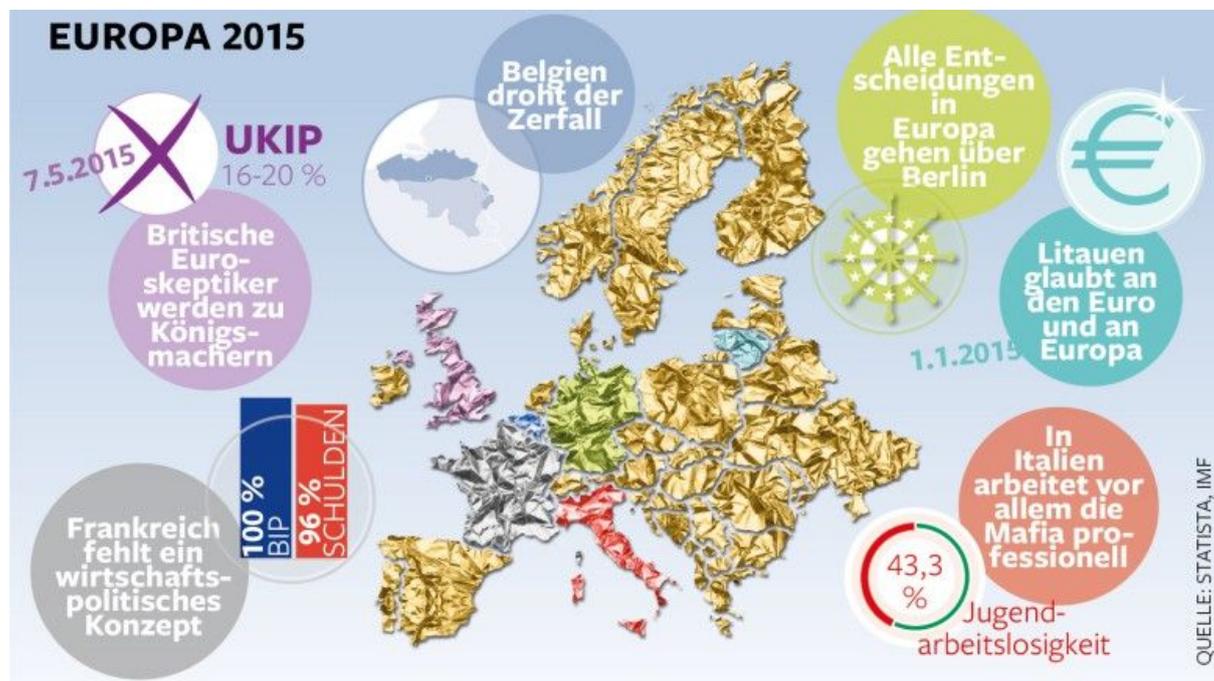


Foto: Infografik Die Welt

Einen Makel ist die [Europäische Union](#) immerhin losgeworden: Langeweile. Das waren noch Zeiten, als die unerbittliche Brüsseler Verwaltungsapparatur den Kontinent von Maastricht über Schengen bis Lissabon quasi naturgesetzlich zusammenschrauben schien! Nicht erst mit dem Euro kam dann aber mächtig Sand ins Getriebe; eine gemeinsame Verfassung wurde per Volksentscheid boykottiert. Darauf begann ein Siegeszug europafeindlicher Parteien, denen die ganze Richtung nicht passt: Islam, Zuwanderung, Eurokraten, Normierungswahn. Warum nicht wieder idyllisch und bequem zurück zum Nationalstaat? Doch halt! Vielleicht ist das kommende Jahr ein passendes, um daran zu erinnern, dass der Nationalismus das blühende Europa immer wieder in eine Hölle verwandelt hat. Vor exakt 100 Jahren wurde in Hörweite der Granaten mit saurem Schampus auf das erste Silvester des Großen Krieges angestoßen; Hunderttausende waren bereits verblutet; Millionen sollten bis 1918 folgen.

Und nun? Wird 2015 Europa, immerhin die stärkste Wirtschaftszone des Planeten, doch noch zum Big Player der Weltpolitik? Im schleppenden Alltag der Union sind viele heute schon froh, wenn das [teure Krisenmanagement](#) den Euro einigermaßen auf den Beinen hält. Notabene: Die letzte Unionswährung, die ungeordnet zusammenkrachte, war der jugoslawische Dinar. Jeder weiß, was dann folgte. Und so hat der Euro den 500 Millionen Europäern immerhin klargemacht, was vorher schon galt: Dass ihre rechtsstaatlichen Schicksale miteinander verknüpft sind. Dass es aus dem Paradies des freien Verkehrs von Gütern, Menschen und Kapital keinen bequemen Hinterausgang gibt. Die Europäer sind zueinander verdammt, hängen inzwischen aneinander wie eine chaotische Großfamilie mit allen Intrigen und Leidenschaften – aber leider haben sie das nicht so richtig als Gnadengabe der Geschichte verstanden, sondern als Kalamität.

Gemeinsam handeln – das ist die Krux

Vier Herausforderungen von existenzieller Wucht stehen 2015 an: Wie kann der Euro gerecht, stabil und nachhaltig als Währung funktionieren? Wie geht Europa mit der expansiven russischen Großmachtpolitik im Osten um? Lässt sich eine gemeinsame Einwanderungspolitik finden und dann auch ausführen? Bleiben alle Mitgliedsstaaten intakt – oder drohen gar EU-Austritte? Es gibt keinen einzigen Bürger der EU, den nicht wenigstens einer dieser Komplexe direkt betrafte. Aber, und das ist die Krux, es gibt kaum einen Europäer, dem all diese Schicksalsfragen zugleich unter den Nägeln brennen. Das macht gemeinsames Handeln schwer.

Im Baltikum etwa sorgt man sich zwar wegen Russland als aggressiven Nachbarn, doch schon der Euro wird dort weniger als Krisenwährung gesehen denn als Hort der Stabilität. Sonst würde Litauen nicht am 1. Januar feierlich die Litas-Währung abschaffen. In Griechenland nimmt eine Mehrheit den Euro ganz anders wahr, hat aber weniger Probleme mit Russland. Ein Abschied von der EU oder ein Auseinanderfallen des Nationalstaates ist im Osten ohnehin nirgends zu fürchten, doch in Spanien, in Großbritannien und Belgien, wo Russland sehr fern liegt, ist genau dies das wichtigste Thema der Zukunft.

Und die Flüchtlingsfrage wird gerade in stabilen Euro-Ländern wie Deutschland, den Niederlanden und Österreich mit wachsender Macht zum Problem und ist für die Flüchtlinge selbst eine skandalöse Todesfalle. Mutiert aber die Industriezone Europas wirklich zu einem Schmelztiegel mit amerikanischer Willkommenskultur? Und ist der Islam dabei friedlich zu integrieren?

Die neue Kommission des Luxemburger Steuergewinners Jean-Claude Juncker müsste nun all die divergierenden Wahrnehmungen erst einmal bündeln und in etwas verwandeln, was es derzeit kaum gibt: kraftvolle Europapolitik. Die wird aber zuvörderst gemacht, wo die Bürger mit ihrem Brummen gegen Brüssel sie fälschlicherweise selten verorten: in den nationalen Hauptstädten.

Obwohl die Kommission, das EU-Parlament und die Verwaltung im listigen "blame game" der Politik immer den Schwarzen Peter zugeschoben bekommen, wird die EU-Politik derzeit am ehesten in Deutschland im Kanzleramt gemacht.

Die beispiellose Nullnummer des François Hollande

Der Exportüberschuss, der funktionierende Steuerstaat, der Euro als Handelswährung – das alles hat dazu geführt, dass die deutsche Dominanz, die über Jahrzehnte das Schreckbild der europäischen Partner war, inzwischen blanke Wirklichkeit geworden ist. Es gibt sogar Nachbarn wie Polen, Holland, Österreich, denen im Schlagschatten ein größeres Engagement Deutschlands bei Militär und Diplomatie ausgesprochen bequem wäre.

Doch war das alles einst so gemeint? Ist die EU nicht ein ausgeklügeltes Balancekunststück, das keinem Mitspieler Dominanz gibt? Was nutzt das Ritual der abwechselnden Präsidentschaften, was bringt all der Proporz bei Kommission und Verwaltung, wenn am Ende bei jeder wichtigen Frage erst einmal Angela Merkel angerufen werden muss? Ihre tägliche Frage sollte lauten: Wie nutze ich meine große Macht, um nicht als verhasste Großmacht zu scheitern? An diesem Dilemma haben sich schon unbegabtere Politiker abgearbeitet.

Ein Grund für die Schiefelage ist die [beispiellose Nullnummer](#) des François Hollande. Waren die Franzosen noch unter Mitterrand und Delors die arroganten Zugpferde eines europäischen Stolzes, hatte Nicolas Sarkozy die nationalen Schwächen wenigstens mit Großspurigkeit überspielt, so steht nun die gar nicht mehr so Grande Nation im Nachthemd da. Statt an die große Tradition der Innovationspolitik mit TGV und Airbus anzuknüpfen, bestand die sozialistische Vision für Frankreich ausschließlich in Steuererhöhungen.

Das schafft zwar Kinderkrippen und Beamte, ist aber bei einer Staatsquote von um die 50 Prozent nicht zu finanzieren. Und so schlingert Frankreichs Image derzeit irgendwo zwischen dem steuerflüchtigen Neo-Obelix Depardieu und einem Präsidenten, der als Schürzenjäger von der traurigen Gestalt auf europäischem Parkett wenig mehr gilt. 2015 könnte sehr zäh werden – mit ihm und für ihn.

Die Briten werkeln eifrig an ihrer Isolation

Doch es gibt ja noch einen anderen Global Player unterm Schutzmantel der EU. Leider ist Großbritannien, wie das mit nebligen Inseln so geht, splendid mit der eigenen Isolation beschäftigt. Das Referendum der Schotten, die sich im Herbst mit knapper Mehrheit [zum Vereinigten Königreich bekannten](#), lässt sich für die Kontinentaleuropäer am ehesten mit britischem Humor deuten: Ist der nächste Schritt Großbritanniens ein Ausscheiden aus der EU, dann wäre die Entscheidung der europafreundlichen Schotten für London zugleich ein Votum gegen Brüssel gewesen.

Klingt so meschugge wie Cricket-Regeln? Ist aber leider wahr und für die EU gar nicht lustig, denn die allzeit schwelenden Ressentiments der Ur-Briten haben mit der Unabhängigkeitspartei Ukip ein markantes politisches Gesicht bekommen. Immerhin verbirgt sich im Parteinamen ein Stück Wahrheit: Wenn das Königreich tatsächlich wieder "independent" werden will, dann geben die Kritiker zu, dass seine Wirtschaft, seine Banken, seine Bauern längst von den Segnungen der EU abhängen. Und würden Schotten, Waliser bei einem elisabethanischen Empire 2.0 mitmachen?

Suchen wir nach einem hoffnungsfrohen Europa-Spirit, richtet sich der Blick überraschend nach Osten. Ausgerechnet die Rumänen beginnen das neue Jahr mit einem frischen Präsidenten wie aus dem Handbuch der europäischen Integration. Klaus Johannis hat sich nicht nur als Bekämpfer von Korruption und altkommunistischen Seilschaften einen Namen gemacht, er entstammt auch noch der schwindenden deutschen Minderheit in Siebenbürgen mit Deutsch als Muttersprache.

Wir Mitteleuropäer können die tolerante Aufbruchstimmung, welche die Sensationswahl des Außenseiters Johannis ausgelöst hat, gar nicht richtig ermessen. Eine ganze junge Generation hat die Nase voll von Lügen und Betrug, von kungelnden Funktionären und unfertigen Baustellen. Die Mehrheit der Rumänen (und Bulgaren, und Kroaten auch) will endlich, was man andernorts so fürchtet: mehr Europa.

Im Osten bringen Leute gerne Opfer für Europa

Doch da gibt es noch ein mittleres Problem. Gleich hinter der rumänischen, also der europäischen Ostgrenze liegen Länder, die de facto in Kriegszustand sind, mit schwer bewaffneter russischer Armee auf dem Territorium: Ukraine, Moldawien. Weil man sich im Osten an die sowjetischen Umgangsformen noch gut erinnert, ist man dort auch ziemlich nervös geworden.

Die [baltischen Nationen](#) waren mehr als 60 Jahre lang keine nominell unabhängigen Staaten, sondern Sowjetrepubliken. Während der russische Präsident das Ausscheiden der Ostseeländer aus dem Imperium lauthals bedauert, klammert man sich genau darum pathetisch an Brüssel. Dass etwa Litauen im Herbst ein schwimmendes Gasterminal aus Korea in Betrieb nahm und auf den Namen "Unabhängigkeit" taufte, findet bei uns nicht in die Nachrichten. Doch die Litauer wollen nicht am russischen Gas hängen, und die Letten verkaufen ihr Obst lieber billiger nach Österreich als in die eurasische Wirtschaftszone. Im Osten also hat das Wort Europa noch den Klang, der ihm gebührt. Es gibt dort viele Leute, die bringen für Europa gern Opfer.

Es gibt naturgemäß auch Ausreißer. In Ungarn und auch in Tschechien erlebt die EU, dass russische Investitionen wenigstens die [Lobbyisten](#) kirre machen. Denn nur so konnte aus dem antikommunistischen Widerständler und ungarischem Plein-Pouvoir-Premier Viktor Orbán ein [williger Versther von Putins Ukraine-Politik](#) werden. Orbáns Gesinnungsgenosse Miloš Zeman, Präsident auf der Prager Burg, war bereits im Wahlkampf derart von alten Geheimdienstlern – heute russische Gas-Lobbyisten – unterstützt worden, dass sein Flirten mit Putin keinen mehr überrascht. Die moralischen Erben von Václav Havel aber sollten 2015 darüber nachdenken, in welches Europa ihre Länder gehören.

Die Tschechoslowakei hat sich damals friedlich aufgelöst. Im gegenwärtigen Europa wollen maßgebliche Staatsmänner von einer Liquidierung historischer Staaten freilich gar nichts wissen, und doch wird dieses Tabuthema 2015 auf die Agenda drängen. In Spanien strebt die Regionalregierung von Katalonien nach Unabhängigkeit, die Basken werden folgen. Es gab wie in Schottland bereits ein Referendum, das aber der spanische Premier Rajoy ignoriert wie der Teufel das Weihwasser. Das gegenwärtige Europa der 28 ist aber alles andere als ein stabiler Block. Eher schon ein glorreicher Haufen von Jungnationen wie Slowenien, Slowakei, Kroatien.

Italien ist "too big to fail"

Wie kann die EU da den Schotten absprechen, dass viele von ihnen lieber im eigenen Staat leben wollen? Sogar im Kernland der EU, dem Königreich Belgien, ist die größte Partei nicht einverstanden mit Belgien und will die Monarchie gleich mit abschaffen. Momentan amtiert Bart De Wever, der charismatische Chef der Nieuwe Vlaams Alliantie, als Bürgermeister in Antwerpen. Sind seine Landsleute weiter der schwierigen Kohabitation mit frankophilen Wallonen müde, könnten die Eurokraten den Zerfall einer Nation aus ihrem Bürofenster miterleben. Das wäre dann aber kein Armutszeugnis für die EU, sondern ein Indiz, wie sehr ihr transnationales Funktionieren die alten Landesgrenzen bereits überflüssig macht.

In Deutschland wird der Freistaat Bayern [vielleicht noch etwas zögern](#), aber schon in Südtirol überlegen sich die Spitzen der Volkspartei, warum gerade sie in den Strudel Italiens mitgerissen werden sollen. Ausgerechnet dort, in der Wiege Alteuropas an Kapitol und Vatikan, kommen alle Misereen zusammen: Massenzuwanderung, darbende Wirtschaft, die auf Absatzmärkte in Russland kaum verzichten kann, eine immer schon schwächelnde Nation, aus der nun auch noch das Veneto austreten will, und ein überschuldeter, ineffizienter Staatsapparat, der sich auf Dauer ohne grundlegende Reformen nicht im Euro halten kann. Italien ist aber "too big to fail" und würde nicht nach griechischem Muster für eine Krise, sondern für eine echte Katastrophe sorgen. Gleichzeitig hat die politische Kaste weiter nur sich selbst im Sinn, bereichert sich schamlos und ist über Strecken bereits im Griff der einzigen Institution, die wirklich funktioniert: der Mafia. Italiens junger Premier Renzi, der dies alles weiß, ist mehr noch als Angela Merkel die Schlüsselfigur im Europa von 2015.

Immerhin: Langweilig wird es nicht

Das kommende wird also im Guten wie im Bösen zum Jahr Italiens werden. In seinem industriellen Herzen wirkt Europa trotz aller Krisen so stabil wie bei den enthusiastischen Partnern im Osten. Doch Italien muss sich wieder einmal neu erfinden und Frankreich, Spanien, Griechenland inspirieren. Dabei kann die EU aus Eigeninteresse mithelfen, angefangen mit einer gemeinsamen [Flüchtlingspolitik](#). Denn man kann die endlose humanitäre Tragödie nicht mehr nur zynisch den Mittelmeerstaaten überlassen und die Zuwanderung als erbärmliches russisches Roulette nach Lampedusa organisieren.

Sollte die Arbeitslosigkeit von 70, 80 Prozent der jungen Südtaliener, Andalusier, Griechen, Portugiesen nicht erfolgreich bekämpft werden, wird der Mezzogiorno ohnehin zu einer Kampfzone nach nordafrikanischem Vorbild werden. Eine EU, die eine ganze Generation auf den Müllhaufen wirft, kann nicht bestehen. Hier müsste das träge Europa zuvörderst eine ökonomische Eingreiftruppe bilden. Das ist mindestens so dringend wie wachsames Militär an der Ostgrenze.

Immerhin – langweilig wird es keinesfalls werden in dieser europäischen Großfamilie am Rande des Nervenzusammenbruchs. Gute Vorsätze werden fürs neue Jahr aber reichlich benötigt. Ein Vorschlag: Wer angesichts der Herausforderungen von 2015 weiter habituell über Brüsseler Eurokraten und Gurkenkrümmung und Glühbirnen klagt, der buche einfach mal einen Kurztrip zu den anstehenden Jubiläumsfeierlichkeiten in Verdun oder Ypern.

Ist das schon das Ende der europäischen Idee?



Europa war eine gute Idee. Doch sie verkümmert. Die junge Generation wächst in einer fortwährenden Krise auf. Ausgegrenzt, abgehängt. Leichtes Spiel für Populisten. Wer bietet Auswege? Wir, 18 junge Journalisten, sind in 15 Länder gefahren, wo Europas Konflikte ausgetragen werden. Erleben Sie die Geschichten auf [>>> generation-separation.eu <<](http://generation-separation.eu)

Solidarität mit Israel ist Maßstab der Demokratie

Im Mai dieses Jahres wird es 50 Jahre her sein, dass Israel und die Bundesrepublik diplomatische Beziehungen aufnahmen. Diese können wir im Jubiläumsjahr 2015 noch vertiefen – im eigenen Interesse.

Von [Richard Herzinger](#) Korrespondent für Politik und Gesellschaft



Die Altstadt Jerusalems: Am 12. Mai 1965 begannen offizielle diplomatische Beziehungen zwischen Israel und der BundesrepublikFoto: Getty Images/Flickr RF

Israel steht vor einem schwierigen Jahr. Der Druck auf Jerusalem, sich in Sachen Friedensschluss mit den Palästinensern konzilianter zu zeigen, wird 2015 erheblich wachsen. Nach den für März anberaumten israelischen Neuwahlen werden nicht nur die EU, sondern auch die USA stärker als bisher auf Verhandlungsfortschritte drängen. Dieser Termin wird freilich noch abgewartet, hofft der Westen doch auf einen Wechsel hin zu einer nachgiebigeren Mitte-Links-Regierung.

Bleibt aber [Benjamin Netanjahu](#) Ministerpräsident und regiert er womöglich in Abhängigkeit von einer erstarkten, die Zweistaatenlösung grundsätzlich ablehnenden nationalistischen Rechten, droht Israel in die Isolation zu geraten. Washington und Brüssel könnten sich dann der internationalen Welle einseitiger Anerkennung eines Palästinenserstaates anschließen. Nicht einmal EU-Sanktionen gegen Israel wären mehr undenkbar. Würde sich an einer solchen Politik die Bundesrepublik beteiligen, wäre dies ein gravierender Einschnitt: Sie stellte sich damit erstmals in existenziellen Fragen des jüdischen Staates offen gegen ihn.

Doch steht 2015 auch ein Jubiläum an, in dessen Zeichen ein solcher Bruch kaum vorstellbar ist. Am 12. Mai wird es 50 Jahre her sein, dass Israel und die Bundesrepublik 1965 offizielle diplomatische Beziehungen aufnahmen. Die Feierlichkeiten und zahlreichen Veranstaltungen rund um dieses Datum werden eine der erstaunlichsten Erfolgsgeschichten der jüngeren Geschichte ins Bewusstsein rufen – und die Zukunftspotenziale, die sich daraus ergeben. Sie werden eine Intensität an deutsch-israelischen Bindungen offenbaren, deren Bedeutung in der auf den Palästinakonflikt reduzierten Wahrnehmung Israels oft untergeht, aber die deutsche Öffentlichkeit mit Stolz und Dankbarkeit erfüllen sollte.

Schon das Wort "Wiedergutmachung" war umstritten

Denn was sich aus den äußerst schwierigen Anfängen der deutsch-israelischen Beziehungen entwickelt hat, kommt einem historischen Wunder gleich. Als sich die Bundesrepublik 1952 in den [Luxemburger Verträgen](#) zu einer "Wiedergutmachungs"-Zahlung in Höhe von drei Milliarden DM an den jungen Staat Israel bereit erklärte, lief ein großer Teil der Israelis gegen die Annahme von deutschem "Blutgeld" Sturm. Doch auch auf deutscher Seite gab es heftige Widerstände.



Foto: picture-alliance / Sven SimonAlt-Bundeskanzler Konrad Adenauer (links) und der ehemalige israelische Ministerpräsident Ben Gurion treffen sich während Adenauers Israelreise im Jahr 1966 in der Wüste Negev

Konrad Adenauer konnte das entsprechende Gesetz nur mit den Stimmen der SPD durch den Bundestag bringen – im eigenen Koalitionslager fehlte ihm die Mehrheit. Umstritten sind bis heute seine Motive, auf einer Kompensation für die – so Adenauer – "unsagbaren Verbrechen", die "im Namen des deutschen Volkes" an Juden begangen wurden, zu bestehen. Ehrlich empfundene Reue dürfte es in der Tat nicht allein gewesen sein. Adenauer wusste auch, dass eine Integration der Bundesrepublik in die westliche Staatengemeinschaft ohne zählbare Beweise deutschen Schuldbewusstseins kaum zu haben war.

Schon das Wort "Wiedergutmachung" gab Anlass zum Argwohn. Wie könnte eine Untat wie die [Schoah](#) je "wieder gut gemacht" werden, noch dazu mit einer relativ geringen Summe Geldes? Die Doppelbödigkeit des Begriffs brachte Bundespräsident Theodor Heuss auf den Punkt, als er erklärte, "Wiedergutmachung" bedeute für die Deutschen auch, "sich selbst wieder gut zu machen". Doch ungeachtet dieser Fragwürdigkeiten erwies sich die "Wiedergutmachung" als unschätzbare Überlebenshilfe für den jungen jüdischen Staat – zumal als die USA ihre Hilfsleistungen an Israel während der [Suezkrise 1956](#) einstellten, die Bundesrepublik ihre Zahlungen aber verlässlich fortsetzte.

Über militärische Zusammenarbeit wird verschämt gesprochen

So schuf die "Wiedergutmachung" eine Vertrauensbasis zwischen beiden Nationen und ermöglichte eine in den ersten Nachkriegsjahren für unmöglich gehaltene, sich dann aber intensivierende Zusammenarbeit in allen Bereichen. Pionierarbeit leisteten dabei kirchliche Initiativen wie die Aktion Sühnezeichen, die seit 1961 Freiwillige zum Hilfsdienst nach Israel schickt, aber auch die Wirtschaft, die Wissenschaft und die Gewerkschaften.

Die Volkswagen AG, [einst auf Anweisung Hitlers gegründet](#), hatte ab 1960 einen Repräsentanten in Israel, und ein 1938 vor dem NS-Regime geflüchteter Wiener Jude eröffnete im selben Jahr die erste israelische VW-Werkstatt. Mit der Einladung der Max-Planck-Gesellschaft nach Israel durch das Weizmann-Institut begann 1959 eine Wissenschaftskooperation, die heute ein zentraler Baustein des Miteinanders ist. Israels Gewerkschaftsverband Histadrut und der Deutsche Gewerkschaftsbund schlossen 1975 einen weltweit einzigartigen Partnerschaftsvertrag. Über die erfolgreiche militärische Zusammenarbeit wird bis heute eher verschämt gesprochen. Dabei hat gerade die Partnerschaft von Bundeswehr und israelischen Streitkräften ein erhebliches Verdienst daran, dass aus ersten Annäherungsversuchen Freundschaft wuchs. Begonnen hat die gemeinsame Militärgeschichte 1957 unter konspirativen Umständen. Nach einem Besuch von [Schimon Peres](#), damals Beamter im israelischen Verteidigungsministerium, beim deutschen Verteidigungsminister Franz Josef Strauß veranlasste dieser umfangreiche Rüstungslieferungen nach Israel – am Parlament vorbei. Um die Spuren zu verwischen, ließ Strauß an Israel gelieferte Panzer als gestohlen melden.

Deutsch-israelische Beziehungen heute stabiler denn je

Heute sichern [deutsche U-Boote](#), die atomar bestückt werden können, Israels Zweitschlagkapazität und bilden so ein wesentliches Element seiner Überlebensversicherung. Deutsche Rüstungslieferungen haben in den vergangenen Jahren trotz wachsender innenpolitischer Kritik weiter zugenommen. Deutsche Offiziersanwärter trainieren regelmäßig in Israel. Die GSG 9, die in den 70er-Jahren mit Hilfe israelischer Expertise aufgebaut wurde, führte 2009 erstmals auf israelischem Boden gemeinsame Manöver mit israelischen Sicherheitskräften durch und heimste dafür von israelischer Seite höchstes Lob ein.

An Rückschlägen und Erschütterungen war das deutsch-israelische Verhältnis gleichwohl nicht arm. Doch blieben die politischen Folgen letztlich auf vorübergehende atmosphärische Störungen beschränkt. Die konnten den stetigen Ausbau der Beziehungen nicht aufhalten. Nicht nur die seit 2008 stattfindenden Regierungskonsultationen, sondern auch über 100 Städtepartnerschaften, der intensive Kulturaustausch und die Kooperation im Sport zeugen davon. Der DFB pflegt innigen Kontakt zum israelischen Fußball und sorgte unter anderem dafür, dass Israels Nationalmannschaft und Klubteams an den europäischen Wettbewerben teilnehmen können.

An die mediale Oberfläche dringen jedoch meist die Konflikte, die in der unvermeidlicherweise auch schwierigen Interaktion entstehen. Begleitet wird sie von deutscher Besserwisseri, die Israel über den Weg zum Frieden belehren will, sowie von Ausbrüchen des Ressentiments. Die antiisraelischen Tiraden von [Günter Grass sind ein prominentes Beispiel](#). Doch jenseits des trüben, immer wieder überschwappenden Gebräus aus Verklemmung und latentem oder offenem antisemitischem Affekt sind die deutsch-israelischen Beziehungen heute stabiler und vielfältiger denn je.

Verständnis für deutsche Verpflichtung schwindet

Deutschland ist der drittgrößte Wirtschaftspartner Israels und dessen mächtigster Fürsprecher in einer zunehmend isrealkritischen EU. Und doch: In dem Maße, wie das moderne Deutschland in Israel an Attraktivität gewonnen hat, ist das Ansehen des jüdischen Staates bei der deutschen Bevölkerung drastisch gesunken. Mit dem zeitlichen Abstand zum Holocaust dürfte in den jüngeren Generationen das Verständnis für eine besondere deutsche Verpflichtung gegenüber dem Staat weiter schwinden, der heute den Juden weltweit Schutz garantiert.

Umso wichtiger ist es, den Blick für die innovative Kraft des modernen Israel zu schärfen, von der wir lernen und profitieren können – im IT-Bereich genauso wie etwa in der medizinischen und ökologischen Hochtechnologie. Israel hat mehr Start-up-Unternehmen als Europa insgesamt. [Tel Aviv](#) gilt als eine der aufregendsten Partymeilen weltweit. Einen Hauch ihrer Lifestyle-Kultur bringen etwa 30.000 in Berlin lebende Israelis [in die deutsche Hauptstadt](#).

Ein gutes und solidarisches Verhältnis zu Israel war für die Bundesrepublik stets Maßstab ihrer Zivilisierung und demokratischen Reifung. Gäbe sie diesen Maßstab je auf, würde sie sich bald selbst nicht wiedererkennen.

109,69

Pour le ministre de la santé turc, la maternité est la seule « carrière » possible pour les femmes

Le Monde.fr avec AFP | 02.01.2015 à 15h07 • Mis à jour le 02.01.2015 à 15h49



La polémique déclenchée par le président islamo-conservateur turc, Recep Tayyip Erdogan, sur la place « **naturelle** » des femmes a rebondi, vendredi 2 janvier, en [Turquie](#) après une sortie de son ministre de la santé jugeant que la maternité était leur seule « **carrière** » possible.

A la faveur d'une visite rendue aux premiers bébés de l'année 2015 dans les [maternités](#) d'Istanbul, le ministre a dispensé quelques conseils à leurs mères. « *Les mères ne doivent pas [mettre](#) d'autres [carrières](#) que la maternité au centre de leur vie. Elever de nouvelles générations doit [être](#) au [centre](#) de leurs préoccupations* », a lancé Mehmet Muezzinoglu, cité par les [médias](#) turcs.

UNE VOLÉE DE CRITIQUES

Ces déclarations ont suscité une volée de critiques. « *La maternité n'est pas une carrière*, a réagi sur son compte [Twitter](#) l'écrivaine à succès Elif Safak. *Les femmes turques doivent [décider](#) elles-mêmes de leur chemin dans la vie (pas se le [faire](#) imposer par des hommes politiques).* »

Une députée de l'opposition, Aylin Nazliaka, a pour sa part suggéré à M. Muezzinoglu « *d'[arrêter](#) de parler* ». « *Il a des motifs cachés derrière ces déclarations. Leur but est de [faire](#) des femmes des citoyennes de seconde zone* », [a-t-elle écrit sur Twitter](#).

« UNE CARRIÈRE INDISPUTABLE ET SACRÉE »

Droit dans ses bottes, le ministre de la santé a réitéré [ses](#) propos vendredi. « *La maternité n'est pas une carrière ouverte à tous (...), c'est une carrière indiscutable et sacrée* », a-t-il insisté devant la presse. Habitué des déclarations à l'emporte-pièce, M. Erdogan s'est lui aussi illustré récemment par une série de sorties sur le même thème, qui ont provoqué l'ire des féministes.

[A la fin de novembre, il avait jugé l'égalité hommes-femmes « contre nature »](#) et souligné que l'[islam](#) avait « *défini une place pour les femmes : la maternité* ». En décembre, le chef de l'Etat, qui milite fermement pour que les femmes aient au moins trois enfants, avait également comparé la [contraception](#) à une « *trahison* ».

M. Erdogan, qui a dirigé le gouvernement pendant onze ans avant son élection à la présidence, en août dernier, est régulièrement accusé par ses détracteurs de [vouloir islamiser](#) la société turque, en limitant notamment les droits des femmes.

An einem Tag im Jahr ist Merkel fast mütterlich

Wie François Hollande zu den Franzosen spricht, Giorgio Napolitano zu den Italienern – und wie die Bundeskanzlerin in die deutschen Wohnzimmer kommt. Beobachtungen zum Jahreswechsel.

•
Von Thomas Schmid



Foto: Getty Images Angela Merkel vor der Aufzeichnung ihrer Neujahrsansprache

Der Historiker Achim Landwehr hat etwas gegen Jahresrückblicke. Sie seien, wenn ich ihn richtig verstehe, vormodern und etwas kindisch. In seinem Blog "Geschichte wird gemacht" schreibt er: "Der Jahresrückblick tut so, als würde er zu einer Historisierung beitragen, kann das aber aufgrund seiner kalendarischen Fixierung gar nicht."

Denn das Jahr sei eine willkürlich gesetzte Einheit, deren Ende nichts abschließe, nichts eröffne. Wir müssten uns stattdessen damit abfinden, dass wir "auf der linear ausgerichteten Zeitschiene der Modernen", also ins Offene leben.

Tun wir ja auch. Und doch spricht gar nichts dagegen, das Jahr mit seinen Stationen Frühling, Sommer, Herbst und Winter als eine Einheit zu sehen, die unser Leben zu skandieren hilft. Weil ich jedenfalls das so sehe, beginnt dieses Tagebuch am 1. Januar 2015.

Volksreden

Zu Silvester schlüpfen Staats- und Regierungschefs, so gut sie können, aus ihren Rollen und wenden sich in ihren Ansprachen in einem Ton ans Volk, den sie sonst eher meiden. Sie sprechen direkter, privater, menschlicher. Am schlechtesten gelang das in diesem Jahr dem französischen Staatspräsidenten François Hollande.

Das hatte weniger damit zu tun, dass der so oft traurig dreinblickende Mann ein angeschlagener Präsident ist, sondern eher damit, dass das französische Staatsgepränge dem ersten Mann im Staate wenig Platz lässt, sich als Privatperson zu erkennen zu geben. Schon der prunkvolle Raum im Élysée-Palast verbietet das.



Foto: REUTERS Frankreichs Staatspräsident François Hollande bei seiner Neujahrsansprache

Hollande hält eine Ermunterungsrede, die zwar nicht ganz so pathetisch ist wie die Reden seines Vorgängers Sarkozy, die aber doch den höchst offiziellen Ton nie verlässt, und bei der er, all seinen Malaises zum Trotz, die präsidentiale Rolle recht gut ausfüllt. Zu Anfang versichert er den lieben compatriotes, dass Frankreich ein großes Land mit enormen Möglichkeiten sei.

Er lobt die fünftgrößte Industrienation der Welt, um ihre Bürger sodann wachzurütteln: Nostalgie taue nicht, die Franzosen müssten vorwärts schreiten, alles dem Land geben und sich den Herausforderungen der Zukunft stellen. Lob und strenge Ermahnung gehen Hand in Hand: Frankreich kann alles – wenn es nur will. Kein Zweifel, das ist eine scharfe Reformrede, in die wärmende Watte der großen Nation gepackt.

Angela Merkels [Neujahrsrede](#) wirkte wie das schiere Gegenteil. Nicht nur, dass sie nur halb so lang war wie die Hollandes. Die Bundeskanzlerin blickt in dieser Rede, die ihre bisher beste Neujahrsansprache gewesen ist, die Zuschauer auf eine Weise direkt an, die man fast innig nennen könnte. Es war, als säße sie in der Wohnstube der Deutschen, von du auf du.

Auch sie ermuntert, auch sie fordert, wird sogar scharf, als sie – am Rande des Statthaften – die Deutschen zu Abstinenz gegen Pediga auffordert. Nie aber käme es der Bundeskanzlerin in den Sinn, den Deutschen zu verkünden, sie lebten in einem großartigen Land. Ihre Emphase ist untertourig, implizit, versteckt. An diesem einen Tag im Jahr wirkt sie fast mütterlich.

Und sie wagt sich an ihr fremde Worte heran, als sie sagt, "welch großes Glück es ist, dass wir seit bald 25 Jahren in einem in Frieden und Freiheit geeinten Land leben". Selbst Phrasen können in dieser Rede Farbe annehmen. Und am Ende wünscht sie, nicht minder ungewöhnlich, denen Trost und Beistand, "die am heutigen Abend Kummer haben oder um einen lieben Menschen trauern".

Es ist ja nichts Neues, dass der deutsche Staat heute ein tiefgestapelter und ganz und gar unzeremonieller Staat ist. An Angela Merkels diesjähriger Neujahrsansprache fällt aber noch etwas anderes auf: Durch die Biederkeit, die selbst die Festkleidung der Bundeskanzlerin auszeichnet, verbreitet diese Rede eine Atmosphäre des Privaten. Einmal im Jahr kommt das Kanzleramt zu Besuch in unsere Wohnzimmer.

Davon ist Italiens scheidender Staatspräsident Giorgio Napolitano sehr weit entfernt. Wie immer tritt er ganz als staatsverkörpernde Respektsperson auf. Und wie immer gelingt ihm dabei das Kunststück, stolz und bescheiden zugleich zu wirken.

Als höchster Repräsentant des – im Grunde wackeligen – Staates fordert er via Fernsehschirm Respekt ein und wirkt gleichzeitig wie ein namenloser, von seiner Person weithin absehender Staatsdiener, der seine Pflichten erfüllt und hernach die Bühne verlässt.



Foto: Reuters Italiens Staatspräsident Giorgio Napolitano verkündet seinen baldigen Rücktritt

Sein bescheidener Auftritt darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass er – viel stärker als Frankreichs Staatspräsident – über eine fast monarchische Ausstrahlung verfügt. Er ist (noch) Italiens König, er hat sich selbst dazu gemacht. Er war der einzige feste Pol des Landes. Was er zu sagen hat, ist nie originell.

Er sieht sich als Vollstrecker und Garanten der hundertfünfzigjährigen – sehr schwierigen – Nationalgeschichte Italiens, die er auch in seiner letzten Neujahrsansprache wieder beschwört. Doch eines ist neu in dieser letzten Rede, und zwar dort, wo er von sich selbst spricht.

Napolitano gibt zu, dass er mit seinen direkten politischen Interventionen und der Art, wie er sich für eine zweite Amtszeit entschieden hat, eine "konstitutionelle Ausnahme" dargestellt habe, die es nun wie eine Klammer, wie eine Parenthese zu schließen gelte – mit seinem vorzeitigen Rücktritt vom Amt.

Penibel wie Napolitano ist, versichert er die Bürger Italiens, dieser von ihm allein vollzogene Schritt stehe "weithin im Einklang mit der vorherrschenden Meinung der Verfassungsrichter". Und er nennt ohne Umschweife den Grund für den Rückzug: seine Gebrechlichkeit.

Auch hier wird er nicht sehr persönlich. Und doch klingt es sehr eindringlich, als der Staatspräsident, der im Juni dieses Jahres 90 Jahre alt wird, den Amtsverzicht mit seiner Erschöpfung, seiner Ermüdung begründet. Gegen Ende lüftet der König kurz einmal den institutionellen Schleier – nicht, ohne auch das zu einer Pflicht zu erklären.

Abschied

Er ist auf leisen Sohlen gegangen. Zwanzig Jahre lang war Günther Nonnenmacher einer der Herausgeber der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung". Jetzt ging er – wegen des Todes von Frank Schirrmacher ein halbes Jahr verspätet – in den Ruhestand. Vergeblich habe ich in der "FAZ" vom Mittwoch einen Leitartikel oder sonst einen Artikel von ihm gesucht: nichts, keine Zeile.

Gerade die bürgerlichste der Zeitungen pflegt in solchen zeremoniellen Fragen eine große Nüchternheit. Vorbei ist vorbei, kein Budenzauber, keine Geste, kein nach außen hin sichtbares Ritual. Ist das gut? Es gehört zur Strenge und zur emotionalen Kargheit der "FAZ", keinen Zweifel daran zu lassen, dass sich der Einzelne nicht wichtig nehmen soll.

Man kann es mit der Zurückhaltung aber auch so übertreiben, dass sie der Schrulligkeit sehr nahekommmt. Kein öffentliches Wort des Abschieds: Das hat auch etwas Kaltes. Auf diesen Stil scheint man in der Frankfurter Hellerhofstraße noch immer stolz zu sein. Nicht nur zu Recht.

Misere des "Spiegel"

1926 bereiste Joseph Roth im Auftrag der "Frankfurter Zeitung" das sowjetische Russland. Roth, der später zum Monarchisten wurde, war damals nicht ohne Sympathie für den neuen Staat und – so sah der Autor es damals – dessen Versuch, die einfachen Menschen von ihrem jahrhundertalten Joch zu befreien.

Und doch stieß er sich mit untrüglichem Gespür an einem Zug der russischen Gesellschaft: an ihrem sturen Atheismus, an ihrem revolutionär überhöhten Materialismus, den er als dumm, unzivilisiert und vor allem entsetzlich banal empfand.

Es schmerzte ihn, dass die sowjetische Elite keine Ahnung davon hatte, wie arm und beschränkt ihr rationalistischer, metaphysikfeindlicher Materialismus war. (Nachzulesen in dem schönen Bändchen: Joseph Roth, "Reisen in die Ukraine und nach Russland", C. H. Beck Verlag.)

Roth kam mir in den Sinn, als ich im letzten "Spiegel" des Jahres 2014 ein Interview mit dem Historiker [Heinrich August Winkler](#) las. Man sprach darüber, ob die Thesen von Winklers Werk "Geschichte des Westens" wirklich stichhaltig seien. An Winklers Buch kann man viel kritisieren. Es hat einen starken teleologischen Zug.

Der Autor arrangiert die Dinge stets so, dass sie in seinen Thesenkanal passen. Er zieht nicht viele Linien, sondern meist nur eine. Und nicht zuletzt: Er hat immer recht. Man könnte darüber reden, ob solch ein Buch, das so selbstgewiss daherkommt, am Ende nicht ein Zeugnis von Furchtsamkeit ist.

Doch darum geht es den beiden Interviewern nicht. Wie fast immer in dem Blatt wird das Gespräch von den beiden Interviewern in dem "Spiegel"-üblichen Nörgelton geführt. Sie wollen das Buch destruieren, sie wollen den Autor in flagranti bei unvorsichtigen Äußerungen erwischen.

So kommen sie an Winkler, der ein Meister wasserdichter Begründungen ist, natürlich nicht heran. Ihr schwerstes Geschütz fahren sie gegen Ende mit dieser – nun ganz direkten – Bemerkung auf: "Wir haben den Eindruck, dass Sie, ganz Hegelianer, an den unaufhörlichen Fortschritt der Menschheit glauben."

Es ist die alte Krux: Die Interviewer sehen sich auf dem höheren Höckerchen der Entlarver, sie wollen das Objekt ihres Sezieren überführen, erwischen, zur Strecke bringen. Und sie bedienen sich dabei – "Spiegel"-üblich: unausgesprochen – eines ganz plumpen Materialismus: Wer eine Idee hat und an sie glaubt, der muss blamiert werden. Vorher findet die "Spiegel"-Seele keine Ruhe.

Das Tagebuch im Tagebuch

Am 1. Januar 1931 notierte Victor Klemperer dies: "Nun also ins fünfzigste Jahr. Und fast mit der Gewissheit, mein Leben in Dresden zu beenden. Und sonst ohne alle dies- und jenseitigen Gewissheiten. Ich will Reife dadurch bekunden, dass ich mich nicht bei philosophischen Betrachtungen aufhalte, sondern meinen Stiefel so lange und so gut als möglich weiterarbeite, als wäre ich von seinem absoluten u. dauernden Wert überzeugt. – Wir saßen gestern ganz still für uns, tranken von unserm schönen weißen Cap Coronel, dann las ich stundenlang vor, Galsworthy, den 'Weißen Affen', dann wurde um 12 der Weihnachtsbaum angezündet und dann schlafen gegangen."

Griechenland zahlt weniger Zinsen als der Bund

Im griechischen Wahlkampf ist die Zinslast des enormen Schuldenbergs ein Politikum. Dabei zahlt Athen im Schnitt weniger Zinsen als Berlin.

Das steht im jüngsten Bericht der Troika-Geldgeber.

02.01.2015



© REUTERS  Berlin trifft Athen: Bundeskanzlerin Merkel zu Besuch bei Griechenlands Ministerpräsidenten Samaras im April 2014

Griechenland zahlt trotz seiner immensen Schulden nur äußerst moderate Zinsen, [wie die Frankfurter Allgemeine Zeitung aus Troika-Kreisen erfahren hat und in ihrer Samstagsausgabe berichtet](#). Dies geht aus einem Vermerk im jüngsten Bericht der Troika-Geldgeber hervor. Die Troika besteht aus der Europäischen Union (EU), der Europäischen Zentralbank (EZB) und dem Internationalen Währungsfonds (IWF).

Demnach zahlt Griechenland auf seine gesamte Staatsschuld im Durchschnitt nur einen Zins von 2,4 Prozent. Das ist weniger als in Deutschland der Bund, dessen ausstehenden Anleihen durchschnittlich 2,7 Prozent Zins ausweisen.

Im Wahlkampf ist die Zinsbelastung des großen Schuldenberges (mehr als 175 Prozent der Wirtschaftsleistung) ein heftig umstrittenes Politikum. Der Anführer des linken Bündnisses Syriza Alexis Tsipras fordert einen zweiten Schuldenschnitt, da die Last angeblich unerträglich hoch sei.

Tatsächlich aber ist die Zinslast niedrig, weil das Land überwiegend Hilfskredite zu politischen Vorzugszinsen erhalten hat. Inzwischen liegen mehr als drei Viertel der griechischen Schulden bei öffentlichen Geldgebern und damit vor allen bei den Steuerzahlern Europas.

109,74

SNCF, autoroutes, électricité, poste...comment Hollande va vous plumer en 2015

Par [Charles Wyplosz](#)

Publié le 02/01/2015 à 12:08



FIGAROVOX/CHRONIQUE- Charles Wyplosz analyse l'économie pour Figarovox. Cette semaine il explique comment la promesse de François Hollande sur les impôts n'empêche pas la hausse des prix réglementés.

Charles Wyplosz est professeur d'économie internationale à l'Institut de hautes études internationales et du développement (IHEID) à Genève, et directeur du Centre international d'études monétaires et bancaires. Ses principaux domaines de recherche sont les crises financières, l'intégration monétaire européenne, les politiques monétaires et budgétaires ainsi que l'intégration monétaire régionale. Il intervient fréquemment comme expert auprès d'organisations internationales .

Bonne année 2015, il n'y aura plus de hausses d'impôts! Promis, a dit le Président. Oui mais vous allez payer plus pour les transports (SNCF, autoroutes, métro-bus, taxis), l'électricité, la poste, sans doute les documents administratifs, et pleins d'autres choses qui sont décidées par le gouvernement. Le matraquage va continuer, par des chemins détournés pas très subtils, et la croissance va rester molle. Malgré la baisse des prix du pétrole qui est la seule bonne nouvelle de 2014 pour 2015.

François Hollande joue sur les mots. A l'ENA, on vous explique la différence entre impôts et autres prélèvements obligatoires, et on ne considère pas les prix réglementés comme des prélèvements. Tout ceci se mélange douloureusement dans les porte-monnaie des citoyens qui ne comprennent pas, faute de ne pas être allés à l'ENA. Une sorte de taxe sur l'ignorance.

S'il y a des pertes, qui donc les comble ? Réduire les pertes c'est alléger les dépenses publiques et avoir besoin de moins d'impôts. Tout se mélange dans le grand porte-monnaie de l'État, comme dans celui des citoyens. Il n'y a pas besoin d'avoir fait l'ENA pour le comprendre.

Le cas de la SNCF est exemplaire. Elle ne peut rien faire sans l'accord du gouvernement. Donc l'augmentation qui s'annonce est bien une décision du gouvernement. C'est bien une taxe. D'abord, parce que nous n'avons pas le choix, comme pour les impôts. La SNCF reste un monopole pour la quasi-totalité des transports ferroviaires des Français. Certes, le trafic est ouvert à la concurrence dans le cadre des accords européens, mais il y a mille et une manières de décourager la concurrence et nos politiques ne s'en privent pas. Ensuite, parce que la SNCF fait partie du budget de l'État. S'il y a des pertes, qui donc les comble? Réduire les pertes c'est alléger les dépenses publiques et avoir besoin de moins d'impôts. Tout se mélange dans le grand porte-monnaie de l'État, comme dans celui des citoyens. Il n'y a pas besoin d'avoir fait l'ENA pour le comprendre.

La justification avancée par la SNCF est d'une parfaite mauvaise foi. Il s'agirait de financer les investissements

Mais à la SNCF on ne peut ni réduire les salaires, ni alléger les effectifs. Un monopole qui ne risque pas de mourir, service public oblige, opère sur une autre planète. Aux frais des usagers et au bon vouloir du gouvernement.

et d'améliorer la sécurité des passagers. Bien sûr, on ne vous parle pas des retraites plus que généreuses des cheminots, ou de leurs salaires plutôt avantageux, deux postes qui plombent la compagnie nationale. Non, ça c'est l'eau qui coule sous les ponts et qu'on ne peut pas toucher sérieusement sous menace de grève. Alors on amuse la galerie en déroulant de superbes projets d'investissements.

Mais comment font les entreprises qui doivent investir? Elles ne peuvent pas augmenter leurs tarifs, concurrence oblige. Alors elles empruntent. Ce qui les oblige à réfléchir très sérieusement à la rentabilité de leurs projets, faute de quoi elles ne pourront pas rembourser. On ne se pose pas ce genre de question dans un monopole, on augmente les tarifs. Et quand une entreprise perd de l'argent année après année, soit elle réduit des coûts, soit elle meurt. Mais à la SNCF on ne peut ni réduire les salaires, ni alléger les effectifs. Un monopole qui ne risque pas de mourir, service public oblige, opère sur une autre planète. Aux frais des usagers et au bon vouloir du gouvernement.

Tant qu'il en sera ainsi, François Hollande, tout comme ses prédécesseurs et ses successeurs, fera ce qu'il faut pour trouver de l'argent. La révolte contre les impôts couve ? Pas de problème, on laisse les prix contrôlés dérapier.

François Hollande sait tout ça, bien sûr. Il sait que les coûts des administrations et des entreprises dans le giron, officiel ou non, de l'État ne sont pas vraiment contrôlés, et qu'il n'a plus les moyens de les financer sans compter. Il n'a aucune envie d'essayer d'appliquer à ce gigantesque ensemble d'activités les méthodes qui ont fait leurs preuves dans le secteur privé. La raison c'est qu'il agit du «Service Public qui ne doit pas succomber à la logique du profit». Personne ne parle de profits, ce serait trop désespérant. Mais le secteur public, tout comme le secteur privé, est fondamentalement une activité économique, ce qui signifie faire plus et mieux au moindre coût. Le plus étonnant c'est que tant de Français paraissent ne pas voir les choses ainsi. Ils se refusent à reconnaître le lien entre les impôts qu'ils payent et les services qu'ils reçoivent. Ils sont prêts à serrer leurs dépenses pour boucler leurs fins de mois, pas à abandonner le mirage de l'État bienfaiteur.

Tant qu'il en sera ainsi, François Hollande, tout comme ses prédécesseurs et ses successeurs, fera ce qu'il faut pour trouver de l'argent. La révolte contre les impôts couve? Pas de problème, on laisse les prix contrôlés dérapier. Le taux d'inflation est nul, et pourrait même devenir négatif parce que les entreprises se voient obligées de baisser les prix, mais les billets de train et tout le reste continuent d'augmenter. L'argumentaire est bien au point. Que voulez-vous, les pigeons sont faits pour être plumés. Surtout qu'ils n'ont pas de dents.

"Eine islamische Partei ist eigentlich zwingend"

Michel Houellebecqs Roman "Die Unterwerfung" ist schon vor Erscheinen ein Skandal: Ein radikaler Muslim wird darin Frankreichs Präsident. Ein Gespräch über Thriller und die Rückkehr des Religiösen.

Von Silvain Bourmeau



"Aber ich bin ja kein Intellektueller": Der französische Schriftsteller Michel HouellebecqFoto: picture alliance / dpa

Michel Houellebecq gilt als radikaler Sonderling. Mit Silvain Bourmeau ist er schon seit Jahren befreundet. Als erster Journalist durfte der Franzose nun mit dem [Autor](#) über seinen neuen [Roman](#) "Die Unterwerfung" sprechen. Houellebecq malt sich darin das Frankreich des Jahres 2022 aus – regiert von einem muslimischen Präsidenten. Noch bevor das Buch in dieser Woche in Frankreich in die Buchläden kommt (in Deutschland erscheint es am 16. Januar bei DuMont), hat es eine gesellschaftliche Debatte ausgelöst.

Die Welt: Michel, warum hast du das gemacht?

Michel Houellebecq: Aus mehreren Gründen. Ich mag das Wort nicht, aber ich glaube, das ist mein Beruf. Nach meiner Rückkehr aus Irland nach Frankreich habe ich große Veränderungen bemerkt, Veränderungen, die nicht speziell französisch sind, sondern den Westen im Allgemeinen betreffen. Wenn man wie ich im Exil lebt, interessiert man sich nicht für allzu viel, weder für die Gesellschaft, aus der man stammt, noch für die, in der man lebt, außerdem ist Irland ein spezieller Fall. Der zweite Grund ist, dass mein Atheismus die Reihe von Todesfällen nicht gut verkraftet hat, die ich erlebt habe. Das war für mich wirklich kaum auszuhalten.

Die Welt: Der Tod deines Hundes und deiner Eltern?

Houellebecq: Ja, das war ein bisschen viel in kurzer Zeit. Das wurde verstärkt durch die Tatsache, dass ich entgegen meiner Überzeugung nicht wirklich Atheist bin, sondern eigentlich Agnostiker. Normalerweise verbirgt sich dahinter Atheismus, aber in meinem Fall glaube ich das nicht. Als ich die Frage, ob es einen Schöpfer gibt, eine kosmische Ordnung, so etwas in der Art, in neuem Licht betrachtet habe, ist mir klar geworden, dass ich nicht in der Lage war, sie zu beantworten.

Die Welt: Wie würdest du dein [neues Buch](#) charakterisieren?

Houellebecq: Der Begriff "politische Fiktion" ist nicht schlecht. Ich habe nicht den Eindruck, viele solcher Texte gelesen zu haben, aber doch ein paar, und das eher in der englischen Literatur als in der französischen.

Die Welt: Was sind das für Bücher, was hat dich beeinflusst?

Houellebecq: Manche Bücher von [Joseph Conrad](#) und auch von John Buchan. Und dann einige neuere, die weniger gut waren und eher Richtung Thriller gehen. Aber es gibt noch einen Grund, weshalb ich das Buch geschrieben habe: weil mir der Anfang so gut gefallen hat. Ich habe die ersten 26 Seiten fast in einem Zug geschrieben. Ich fand das sehr überzeugend, denn ich kann mir mich selbst sehr gut als Student vorstellen, der sich den Autor [Joris-Karl Huysmans](#) als Freund aussucht und beschließt, ihm sein Leben zu widmen. Das ist mir zwar nicht so gegangen, ich habe Huysmans erst später gelesen, als ich etwa 35 war, glaube ich; aber das hätte mir gefallen. Mein Studentenzimmer war ziemlich übel, die Mensa auch ziemlich fürchterlich, und ich kann mir gut vorstellen, was ihm dazu eingefallen wäre.

Huysmans war der typische Fall eines Menschen, der aus rein ästhetischen Gründen zum Katholizismus konvertierte. Die religiösen Fragen, mit denen etwa Pascal sich quälte, lassen ihn vollkommen kalt, er spricht nie davon. Ich habe beinahe Mühe, mir jemanden vorzustellen, der in diesem Ausmaß Ästhet ist. Aber für ihn liefert die Schönheit den Beweis. Die Schönheit der Verse, der Gemälde, der Musik – sie beweisen die Existenz Gottes. Ich glaube, er hätte mir ein echter Freund sein können. Zuerst sollte das Buch nicht "Unterwerfung" heißen, der ursprüngliche Titel war "Bekehrung". In meinem ersten Entwurf bekehrte sich der Erzähler auch zum Katholizismus. Er folgte also dem gleichen Weg wie Huysmans, nur mit einem Jahrhundert Abstand: vom Naturalismus ausgehen, um Katholik zu werden. Aber das ist mir nicht gelungen.

Die Welt: Warum?

Houellebecq: Es hat nicht funktioniert. Meiner Meinung nach ist die Schlüsselszene des Buches jene, wo der Held zum letzten Mal die schwarze Jungfrau von Rocamadour betrachtet. Er spürt am Wallfahrtsort eine spirituelle Kraft, wellenartig, aber auf einmal entfernt sie sich in die Jahrhunderte – und er geht zurück zum Parkplatz, ziemlich verzweifelt.

Ich habe versucht, mich in einen Muslim hineinzusetzen, und dabei ist mir klar geworden, dass die in Wirklichkeit in einer völlig schizophrenen Situation sind.

“

Die Welt: Ist der Roman eine Satire?

Houellebecq: Nicht, was die Hauptfiguren betrifft.

Die Welt: Wie hast du diese Fiktion entworfen, in der [Marine Le Pen](#) in der zweiten Runde der Präsidentschaftswahl des Jahres 2022 gegen den Präsidenten einer muslimischen Partei antritt?

Houellebecq: Na ja, Marine Le Pen erscheint mir für 2022 ziemlich wahrscheinlich, sogar schon für 2017. Die muslimische Partei – das geht natürlich weiter. Da berührt man den harten Kern. Ich habe versucht, mich in einen Muslim hineinzusetzen, und dabei ist mir klar geworden, dass die in Wirklichkeit in einer völlig schizophrenen Situation sind. Denn im Allgemeinen interessieren sich Muslime nicht allzu sehr für Wirtschaftsfragen. Die für sie entscheidenden Themen sind eher das, was ich Gesellschaftsthemen nennen würde. In jedem Fall sind sie in diesen Dingen sehr weit von der Linken entfernt, noch weiter von den Grünen. Es reicht, an die Homo-Ehe zu denken, das gilt auch für die meisten anderen Themen. Aber man wüsste auch nicht, warum Muslime rechts wählen sollten und noch weniger die Rechtsextremen, welche sie mit all ihren Kräften ablehnen.

Was soll also ein Muslim machen, der wählen will? Er ist in einer unmöglichen Situation. Er wird von niemandem vertreten. Es wäre falsch zu sagen, dass der Islam eine Religion ist, die keine politischen Konsequenzen hat, sie hat welche, der Katholizismus hat ja auch welche, selbst wenn die Katholiken sich oft eine Abfuhr geholt haben. Jedenfalls glaube ich, dass eine islamische Partei eigentlich eine zwingende Idee ist.

Die Welt: Gut, aber sich vorzustellen, dass diese Partei in sieben Jahren in der Lage sein könnte, die Präsidentschaftswahl zu gewinnen?

Houellebecq: Einverstanden, das ist nicht sehr wahrscheinlich. Aus zwei Gründen. Der erste ist der schwierigste: Erst einmal müssten sich die Muslime untereinander verstehen. Es brauchte jemanden, der sehr intelligent wäre und über ein außergewöhnliches politisches Talent verfügte. Diese Eigenschaften habe ich meiner Romanfigur Ben Abbes verliehen. Ein außergewöhnliches Talent ist per definitionem unwahrscheinlich.

Nehmen wir mal an, diese Partei gäbe es, dann könnte sie sicher zulegen, aber es brauchte deutlich mehr Zeit. Wenn man sich anschaut, wie die Muslimbruderschaft gewachsen ist, dann sieht man eine lokale Vernetzung, soziale Organisationen, Kulturzentren, Gebetshäuser, Ferienheime, medizinische Hilfe – ungefähr das, was früher die Kommunistische Partei gemacht hat. Ich glaube, dass man in einem Land, in dem das Elend sich weiter ausbreitet, "normale" Muslime, wenn ich mal so sagen darf, von so etwas wird überzeugen können. Doch ein solcher Prozess würde mehrere Jahrzehnte dauern.

Wobei wir ja schon gar keine "normalen" Muslime mehr haben, denn wir sehen ja Leute zum Islam konvertieren, die überhaupt keine maghrebinischen Wurzeln haben. Allerdings spielt die Sensationsgier der Medien dabei eine negative Rolle. Die haben zum Beispiel die Geschichte von diesem Typen ganz toll gefunden, der in irgendeinem kleinen normannischen Dorf lebte, das französischer nicht hätte sein können, der nicht einmal aus einer Scheidungsfamilie kam – und dann konvertierte, um in den Dschihad nach Syrien zu ziehen. Man darf wohl vernünftigerweise annehmen, dass für jeden solchen Typen zehn Leute konvertieren, die überhaupt keine Lust haben, in Syrien am Dschihad teilzunehmen. Das ist ja kein Vergnügen, der Dschihad in Syrien. Am Ende interessiert das nur die Leute, die stark durch Gewalt motiviert sind, und die bilden zwangsläufig eine Minderheit.

”

In Wirklichkeit weiß man nicht genau, wovor man Angst hat. Ob vor denen, die auf französischer Identität beharren, oder vor den Muslimen.

“

Die Welt: Man kann vielleicht so weit gehen, dass diese Leute vor allem daran interessiert sind, nach Syrien zu gehen, und weniger an der Konversion.

Houellebecq: Das glaube ich nicht. Ich glaube, es gibt ein echtes Bedürfnis nach Gott, und dass die Rückkehr des Religiösen kein Slogan ist, sondern eine Realität, die uns nun gerade mit erhöhter Geschwindigkeit einholt.

Die Welt: Diese Hypothese ist wesentlich für den Roman, aber man weiß, dass sie seit langem von vielen Forschern bestritten wird, die zeigen, dass es eine progressive Säkularisierung des Islams gibt – und dass die Gewalt und die Radikalisierung wie ein letztes Aufbäumen zu verstehen sind.

Houellebecq: Das ist nicht das, was ich beobachtet habe. Es gibt ja nicht nur den Islam, der davon profitiert, in Nord- und Südamerika sind es eher die Evangelikalen. Es ist kein französisches Phänomen, sondern beinahe ein weltweites. Was Asien betrifft, bin ich nicht sehr informiert, aber der Fall Afrikas ist interessant, denn dort haben die beiden großen religiösen Kräfte Zulauf: Die Evangelikalen und der Islam. Ich glaube nicht, dass eine Gesellschaft ohne Religion halten kann.

Die Welt: Aber wieso die Entscheidung, die Dinge in gewisser Weise zu "dramatisieren", wenn du selbst sagst, dass es unwahrscheinlich ist, dass 2022 ein muslimischer Präsident in Frankreich gewählt wird?

Houellebecq: Tja, das ist wahrscheinlich meine Massenpublikumsseite, die Thriller-Seite. Es gibt eine ängstliche Seite an mir. Ich nutze diese Tatsache aus, um Angst zu machen. In Wirklichkeit weiß man nicht genau, wovor man Angst hat. Ob vor denen, die auf französischer Identität beharren, oder vor den Muslimen.

Die Welt: Hast du dir die Frage gestellt, welche Folgen ein Roman haben kann, der eine solche Hypothese enthält?

Houellebecq: Gar keine. Überhaupt keine Folgen.

Die Welt: Glaubst du nicht, dass du so die Vorstellung verstärkst, dass der Islam wie ein Damokles-Schwert über uns schwebt, die fürchterlichste Sache überhaupt?

Houellebecq: Das ist doch jetzt schon so ziemlich das einzige Thema, mit dem sich die Medien beschäftigen, das kann man gar nicht mehr verstärken. Es ist unmöglich, darüber noch mehr zu reden, deshalb wird es überhaupt keine Folgen haben.

Die Welt: Und diese Feststellung weckt nicht deine Lust, etwas ganz anderes zu schreiben, dich nicht diesem Konformismus hinzugeben?

Houellebecq: Nein, es ist objektiv Teil meiner Arbeit, über das zu sprechen, worüber die Leute reden. Ich bin ein Produkt meiner Epoche.

Die Welt: Du erwähnst in dem Roman, dass französische Intellektuelle dazu neigen, sich nie für irgendetwas verantwortlich zu fühlen. Hast du dir die Frage deiner literarischen Verantwortung gestellt?

Houellebecq: Aber ich bin ja kein Intellektueller. Ich nehme keine Position ein, ich verteidige keinerlei Regime. Ich lehne jede Verantwortung ab, ich beanspruche sogar völlige Unverantwortlichkeit. Es sei denn, ich spreche in meinen Romanen von Literatur, dann engagiere ich mich als literarischer Kritiker. Aber es sind die Essays, die die Welt verändern.

Die Welt: Die Romane nicht?

Houellebecq: Ich habe das Gefühl, dass "Das Kapital" zu grob war und es eher das "Kommunistische Manifest" war, das gelesen wurde und die Welt verändert hat. Rousseau hat die Welt verändert, der wusste ab und zu eindringlich zu sein. Es ist einfach. Wenn man die Welt ändern will, muss man sagen: Voilà, so ist die Welt, und das ist das, was zu tun ist. Man darf sich nicht in romantischen Betrachtungen verlieren. Das ist ineffizient.

Die Welt: Du konstruierst einen Gegensatz zwischen Antirassismus und Laizismus. Dabei sind Antirassisten oft auch Verteidiger der Laizität, da beide ihre Wurzeln in der Philosophie der Aufklärung haben.

Houellebecq: Gut, aber hinter die Philosophie der Aufklärung kann man ein Kreuz machen: verstorben. Ein schlagendes Beispiel: Die verschleierte Kandidatin auf der Wahlliste des linksextremen Politikers Olivier Besancenot, das ist ein perfektes Beispiel für den Widerspruch. Aber es sind ja nicht nur die Muslime, die sich in einer schizophrenen Situation befinden, wenn es um das geht, was man traditionellerweise die Werte nennt. Die Rechtsextremen haben da mehr mit den Muslimen gemein als die Linke. Es gibt mehr fundamentale Widersprüche zwischen einem Muslim und einem atheistischen Laizisten als zwischen einem Muslim und einem Katholiken, das erscheint mir offensichtlich.

Die Welt: Hat das etwas mit Rassismus zu tun?

Houellebecq: Da gibt es effektiv keinen Zusammenhang. Objektiv nicht. Als ich vor einigen Jahren in dem Prozess freigesprochen wurde, den man mir wegen Rassismus angehängt hatte, hat die Staatsanwaltschaft legitimerweise angemerkt, dass die muslimische Religion keine "rassische" Zugehörigkeit sei. Das ist heute noch offensichtlicher. Deshalb hat man dann den Begriff des Rassismus erweitert, indem man das Delikt der Islamophobie erfunden hat.

Die Welt: Das Wort ist vielleicht schlecht gewählt, aber es existieren nun einmal Arten und Weisen, Gruppen oder Kategorien von Personen zu stigmatisieren, die Rassismus sind.

Houellebecq: Aber nein, die Islamophobie ist kein Rassismus. Wenn es eine Sache gibt, die offensichtlich ist, dann diese.

Die Welt: Die Islamophobie dient als Deckmantel für einen Rassismus, der nicht mehr ausgesprochen wird, weil er unter Strafandrohung steht.

Houellebecq: Ich glaube, das ist einfach falsch. Ich sehe das anders.

Angesichts der Tatsache, dass man kaum je jemandem wirklich hat ansehen können, ob er Jude ist, was ist dann Antisemitismus? Es ist kein Rassismus.

Die Welt: Ein weiterer fragwürdiger Gegensatz, den du konstruierst, ist der zwischen Antisemitismus und Rassismus. Man kann ganz gut zeigen, wie beide historisch miteinander verbunden waren.

Houellebecq: Ich glaube, dass Antisemitismus nichts mit Rassismus zu tun hat. Ich habe lange gebraucht, um den Antisemitismus zu verstehen. Es ist naheliegend, ihn mit dem Rassismus zu verbinden. Aber was für ein Rassismus soll das sein, wo niemand sagen kann, ob jemand Jude ist oder nicht, weil man das eben nicht sieht? Rassismus ist elementarer als so etwas, da geht es um eine andere Hautfarbe.

Die Welt: Aber da Rassen biologisch nun einmal nicht existieren, ist Rassismus immer kulturell.

Houellebecq: Du weißt doch genau, dass ein Rassist jemand ist, der einen anderen nicht leiden kann, weil der schwarze Haut hat, oder ein Arabergesicht. Das ist Rassismus.

Die Welt: Oder, weil er bestimmte Sitten und Gebräuche nicht ausstehen kann.

Houellebecq: Nein, tut mir leid, das ist ein anderes Problem.

Die Welt: Weil jemand polygam ist, etwa.

Houellebecq: Aber man kann doch von Polygamie schockiert sein, ohne auch nur im Mindesten Rassist zu sein. Kommen wir zurück auf den Antisemitismus. Angesichts der Tatsache, dass man kaum je jemandem wirklich hat ansehen können, ob er Jude ist, was ist dann Antisemitismus? Es ist kein Rassismus. Es reicht aus, die entsprechenden Texte zu lesen, um sich klar zu werden, dass das einfach eine Verschwörungstheorie ist: Da gibt es irgendwelche Leute im Verborgenen, die für alles Schlechte in der Welt verantwortlich sind und sich gegen alle verschwören. Der Welt geht es schlecht, also sind die Juden schuld, die jüdische Hochfinanz.

Die Welt: Aber ist in "Unterwerfung" nicht auch eine Verschwörungstheorie am Werk, wonach die Muslime die Macht übernehmen werden?

Houellebecq: Nein. Es gibt eine Destruktion der Philosophie, die aus der Aufklärung hervorging, die für niemanden mehr Sinn macht oder nur noch für sehr wenige. Dagegen hält sich der Katholizismus vergleichsweise gut. Ich bin optimistisch, dass eine Verständigung zwischen Katholizismus und Muslimen möglich ist. Das hat man schon gesehen, das könnte sich wiederholen.

Die Welt: Du, der du nun Agnostiker geworden bist, siehst diese Zerstörung der aufklärerischen Philosophie positiv?

Houellebecq: Ja. Das musste passieren, und in dem Maße geschieht das jetzt. Wir waren in jener Phase, die Auguste Comte die metaphysische nennt, die im Mittelalter begann und deren einziges Ziel es war, die vorherige Phase zu zerstören. Sie selbst kann nichts erschaffen, nur Nichts und Unglück. Deshalb ja, ich bin ein Gegner dieser Philosophie, die aus der Aufklärung hervorgegangen ist, das muss man klar sagen.

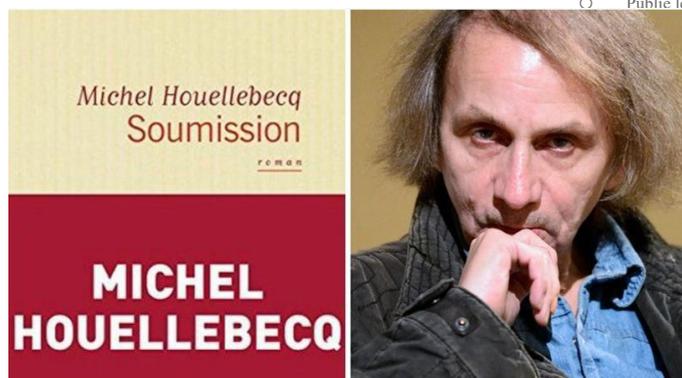
109,79

Michel Houellebecq réfute toute «provocation» dans son nouveau roman

Par [AFP agence](#), [Olivier Delcroix](#)

Mis à jour le 03/01/2015 à 17:24

Publié le 03/01/2015 à 17:11



L'écrivain s'exprime pour la première fois dans la revue littéraire *Paris Review* au sujet de son sixième roman *Soumission* paraissant le 7 janvier chez Flammarion. Il se défend de toute «satire» alors que son livre dresse le portrait d'une France dirigée par un parti musulman.

[Michel Houellebecq](#) est toujours là où on ne l'attend pas. Alors que son sixième roman *Soumission* paraît en librairie le 7 janvier prochain (mais est déjà consultable sur le Net), l'écrivain sort du bois grâce à une interview de Sylvain Bourmeau parue dans la revue littéraire en anglais *Paris Review*.

L'auteur y avoue «utiliser le fait de faire peur» dans son roman *Soumission*, mais se défend de toute «provocation» ou «satire» dans cette politique-fiction où le chef d'un parti musulman prend le pouvoir en France: c'est une «accélération de l'Histoire», déclare-t-il. «Je procède à une accélération de l'Histoire mais, non, je ne peux pas dire que c'est une provocation dans la mesure où je ne dis pas de choses que je pense foncièrement fausses, juste pour énerver. Je condense une évolution à mon avis vraisemblable», assure Houellebecq dans cette longue interview menée par le journaliste de [France Culture](#) [Sylvain Bourmeau](#), parue samedi en anglais dans la revue littéraire trimestrielle américaine.

Il s'agit du premier entretien accordé par l'auteur au sujet de *Soumission*, son sixième roman à paraître mercredi chez [Flammarion](#). À supposer que «les musulmans réussissent à s'entendre entre eux (...), cela prendrait certainement des dizaines d'années» pour qu'ils accèdent au pouvoir en France, concède l'auteur. Ayant longtemps vécu en Irlande, Houellebecq se dit frappé «des énormes changements» constatés en France et en Occident. «C'est l'une des raisons qui m'ont conduit à écrire» ce livre, explique-t-il encore.

«J'ai essayé de me mettre à la place d'un musulman»

Ce livre est-il une satire? «Non. Très partiellement, c'est une satire des journalistes politiques tout au plus, un petit peu des hommes politiques aussi à vrai dire. Les personnages principaux, non.» Mais, Houellebecq reconnaît jouer sur la peur. «J'utilise le fait de faire peur. En fait, on ne sait pas bien de quoi on a peur, si c'est des identitaires ou des musulmans. Tout reste dans l'ombre.»

«J'ai essayé de me mettre à la place d'un musulman, et je me suis rendu compte qu'ils étaient en réalité dans une situation totalement schizophrénique», poursuit Houellebecq. «Que peut bien faire un musulman qui veut voter? Il n'est pas représenté du tout. Il serait faux de dire que c'est une religion qui n'a pas de conséquences politiques (...). Donc, à mon avis un parti musulman est une idée qui s'impose», estime-t-il.

En 2001, lors de la sortie de son roman *Plateforme*, on se souvient qu'interrogé par le magazine *Lire*, Houellebecq avait dit: «La religion la plus con, c'est quand même l'islam. Quand on lit le Coran, on est effondré... effondré!» La polémique s'était alors enflammée. Dans *Le Figaro*, l'auteur avait réitéré ses propos: «La lecture du Coran est une chose dégoûtante. Dès que l'islam naît, il se signale par sa volonté de soumettre le monde. Sa nature, c'est de soumettre. C'est une religion belliqueuse, intolérante, qui rend les gens malheureux.»

Quatorze ans après, le mot soumission est donc devenu le titre du nouveau roman de Michel Houellebecq, qui comme à son habitude fait couler beaucoup d'encre avant même sa parution.

109,81

So erlebte ein US-Soldat Trümmerdeutschland 1945

Was bei Brad Pitt in "Herz aus Stahl" fehlt, erzählt Melvin Laskys Tagebuch: Er kam mit der US-Armee nach Deutschland. Er sah ausgebombte Städte – und entdeckt die Reste einer alten Kultur.

Von Michael Rutschky



Ein Land voller Ruinen: So sah Deutschland aus, als Melvin Lasky es 1945 als Soldat der US-Armee erlebte. Sein Tagebuch aus dem Nachlass ist im Rowohlt Verlag erschienen. Foto: © Lasky Center for Transatlantic Studies

Das Ende des Krieges 1945 bildet so etwas wie den Ursprungsmythos der Bundesrepublik. Man kann sich fragen, wann genau das Ende anfängt; Stalingrad war der Untergang der 6. Armee. Aber damit tritt der reine Schrecken in Erscheinung, und darin mag man nicht eintauchen – Stalin als besten Freund Deutschlands zu kanonisieren, misslang der DDR gründlich.

Nein, am D-Day, am 6. Juni 1944, begann das Ende des Krieges für Westdeutschland, mit der Invasion der Amerikaner in der Normandie. Man kann es sich immer wieder vom TV nacherzählen lassen, wie sie ins Reich der Finsternis eindringen, und seine Macht schwindet ins Nichts.

Das Bild der Trümmerfrauen



Allein in Berlin gab es nach dem Zweiten Weltkrieg rund 60.000 Trümmerfrauen. Hier ein Bild aus dem Jahr 1946 .

1/9

Foto: Bundesarchiv Bild 183-H30060 / CC-BY-SA

Melvin Lasky, 25 Jahre alt, aus New York gebürtig, ist ab Februar 1945 dabei, beginnend in Frankreich. Nicht als Kämpfer, sondern als Chronist, im Auftrag der Historischen Abteilung der US-Armee, also beobachtend und mitschreibend – er wird enttäuscht in seinem Tagebuch vermerken, wie stark

die offizielle Version seine Beiträge geglättet hat, wie das große Bild das Kriegsgeschehen im Einzelnen schön und verfälscht. Dem scheint schon die Form des Tagebuchs überlegen.

Ein sensationelles Tagebuch

Es enthält ausschließlich Nahaufnahmen, während der Chronist leibhaftig dem Geschehen folgt. Der junge Lasky hatte es für sich als eine Art Bildungsreise geplant, die seine intellektuellen Verwirrungen klären sollte, als Kahlschlag, Reinigung – ein ehrwürdiges Motiv für Kriegsteilnahme.

Das klappt natürlich nicht so richtig. Was der junge Mann erlebt, das läuft immer wieder auf Desillusionierung hinaus. Klar, die verlogenen Kommentare des Großdeutschen Rundfunks – der Chefkomentator Hans Fritzsche, der dann in Nürnberg von Kriegsverbrechen freigesprochen wird, tritt namentlich auf.

Goebbels' letzte Schwadronaden werden sukzessive von der Wahrheit der alliierten Siege über die deutsche Wehrmacht gelöscht, und das befriedigt. Die Nachricht von Hitlers Selbstmord (der den Krieg ja nicht unmittelbar beendet) fehlt an dem entsprechenden Tag. Er scheint kein einschneidendes Ereignis mehr. Und er lag ja auch nicht als Nahaufnahme vor – Lasky zitiert nicht einmal die berühmte Falschmeldung des Großdeutschen Rundfunks.

Was ihn unablässig beschäftigt, ja überwältigt, indem er im Rücken der kämpfenden Armeen in das Reich eindringt, das ist dessen ungeheuerliche Zerstörung. Frankfurt, Darmstadt, München, Berlin (dessen Ruinen eine eigene Großartigkeit abstrahlen) – nihilistische Monumente, sozusagen, die unseren jungen Helden, der doch seine Bildungsreise absolviert, um sich selbst zu finden, in tiefe Zweifel an der Weltgeschichte stürzen, an der er unmittelbar teilnimmt.

Gegen das Heer der Finsternis

Es kommt hinzu, dass die Soldaten, die das Heer der Finsternis niederkämpfen, sich keineswegs als Heer des Lichts präsentieren. Sie sind so oft betrunken. Sie fluchen und lästern auf das Widerwärtigste. Sie plündern und halten zynische Reden. Sie bleiben vollständig unberührt von den Kulturtrümmern, die sie durchqueren.

Ein vielsagendes Gegenbild zu den Schrecken der Vergewaltigungserzählungen, in denen der Siegeszug der Roten Armee im Osten überliefert ist, malt unser Held hinsichtlich der Liebschaften, die sich – trotz des anfänglichen Fraternalisierungsverbots – zwischen den *Frauleins* und den Glis entwickeln. Auch unser Held bedient sich dankbar und ohne Schuldgefühle, Jeanne und Lydia, Helma und Aina, Christy und all die anderen. Keineswegs folgen die deutschen Mädchen einfach der Not, schon gar nicht physischem Zwang.

Laskys Schilderungen erwecken Sigmund Freuds mythische Triebmächte zum Leben: Nachdem Thanatos, der Todestrieb, derart gewütet hat, muss sich Eros revanchieren. Eine besonders schöne Nahaufnahme liefert hier das Mädchen, das mit einem schwarzen GI liiert ist. Wieso? antwortet sie kühl der Militärpolizei. Gelten in den Staaten nicht alle Menschen als gleich? Sie ist 1945 die Botin einer fernen Zukunft.

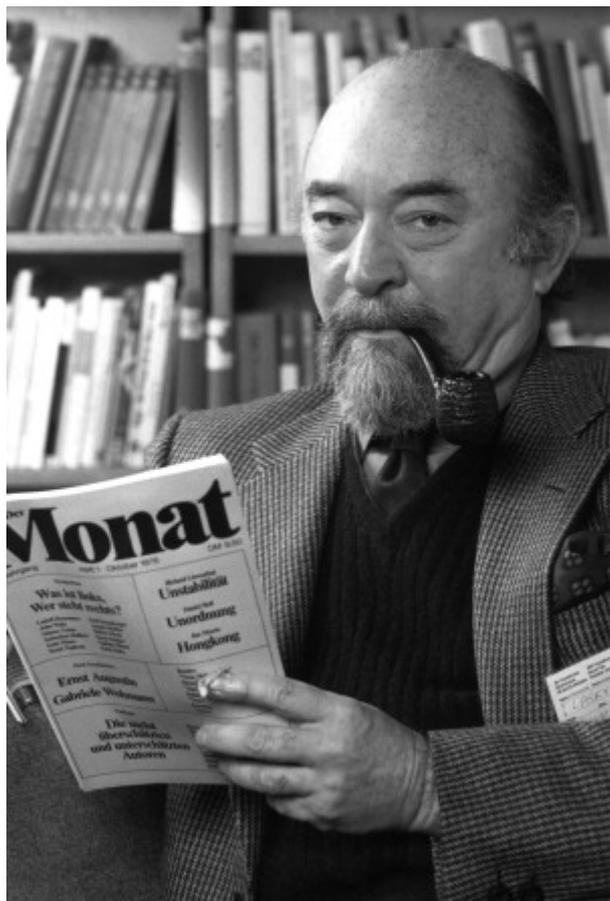


Foto: picture-alliance / dpalm Nachhinein war sein Kriegstagebuch die Vorübung einer publizistischen Karriere: Der Amerikaner Melvin Lasky gründete 1948 die Zeitschrift "Der Monat". Er lebte später in London und Berlin. Unser Bild zeigt ihn 1978.

Wie deutlich es um eine Bildungsreise geht, bezeugen die vielen Bücher. Unser Held errettet sie aus dem Schutt, zu dem die Häuser zerfallen sind. Er inspiziert die Auslagen der Buchhandlungen. In Darmstadt prüft er die Bestände einer Schulbücherei – wir schreiben Anfang April – und freut sich daran, dass sie nicht völlig durchnazifiziert sind. Klar, einerseits Alfred Rosenbergs "Mythus des 20. Jahrhunderts" und "Mein Kampf" und anderer einschlägiger Dreck. Dann aber die Anthologie "Der deutsche Genius" von 1923, Vorwort Thomas Mann, die ganz andere Traditionen aufruft. Ebenso eine Aufsatzsammlung von Wilhelm Dilthey, "Von deutscher Dichtung und Musik".

Im "Politischen Handwörterbuch" von 1923 fehlt Hitler durchaus, ebenso das Stichwort "Führer", und "Demokratie" liest sich verlässlich-vernünftig. Auch solche Bücher, spekuliert unser Held, müssen während des Dritten Reiches Schüler gelesen haben, eine Vorausdeutung auf ein neues Deutschland. Bücher sind Hoffnungsträger. Hierher gehört die Nahaufnahme, Heidelberg, 30. Juli, eigentlich ein Elendsbild: der jüdisch aussehende junge Mann, der Bücher in seine Mappe stopft und unter seinem Regenmantel augenscheinlich die KZ-Kleidung trägt – aber frisch gewaschen und gebügelt.

Meeting mit Karl Jaspers

In Heidelberg – wo die US-Armee ihr Hauptquartier nehmen wird – trifft unser Held den berühmten Philosophen Karl Jaspers, und sie orakeln über Deutschlands Zukunft. Lasky trifft Marianne Weber, die Witwe des Meisters; sie notierte ihrerseits den Besuch des vielversprechenden jungen Amerikaners. Wovon hier und in vielen anderen Interviews und Gesprächen immer wieder ausführlich und vorwurfsvoll die Rede ist: dass die Militärregierung rundherum versagt, alle denkbaren Fehler macht.

Was um so stärker enttäuscht und beunruhigt, als die deutsche Bevölkerung das Besatzungsregime augenscheinlich akzeptiert, wenn nicht begrüßt, keine Spur der befürchteten Widerstandshandlungen ("Werwolf"). Die existenzielle Enttäuschung, die unser Held angesichts der (erfolgreichen) Kriegshandlungen empfindet, erstreckt sich also auch auf die Nachkriegsgeschichte. Die große Wandlung bleibt aus.

An einer Stelle klagt unser Held, der Menschheit sei, wie sich jetzt zeige, das "innere Licht" verloren gegangen – ein mystisches Konzept, in dem ein Religionshistoriker wohl die Spur Meister Eckharts, der als exquisit deutscher Mystiker gilt, erkennen würde.

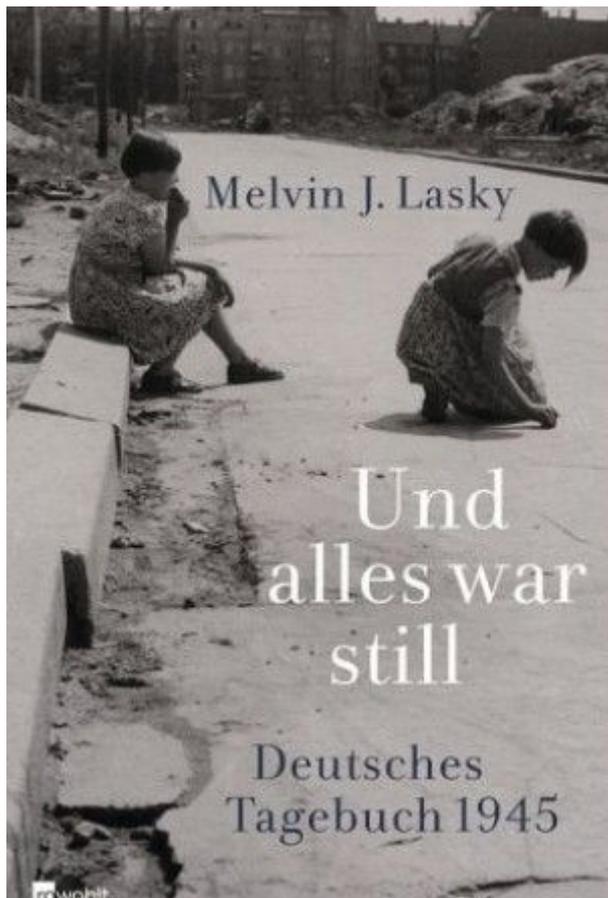


Foto: Rowohlt Berlin Melvin Lasky: Alles war still. Deutsches Tagebuch 1945. A. d. Engl. von Christa Krüger u. Henning Thies. Rowohlt Berlin. 410 Seiten, 24,95 Euro.

Nun, in dieser Hinsicht gingen unserem Helden prophetische Gaben ab. Trizonen gilt als mythisch gelungene Vorgeschichte Westdeutschlands, der Bundesrepublik. Der junge Lasky war zu nah dran, konnte die Anzeichen der Zukunft nicht erkennen – wenn sie sich überhaupt zeigten. Auch behinderten ihn seine Heilserwartungen in der Beobachtung, Hoffnungen, ohne die man freilich einen Krieg wie den gegen Hitler nicht wird gewinnen können.

Die Reisen nach Berlin und in die Sowjetzone überzeugen Melvin Lasky, der aus einem marxistisch-trotzkistischen Intellektuellenzirkel New Yorks kommt, dass den Funktionären und den Anhängern der sich bildenden SED in keiner Weise zu trauen ist, wenn sie Demokratie, Gewaltenteilung, Rechtsstaat versprechen. Hier wird, der junge Lasky erkennt es ohne Zögern, der Stalinismus implantiert. Und dem Kampf dagegen hat Melvin Lasky – der ironischerweise lange wie Lenin aussah – sein Leben gewidmet. Und letzten Endes von der Weltgeschichte Recht bekommen.

Wenn der Halbmond über Paris aufsteigt

Michel Houellebecq's neuer Roman „Soumission“ entwirft das gespenstische Szenario eines islamischen Gottesstaates in Frankreich. Die Provokation zielt ins Herz westlicher Ängste.

02.01.2015, von SANDRA KEGEL



© ULLSTEIN  Die Frauen tragen Schleier, und die koscheren Geschäfte machen zu: das Paris in Michel Houellebecq's Dystopie

Unterwerfung“, der neue Roman von Michel Houellebecq, ist schrecklich. Er entwirft das Bild eines islamistischen Gottesstaates in Frankreich in der nahen Zukunft. Nicht dass der Roman nicht lesenswert wäre. Im Gegenteil: Man kann ihn kaum aus der Hand legen. Man hofft, dass es auf eine Satire hinausläuft, und ahnt, dass die islamischen Verbände dagegen Sturm laufen werden. Man redet sich ein, dass die Kunst alles darf, doch die Unruhe, die den Leser erfasst, verlässt ihn nicht. Es ist ein Roman, der einen abstößt und zugleich fasziniert.



Autorin: Sandra Kegel, Jahrgang 1970, Redakteurin im Feuilleton.

Von den Islamfeinden, die dieser Tage nicht nur in Dresden vor der Unterwerfung des Abendlands durch Halbmond und Stern warnen, unterscheidet sich Houellebecq dabei in einem entscheidenden Punkt: Seine Kritik an der eigenen Kultur fällt mindestens so vernichtend aus wie die an der islamischen. Einerseits hat der um Provokationen nie verlegene Romancier schon vor Jahren behauptet, der Islam sei die „wirklich dümmste aller Religionen“ und der Fundamentalismus kein Ausrutscher, sondern eine plausible Interpretation des Korans. Andererseits behauptet der Achtundfünfzigjährige seit jeher, dass ein menschenwürdiges Leben im Westen unmöglich sei. Trotzdem wünscht man sich angesichts der Lektüre von „Soumission“, dass Pegida-Anhänger sich nicht für französische Romane interessieren. Sie könnten sich von diesem neuesten, schon vor Erscheinen heftig diskutierten Buch in ihren dumpfen Ressentiments fatal bestätigt fühlen.

Strategie der schlimmstmöglichen Wendung

Der Roman, der bereits als illegaler Download im Internet kursiert und dessen Titel auf die wörtliche Übersetzung von „Islam“ anspielt, erscheint am kommenden Mittwoch in Frankreich und eine Woche später in der Übersetzung von Norma Cassau und Bernd Wilczek bei Dumont in Deutschland. Der stupende Diagnostiker Houellebecq zielt darin so furcht- wie gnadenlos ins Herz westlicher Angst. Kein Autor hält der offenen Gesellschaft ihre eigenen Alpträume so schonungslos vor wie er. Hatte Houellebecq seine Leser in seinem letzten Roman „Karte und Gebiet“ mit einer neugewonnenen Leichtigkeit überrascht und Frankreich seinem *enfant terrible* wie zum Dank dafür den Prix Goncourt zuerkannt, so ist diese Schreckensphantasie aus dem Jahr 2022 eine ungeheuerliche Herausforderung. Houellebecq geht dorthin, wo es hässlich wird, und kein politisch korrekter Wille kann ihn aufhalten. Die Bestürzung muss jeder für sich aushalten. Houellebecq bietet keine Alternative, keinen Halt und auch keine Bewertung der Ereignisse, allenfalls grinsende Ironie über seine bösen Einfälle; zuverlässig verpasst er jeder Situation ihre schlimmstmögliche Wendung.

Aus der Ich-Perspektive des Sprachwissenschaftlers François erzählt dieser Roman vom Umbau der französischen Gesellschaft in den Maitagen 2022. Die geschieht so geräuschlos wie effizient, zunächst bemerkt es kaum einer. Zu groß ist die Erleichterung darüber, dass ein Bürgerkrieg beendet werden konnte, bei dem nicht nur die Place de Clichy in Flammen stand. Die bürgerlichen Parteien wie auch die Sozialisten haben, um

den zur Macht drängenden Front National zu verhindern, einen Pakt mit der Bruderschaft der Muslime geschlossen. Mohammed Ben Abbes ist der neue, fiktive Präsident im Elysee-Palast, sein Premier wird der (real existierende) Zentrumspolitiker Bayrou.

Als François seine Kündigung aus dem Briefkasten fischt, bemerkt auch er, was die Stunde geschlagen hat: Die neuen Statuten der Islamischen Universität Sorbonne verbieten eine Fortsetzung seiner Tätigkeit, schreibt ihm der neue Präsident Robert Rediger. Die Qualität seiner Arbeit sei natürlich über jeden Zweifel erhaben, und es stehe ihm frei, an einer laizistischen Universität zu unterrichten. Sollte er jedoch verzichten, würde man ihm eine monatliche Pension von 3472 Euro zahlen. Dem weltfremden, etwas versponnenen Junggesellen verschlägt es zunächst weniger wegen seiner Entlassung die Sprache als wegen der Zugeständnisse der neuen Machthaber, um Proteste schon im Vorhinein zu verhindern.

Grusel aus teuflischer Distanz

Dass die Saudis noch an die Macht der intellektuellen Elite Frankreichs glauben, findet der Professor geradezu rührend. Während die lesbische Direktorin der Sorbonne ihren Platz sofort räumen muss, als die goldene Mondsichel samt Stern über der Universität aufgeht, kann der Rimbaud-Forscher Steve seinen Lehrstuhl behalten. Rimbaud sei schließlich auch konvertiert, lautet die Begründung. François aber weiß, dass den verhassten Kollegen das dreifache Monatssalär mindestens so sehr gereizt haben wird wie die Aussicht, sich nach neuem Recht eine zweite Ehefrau nehmen zu können.

Genüsslich breitet Houellebecq aus, wie sich das Pariser Stadtbild nun Tag für Tag ändert. Erst sind es nur die Frauen, die statt Kleidern und Röcken nur noch Hosen tragen, dazu Schleier, dann verschwinden die koscheren Lebensmittel aus den Supermärkten, und schließlich sind auch die jüdischen Studenten nicht mehr zu sehen. Dass seine Geliebte Myriam fluchtartig mit ihren Eltern das Land in Richtung Israel verlässt, nimmt François ihr persönlich übel. Dass der Erzähler die gruselige Gegenwart aus einer lakonischen, seltsam lebensfernen Distanz beschreibt, verleiht dem Szenario seinen Horror. Traumatisiert durch libertäre Eltern, denen er die Schuld gibt für seine verkorkste Sexualität, erweist sich François als typischer Houellebecq-Held. Und während um ihn herum der Gottesstaat errichtet wird, vertieft er sich nur noch intensiver in die Werke des Schriftstellers, Ästheten und labilen Neurotikers Joris-Karl Huysmans, über den er promoviert wurde und seither – seine einzige Leidenschaft – forscht.

Eine Gesellschaft aus Typen wie François, daran lässt der Nihilist Houellebecq in dem fünfteiligen Panorama keinen Zweifel, hat ihren Feinden nichts entgegenzusetzen. Nach und nach nimmt er sich die verschiedenen Milieus vor und schickt sie in seine diabolische Versuchsanordnung. Da wird die politische Kaste, die das öffentliche Leben Frankreichs seit jeher ordnet, ebenso bloßgestellt wie die Medienwelt, die auf die Entwicklungen fassungslos und apathisch reagiert. Und mittendrin François, der Misanthrop, der politisiert ist wie ein Handtuch und trotz seines erlesenen Literaturgeschmacks und seiner Vorliebe für Einrichtungsgegenstände in Wahrheit davon träumt, ein Macho zu sein – und es für keine gute Idee hält, dass Frauen wählen dürfen. Doch auch die Flucht in das Kloster, in dem schon der Zola-Gefährte und „christliche Naturalist“ Huysmans sein Erweckungserlebnis hatte, bringt ihn nicht weiter.



© REUTERS  Zwischen Prophetie und Pose: Michel Houellebecq

Im wirtschaftlich kollabierenden Frankreich des Romans hat sich die Bruderschaft der Muslime vor allem deshalb als Erfolgsmodell etabliert, weil ihre Jugendverbände, Kultureinrichtungen und karitativen Institutionen der Partei immer mehr Wähler zuträgt. Dabei ist der Islamführer an der Spitze des Staates alles andere als ein ordinärer Taliban. Der Absolvent französischer Eliteuniversitäten und geschickteste Politiker seit Mitterrand, wie es im Roman heißt, hält Terroristen für Dilettanten. Er will nichts Geringeres, als den alten Raum des Römischen Reiches wiederzubeleben.

Die Europäische Union ist ihm für diesen lange gehegten Traum Mittel zum Zweck, in dem er mit Hilfe der Mittelmeerländer das Gravitationszentrum Europas immer mehr nach Süden verlegt. Dazu werden nach der Türkei auch die frankophonen Länder Marokko, Tunesien und Algerien in die EU aufgenommen. Der logische Endpunkt der ganzen Anstrengung ist die Errichtung eines neuen Großeuropa – mit Mohammed Ben Abbes als alleinigem Herrscher.

Mehr zum Thema

- Houellebecqs neuer Roman: Muslim im Elysée
- Die Blumen des Zerfalls: neue Gedichte von Michel Houellebecq
- Houellebecq im Fernsehen: Der Körper als Angriff

Der Umbau der Gesellschaft ergreift schließlich alle Bereiche des Lebens. Als Anhänger des Distributismus, der sich für Staatskapitalismus und Familienunternehmen stark macht, schließt Abbes einen Industriestandort nach dem anderen, während die Landwirtschaft und das Handwerk

zu alter Größe aufsteigen. Und selbst die Liebesheirat wird verabschiedet, die Rückkehr zur Vernunftthe propagiert. Das dient dem angesagten Wirtschaftsmodell ebenso wie die neue Häuslichkeit der Frauen: Nicht zuletzt dadurch bekommt Abbes die Arbeitslosigkeit in den Griff.

Um was es hier gehe, fragt der mit sich ringende François den belgischen Konvertiten und Nietzsche-Kenner Robert Rediger, als er ihn in dessen vornehmen Stadtpalais im 5. Arrondissement besucht. Der Autor des Bestsellers „Zehn Fragen zum Islam“ hat sich jüngst mit einer Fünfzehnjährigen vermählt und lebt in dem Haus, in dem „Die Geschichte der O“ geschrieben wurde, der sadomasochistische Roman, der von einer weiblichen Unterwerfung handelt. Rediger meint erkannt zu haben, dass der Gipfel des menschlichen Glücks in der absoluten Unterwerfung liege. In den Räumen mit den seidenen Tapeten hat einst Jean Paulhan gewohnt, die graue Eminenz der französischen Nachkriegsliteratur. Ausgerechnet in dem Strippenzieher und verführerischen Rechtsintellektuellen Rediger, der den Identitären nahesteht, bündelt Houellebecq, als Gipfel der politischen Perfidie, die einst verfeindeten Lager der extremen Rechten und der religiösen Fundamentalisten zu neuer Größe.

Dämonie für kühle Leser

Dieser Macht wird sich keiner widersetzen können. Und es ist nur eine Frage der Zeit, bis auch in Redigers belgischer Heimatstadt, Europas Hauptstadt Brüssel, das muslimische Banner weht. Die Erklärung ist einfach: Während die Flamen und die Wallonen es nie geschafft haben, sich zu verständigen, konnten sich flämische und wallonische Muslime mühelos auf ein Regierungsbündnis einigen. Im Thalys, dem Zug, der von Brüssel nach Paris fährt, hat man jetzt die Wahl zwischen einem traditionellen und einem Halal-Menü.

Genau hier aber wird man das Buch befragen müssen, und zwar hinsichtlich der Realität, die außerhalb von Houellebecqs Vision liegt. Wie wahrscheinlich ist das Bild vom Gottesstaat unter dem Halbmond in Zeiten, in denen die Zerrissenheit der islamischen Welt so offen zutage tritt wie selten zuvor, in der sich wie derzeit in Syrien und im Irak Muslime gegenseitig mit einem grausamen Krieg überziehen? Wie bereitwillig ziehen wir uns den vom Autor hingehaltenen Stiefel an und sehen uns als Polygamisten, die sich nach Unterwerfung sehnen?

Oder ist auch das Kalkül? Michel Houellebecq zeigt, wie alle Fronten durcheinandergeraten könnten. Dass man seine gespenstische Zukunftsvision nicht einfach nur als absurd abtun kann, macht ihre beunruhigende Qualität aus. Lesen sollte man sie mit kühlem Kopf.

Krippen des Widerstands

Ein Bestseller trägt den Titel „Der französische Selbstmord“, seinen Autor hatte man im Verdacht, die Deportation der Muslime gefordert zu haben, und um Weihnachtskrippen wird auch gestritten: In Frankreich tobt ein rhetorischer Religionskrieg.

22.12.2014, von JÖRG ALTWEGG



Muslims im Pariser Alltag: Aber an ihm orientieren sich die Scharfmacher gerade nicht

Werden die Muslime demnächst aus Frankreich deportiert, wie es der Essayist Eric Zemmour angeblich fordern haben soll? Sie wissen selbst nicht so recht, ob sie sich ärgern oder freuen sollen. Denn in der unsäglichen Konkurrenz der Opfer, die das Verhältnis der Minderheiten in Frankreich untereinander und gegenüber dem Staat prägt, steht die Deportation für eine Anerkennung, wie sie sich die fanatischsten Fundamentalisten nicht schöner vorstellen konnten. Seit dem 11. September 2001 ist Frankreich ein Nebenschauplatz des Nahostkonflikts und von tödlichen Attentaten auf seine jüdischen Mitbürger nicht verschont geblieben. Im Ausland sind die Dschihadisten im Krieg gegen Frankreich bei der Auswahl ihrer Opfer weniger wählerisch: auch Katholiken dürfen es sein.



Autor: Jörg Altwegg, Jahrgang 1951, Kulturkorrespondent mit Sitz in Genf.

Am Wochenende ist es zu einer weiteren Eskalation gekommen: „Allah Akbar“ schrie ein junger Mann, der den Polizeiposten in einem Vorort von Tour stürmte und einen Beamten mit dem Messer am Kopf verletzte; er wurde erschossen. Am Sonntagabend lenkte ein Mann in Dijon mit dem gleichen Schlachtruf seinen Wagen in eine Gruppe von Passanten und verletzte elf Fußgänger, zwei davon schwer. Beide Attentäter erwecken den Eindruck von Verrückten, aber Frankreich empfindet sie als Vorhut des Dschihad zu Hause. Für Weihnachten wird der Polizeischutz verstärkt, an Neujahr werden hoffentlich nur die Autos brennen.

Ein Bestseller

Die Forderung nach der Deportation der Muslime, an der sich die Empörung entzündete, kam aus Italien. Der Französisch Eric Zemmour soll sie im Gespräch mit dem „Corriere delle Sera“ formuliert haben. Sein Buch „Der französische Selbstmord“ führt seit Wochen die Bestsellerlisten an. „In Frankreich leben Millionen von Menschen, die nicht wie Franzosen leben wollen“, sagte er wörtlich: „Die Muslime haben ihr eigenes Gesetz: den Koran. Sie leben unter sich, an den Rändern. Die Franzosen wurden zum Wegzug gezwungen.“ Der italienische Journalist fasste Zemmours – allgemein bekannte – Vorstellungen von ihrer Ausweisung mit dem Begriff „deportare“ zusammen. Zemmour hat ihn nicht verwendet. Erst als jemand das Interview dem linken Politiker Jean-Luc Mélenchon zuspilte, der sich gerade mit seinem Redeverbot für Angela Merkel („Maul zu!“) profiliert hatte, ging der Skandal richtig los – schließlich plädiert Zemmour auch für die Rehabilitierung von Pétain und Vichy.



© AFP  Eric Zemmour, Journalist und Autor des Buches „Der französische Selbstmord“

Der Journalist, der regelmäßig im französischen Bertelsmann-Sender RTL zu hören ist, wurde von „i-télé“ als Kolumnist entlassen – nun kann er sich auch noch als Märtyrer der Meinungsfreiheit profilieren. Diskussionen, Debatten sind unmöglich geworden, stellt Pascal Bruckner im „Figaro“ fest. Es gehe nur noch um Provokationen und Entgleisungen, die umgehend vor das Tribunal der politischen Korrektheit kommen. Bruckner kritisiert die Gleichstellung von Islamophobie und Antisemitismus durch die Linke. Deren Anhänger weigern sich, französische Dschihadisten zu verurteilen, solange man toleriere, dass Franzosen in der israelischen Armee dienen.

Laizisten auf dem Kriegspfad

Der Vernichtungskrieg des „Islamischen Staats“ gegen die Christen im Orient ist eine Ausweitung der Kampfzone, die Frankreich überfordert. Während Katholiken wegen ihres Glaubens ermordet werden, dürfen in französischen Rathäusern und Schulen zu Weihnachten keine Krippen aufgestellt werden. Die laizistische Verfassung verbietet es. Diese Intoleranz im Umgang mit allen Religionen, die sich ihrerseits zumindest im Kampf gegen diese Intoleranz auch einig sind, wirkt anachronistisch.

Aber auch die Freidenker wachen und klagen. Nur die rechtsextremen Bürgermeister halten an ihren Krippen fest und leisten Widerstand, in Béziers Robert Ménard, der langjährige Präsident von „Reporter ohne Grenzen“. Vom Kulturkampf um die Krippen profitiert wiederum ausschließlich der Front National, der sich zum Laizismus bekennt, aber als einziger Verteidiger der christlichen Tradition erscheint.

Zemmours Pamphlet hat eine Auflage von 400 000 Exemplaren erreicht. Mehr gab es nur für Valérie Trierweilers Rache an François Hollande. Die beiden Bestseller des Jahres haben die Belletristik verdrängt. Von dem Roman, der den Prix Goncourt gewann, wurden nur 120 000 Exemplare verkauft – erwartet worden waren gut eine halbe Million. Doch die Revanche der Literatur steht unmittelbar bevor. Michel Houellebecq bringt die Stimmung im Lande **in seinem neuen Roman** auf den Punkt: Darin wird nicht Marine Le Pen, sondern ein Muslim zum Nachfolger von Hollande gewählt. Houellebecqs für Januar angekündigte „Unterwerfung“ wird Zemmours „Französischen Selbstmord“ übertreffen. Auch an Menschlichkeit und politischem Sachverstand: Nur noch ein Muslim im Elysée kann die Millionen von französischen Muslimen offensichtlich vor der Deportation retten.

109,89

Pegida ist keine Krankheit, Pegida ist das Symptom

Die Schriftstellerin Monika Maron ist vor Weihnachten nach Dresden gefahren, um sich ein Bild von den Demonstrationen zu machen. Sie kann die Aufregung nicht verstehen und fordert Meinungsfreiheit.

Von Monika Maron



Unter dem Motto "Weihnachten mit Pegida" kamen in Dresden mehr als 15.000 Menschen zur zehnten Kundgebung zusammen. Rund 4000 Gegendemonstranten versammelten sich auf dem benachbarten Schlossplatz. Quelle: Reuters

Am Montag vor Weihnachten sind mein Freund und Kollege Peter Schneider und ich nach Dresden gefahren. Wir wollten selbst sehen, was es mit dem Phänomen Pegida, das Politik und Medien in diese schäumende Aufregung versetzt, auf sich hat. Es fällt mir schwer, zu diesem Thema den richtigen Ton, die richtigen Worte zu finden, weil die Diskussion so vergiftet ist, daß mir bei jedem Satz die Wut des jeweiligen Adressaten sofort im Ohr klingt. Und wie sollte da ein Dialog zwischen Pegida und der Politik aussehen? Die Pegida-Demonstranten haben ihren Protest in die Welt geschrien, die Antworten konnten sie in den Zeitungen lesen. Was wäre da noch zu sagen?

Aber woher kommt diese Wut? Nimmt man die Pegida-Anhänger beim Wort, dann halten sie es für unsere und ihre Pflicht, Kriegsflüchtlinge und politisch Verfolgte aufzunehmen, abgelehnte Asylbewerber aber abzuschieben, und sie fordern eine gesetzlich geregelte Einwanderung. Etwas anderes habe ich in den Reden auch nicht gehört, als ich am Montag in Dresden war.

Ob sie das wirklich so meinen, kann und will ich nicht beurteilen. Aus diesen Forderungen ließe sich aber weder Rassismus, noch Fremdenfeindlichkeit, schon gar nicht eine nazistische Gesinnung attestieren. Wenn ich das nur für Camouflage halte und ihnen diese Ansichten trotzdem unterstelle, habe ich jede Möglichkeit eines Dialogs ausgeschlossen. Das aber ist von Anfang an passiert.

Alles Rassisten?

Ich habe den Eindruck, dass gerade die sich überbietende Feindseligkeit, die unverhohlene Verachtung auf Pegida wirkt wie ein Wachstumshormon. Die Feindschaft der anderen gibt ihnen ein vermisstes Gemeinschaftsgefühl. Wer so viel Feindschaft auf sich zieht, muss groß und wichtig sein. Und die Umfragen, u. a. im Auftrag der "Zeit" erhoben, scheinen ihnen recht zu geben. Danach unterstützten 30 Prozent Pegida "voll und ganz", 19 Prozent eher ja, 26 Prozent teilweise und nur 23 Prozent gar nicht.

Sind drei Viertel aller Deutschen Rassisten und fremdenfeindlich, weil sie fürchten, der Islam gewinne zu viel Einfluss in Deutschland und unterhöhle langsam die säkularen Grundlagen unseres alltäglichen Lebens? Fremdenfeinde, Rassisten, Islamfeinde (im Wechsel mit Islamhasser), diese Worte gehören in der Diskussion über Pegida offenbar zusammen.

Islamkritiker oder -gegner kommen nicht mehr vor, nur Hasser und Feinde. Was aber wäre ein Islamfreund? Welchen Grund hätte ich, eine Islamfreundin zu sein? Ich kann die Freundin von Muslimen sein, aber nicht Freundin dieser unaufgeklärten Religion mit politischem Anspruch, deren Hasspotenzial offenbar so groß ist, dass es gerade die ganze Welt erschüttert.

Vom Burkini bis zur Riesenmoschee

An der augenblicklichen Misere haben alle Parteien Anteil. Die einen haben bestritten, dass Deutschland ein Einwanderungsland ist, als es längst eins war, weshalb wir bis heute kein Einwanderungsgesetz haben. Die anderen haben "Zwangsgermanisierung" geschrien, als Lehrer, Eltern und Schüler einer Berliner Schule beschlossen, dass auf dem Schulhof nur noch deutsch gesprochen wird.

Alle Parteien gemeinsam haben die doppelte Staatsbürgerschaft bis ins xte Glied beschlossen, was angeblich die Integration befördern soll, vermutlich aber nur ein Akt der Wählerrekrutierung ist.

Von Burkinis, Klassenfahrten, Riesenmoscheen, Gebetsräumen in Schulen, neuerdings auch von "Wintermärkten" und dem irren Vorschlag, islamische Lieder (?) in christlichen Kirchen zu singen, oder von der absurden Milde deutscher Gerichte gegenüber den kulturellen Eigenheiten der muslimischen Migranten, die erst für Aufregung sorgte, als eine Frankfurter Richterin einem muslimischen Mann das Recht zusprach, seine muslimische Frau zu verprügeln, will ich gar nicht erst sprechen.

”

Islamisierung beginnt nicht erst, wenn der Islam in Deutschland Staatsreligion geworden ist

“

- Islamisierung beginnt nicht erst, wenn der Islam in Deutschland Staatsreligion geworden ist, sondern wenn er unsere rechtsstaatlichen und zivilisatorischen Grundsätze mit seinen religiösen Ansprüchen unterläuft. Man muß kein Anhänger von Pegida sein, um zu fordern, dass Regierung und Gesellschaft die schwer erkämpfte Säkularität verteidigen und einer Religion, der die Aufklärung noch bevorsteht, klare Grenzen zu ziehen.

Die stärksten Verbündeten wären dabei die säkularen Muslime, Menschen wie Seyran Ates, Necla Kelek, Hamed Abdel Samad, Güner Balci, die so wenig wie Christen und Atheisten wünschen, dass der Islam in Deutschland mehr Rechte und Raum beansprucht, als einer Religion in einem weitgehend säkularen Land zusteht.

Statt dessen hat die Regierung es vorgezogen, dem Druck der Islamverbände nachzugeben und die säkularen Kräfte von der Islamkonferenz auszuschließen. Warum sprechen wir überhaupt von viereinhalb Millionen Muslimen in Deutschland und akzeptieren damit den Anspruch des Islam, dass jeder, der als Muslim geboren wurde, ein Leben lang Muslim bleiben muss?

Der säkulare Staat sollte im Mittelpunkt stehen

Wissen wir, wie viele von den in Deutschland lebenden Türken, Persern und Arabern gläubige Muslime sind und wer von ihnen die Rechte, die islamische Verbände einfordern, überhaupt haben will? Die Grenze verläuft nicht zwischen Muslimen und Nichtmuslimen, sondern zwischen den Verteidigern des säkularen Staates und denen, die ihn unterlaufen wollen oder aus politischem Kalkül aufs Spiel setzen.

Es ist doch möglich, dass vielen der Dresdener Demonstranten auch solche Gedanken durch den Kopf gehen, wenn sie Herrn Mazyek wieder einmal in einer Talkshow begegnen, wo er in sultanesker Pose behauptet, der Salafismus hätte mit dem Islam nichts zu tun oder es brauche einfach noch mehr staatliche Förderung, um einen Teil der in Deutschland geborenen türkisch- und arabischstämmigen jungen Männer zum Schulbesuch zu animieren.

Der Vorwurf, die Dresdener hätten in Ermangelung von Muslimen in Sachsen überhaupt keinen Grund, sich vor der Islamisierung zu fürchten, ist in einer Zeit, da das politische Bewusstsein sich wenigstens zur Hälfte an den Medien, vor allem am Fernsehen bildet, ohnehin wohlfeil. Schließlich kannten die 12.000 Münchener Gegendemonstranten Pegida auch nur aus dem Fernsehen oder den Zeitungen.

Pegida und das Weihnachtsfest

An diesem Montag vor Weihnachten stand auf dem Pegida-Programm das gemeinsame Singen von Weihnachtsliedern. Obwohl Zettel mit den Texten herumgereicht wurden, fiel der Versuch eher kläglich aus. Aber wenn danach Herr Alboga von der DİTİB, die christlichen Kirchen und SPD-Funktionäre den Demonstranten Missbrauch christlicher Lieder vorwerfen, kann ich darin nur eine unbegreifliche Anmaßung sehen.

Weihnachtslieder sind nun einmal von Natur aus christlich konnotiert, aber sie gehören zu jeder deutschen Kindheit, ob christlich oder nicht. Selbst in der atheistischen DDR wurden Weihnachtslieder gesungen.

So unvollkommen der Gesang an diesem Abend war, klang er aus manchen Gruppen, die auf dem Theaterplatz versammelt waren, ganz inbrünstig. Hätten die Gegendemonstranten auf dem Postplatz sich nicht darauf beschränkt, die Pegida durch Pfeifkonzerte zu stören, sondern hätten sie textsicher und stimmkräftig bewiesen, dass sie die wirklichen Bewahrer der Kultur und christlicher Werte sind, dann hätte es ein Triumph für sie sein können.

Tradition und christliches Erbe

Aber vielleicht liegt ihnen so viel Traditionalismus und christliches Erbe ja fern. Überhaupt fällt mir auf, dass über Tradition und Heimat in der meinungsbestimmenden Öffentlichkeit vor allem dann warmherzig und verständnisvoll gesprochen wird, wenn es um fremde Traditionen und anderer Menschen Heimatländer geht, während die gleichen Begriffe, auf Deutschland bezogen, entweder ironisch benutzt werden oder dem Verdacht überholter nationaler Denkungsart oder Schlimmerem ausgesetzt sind. Warum eigentlich?



Neujahrsansprache

Bundeskanzlerin warnt Bürger vor Pegida

Indem ich dieses "Warum eigentlich" schreibe, weiß ich, was die Antwort sein wird. Die deutsche Geschichte. Ja. Und trotzdem ist Deutschland Heimat, und trotzdem dürfen den Deutschen Traditionen etwas bedeuten.

Seit alle Parteien sich um den Platz in der Mitte streiten und die CDU den konservativen Teil der Bevölkerung sich selbst überlassen und die liberale Partei sich selbst zugrunde gerichtet hat, seit das Wort Normalität nur noch in Anführungszeichen benutzt werden kann, aber jede Minderheit nicht nur Akzeptanz, sondern Deutungshoheit beansprucht, seitdem war es nur eine Frage der Zeit, wann sich am verwaisten konservativen Flügel der Gesellschaft eine politische Kraft ansiedeln würde.

Die Attacken treiben Pegida Anhänger zu

Aber statt das explosive Erscheinen der AfD als Folge der eigenen Politik zu erkennen, behandeln alle Parteien den neuen Konkurrenten wie einen Aussätzigen, mit dem man besser nicht an einem Tisch sitzt, und wenn sich das nicht vermeiden lässt, in einer Talkshow zum Beispiel, fällt man wenigstens gemeinsam über ihn her, als wäre er nicht der Vertreter der eigenen abtrünnigen Wählerschaft.

Auch solche Szenen sind es, die der Pegida die Anhänger zutreiben. Bei Plasberg und Co. wird ihnen vorgeführt, mit welcher inneren Kraft und Nervenstärke die Meinungsfreiheit bezahlt werden muss, wenn man sie in Anspruch nimmt.

Und wer sich weder die Kraft und Nervenstärke, noch die rhetorischen Fähigkeiten zutraut, glaubt nicht mehr an die Meinungsfreiheit. Aber montags auf dem Theaterplatz, als einer von zehn- oder fünfzehn- oder siebzehntausend, wenn er nicht einmal selbst sprechen muss, sondern nur diese Sprüche rufen: Wir sind das Volk! und Lügenpresse, Lügenpresse! und selbst wenn eine so windige Gestalt wie Lutz Bachmann für ihn spricht, kann er endlich seinen Unmut lauthals kundtun.

”

Wir preisen die offene Gesellschaft und verweigern die offene Diskussion

“

-
-

An diesem Montag vor Weihnachten, als ich in Dresden war, fiel mir auf, dass im Gegensatz zu den Fernsehbildern und Zeitungsberichten über frühere Pegida-Demonstrationen sehr viele junge Männer den Platz bevölkerten. Vielleicht lag es ja daran, dass die Mütter und Großmütter mit den Weihnachtsvorbereitungen beschäftigt waren.

Vielleicht aber führt die reflexhafte Unterstellung, es handele sich bei Pegida nur um eine Ansammlung von Rassisten und fremdenfeindlichen Subjekten, Nazis eben, die es unter den Demonstranten zwar auch gibt, aber nicht in der Mehrzahl, vielleicht führen gerade diese Abwehrkanonaden dazu, dass die Menschen, die keine Rassisten sind, schon gar keine Nazis, sich solchem Verdacht nicht länger aussetzen wollen und statt ihrer dann andere, wirkliche Rassisten und Fremdenfeinde auf dem Platz demonstrieren.

Bei der Heimfahrt, auf der Ausfallstraße in Richtung Berlin fielen uns die vielen Autos mit Berliner und Brandenburger Kennzeichen auf, und an der Tankstelle sahen wir sie dann, die Nazis mit Glatzen und Thor-Steinar-Jacken. Die waren also auch da. Denen und ihren weniger auffälligen Geistesbrüdern keinen Platz und keine Stimme zu geben, ist die einzige richtige Antwort.

Mit allen anderen aber müssen wir reden. Wir müssen wieder lernen, andere Meinungen zu ertragen, ohne in ihren Vertretern nur Feinde und Abschaum zu sehen. Wir preisen die offene Gesellschaft und verweigern die offene Diskussion. Pegida ist nicht die Krankheit, Pegida ist nur ein Symptom.



Foto: picture alliance / ZB Monika Maron ist Schriftstellerin. 2013 erschien ihr jüngster Roman "Zwischenspiel" bei S. Fischer.

109,93

4. Januar 2015, 13:44

Zuwanderung nach Deutschland

Ein Sturm braut sich zusammen



[Bild vergrößern](#)

Das Boot ist voll? Von wegen. Deutschland braucht Zuwanderer.

Der Streit: Ökonomen sind uneins darüber, ob Migranten Geld kosten oder bringen.

Das Problem: Deutschland braucht aus Gründen der Demografie Einwanderer.

Die Gefahr: Das Schlimmste wäre, wenn das Land sich abschotten würde.

Von Marc Beise

Angela Merkel ist für ihre Vorsicht bekannt. In Streitfragen sich lange nicht festlegen, klare Positionierungen vermeiden, das ist eines ihrer Erfolgsrezepte. Umso bemerkenswerter war in dieser Woche ihre traditionelle Neujahrsansprache. Sehr deutlich hat sie sich für Flüchtlinge und Migranten und gegen die Demonstranten der "Pegida" positioniert. Die CSU-Landesgruppe im Bundestag dagegen will bei ihrer Klausurtagung in Wildbad Kreuth ein Grundsatzpapier mit "klaren Botschaften" zur Asylpolitik beschließen. Das ist von den politischen Beobachtern als Kursstreit in der Union erkannt worden. Das mag sein, und ist doch viel mehr.

Es braut sich etwas zusammen im Land, und das politische Wetterleuchten dieser Woche weist darauf deutlich hin.

Merkel und die CSU, das ist das eine. Ein zweites ist die erkennbar große Hilfsbereitschaft von Bürgern, aber auch von Politikern und Verwaltungen gegenüber dem anschwellenden Flüchtlingsstrom der vergangenen Wochen - und im Gegensatz dazu die "Wir sind das Volk"-Demonstrationen der "Patriotischen Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes". Und drittens gibt es widersprüchliche Wortmeldungen von Ökonomen über die wirtschaftliche Bilanz der Zuwanderung.

Alles das ist Stoff genug für kluge und gerne auch leidenschaftliche Debatten um Zuwanderung, um Asyl- und Flüchtlingspolitik. Es kann aber auch der Stoff werden, aus dem die Albträume sind.

Merkels Silvesterbotschaft ("Deshalb sage ich allen, die auf solche Demonstrationen gehen: Folgen Sie denen nicht, die dazu aufrufen! Denn zu oft sind Vorurteile, ist Kälte, ja, sogar Hass in deren Herzen.") setzte der Münchner Wirtschaftswissenschaftler Hans-Werner Sinn eine eigene entgegen. In Deutschland müsse "endlich eine ideologiefreie und nicht vom Streben nach politischer Korrektheit getriebene Debatte über die Migrationspolitik beginnen", forderte der Präsident des Ifo-Instituts in einem Gastbeitrag für die Frankfurter Allgemeine Zeitung.

Gleiche Grunddaten, unterschiedliche Ergebnisse

Sinn leitet nicht nur eines der wichtigen Forschungsinstitute des Landes, sondern ist auch der wohl wirkmächtigste Ökonom Deutschlands. Er nimmt über seine Sachbücher, die regelmäßig Bestseller werden, enormen Einfluss auf die öffentliche Meinung. Wenn er die Migration so vehement zu seinem Thema machen sollte, wie er das zuletzt mit dem Euro gemacht hat, dann wird sich die Politik dem stellen müssen.

Sinn sorgt sich um die Errungenschaften des Sozialstaates. Aktuell, so hat sein Ifo-Institut ausgerechnet, belastet jeder Migrant den Staat im Schnitt mit 1800 Euro im Jahr. Das hatte nur wenige Tage zuvor noch anders geklungen. Da hatte die Bertelsmann-Stiftung mit Hinweis auf das ZEW in Mannheim einen positiven Finanzierungssaldo von 3300 Euro je Ausländer verkündet. Auch das ZEW in Mannheim ist ein sehr anerkanntes Institut und hat mit Clemens Fuest den neuen Star am Ökonomen-Beraterhimmel an der Spitze.

1800 minus oder 3300 Euro plus - was stimmt denn nun? Beide Untersuchungen greifen in etwa auf die gleichen Daten zu, verantwortlich für die Diskrepanz sind unterschiedliche Abgrenzungen. Das ZEW, konkret dessen Arbeitsmarktforscher Holger Bonin, stellt die Steuern und Sozialversicherungsbeiträge, die Ausländer in Deutschland zahlen, gegen die von ihnen in Anspruch genommenen Leistungen. Dazu zählt er Leistungen der Sozialversicherung, Kindergeld, Hartz-IV-Bezüge, Elterngeld und Ausgaben für Bildung.

Sinn dagegen will auch die staatlichen Ausgaben für Verwaltung, Infrastruktur, Polizei und Justiz auf alle in Deutschland lebenden Menschen verteilen, damit kommt er auf minus 1800 Euro. Wenn er die Verteidigung nicht mitrechnet, die von der Bevölkerungszahl weitgehend unabhängig ist, beträgt das Minus immer noch 1450 Euro.

Über die Aussagekraft solcher Vollkostenrechnungen kann man trefflich streiten. Schließlich finanziert der Staat Bundeswehr, Verwaltung, Justizwesen oder Infrastruktur sowieso für die heimische Bevölkerung. "Die Kosten sind somit weitestgehend unabhängig davon, wie stark die Zuwanderung nach Deutschland ist", sagt beispielsweise Thomas Straubhaar, der frühere Chef des HWWI in Hamburg.

Damit gibt er den wichtigen Hinweis, dass man die Aussagekraft dieser Zahlen nicht überbewerten darf. Genau das aber geschieht. Sinn wird jetzt gern mit seinen 1800 Euro Kosten pro Ausländer zitiert, obwohl er selbst sich auf 1450 Euro heruntergerechnet hatte. Umgekehrt wird die ZEW-Zahl teilweise bereits ohne Quelle und Erklärung als feststehende Tatsache verbreitet, so kürzlich in der taz: "Pro Kopf und Jahr zahlen hiesige Ausländer 3300 Euro mehr an Steuern und Sozialbeiträgen, als sie selbst vom Staat bekommen", basta.

Flüchtlinge kosten nicht nur

So geht das eben häufig, wenn Ökonomen sich zu konkreten Berechnungen hinreißen lassen - die immer relativ sind und je nach dem ausgewerteten Datenmaterial so oder so ausfallen können. Was aber unbestreitbar ist und doch gerne vergessen wird: dass Flüchtlinge nicht nur kosten, sondern dem Gastland auch etwas bringen. Das gilt auch für den Arbeitsmarkt und das Rentensystem.

Es ist offensichtlich, dass Deutschland mit seiner ungünstigen demografischen Entwicklung - jedes Jahr sinkt die Bevölkerung um einige hunderttausend Menschen - über jede zusätzliche Arbeitskraft heilfroh sein kann. Der Mittelstand sucht dringend Mitarbeiter, so händeringend, dass Unternehmer im Ausland selbst auf Suche gehen und die Neuen in Deutschland nachqualifizieren. Probleme haben nicht nur die Betriebe, mit den

entsprechenden Auswirkungen auf die deutsche Wirtschaftsleistung insgesamt, sondern auch die umlagefinanzierten Sozialversicherungssysteme.

Auch Ifo-Präsident Sinn ist der Meinung, dass Deutschland dringend Zuwanderung brauche, damit das Rentensystem nicht zusammenbricht. Man kann nicht erwarten, dass Zuwanderung den negativen Trend ausgleichen kann, dazu sind die Verwerfungen in der deutschen Alterspyramide schon zu groß. Aber sie kann die Probleme lindern. Insofern ist Zuwanderung wichtig und richtig - und alle Versuche, die Grenzen auch nur geistig dichtzumachen, führen in die völlig falsche Richtung.

Wer allerdings mehr Zuwanderung im Interesse von Arbeitsmarkt und Sozialsystemen propagiert, ist vor allem an gut qualifizierten Ausländern interessiert. An Einwanderern mit Hochschulabschluss, die dank ihres Know-hows, aber vor allem dank ihrer Steuergelder die Sozialsysteme vor einem Kollaps bewahren. Migration müsse stärker gesteuert werden, indem man beispielsweise für Zuwanderer den Zugang zu Sozialleistungen einschränke oder die sogenannten Wirtschaftsasylanten nach einem Punktesystem aufnehme, schlägt Sinn vor.

Das ist nicht so verwerflich, wie es die Grünen-Vorsitzende Simone Peter darstellte, für die Sinns Argumentation eine "Einteilung der Gesellschaft in nützliche und vermeintlich unnütze Teile" ist, die "den Geist längst vergangener Zeiten atmet". Erfahrene Einwanderungsländer wie Kanada machen das vor, und über entsprechende Kriterien müssen die Deutschen dringend diskutieren.

Qualifizierte Zuwanderung und Flüchtlingsproblem sind zwei Paar Stiefel

Allerdings: Man darf das Thema qualifizierte Zuwanderung nicht mit dem Flüchtlingsproblem vermischen. Es empfiehlt sich dringend, grundsätzlich zwischen arbeitswilligen Zuwanderern und Asylsuchenden zu unterscheiden. Letztere müssen von der ökonomischen Kostenberechnung der Zuwanderungseffekte ausgenommen werden.

Womit wir bei der Moral sind. Flüchtlinge aufzunehmen, ist eine Frage von Anstand und Ehre - das gilt heute und das gilt noch auf lange. Es kann ja sein, dass auch ein Land wie Deutschland eines Tages an die Grenzen einer Belastbarkeit kommt. Dass es dann heißen wird: Grenze zu, Schutzzaun hoch, und man lässt die Massen abprallen, wie im Mittelalter die belagerte Burgbesatzung die Angreifer im Wassergraben ersaufen ließ.

In dieser krassen Form wäre es das hässliche Gesicht Wohlstands-Europas und man kann nur hoffen, dass es nie zu sehen sein wird; im Kleinen allerdings findet dieser Abschreckungsprozess tagtäglich statt. Über all das muss man gegebenenfalls reden, muss man einen großen moralischen Disput führen - wenn es denn ansteht, wenn es denn anstünde!

Von wegen "Das Boot ist voll"

Heute aber steht der Sozialstaat nicht vor dem Kollaps, sicher nicht. "Das Boot ist voll" zu proklamieren, ist einfach lachhaft. Wer sieht, wie kleine Staaten sich bemühen, wen sie alles aufnehmen, was die Türkei leistet und der Libanon, dann muss man sagen: Da geht noch viel in Deutschland.

Hinzu kommt, dass die, die vor allem und womöglich auf Dauer Hilfe brauchen, nur ein Teil derer sind, die nach Deutschland kommen. Die große Zahl von annähernd 200 000 Asylbewerbern in diesem Jahr setzt sich ja aus vielen Gruppen zusammen, allein aus 20 Prozent Syrern, die allgemein gut ausgebildet und integrationsfähig sind. Daneben gibt es noch die EU-Ausländer, denen die Freizügigkeit zusteht. Sie galten noch vor ein paar Jahren als große Gefahr. Manche befürchteten damals, halb Mittelosteuropa käme nach Deutschland. Wir halten mal fest, dass das nicht passiert ist.

Und dass selbst die Zuwanderer aus den armen EU-Staaten Bulgarien und Rumänen weit besser integriert sind als vielfach erwartet; sie können auf eine Beschäftigungsquote von 56 Prozent verweisen - wer hätte das gedacht! Gleichzeitig hat sich der Zuzugsaldo von Türken, die noch vor ein paar Jahren die Diskussion im

Land bestimmten, umgekehrt. Heute verlassen mehr Türken Deutschland, als neue hinzu kommen - wissen das die Pegida-Demonstranten?

Aus all dem kann man lernen, die ökonomischen Wirkungen der Zuwanderung nicht zu überschätzen. Die Netto-Effekte für Deutschland sind insgesamt vermutlich geringer, als es die aufgeregte aktuelle Debatte glauben machen kann.

Das Schlimmste, was nun passieren kann, ist, dass die Debatte dreht, dass das Land sich abschottet, dass wieder der hässliche Deutsche zum Vorschein kommt, der gerade ein wenig in Vergessenheit geraten ist. Das ist eine interessante Parallele zur Euro-Debatte. Auch dort kann man manches ökonomisch gut begründen, was politisch gewaltigen Schaden anrichten würde. Insofern muss auch die Migrantendebatte verantwortlich geführt werden. Mit politischer Korrektheit hat das wenig zu tun, viel aber mit politischer Klugheit.

109,97

SundayReview | CONTRIBUTING OP-ED WRITER

Radical Islam, Nihilist Rage

JAN. 3, 2015



Kenan Malik

LONDON — FACED with a horror like the slaughter of 148 schoolchildren and school staff members by the Taliban in Pakistan, it is tempting to describe the act as “inhuman” or “medieval.” What made the massacre particularly chilling, though, is that it was neither. The killings were all too human and of our time.

The Peshawar massacre may have been particularly abhorrent, but the [Taliban have attacked at least 1,000 schools](#) over the past five years. They have butchered hundreds through suicide bombings of churches and mosques. And beyond Pakistan lies the brutality of groups like the Islamic State, Boko Haram and the Shabab.

What seems to bind these groups together is that they claim to act in the name of Islam. Why, many ask, do so many of today’s most vicious conflicts appear to involve Islamists? And why do Islamist groups seem so much more vicious, sadistic, even evil?

Muslims are not the only religious group involved in perpetrating horrors. From Christian [militias in the Central African Republic reportedly eating their foes](#) to [Buddhist monks organizing anti-Muslim pogroms in Myanmar](#), there is cruelty aplenty in the world. Nor are religious believers alone in committing grotesque acts. Yet, critics argue, there appears to be something particularly potent about Islam in fomenting violence, terror and persecution.

These are explosive issues and need addressing carefully. The trouble is, this debate remains trapped between bigotry and fear. For many, the actions of groups like the Islamic State or the Taliban merely provide ammunition to promote anti-Muslim hatred.

Many liberals, on the other hand, prefer to sidestep the issue by suggesting that the Taliban or the Islamic State do not represent “real Islam” — a [claim made recently, in so many words, by both President Obama and David Cameron, the prime minister of Britain](#). Many argue, too, that the actions of such groups are driven by politics, not religion.

Neither claim is credible. A religion is defined not just by its holy texts but also by how believers interpret those texts — that is, by its practices. The ways in which believers act out their faith define that faith. The fact that Islamist extremists practice their religion in a manner abhorrent to liberals does not make that practice less real.

Nor does it make sense to think of the Taliban or the Islamic State as motivated simply by politics, any more than it does to imagine them as purely religious. Radical Islam is the religious form through which a particular kind of barbarous political rage expresses itself.

Instead, we need to ask why political rage against the West takes such nihilistic forms today. And why has radical Islam become its principal vehicle?

The character of anti-Western sentiment has changed strikingly in recent decades. There is a long history of anti-imperialist movements stretching from the Haitian revolution of the 1790s to the independence movements of the 1960s and ’70s in Africa and Asia. While these challenged Western power and often used violent means, they were rarely “anti-Western” in an essential sense. Indeed, their leaders often embraced revolutionary ideas that came out of the West, self-consciously locating themselves in the tradition of the European Enlightenment.

Frantz Fanon, the Martinique-born Algerian nationalist, was one of the most important anticolonial theorists. The aim, he suggested, was not to reject Western ideas, but to reclaim them.

“All the elements of a solution to the great problems of humanity have, at different times, existed in European thought,” [he wrote](#). “But Europeans have not carried out in practice the mission which fell to them.”

Anti-imperialists of the past saw themselves as part of a wider political project that sought to modernize the non-Western world, politically and economically. Today, however, that wider political project is itself seen as the problem. There is considerable disenchantment with many aspects of modernity, from individualism to globalization, from the breakdown of traditional cultures to the fragmentation of societies, from the blurring of moral boundaries to the seeming soullessness of the contemporary world.

In the past, racists often viewed modernity as the property of the West and regarded the non-Western world as incapable of modernizing. Today, it is radicals who often regard modernity as a Western product, and reject both it and the West as tainted goods.

The consequence has been the transformation of anti-Western sentiment from a political challenge to imperialist policy to an inchoate rage against modernity. Many strands of contemporary thought, including those embraced by “deep greens” and the far left, express aspects of such discontent. But it is radical Islam that has become the lightning rod for this fury.

There are many forms of Islamism, from the Taliban to Hamas, from the Muslim Brotherhood to Boko Haram. What they have in common is a capacity to fuse hostility toward the West with hatred for modernity and, seemingly, to provide an alternative to both. Islamists marry political militancy with a conservative social sensibility, a hostility to globalization with the embrace of a global ummah (the worldwide community of Muslim believers). In so doing, they turn the contradictory aspects of their rage against modernity into a strength.

Jihadism provides Islamist ideology with a military form and seemingly creates a global social movement, at a time when radical alternatives have collapsed. What jihadism does not possess is the moral and philosophical framework that guided anti-imperialist movements. Shorn of that framework, and reduced to raging at the world, jihadists have turned terror into an end in itself.

The slaughter in Peshawar, like the mass beheadings by the Islamic State, tells us something about the character of contemporary Islam and of Islamism. It tells us even more about the state of contemporary politics, and especially of radical politics.

109,99

A Stress Test for Mario Draghi and the European Central Bank

By JACK EWING and BINYAMIN APPELBAUM JAN. 2, 2015

Photo



Mario Draghi has been at the helm of the European Central Bank since 2011. CreditMichael Probst/Associated Press

[Continue reading the main story](#) Share This Page

[Mario Draghi](#) indulged the photographers and their rapid-fire shutters for a few moments, making his first appearance for the news media in the [European Central Bank](#)'s ostentatious new high-rise headquarters in Frankfurt.

Then he shooed the cameras away. He had an important message to deliver.

Mr. Draghi, the central bank's president, told reporters on that early December afternoon that [it was ready to deploy new weapons](#) against the eurozone's dangerously low inflation rate. Though this 19-nation bloc is one of the world's richest economies, it has never really recovered from the 2008 global financial crisis. And low inflation is one of the impediments to growth.

Emphasizing every word, Mr. Draghi said that the bank's governing council had just agreed to prepare "for further measures, which could, if needed, be implemented in a timely manner."

In the past, such assurances had bought time for Mr. Draghi. [His famous vow in 2012](#) to "do whatever it takes" to save the euro currency union had seemed to work without the bank having to actually take much action.



Mario Draghi and Chancellor Angela Merkel of Germany. Wealthy European countries like Germany have resisted calls to stimulate the economy through bond-buying. CreditFabrizio Bensch/Reuters

But on this day, after months of Mr. Draghi's saying the equivalent of "stay tuned," his statement of resolve failed to work the old magic.

European stock markets sagged even as he spoke. The reaction by investors, whose money and faith will be crucial to any true economic recovery, raised an ominous question: Is the man who is arguably the most powerful official in Europe really powerful enough to pull the eurozone out of its doldrums?

“A central bank claiming that it will do ‘whatever it takes’ while not delivering with actions eventually loses its credibility,” said [Athanasios Orphanides](#), a former European Central Bank board member who is now an economics professor at the Massachusetts Institute of Technology. “It is difficult to escape the conclusion that the E.C.B. has not been operating in a manner that promotes fulfillment of its mandate.”

Mr. Draghi’s quandary is that the actions that might save the eurozone also threaten to divide it.

As he begins the fourth year of an eight-year term, the central bank has still not pursued the path that many economists say offers the greatest hope to millions of Europeans to escape from a “lost decade” of stagnation: buying government bonds and other financial assets in huge numbers. Such an approach, known as [quantitative easing](#), was used successfully by the Federal Reserve in the United States. The idea is to pump money into the financial system, encouraging more lending and spending and kick-starting the economy.

Mr. Draghi continues to send signals that a bond-buying program is in the works. In an interview published on Friday, he warned of the danger that low inflation could cause people to delay purchases, in the expectation that prices will fall further. If so, that could be the beginning of a pernicious decline of expectations that would undermine consumer spending and business investment.

“History shows that falling prices can be as damaging to the prosperity and stability of our countries as high inflation,” Mr. Draghi said in an interview with *Handelsblatt*, a German business newspaper. “The purchase of government bonds is one of the tools in our toolbox.”

Yet even as Mr. Draghi tiptoes toward a bond-buying program, which could be unveiled as early as the central bank’s policy meeting on Jan. 22, he faces challenges from inside and outside the walls of his new 45-story headquarters, which had a price tag of 1.2 billion euros, or \$1.5 billion.

The 25 members of the central bank’s governing council, who are supposed to be above parochial politics, often seem to represent the interests of their home constituencies. Members from Germany and other wealthier northern European nations have resisted the plan, fearing that their taxpayers would have to bail out the central bank if any eurozone countries defaulted on the bonds the bank bought. That fear has been reinforced by the rise of a left-wing populist party, [Syriza](#), in Greece that is challenging the government’s commitment to meet its debt obligations.

But whatever differences he must bridge, many economists say Mr. Draghi is running out of time to deliver the decisive action needed to prevent low inflation from becoming a chronic condition. While low prices benefit consumers in the short term, extended low inflation, which could worsen into the widespread decline in prices known as deflation, imposes a heavy burden on borrowers and makes it hard for companies to be profitable, encouraging them to cut wages or lay off workers.

“I do think they’re at a critical moment,” said [Thomas F. Cooley](#), an economics professor at the Stern School of Business at New York University. “There has got to be some attempt on the part of the E.C.B. to stimulate the economy. They are the only ones capable of doing the heavy lifting.”

By some measures, Mr. Draghi, a 67-year-old native of Rome who earned a doctorate in economics from M.I.T., is at the peak of his powers. Wielding the moral authority he acquired after calming the markets and pulling the eurozone from the brink with his “whatever it takes” promise, he has overseen an expansion of the European Central Bank’s jurisdiction.

Not only does the central bank manage a currency used by 338 million people, in November it also began regulating eurozone banks, which together constitute the world’s largest banking system.

Given his purview, Mr. Draghi arguably has as much or more power in Europe than national political leaders like Chancellor Angela Merkel of Germany and President François Hollande of France. And because he is appointed by European political leaders, he does not need to win re-election. (Mr. Draghi, who rarely gives interviews, declined to comment for this article.)

Yet in its core task — to keep inflation below, but close to, 2 percent — the central bank has fallen short. The last time the eurozone’s annual rate of inflation was 2 percent was in January 2013. As of November 2014, the rate was only 0.3 percent, already low enough to have a pernicious effect on growth.

Under Mr. Draghi and his riven council, the central bank has also presided over a steep decline in the size of its balance sheet, the key measure of how much money it has been able to pump into the economy. That number has shrunk to about €2 trillion from almost €3 trillion early in 2012, as commercial banks repaid loans from the central bank.

The Federal Reserve, by contrast, which had a balance sheet about the same size as the European Central Bank’s in early 2012, has since increased its holdings to \$4 trillion from \$3 trillion.

“I find the European policies to be baffling in terms of how bad they are,” [Frederic Mishkin](#), a former Fed governor who is now a professor of banking and financial institutions at Columbia University, said at a monetary policy conference in November. “If it’s all about inflation, then inflation is way too low.”

If Mr. Draghi feels wounded by such criticism, he does not show it. In public appearances, he exudes confidence. And he is not shy about dismissing his critics.

It's hard to imagine Janet L. Yellen, the chairwoman of the Fed, speaking to a member of Congress in the same tone that Mr. Draghi used to upbraid a Spanish member of the European Parliament who accused the central bank of [strong-arming Ireland](#) into accepting a bailout in 2010.

Raising his voice and sweeping his arm dismissively during an appearance in Parliament late last year, Mr. Draghi said the central bank had a duty to protect the money it had lent Irish banks after the financial markets cut them off. "Don't you think we should worry about that?" Mr. Draghi asked, with an irritation unusual for an otherwise supremely composed central banker.

Photo



Jens Weidmann, the president of Germany's central bank, has been a thorn in Mr. Draghi's side. He opposed moves toward quantitative easing and said he considered the fear of deflation overblown. [CreditHannibal Hanschke/Reuters](#)

Any fissures within the central bank's governing council, say those who have observed the dynamic, might be partly a result of Mr. Draghi's approach to management and diplomacy — and impatience with lesser intellects.

There has been criticism — mostly from people who did not want to be identified for fear of offending him — that Mr. Draghi is aloof, especially when compared with his voluble predecessor, Jean-Claude Trichet. Mr. Draghi is known to confide in a small number of trusted colleagues, such as Benoît Coeuré, one of the six members of the executive board, who has a background in economics and public finance that is similar to Mr. Draghi's.

Others can feel left out of the loop.

Mr. Draghi's pledge to do "whatever it takes," for example, was an impromptu addition to a scheduled speech at a banking conference in London, according to a published transcript of an interview with Timothy F. Geithner, the former Treasury secretary of the United States.

With that comment, as he later made clearer, Mr. Draghi was alluding to the central bank's being ready to intervene in the bond markets, if necessary, to reduce the borrowing costs of Italy and some other eurozone countries, which had spiked to dangerous heights.

It was evidently a promise made without consulting the governing council. Only later did the council formalize the promise with a program — as yet unused — to buy the bonds of troubled countries.

Jens Weidmann, the president of Germany's central bank, the Bundesbank, and a member of the European Central Bank's governing council, has argued against more aggressive monetary stimulus and been a thorn in Mr. Draghi's side. On Dec. 17, for example, Mr. Weidmann told reporters in Frankfurt that he would regard [quantitative easing](#) "with skepticism," citing "the rather modest and uncertain impact of a broad Q.E. package, together with the risks and side effects it could bring and the unclear need for it at present."

He also said he considered the fear of deflation overblown. "An inflation rate below zero for a period of a few months does not yet constitute deflation in my opinion," said Mr. Weidmann, who declined several requests for an interview.

But after reports last fall of a growing schism on the governing council, Mr. Weidmann and Mr. Draghi have made a show of getting along. People close to them emphasized recently that they speak often, even if they don't always see eye to eye.

"It's fairly normal to disagree about things," Mr. Draghi said at a news conference in November, noting that central bankers in the United States, Britain and Japan also have their differences. "It happens everywhere."

All central banks face internal dissension, but Europe's is unique in that its members are separate countries. The eurozone is a currency union with a centralized monetary policy, but the member countries remain largely in control of their own budgets and regulatory policies.

The leaders of France and Italy, the second- and third-largest eurozone economies after Germany, seem unable to overcome resistance from trade unions and other interest groups over changes that promise to help improve long-term growth. Even Germany, the region's economic anchor, has lost momentum and barely escaped falling into recession in the third quarter of 2014, the most recent to be reported.

"I'm very, very concerned," said [Lucrezia Reichlin](#), former head of research at the European Central Bank under Mr. Draghi's predecessor, Mr. Trichet. "Now the big risks are France and Italy."

Without a more aggressive monetary policy, Ms. Reichlin and a growing chorus of economists say, Europe has little chance of economic revival anytime soon.

"I certainly believe that both in Europe and in Japan, the willingness to tackle a declining inflation rate has been too gradual, and it's much less effective if it's gradual," said [Eric S. Rosengren](#), president of the Federal Reserve Bank of Boston.

But in Germany, conservative opposition to large-scale asset purchases similar to those conducted by the Fed and the Bank of England borders on the hysterical.

"There is no country in the eurozone where monetary policy is debated in such a lively way and by so many citizens as in Germany," said [Jörg Asmussen](#), a former member of the European Central Bank executive board and now a high-ranking official in the German labor ministry. "Even if you watch TV over breakfast, they are giving news about monetary policy."

German opposition to bond-buying reflects broader discontent with the way the common currency has, in the eyes of many Europeans, failed to deliver the prosperity it promised. In its most extreme form, this discontent manifests itself as a protest toward the whole idea of a united Europe, nourishing right-wing parties like the National Front, in France, and the Alternative for Germany.

If Mr. Draghi is fortunate, the eurozone economy will start to recover without a big central-bank intervention, and inflation will rise toward the 2 percent target. The plunge in world oil prices will provide some stimulus, but because fuel is usually priced in dollars, it is being partly offset by a weaker euro.

But the costs of delay are mounting. And now, even if the central bank finally does begin full-bore quantitative easing, there is no certainty that it will be enough to rescue the eurozone's creaky, highly regulated economy.

"Q.E. in the euro area is much less effective," Mr. Asmussen said. That, he said, is because bond-buying is most effective in economies like that of the United States, where the business world gets most of its financing through capital markets. European companies tend to get their money from banks.

"I think it could be a good thing," he said, "but I would warn against expecting the effects to be as large."

Why 2014 Went Wrong for the Eurozone;

Currency Bloc Was Supposed to Exit Debt Crisis, but Three Factors Held It Back

[Simon Nixon](#)

5 janvier 2015

It was supposed to be the year the eurozone exited its debt crisis, when growth would return to the currency union bringing with it confidence and jobs. But 2014 didn't work out that way. Although the economy emerged from its double-dip recession, likely growth of just 0.8% was even more feeble than the 1.2% forecast at the start of the year, while inflation fell alarmingly close to 0%, raising fresh questions about debt sustainability.

A few former crisis countries, including Spain and Ireland, performed better than expected, but the major economies of Germany, France and Italy performed worse. Hopes of an imminent European Central Bank government-bond-buying program helped drive down borrowing costs for many countries, creating the illusion of calm.

But the eurozone is arguably now in greater peril of breaking up than ever before. The euro fell to its lowest level in nine years against the dollar early Monday amid speculation the ECB will soon expand its stimulus programs aimed at avoiding deflation.

Where did it all go wrong? Three factors in particular stand out. The first was the impact of the slowdown in growth in China and other emerging markets, itself a response to the prospect of tighter global liquidity conditions as the U.S. Federal Reserve ended its own quantitative-easing program. The second was the impact of the Ukraine crisis and the sanctions imposed on Russia, which had a particular impact on the German economy.

These were shocks over which the eurozone had little control and which may continue to exert a drag on growth in 2015, although the impact of weaker emerging-market demand may yet be partially offset by the stimulatory boost from lower oil and commodity prices.

But the third factor in the eurozone's weak performance in 2014 was homegrown. Structural obstacles continued to impede the rebalancing of many economies, particularly in Southern Europe, preventing capital and labor from being reallocated to where they could be more productively employed. Rigid labor and product markets have made it hard for firms to adapt to the new economic environment and have deterred new investment.

Crucially, weak insolvency regimes and inefficient judicial systems have prevented the restructuring of private-sector debts, essential to enable banks to work through their vast portfolios of nonperforming loans. Meanwhile, high levels of taxes, corruption, bureaucracy and protection for vested interests continue to discourage the supply of the new equity capital that the eurozone urgently needs to fund a new cycle of growth.

Removing these structural obstacles is crucial not only for the eurozone's growth but also for its long-term viability—a point made by ECB President Mario Draghi in a recent speech. In a currency union that lacks

automatic fiscal transfers, member states that lack the capacity to swiftly and efficiently rebalance their economy are less able to absorb shocks.

Yet the scale of reform required in some countries to enable this rebalancing amounts to a cultural revolution, a Reformation akin to the campaign to sweep away the corruption and abuses of the medieval Catholic church. What became clear in 2014 is that achieving this Reformation is proving harder than many had anticipated.

Clear signs of reform fatigue have emerged in Spain, Portugal and Greece, while in France and Italy, even relatively modest reform programs were watered down in the face of powerful opposition.

Why is reform proving so hard?

Of course, much of the problem lies with weak political structures: Even determined governments have struggled to contend with well-organized and well-funded interest groups embedded in bureaucracies, trade unions, judicial systems and the corporate sector. But a crucial factor has been the political context in which reformers have had to operate. The eurozone is increasingly paralyzed by a sterile debate focused on a supposed conflict between “austerity” and “growth.”

Those who argue that the eurozone’s core problems are structural are confronted by a simplistic Keynesian analysis that holds the eurozone’s real problem is a lack of fiscal and monetary stimulus, that its challenges are macro rather than micro, reflecting lack of demand rather than impediments to supply. Policies to eliminate wasteful spending, improve efficiency, enhance productivity and boost potential growth are dismissed as growth-sapping austerity.

The antiausterity banner has become a rallying point for resistance to all reform, reducing the political space for governments to tackle structural problems. Support for radical leftist parties is being fueled by the naive belief that if only Germany would repair its bridges or the eurozone would build more roads or the ECB would embark on quantitative easing then governments would have no need for spending cuts or reforms.

It is this deepening ideological divide which now threatens to rip the eurozone apart.

Never mind that few economists expect quantitative easing to deliver significant benefits in the highly indebted, bank-dominated eurozone; or that the spillover from any German public-spending program to Italy and France is likely to be meager; or that the same structural problems that impede domestic investment also make it hard for the European Union to identify and deliver growth-friendly projects.

Never mind also that a collapse in fiscal discipline risks undermining not only market confidence but also the trust between governments vital to future integration. And never mind the warnings of Mr. Draghi and others that stimulus without reform will harm rather than help the eurozone. Faith in Keynesian magic bullets is impervious to such concerns.

This ideological clash may yet come to a head in 2015. The first flash point is in Greece, where a snap election will be held on Jan. 25 following Parliament’s failure to agree on a new president.

In reality, the risk from Greece may be overstated, given the weakness of the country’s political and financial position and the radical-leftist opposition party Syriza’s commitment to keep Greece in the eurozone. But potentially more troubling threats to stability may emerge elsewhere. Weak governments in France and Italy may not be able to withstand the ideological tide. Elections later in the year may bring antiausterity parties into government in Spain and Portugal.

Policy makers may try to buy off this counterreformation by acceding to demands for extra stimulus, but all they can buy is time. The eurozone has no capacity to force member states to embrace the path of virtuous reform—even when its own survival is at stake. That remains its central weakness.

Euro Falls to Lowest Level Since March 2006; Speculation About ECB Quantitative Easing Weighing on Currency

[Anjani Trivedi](#), [James Glynn](#)

5 janvier 2015

05:33

The euro fell to its lowest level in almost nine years against the dollar on Monday amid speculation the European Central Bank will soon expand its stimulus programs aimed at avoiding deflation as the region's economy struggles to grow.

Analysts say ECB President Mario Draghi is under pressure to take further measures like large-scale purchases of government bonds, a policy known as quantitative easing, which could add around €1 trillion to the central bank's approximately €2 trillion-balance sheet. This pushes yields down, which move inversely to bond prices, and lessens the attraction of the euro. The central bank's governing council's next monetary policy meeting is in two weeks on Jan. 22.

"Time is running out for the ECB" to announce further quantitative easing measures, said Mitul Kotecha, head of foreign exchange strategy for Asia Pacific at Barclays in Singapore. The firm forecasts the euro falling to \$1.17 against the U.S. dollar by the end of the first quarter and to \$1.07 by the end of the year.

The euro fell as low as \$1.1861 against the U.S. dollar in early trading Monday—its lowest level since March 2006—and was last at \$1.1940.

The euro's weakness has been exacerbated by the U.S. dollar's broad-based strength, which has pressured currencies across the board. The greenback rose to its strongest in 11 years against major currencies last week, as investors globally bet on a recovery in the U.S. economy. On Monday, the British pound also fell to its lowest in 17 months against the dollar.

Traders and analysts are also waiting for consumer price inflation data out of Europe on Wednesday this week, which is expected to fuel fears about ongoing deflationary pressure.

After Mr. Draghi hinted at further easy money policies for the eurozone in an interview published last week, the euro fell by as much as 0.86% Friday. Losses accelerated Monday with the currency down by more than 1% in early Asia trade, after the euro breached the \$1.20 level.

A report in Saturday's edition of German news magazine Der Spiegel cited unnamed sources saying the German government is confident the eurozone would cope with a Greece exit if it was needed.

"There is a modest amount of concern about political developments in Greece, but I wouldn't necessarily attribute the Greek political developments to this morning's decline in the euro because there was no fresh news on the subject," said Richard Grace, global head of currency strategy at the Commonwealth Bank.

"It appears there were stops triggered at \$1.2000 in a relatively thin market, which contributed to a rather sharp rapid decline in the euro of more than 1.0%," Mr. Grace added, referring to orders that are triggered once a currency breaches certain levels.

Daniel Been, currency strategist at ANZ said the selling was exaggerated by thin markets, but said the market is jittery amid increasing chatter about the introduction of QE by the ECB.

Investors are also pointing to the IMF's latest Currency Composition of Official Foreign Exchange Reserves data, which suggests the euro has also fallen out of favor among central banks across the world.

“Nobody likes to hold a currency with a negative yield, and with the central bank managing the currency explicitly wanting the value of the currency to go down,” Stephen Jen, founding partner at hedge fund SLJ Macro Partners in London, wrote in a note on Jan. 4.

FOG : Houellebecq et les vrais islamophobes

Franz-Olivier Giesbert

4 janvier 2015

L'effervescence autour du livre imaginant l'accession au pouvoir d'islamistes en France montre que la question sera cette année au coeur du débat national.

L'année 2015 sera-t-elle placée sous le signe du djihadisme français ? Que Michel Houellebecq, l'un de nos meilleurs écrivains, ait mitonné avec humour et talent un nouveau best-seller (1) nous racontant la vie en France après l'accession au pouvoir d'islamistes machiavéliques, voilà qui confirme que la question sera, dans les prochains mois, au coeur du débat national.

Avant Michel Houellebecq, d'autres avaient déjà tiré la sonnette d'alarme contre l'intégrisme, chacun à sa façon, au grand dam de la presse bien-pensante : Alain Finkielkraut, Kamel Daoud, Chahdortt Djavann ou Éric Zemmour qui est le symptôme plutôt que le problème. Tous ont au moins réussi sur un point : le sujet n'est plus tabou. On peut l'évoquer sans se faire traiter illico d'islamophobe ou de crypto-lepéniste par la maréchaussée.

Il n'y a pas si longtemps, il était pour ainsi dire interdit d'en parler. Souvenez-vous du concert de protestations de nos chers confrères contre la fameuse une du Point, "Cet islam sans gêne" (2), consacrée principalement aux salafistes qui entendent faire la loi partout en France, dans les écoles avec leur créationnisme à deux balles, dans la rue avec le voile obligatoire pour les filles et jusque dans les abattoirs avec le halal pour tous.

Même si l'envie nous démange, on n'aura pas la cruauté de rappeler ici la teneur des éructations des agents de la puissante Ligue des autruches indignées contre la une de notre journal. Plaignons-les. Après un long déni, imposé par une grande partie de la classe médiatique, la chape de plomb a fini par sauter. Les bouches commencent à s'ouvrir, pour le meilleur comme pour le pire. Qui peut s'en plaindre ?

La France est en état de choc depuis qu'elle a appris qu'un millier de ses ressortissants sont partis faire le djihad. Les deux attaques à la voiture bélier contre des marchés de Noël à Dijon et à Nantes (un mort et vingt-trois blessés) n'ont rien arrangé, même si, chaque fois, les autorités judiciaires ou les pouvoirs publics se sont empressés de déclarer que ces actes isolés n'avaient rien à voir avec du terrorisme et qu'ils étaient l'oeuvre de déséquilibrés. Sans doute relevaient-ils de la psychiatrie. Mais n'est-ce pas le cas de l'islamisme en général et du djihadisme en particulier ?

De grâce, cessons de tout mélanger, la poule, l'oeuf et la fiente. L'islamisme n'est que la dérive hideuse de l'islam. Sa maladie sénile, même si, apparemment, elle frappe surtout les jeunes. La première faute historique de la brigade de gendarmerie du bien-penser est d'avoir longtemps hurlé à l'islamophobie dès lors qu'on s'en prenait à l'islamisme, ce qui contribua à créer la confusion entre une religion et sa dégénérescence sectaire.

L'islamisme n'est pas consubstantiel à l'islam. Il est à la religion musulmane ce que l'Inquisition fut au christianisme. Une sorte de caricature démente à ne confondre ni avec l'une ni avec l'autre. Si on prend de la hauteur, l'islam est une jeune religion : elle n'a que quatorze siècles, six de moins que le catholicisme. Où en était celui-ci au même âge ? Force est de constater que l'esprit de François d'Assise, incarné par le pape actuel, n'avait pas encore soufflé dessus et que, dans ses antres, les tenailles du Saint-Office se déchaînaient contre les hérétiques, ce qui n'empêchait cependant pas de grands saints de porter très haut la croix du Christ.

Il y a tous les âges pour les religions, qui, comme les civilisations, sont mortelles. Un âge bête comme un âge d'or. Après avoir été à la pointe de la modernité au Moyen Âge, le monde musulman, rongé par le victimisme,

est sur la pente du déclin où l'a précédé la chrétienté. Comme pour les catholiques jadis, c'est l'intégrisme qui, avec sa haine et sa bêtise, le tire vers le bas.

L'autre faute historique de la brigade de gendarmerie du bien-penser est d'avoir décrété que tous les immigrés étaient musulmans, transformant ainsi toutes les critiques contre l'islam ou l'islamisme en manifestations de racisme ordinaire. Même si ces sbires sont bien intentionnés, on ne dira jamais assez que cette confusion est le symptôme d'un impensé raciste, comme si les Arabes ou les Noirs, privés de libre arbitre, devaient toujours être systématiquement ramenés à leur condition de croyants. C'est dans cet état d'esprit que se trouve la vraie islamophobie. Pas dans le rire voltairien de Michel Houellebecq.

Quelle est la solution ? Elle est là, devant nous, évidente : dans l'école, la culture, le travail, la laïcité et la République. N'ayons plus peur de la vérité qui, comme l'observait un philosophe du XXe siècle, "n'est jamais amusante ; sans cela, tout le monde la dirait" (Michel Audiard). N'ayons plus peur, surtout, de nous aimer nous-mêmes : voilà nos vœux pour 2015. Bonne année !

Houellebecq : extension du domaine de la charia

[christophe ono-dit-biot](#) 18 décembre 2014

Dans "Soumission", qui sort le 7 janvier, l'écrivain imagine la France sous un régime islamique. La polémique de 2015 ?

À la sortie, en 1884, d'À rebours, le chef-d'oeuvre décadent de Joris-Karl Huysmans, un autre écrivain, Jules Barbey d'Aurevilly, l'auteur des Diaboliques, eut cette phrase fracassante : "Après un tel livre, il ne reste plus à l'auteur qu'à choisir entre la bouche d'un pistolet ou les pieds de la Croix." Cent trente ans après, Michel Houellebecq, prix Goncourt 2010 avec La Carte et le Territoire, imagine un héros universitaire spécialiste de Huysmans dans la France de 2022. Et répond de façon tout aussi fracassante à l'injonction lancée par Barbey : être huysmansien en 2022 - c'est-à-dire être un Européen exténué mais lucide -, ce n'est certainement pas choisir le suicide. Encore moins les pieds de la Croix. Mais bien ceux du croissant.

Soumission est un roman d'anticipation : nous sommes en 2022 et la France est sous régime islamique. À la suite de la présidentielle de 2017, qui a vu François Hollande se faire réélire face au Front national - "spectacle honteux, mais arithmétiquement inéluctable, de la réélection d'un président de gauche dans un pays de plus en plus ouvertement à droite" -, l'élection suprême de 2022 a vu se propulser au coeur des isolements une autre force politique, la Fraternité musulmane, dirigée par le très rassurant, le très énarque Mohammed Ben Abbes (même promo que Laurent Wauquiez). Ce dernier "considère les terroristes comme des amateurs" et se place aux antipodes d'un Tariq Ramadan, pour qui la charia est "une option révolutionnaire". Par le jeu d'un front républicain new-look (PS et UMP contre le FN, et alliés à la Fraternité musulmane) et de tractations programmatiques léonines, Ben Abbes accède au pouvoir et nomme François Bayrou à Matignon comme gage d'humanisme. Que va faire notre héros, spécialiste des auteurs décadents dans les amphithéâtres de la Sorbonne devenue université islamique, où il faut accepter de se convertir pour prétendre enseigner ? Et qui est donc vraiment Robert Redeker, pardon, Robert Rediger, professeur connu pour ses positions "identitaires", puis promusulmanes après sa prise de conscience de la décadence de l'Europe, vite nommé à la tête de cette université sous charia ? Telles sont les questions qui traversent le nouveau roman de Michel Houellebecq. On les voit déjà sabrer au clair, nos petits soldats de l'indignation permanente : quoi, l'auteur de Plateforme recommence avec ses provocations autour de "la religion la plus con" ? On les voit déjà défourailler, les Lucky Luke du commentaire en 140 signes : quoi, l'auteur des Particules élémentaires est donc devenu "identitaire", frère de lait goncourisé d'Éric Zemmour ?

Par pitié, non ! On accusera Houellebecq de tout ça si on ne lit pas son livre. Soumission n'est pas un nouveau Camp des saints. C'est le contraire, c'est même apaisant. Le (très beau) titre, à double sens, dit beaucoup de choses. Certes, "soumission" est la traduction de l'arabe islam. Mais c'est au sens premier qu'il faut le prendre : c'est purement, simplement et amplement une soumission totale, rationnelle et assumée que raconte "Soumission", à savoir le fait de se mettre volontairement sous l'autorité d'un autre. Sans gaieté de coeur pour autant, mais avec une forme de résignation définitive à laquelle se laisse aller le héros lettré mais solitaire, après s'être posé des questions comme celles-ci : dans une France gangrenée par la crise, peut-on vraiment se permettre le luxe de ne pas accepter les pétrodollars des monarchies du Golfe ? Et si l'islam politique, en plus, réglait le problème de la délinquance en banlieue ? Sans compter que cette religion, sur le plan personnel, individuel et existentiel, a aussi bien des avantages... Le lecteur lira. Et le héros houellebecquien de reproduire l'itinéraire spirituel de Huysmans et de son double Durtal : le chemin vers Dieu, l'oblature, mais version "creative design" : "L'Univers [...] est à l'évidence la réalisation d'un projet conçu par une intelligence gigantesque...", le prend à témoin Redeker - pardon Rediger - dans son salon-bibliothèque

constellé de sublimes photos de supernovæ et autres amas galactiques. N'y a-t-il pas au fond quelque chose d'un peu ridicule à voir cette créature chétive, vivant sur une planète anonyme d'un bras écarté d'une galaxie ordinaire, se dresser sur ses petites pattes pour proclamer : Dieu n'existe pas ?" Pulvérisant au passage le thème de la retraite au monastère ("Mon humeur aigrissait"), le héros de Houellebecq finit par opter pour les baklavas et des petits pâtés chauds à la coriandre préparés par Malika, la première épouse de Rediger. Et on le sent assez tenté par sa seconde épouse, Aïcha, 15 ans, jean taille basse et tee-shirt Hello Kitty, même si elle hurle de honte lorsque le visiteur la surprend tête nue... Chez Houellebecq, le fantasme ne dort toujours que d'un oeil. Et charia ou pas, le sexe est bien présent dans "Soumission". Il est triste, mais il est là, lyriquement mélancolique : "Le pénis passait d'une bouche à l'autre, les langues se croisaient comme se croisent les vols des hirondelles légèrement inquiètes dans le ciel sombre du sud de la Seine-et-Marne, alors qu'elles s'apprêtent à quitter l'Europe pour leur pèlerinage d'hiver." Exil. "Crépuscule du pénis", dirait l'historien Jean-Jacques Courtine. Houellebecq l'a dit et redit dans ces colonnes : ce serait tellement bien retrouver l'amour... "On a envie de se créer son petit truc à soi quand on voit que tout le reste, autour, merde. On met en avant le bonheur privé, sachant que le malheur public est acquis, surtout depuis que François Hollande est arrivé au pouvoir" (Le Point, août 2014). D'amour, ici, il n'y a plus. Et si c'était cela qui expliquait la soumission ? La conquête si facile de la religion sur les esprits. Il y avait bien la belle Myriam, sorte de prix Nobel de la fellation, mais elle est retournée en Israël, car la France est devenue impossible pour les juifs. Le rayon kasher a d'ailleurs disparu de Géant Casino... À chaque page, cet inimitable ton Houellebecq, si précieux dans le paysage : regard au laser sur la fin d'un monde, constante mise à distance par l'humour. Plus d'amour mais beaucoup d'humour dans Soumission, même si, de tous les romans de l'auteur d'Extension, c'est sans doute le plus crépusculaire, le plus puissamment doux, le plus implacable.

Envie de se convertir

Glissement progressif vers l'apaisement soumis. Dès le départ, il est déjà trop tard. La place Clichy est en feu, le gouvernement de gauche a décidé le black-out médiatique pour ne pas affoler l'électeur, Marine Le Pen en appelle au discours de Condorcet prononcé en 1792 devant l'Assemblée, elle est plus en forme que jamais, et le tapis rouge, vert en l'occurrence, se déroule en ondulant pour le charmeur Ben Abbas. Attention, pas de lapidation ni de répression des moeurs. Pas de gardiens de la révolution, de sinistres types à fouet. C'est d'"islamisme modéré" qu'il s'agit. Presque cool. On trouve, d'ailleurs, de l'alcool. Certes, la boutique de prêt-à-porter Jennyfer du centre Italie 2 a disparu, ne contenant rien de convenable à une adolescente islamique, mais pour La Perla ou Chantal Thomass, les affaires vont très bien : "Vêtues pendant la journée d'impénétrables burqas noirs, les riches Saoudiennes se transformaient le soir en oiseaux de paradis, se paraient de guêpières, de soutiens-gorge ajourés, de strings ornés de dentelles multicolores et de pierreries ; exactement l'inverse des Occidentales classe et sexy pendant la journée, parce que leur statut social était en jeu, qui s'affaissaient le soir en rentrant chez elles, abdiquant avec épuisement toute tentative de séduction, revêtant des tenues décontractées et informes." Laprosperité est d'ailleurs au rendez-vous pour le pays. Pour les enseignants surtout, qui voient leur salaire tripler grâce à la manne saoudienne. Pour les familles aussi, les allocations familiales ayant été considérablement revalorisées. Bien sûr, leur versement est conditionné à la cessation de toute activité professionnelle pour les femmes.

Dans Soumission, on lira également un étonnant portrait de la femme musulmane en femme papillon, mais on s'en voudrait de trop dévoiler... Très bien vu, aussi, celui de l'Occidental converti, pacha lettré buveur de meursault et deboukha. Au fond, ce livre donnerait presque envie de se convertir, et c'est peut-être l'autre bord, le bord identitaire précisément, qui va tomber sur Soumission. Car, dans cette utopie houellebecquienne, cette extension du domaine de la charia, il est même permis de continuer à étudier Jean Lorrain, auteur fin de siècle, éthéromane et Fécampois qui se faisait surnommer "l'enfilanthrope". Et puis les repères habituels n'ont pas bougé, c'est rassurant. David Pujadas anime toujours les débats politiques. La soumission ? "La chance d'une nouvelle vie." Il s'agit juste de se convertir. D'une phrase qu'on peut même apprendre phonétiquement.

Junckers politische Kommission

Der Kommissionspräsident stellt sich mit seiner Nachsicht gegenüber Frankreich über die Regeln, die er schützen sollte. Hinter seinem „gesundem Menschenverstand“ verbirgt sich nichts anderes als politische Schwäche.

05.01.2015, von WERNER MUSSLER, BRÜSSEL



© AFP  Versucht sich als voluntaristischer EU-Herrscher zu inszenieren: Kommissionschef Jean Claude Juncker

Dass er keine Schonfrist eingeräumt bekommen würde, muss Jean-Claude Juncker spätestens in seiner ersten Dienstwoche als EU-Kommissionspräsident Anfang November gewusst haben. Der Zeitpunkt der „Luxleaks“-Veröffentlichungen, die ein Schlaglicht auf die in seiner Luxemburger Amtszeit zustande gekommenen Steuerabsprachen mit internationalen Konzernen werfen, war kein Zufall. Seither steht die Frage im Raum, ob Juncker als damals zuständiger Premier- und Finanzminister politische Verantwortung für „Luxleaks“ übernehmen muss.



Autor: Werner Mussler, Jahrgang 1966, Wirtschaftskorrespondent in Brüssel. Folgen:

Hinzu kommt die generellere Frage, ob sich die EU einen Kommissionspräsidenten leisten sollte, der als Premierminister die Förderung von Steueroptimierung zum Geschäftsmodell seines Landes erhoben hat. Juncker hat diese Fragen mit Ankündigungen beantwortet: Er will in diesem Jahr als Kommissionschef besonders weit reichende Vorschläge zur Verhinderung von Steuervermeidung vorlegen. Bisher ist noch nicht klar, worauf diese hinauslaufen werden. Fest steht: Juncker kann in dieser Frage nicht mehr unbefangenen agieren.

Auf eine Schonfrist wollte es der neue Kommissionschef indes auch ohne „Luxleaks“ nicht ankommen lassen. Vielmehr hat er schon vor Amtsantritt losgelegt. Bereits im Juli, als ihn das Europaparlament zum Nachfolger José Manuel Barrosos wählte, hatte Juncker die eine Botschaft parat, dass unter seiner Führung in der EU vieles oder gar alles anders werde. Das von ihm orchestrierte Investitionsprogramm werde mehr Wachstum „schaffen“, die von ihm angestoßene Transparenzinitiative werde die Entscheidungsprozesse in der EU nachvollziehbarer machen. Einige als überflüssig eingestufte Gesetzesvorschläge will Juncker zurückziehen, Bürokratie abbauen und sich auf das Wesentliche – worin immer es besteht – konzentrieren.

Zu sanktionieren wäre einfach gewesen?

Bisher bestehen indes all diese Initiativen nur in Ankündigungen. Auf allen Feldern – Investitionsförderung, Bürokratieabbau, Transparenz und nicht zuletzt in der Steuerpolitik – stehen die konkreten Gesetzesvorschläge aus. Das ist nur natürlich. Eine solide Gesetzgebung lässt sich nicht binnen weniger Wochen erledigen. Es bedeutet aber, dass die neue Kommission nicht an ihrer bisherigen Neuanfangsrhetorik zu messen ist, sondern daran, was sie künftig leistet.

Das gilt besonders für Junckers wiederholte Ankündigung, seine Kommission werde „politischer“ sein als ihre Vorgängerinnen. Dahinter steckt ein diffuser politischer Gestaltungsanspruch. So vage er ist, so begeistert wurde er in EU-Brüssel aufgenommen. Denn er enthält das implizite Versprechen, die Juncker-Kommission werde die Agonie der Barroso-Jahre überwinden und wieder zum zentralen Akteur der europäischen Politik avancieren. Generell ist längst nicht klar, ob sich dieses Versprechen einlösen lässt.

Freilich ist in einem ganz konkreten Fall deutlich geworden, was offenbar unter einer „politischen“ Kommission zu verstehen ist: in der Etataufsicht über Frankreich und Italien. Juncker hat da ziemlich unverblümt zu verstehen gegeben, dass für ihn politische Geschmeidigkeit wichtiger ist als die Einhaltung jener europäischen Regeln, deren Hüterin die Kommission eigentlich sein sollte. Seine Entscheidung, gegenüber Frankreich im laufenden Defizitverfahren abermals Milde walten zu lassen, begründete er im November auf bemerkenswerte Art: „Ich habe die Wahl getroffen, nicht zu sanktionieren. Das wäre einfach gewesen. Wir haben Regeln. Sanktionen. Strafen. Aber ich habe mich anders entschieden.“

Grundsatzentscheidung zugunsten von Italien und Frankreich

Der Kommissionschef versucht sich so als voluntaristischer EU-Herrscher zu inszenieren, der sich über die von ihm zu schützenden Regeln stellen kann. Das ist ärgerlich genug. Erst recht ärgerlich ist indes, dass sich hinter seiner „L'Europe, c'est moi“-Attitüde nichts anderes als politische Schwäche verbirgt. **Im Gespräch mit dieser Zeitung** hat Juncker im Dezember die Frankreich-Entscheidung ganz anders – und viel realitätsnäher – begründet. Da sprach er von dem „Druck, der zuletzt auf meinen schmalen Schultern gelastet hat“. Diesem Druck hat Juncker nachgegeben. In Wahrheit wären die Sanktionen eben nicht einfacher, sondern schwieriger gewesen, weil sie Standfestigkeit und die Bereitschaft zum Konflikt mit der Regierung in Paris erfordert hätten.

Junckers Ankündigung, es werde für Frankreich und Italien im Frühjahr „nicht angenehm“ werden, wenn sie die von der Kommission verfügten Hausaufgaben nicht erledigten, ist eine ziemlich leere Drohung. Die Grundsatzentscheidung zugunsten der beiden Länder ist bereits gefallen. Juncker hat sie damit begründet, die Kommission lasse „gesunden Menschenverstand“ walten. Italien und Frankreich dürfen darauf vertrauen, dass dieser von Juncker definierte gesunde Menschenverstand auch weiterhin zur Anwendung kommt – und dass er im Zweifel mehr zählt als das europäische Regelwerk. Mag sein, dass dieser Umgang mit dem Stabilitätspakt weder neu noch überraschend ist. Über das Selbstverständnis der Juncker-Kommission sagt er allemal mehr aus als die vielen Ankündigungen der vergangenen Monate.

109,113

EUROPÄISCHE ZENTRALBANK

"Politik nur für schwache EU-Länder"

Jürgen Stark im Gespräch mit Christoph Heinemann



Jürgen Stark war bis 2012 Chefvolkswirt und Direktoriumsmitglied der Europäischen Zentralbank (EZB). (picture alliance / ZB / Karlheinz Schindler)

Die Europäische Zentralbank verfolge eine Politik, die vor allem "Peripherieländern" wie Spanien und Italien zugute komme, kritisiert der Wirtschaftswissenschaftler Jürgen Stark. Die EZB betreibe seit längerer Zeit Fiskal- und Wirtschaftspolitik und habe damit den Rahmen ihrer Aufgaben längst verlassen, sagte Stark im DLF.

Die EZB müsse auf den Durchschnitt der Finanzentwicklung in Europa achten, sagte Jürgen Stark, früheres Direktoriumsmitglied der EZB, im Deutschlandfunk. Seit geraumer Zeit entstehe jedoch der Eindruck, dass die Zinspolitik der Zentralbank in erster Linie schwachen Euro-Ländern wie Italien und Spanien zugute komme. Für die deutsche Volkswirtschaft sei die Geldpolitik dagegen "nicht notwendigerweise optimal", so Jürgen Stark.

Stark fordert Sanierung des Bankensystems

Wichtiger sei dagegen, an die Gründe für das geringe Wirtschaftswachstum Europas heranzugehen. Das Problem sei nicht eine fehlende Nachfrage. Es müssten vielmehr Bedingungen für mehr private Investitionen geschaffen werden, sagte der Wirtschaftswissenschaftler im DLF. Durch immer neue Schulden entstehe dagegen kein nachhaltiges Wachstum. Entscheidend sei auch die Sanierung der Bankensysteme. Der hohe Anteil fauler Kredite in Italien und Spanien sei ein klarer Indikator für Strukturprobleme, so Stark. Manche Länder seien allerdings unwillig oder gar unfähig zu Reformen.

Stark kritisierte auch, dass erstmals über das Ziel eines niedrigeren Euro-Wechselkurses gesprochen wurde. Bei dem Wechselkurs handele es sich um einen marktgetriebenen Preis. Explizit einen niedrigeren Wechselkurs gegenüber Währungen wie dem US-Dollar vorzugeben, nehme den Druck von Ländern wie Frankreich für notwendige Strukturreformen. Allerdings habe die EZB den Rahmen ihres Mandats ohnehin längst verlassen, so Stark.

In Europa wird derzeit heftig um den richtigen Kurs in der Wirtschafts- und Finanzpolitik gestritten. In Mailand in Italien findet heute ein informelles Treffen der Finanzminister der Eurogruppe statt, an dem auch Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble teilnimmt.

Das vollständige Interview können Sie hier nachlesen.

Christoph Heinemann: Die europäischen Finanzminister kommen heute zu zweitägigen Beratungen in Mailand zusammen, bei denen es um die zuletzt schlechte Entwicklung beim Wirtschaftswachstum und bei der Inflation in Europa geht. Mit dabei EZB-Präsident Mario Draghi, der hat die europäischen Staaten in einer Rede gestern zu mehr Investitionen aufgerufen. Gleichzeitig verteidigte der EZB-Präsident das jüngste Maßnahmenpaket der Europäischen Zentralbank. Super-Mario oder Marionette – am Präsidenten der Europäischen Zentralbank scheiden sich die Geister und auch an Mario Draghis Zinspolitik oder der jüngsten Entscheidung der EZB, bestimmte Wertpapiere von Banken als Sicherheit anzunehmen. Gestern gab Frankreichs Notenbankchef Christian Noyer zu Protokoll, die Europäische Zentralbank müsse auf einen schwächeren Euro hinarbeiten, damit das Inflationsziel von zwei Prozent noch erreicht werden könne. Fachleute begründen das so: Wenn die Inflation zu niedrig ist, dann droht Deflation, also drohen sinkende Preise, womit ein großes Zaudern der Käuferinnen und Käufer ausgelöst werden könnte, weil ja keiner weiß, ob Autos, Kühlschränke, PCs und so weiter nicht doch noch billiger werden. Die Äußerungen aus Frankreich dürften heute auch in Mailand für Gesprächsstoff sorgen. – Bei uns am Telefon jetzt ist der Wirtschaftswissenschaftler Jürgen Stark, von 2006 bis 2012 Chefvolkswirt und Mitglied im Direktorium der Europäischen Zentralbank. Guten Morgen.

Jürgen Stark: Schönen guten Morgen, Herr Heinemann.

Heinemann: Herr Stark, sollte die EZB den Euro schwächen?

Stark: Es war immer eine Übereinkunft unter den Zentralbankern in Europa, dass die Europäische Zentralbank kein Wechselkursziel hat. Dies hat sich offenbar geändert. Zum ersten Mal wird offen über einen niedrigeren Wechselkurs gesprochen und auch die Entscheidungen von der vergangenen Woche vonseiten des EZB-Rates werden mit einer Schwächung des Euro-Wechselkurses begründet. Das ist neu. Das hat es vorher nicht gegeben. Denn der Wechselkurs ist immer als Tabu bezeichnet worden und als ein marktgetriebener Preis. Wenn die Europäische Zentralbank nun über eine Abwertung des Euro versucht, die Inflation anzuheizen, dann ist das eine Sache. Aber es ist letztlich nicht Aufgabe einer Zentralbank, auf diese Art und Weise den Wechselkurs zu beeinflussen. Das soll über den Markt gehen.

EZB hat engen Rahmen ihres Mandates verlassen

Heinemann: Warum bisher nicht und warum jetzt doch?

Stark: Ja, es gibt kein Wechselkursziel in der Europäischen Zentralbank. Die Europäische Zentralbank hat ein binnenwirtschaftliches Stabilitätsziel. Das sind stabile Preise, ein stabiles Preisniveau. Und das ist die Voraussetzung letztlich für die externe Stabilität, ein Beitrag für den Wechselkurs. Der Wechselkurs ist ja ein relativer Preis, ein Preis, der sich am Markt bildet, zum Beispiel gegenüber dem US-Dollar, dass der Euro-Wechselkurs auch bestimmt wird durch Entwicklungen in den Vereinigten Staaten. Dort haben wir ein etwas stärkeres Wachstum. Wir haben schwaches oder kaum Wachstum in Europa. Wir haben die Erwartung, dass die amerikanische Zentralbank die Zinsen erhöhen wird. Die EZB hat die Zinsen erneut gesenkt und zusätzliche Maßnahmen ergriffen. Das hat den Wechselkurs beeinflusst. Das sind natürlich Elemente oder Faktoren, die sich beim Wechselkurs niederschlagen. Aber explizit ein Wechselkursziel zu haben und zu sagen, wir brauchen einen niedrigeren Wert des Euro gegenüber dem Dollar oder anderen Währungen, das ist eine Politik, die letztlich wiederum den Druck völlig wegnimmt von den Strukturreformen, die notwendig sind insbesondere in Frankreich und Italien.

Fehlende Nachfrage ist nicht das Problem

Heinemann: Ist das noch Geldpolitik oder schon Finanz- beziehungsweise Wirtschaftspolitik?

Stark: Das ist seit längerer Zeit Haushaltspolitik, quasi Fiskalpolitik, und es ist Wirtschaftspolitik. Die EZB hat längst den engen Rahmen ihres Mandates verlassen und betreibt eine andere Politik, die natürlich auch von anderen Zentralbanken betrieben worden ist. Aber dennoch: Im kurzfristigen Bereich mag das einen Erfolg haben. Man muss aber auch über die mittelfristigen Konsequenzen nachdenken und muss an die Gründe herangehen, die Ursachen, warum wir ein derart schwaches wirtschaftliches Wachstum haben. Und das liegt nicht in einer fehlenden Nachfrage. Sicherlich haben wir ein Investitionsproblem in Europa. Aber es müssen die Bedingungen geschaffen werden, dass private Investitionen wieder zum Zuge

kommen. Es geht ja nicht darum, dass man nun durch immer mehr Schulden, wie man das auch definiert, dass man durch immer mehr Schulden versucht, die Wirtschaft anzukurbeln. Das wird nicht aufgehen. Das ist kein nachhaltiges Wachstum, was damit geschaffen wird.

Heinemann: Operiert die EZB schon jenseits ihres Auftrags?

Stark: Das schon seit geraumer Zeit.

Heinemann: Also auch des gestatteten?

Stark: Das schon seit geraumer Zeit, seitdem sie Staatspapiere bestimmter Länder gekauft hat, seitdem sie eine Garantie gegeben hat, dass die Zinsen für Staatspapiere bestimmter Länder nicht eine gewisse Grenze überschreiten, jetzt auch durch das Schaffen eines neuen Marktes wie Kreditverbriefungen. Das ist nicht Aufgabe einer Zentralbank. Das muss man der Politik oder auf jeden Fall dem Markt überlassen, ob ein solcher Markt wieder entstehen soll. Ich rede von den Asset Backed Securities, von den verbrieften Krediten, die die EZB aufkaufen will, aber den Markt auch beleben will. Das hat nichts mehr mit Geldpolitik im engeren Sinne zu tun.

Heinemann: Diese ABS-Papiere genießen ja wegen des breit gestreuten Risikos nicht den besten Ruf. Mario Draghi begründet das damit, dass er die schwache Kreditvergabe beflügeln wird, und das würde doch genau dem Ziel, das Sie eben beschrieben haben, nutzen, nämlich die Konjunktur anzukurbeln.

Sanierung der Bankensysteme ist notwendig

Stark: Es geht ja in erster Linie darum, die kleinen und mittleren Unternehmen, die offenbar Probleme haben, in Italien und in Spanien und in anderen Ländern an Kredite heranzukommen, denen den Kreditzugang zu erleichtern. Aber der entscheidende Punkt liegt nicht hier bei der Schaffung eines neuen Marktsegmentes am Finanzmarkt, sondern an der Sanierung der Bankensysteme. Wenn Sie sehen, dass der Anteil der faulen Kredite an dem Gesamtvolumen der vergebenen Kredite in Italien 15 Prozent erreicht hat und auch in Spanien bei 15 Prozent liegt, ist dies ein klarer Indikator dafür, dass hier strukturelle Probleme sind, die Sanierung des Bankensektors notwendig ist, um wieder die Kreditvergabe auf den Weg zu bringen. Das kann man nicht übertünchen durch irgendwelche anderen Maßnahmen. Dann muss man an den Kern der Probleme heran. Aber daran scheitert es insbesondere in Italien bis jetzt.

Heinemann: Ist Mario Draghi ein Zentralbankpräsident für Südeuropa?

Stark: Er ist ein Zentralbankpräsident für das Euro-Gebiet insgesamt. Aber die EZB betreibt seit geraumer Zeit eine differenzierte Geldpolitik, die in erster Linie den Peripherieländern Italien und Spanien zugutekommt.

Heinemann: Insofern, als die Länder jetzt am Kapitalmarkt wieder zu erträglichen Bedingungen Geld aufnehmen können.

EZB-Interventionen sorgen für Marktverzerrung

Stark: Nun, inwieweit dies erträglich ist, zeigen die Zahlen. Wir haben im kurzfristigen Bereich von zwei bis drei Jahren sogar negative Zinsen. Das heißt, durch die Risiken, die diese Länder auf sich gebürdet haben mit sehr hohen Schuldenständen, zum Beispiel in Italien mit 130 Prozent der Wirtschaftsleistung, werden die Risiken des dortigen Haushalts bei den Renditen nicht mehr richtig bepreist. Es gibt eine völlige Verzerrung am Markt durch die Interventionen oder durch die Garantien der Europäischen Zentralbank und irgendwann schlägt das auf.

Heinemann: Andererseits, Herr Stark, nach Draghis Ankündigung gab der Euro gegenüber dem Dollar nach und der DAX zog an. Beides war erwünscht. Wo der Mann doch Erfolg hat, muss man das doch auch konstatieren.

Niedrige Zinsen sorgen für falsche Effekte

Stark: Ja gut. Wenn man ein Wechselkursziel hat und den Euro herunterredet und entsprechend politisch handelt, dann muss man das am Ende dann aus der Perspektive des Handelnden als Erfolg sehen. Je niedriger die Zinsen und je mehr Liquidität in die Märkte gegeben wird, umso mehr zeigen sich bei den Vermögenspreisen Übertreibungen, oder Steigerungen, die nicht rational nachvollziehbar sind. Und wir haben das durchaus bei den Aktienmärkten und wir haben es auch bei den Immobilienmärkten. Diese Liquidität und die niedrigen Zinsen, die wir zur Verfügung haben, die zeigen ihre Effekte. Und wir haben auch Inflation. Wenn wir auch keine Verbraucherpreis-Inflation haben, haben wir Vermögenspreis-Inflation im Augenblick.

Heinemann: Herr Stark, das ist alles relativ kompliziert, zumal für den Laien. Wir haben Christian Noyers Äußerung gehört, des französischen Zentralbankchefs. Auch Christine Lagarde, die Direktorin des Internationalen Währungsfonds, unterstützt Mario Draghis Politik, und vermutlich wird das auch der neue oder künftige Währungskommissar Pierre Moscovici tun. Das sind ja alles keine Anfänger. Gibt es da in Frankreich eine vollständig andere Wahrnehmung, oder in Südeuropa, der Geldpolitik und der Aufgaben der EZB?

Zentralbanken werden für Konjunkturpolitik eingespannt

Stark: Ja. Es zeigen sich jetzt doch die tief greifenden kulturellen Unterschiede in der Geldpolitik und in dem, was man als Stabilitätsorientierung versteht. Die Zentralbanken werden eingespannt für die Konjunkturpolitik, anstelle einer Fiskalpolitik oder mit der Fiskalpolitik zusammen. Das hat es in Zeiten der Deutschen Bundesbank so nicht gegeben. Nun, wir leben jetzt aber in einer anderen Welt mit einer Europäischen Zentralbank, mit einer europäischen Währung, und die Europäische Zentralbank muss auf den Durchschnitt der Entwicklungen in Europa achten. Das heißt, da wir im Moment eine sehr starke Auseinanderentwicklung im Euro-Gebiet auch haben, was die wirtschaftliche Entwicklung angeht, und zum Teil auch, was die Inflationsraten angeht, ist es für die EZB natürlich schwer, den richtigen Weg hier zu finden.

Verkrustete Wirtschaftsstrukturen sind das Problem

Aber man hat den Eindruck seit längerer Zeit, dass hier in erster Linie für die sehr schwachen Peripherieländer und auch größere Länder eine Geldpolitik verfolgt wird, die nicht notwendigerweise optimal ist für die deutsche Volkswirtschaft.

Heinemann: Nun sollte das Geld den Menschen dienen und nicht umgekehrt. Wenn in manchen Ländern die Hälfte der jungen Leute keinen Job hat, hört der Spaß doch mal irgendwann auf und dann müsste doch nur noch eins zählen, nämlich wie gibt man diesen Menschen schnellst möglichst eine Perspektive.

Stark: Ja! Warum gibt es so viele arbeitslose Jugendliche? Hier haben wir es mit einem Phänomen zu tun, das seit über 20 Jahren besteht. Vor 20 Jahren war die Arbeitslosigkeit der Jugendlichen in Spanien genauso hoch wie heute. Das darf man nicht vergessen und ist nur durch einen Immobilien-Boom überlagert worden. Hier geht es wirklich um Strukturprobleme, die nicht mit mehr Geld gelöst werden können. Allenfalls kann man mit mehr Geld etwas Zeit kaufen.

Aber die verkrusteten Wirtschaftsstrukturen in einigen Ländern, die verloren gegangene Wettbewerbsfähigkeit auf den internationalen Märkten, da muss man ansetzen. Die Politik in manchen Ländern neigt immer dazu, den Sündenbock woanders zu sehen und ja nicht in den eigenen Versäumnissen in der Vergangenheit, sondern dass dann eine Europäische Zentralbank oder ein anderes Land sozusagen den Motor, die Lokomotive spielen soll. Aber das lenkt nur ab von den wirklich tief greifenden Problemen in einigen Ländern. Manche Länder sind wirklich reformunfähig oder sogar unwillig. Das muss man einfach sehen. Das kann man nicht mit sehr viel Geld, sei es von der Zentralbank, sei es über die Europäische Investitionsbank oder andere Quellen, kurzfristig beheben. Hier ist ein langfristiges Konzept notwendig, so schwerwiegend, das im sozialpolitischen Bereich dann auch sein mag.

Heinemann: Jürgen Stark, der ehemalige Chefvolkswirt und Direktoriumsmitglied der Europäischen Zentralbank. Herr Stark, danke schön für das Gespräch und auf Wiederhören.

Stark: Auf Wiederhören.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Der Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.

Der Euro ist nicht nur wegen Griechenland schwach

Der Euro ist immer weniger wert. Sorgen um den Sparwillen der Griechen und einen etwaigen Austritt des Landes aus der Währungsunion belasten den Kurs. Doch es gibt noch mehr Gründe, warum der Euro schwächelt.

05.01.2015



© DPA Der Euro verliert zum Dollar immer mehr an Wert - und der Trend dürfte wahrscheinlich anhalten.

Der Eurokurs fällt und fällt: Am Montagmittag markierte die Gemeinschaftswährung mit 1,18605 Dollar zeitweise den tiefsten Stand seit 2006 und stand zuletzt bei 1,189 Dollar. Noch vor einem Jahr bekam man für einen Euro 1,37 Dollar. Was ist passiert?

Für Unsicherheit sorgt derzeit Griechenland. Drei Wochen vor der vorgezogenen Parlamentswahl am 25. Januar ist die Debatte über einen **möglichen Austritt des Landes aus dem Euroraum** neu entbrannt. Die reformkritische Syriza führt mit dem Politiker Alexis Tsipras weiter die Umfragen an. Anleger fürchten, dass die Euro-Krise im Falle eines Wahlsieges der Syriza wiederaufflammen könnte. Die Partei hat bereits angekündigt, die Vereinbarungen mit den internationalen Geldgebern ändern und den Sparkurs lockern zu wollen. Laut Berichten der Zeitschrift „Der Spiegel“ ist die Bundesregierung mittlerweile bereit, Griechenland notfalls aus der Euro-Zone ziehen zu lassen. Die EU-Kommission beharrt dagegen darauf, dass die Mitgliedschaft im Euro unwiderruflich sei. Die Angst vor einem Ende der Sparpolitik in Griechenland und einem möglichen Euro-Austritt belasten die europäische Währung.

Doch das ist bei weitem nicht der einzige Grund, **warum der Euro momentan schwächelt**:

Ein weiterer ist die **gute Konjunktur in Amerika**. Da es mit der Wirtschaft in den Vereinigten Staaten mittlerweile besser läuft, steigt die amerikanische Zentralbank Federal Reserve (Fed) langsam aus ihrer lockeren Fiskalpolitik aus. Experten erwarten, dass die Fed den Leitzins im Frühjahr erstmals seit Jahren wieder anheben könnte. Schon im Oktober hatte die amerikanische Notenbank damit aufgehört, Staatsanleihen in großem Stil aufzukaufen. Da eine restriktive Geldpolitik die im Umlauf befindliche Geldmenge, also die Liquidität, reduziert, steigt der Wert des Dollar durch Maßnahmen wie die Erhöhung des Leitzinses.

Außerdem belasten Spekulationen über einen unmittelbar bevorstehenden **Kauf von Staatsanleihen durch die Europäische Zentralbank (EZB)** den Euro. Schon seit geraumer Zeit fährt die EZB einen geldpolitisch expansiven Kurs: Sie kaufte Staatsanleihen der Krisenländer auf und senkte den Leitzins, für den Banken ihr Geld leihen, auf nie gekannte Tiefstände. Momentan befindet er sich auf einem Rekordtief von 0,05 Prozent, und da wird der Leitzins wegen der schwachen Konjunktur im Euroraum wohl noch länger bleiben.

In einem „Handelsblatt“-Interview vom Freitag hatte EZB-Präsident Mario Draghi gesagt, das Risiko, dass die EZB ihr Mandat der Preisstabilität nicht erfüllen könne, sei höher als vor sechs Monaten. Die Vorbereitungen für „gegebenenfalls notwendige zusätzliche Maßnahmen“ liefen, um ein weiteres Absinken des Preisniveaus zu verhindern. Der Markt habe diese Äußerungen dahingehend gedeutet, dass Draghi zum Kauf weiterer Staatsanleihen im großen Stil bereit ist, sagt etwa Shin Kadota von Barclays in Tokio. Händler in Frankfurt gehen davon aus, dass die EZB schon im Januar mit dem Anleihekaufprogramm beginnen könnte. So pumpt die europäische Notenbank noch mehr Liquidität in die Wirtschaft, in der Hoffnung, sie wieder zum Laufen zu bringen. Doch da immer mehr Geld im Umlauf ist, verliert der Euro zunehmend an Wert.

Da so der Leitzins in den **Vereinigten Staaten** voraussichtlich steigt, während der in der **Eurozone** niedrig bleibt, wird die **Zinsdifferenz** zwischen beiden Regionen **immer größer**. Das verstärkt den Effekt nochmals, da nun Kapital von Europa tendenziell in die Vereinigten Staaten abfließt und so der Dollar gegenüber dem Euro zusätzlich gestärkt bzw. der Euro gegenüber dem Dollar geschwächt wird.

Und so wird es wohl weitergehen, wenn man den Experten glaubt: Laut Volkswirten könnte der Wert des Euro weiter auf 1,15 Dollar sinken. Die Deutsche Bank prognostiziert für 2017 sogar ein paritätisches Verhältnis von 1:1.

109,116

Le chômage baisse dans la plupart des pays européens... mais pas en France

Par [Marie Bartnik](#)

Publié le 05/01/2015 à 15:19



Le nombre de chômeurs a baissé en Espagne en 2014, pour la deuxième année consécutive. Une baisse du chômage est également observée au Royaume-Uni, en Irlande, au Portugal, en Grèce... Mais pas en France, en Italie et en Finlande.

En Europe, la France fait désormais figure de triste exception. Alors que l'Hexagone a recensé **27.400 chômeurs supplémentaires en novembre** et 181.000 depuis le début de l'année, la plupart de ses voisins peuvent se targuer d'avoir inversé la fameuse «courbe du chômage». **Avec 253.000 chômeurs de moins en 2014**, l'Espagne fait figure, elle, de bonne élève. Mais ces derniers mois, l'Allemagne, l'Irlande, la Grèce, le Portugal, les pays baltes, les Pays-Bas, la Pologne ou encore le Royaume-Uni ont tous enregistré une baisse de leur taux de chômage, selon Eurostat. Seuls la France, l'Italie ou encore la Finlande ne bénéficient pas de cette spirale positive.

En cause, dans ces pays, une croissance atone qui peine à créer de l'emploi. Alors que le PIB français, au deuxième trimestre, a stagné sur un an, celui de l'Irlande a progressé, sur la même période, de 6,5%, celui du Royaume-Uni de 3,2%, celui de l'Espagne de 1,2% et celui du Portugal de 0,9%. «Dans les pays anglo-saxons, les principaux freins pesant sur la demande semblent à présent levés», note l'Insee dans **sa dernière note de conjoncture**. Le reste de la zone euro reste pénalisé par une demande intérieure en berne. Mais la France, l'Italie et la Finlande réalisent des performances particulièrement négatives (respectivement 0%, -0,4% et -0,1%). Difficile, dans ces conditions, de faire baisser le chômage de part et d'autres des Alpes.

Contrats zéro heures

Les pays du Sud de l'Europe - la Grèce, l'Espagne et le Portugal - engrangent aussi le fruit des réformes engagées pendant la crise. Pris dans la tourmente financière ces dernières années, ils ont renforcé la compétitivité de leurs économies. L'Espagne a par exemple réformé son marché du travail, facilitant les licenciements comme les baisses de salaires. Pour créer des emplois, une croissance moins forte qu'avant la crise y est aujourd'hui nécessaire. La piste de la modération salariale a **également été empruntée par Lisbonne**. Quant à la Grèce, elle **retrouve le chemin de la croissance** après plusieurs années de réformes drastiques et douloureuses. Le taux de chômage n'en reste pas moins extrêmement élevé.

Dans plusieurs pays européens, la baisse du chômage ne va d'ailleurs pas sans contreparties. Au Royaume-Uni, où il ne dépasse pas 6%, les contrats de travail ultra-flexibles, comme les contrats «zéro heure» (le salarié peut être convoqué à la dernière minute) se sont développés, et avec eux le nombre de travailleurs pauvres en situation précaire. En Espagne, outre la baisse des salaires, les contrats de travail à temps temporaires et à temps partiel ont progressé. Mais avec un taux de chômage qui culmine encore à près d'un quart de la population active, difficile pour les Espagnols de refuser une opportunité de travailler...

109,117

Goldnadel: pourquoi de plus en plus de juifs quittent la France

Par [Gilles William Goldnadel](#) Mis à jour le 05/01/2015 à 13:29

○ Publié le 05/01/2015 à 13:24



FIGAROVOX/CHRONIQUE- Gilles-William Goldnadel analyse un phénomène en pleine expansion: l'émigration des juifs de France. Il y voit la conséquence de la crise identitaire qui traverse notre pays.



Gilles-William Goldnadel est avocat et écrivain. Il est secrétaire national à l'UMP chargé des médias. Il préside par ailleurs l'Association France-Israël. Toutes les semaines, il décrypte l'actualité pour FigaroVox.

Le 1er janvier la communauté franco-Israélienne de la ville côtière de Natanya m'a fait l'honneur de m'inviter à prononcer une conférence. J'étais censé disserter sur l'interminable conflit israélo-palestinien, mais mon auditoire était bien plus intéressé à m'entendre décrire la situation française. Surtout, les derniers chiffres de l'Alya des juifs de France venaient d'être rendus publics: 7000 nouveaux immigrants pour l'année 2014. Davantage encore que durant l'année précédente qui était déjà une année record. Les années moyennes, le chiffre dépassant à peine les 2000. Plus de doute, les juifs quittent la France. Pas seulement pour Israël (si l'on compte les États-Unis et le Canada, ils auront été 10 000 à émigrer), non de manière massive, mais désormais régulière et significative.

À l'issue de mon intervention, et comme de rigueur dans les conclaves mosaïques, des intervenants nombreux posent de fausses questions qui sont en réalité de vraies allocutions. L'assemblée est nombreuse et hétéroclite, des jeunes et des vieux, des hommes et des femmes, des anciens immigrants bien intégrés dans cette cité populaire, francophone et séfarade et de nouveaux arrivants fraîchement débarqués. Un industriel d'une quarantaine d'années se lève pour intervenir. Il est Israélien depuis 2 ans. Il résume bien le sentiment général. Il est sioniste, mais ce n'est pas pour cela qu'il est aujourd'hui Israélien. Il craint pour la sécurité des juifs de France, mais ce n'est pas seulement pour cela qu'il a quitté avec sa famille un pays qu'il aime. D'ailleurs, et comme on l'a vu récemment, tous les Français sont en danger.

Plus de doute, les juifs quittent la France. Non de manière massive, mais désormais régulière et significative.

Je m'autorise à l'interrompre pour lui faire poliment remarquer qu'Israël ne saurait non plus être considéré comme un havre très sûr, en lui rappelant les chauds mois d'été, passés sous les missiles venus de Gaza. Il m'en donne volontiers acte mais poursuit. C'est surtout une question de dignité, dit-il. Et j'ai mal pour la France et pour tous les Français. Il faudrait faire quelque chose pour sauver la France suicidaire, conclut-il non sans candeur grandiloquente. D'autres intervenants blâment une idéologie socialiste qui a magnifié le danger

d'extrême droite pour sous-estimer un antisémitisme islamo-gauchiste plus dérangeant. Ils savent en le disant qu'ils ne vont pas trop me fâcher... Le malaise des juifs de France ne saurait en effet se résumer à une peur sécuritaire dramatiquement justifiée, amplifiée par les tragiques souvenirs qui leur font craindre une réaction tardive. Au-delà d'un antisémitisme mutant qui n'a plus rien de nouveau, les juifs se considèrent désormais comme les premiers inscrits sur la liste des victimes françaises du racisme antifrançais.

L'émigration des juifs de France correspond, dans sa forme aiguë, davantage à une crise identitaire qui frappe de nombreux Français qui voient leurs racines arrachées mais dont certains peuvent, eux, trouver une réponse positive au sein d'une nouvelle patrie, juive certes, mais qui ne mettra en question ni leur francité, ni leur attachement à la démocratie. Les juifs qui quittent la France ne le font pas dans l'allégresse, ni dans le désarroi. Ils le font dans la résignation. Ils ne voient pas, au regard de la politique actuelle menée par les gouvernants, ou dans le regard de certains médias dont ils connaissent l'aveuglement, ce qui pourrait inverser la courbe du renoncement français.

Au-delà d'un antisémitisme mutant qui n'a plus rien de nouveau, les juifs se considèrent désormais comme les premiers inscrits sur la liste des victimes françaises du racisme antifrançais.

On aimerait pouvoir contester leur pessimisme. On sait que celui-ci n'a pas très bonne presse au sein d'une idéologie qui décrète l'obligation d'avoir peur du noir mais l'interdiction de craindre le vert et le rouge. Hélas, les faits sont cruels pour les tenants du tout va bien madame l'immigration, du prêchi-prêcha du vivre ensemble, du nous inclusif et solidaire ou de l'en commun. Prenons donc la lutte contre la judéophobie. A quoi rime, au-delà de l'incantation rituelle, de proclamer le combat contre l'antisémitisme «grande cause nationale», si les bonnes paroles sont suivies de mauvaises actions? Non que le pouvoir soit hostile aux juifs, il est seulement aux abois.

Il suffit d'examiner les dernières initiatives du pouvoir socialiste pour se persuader, que dans son désarroi politique, électoral et intellectuel, celui-ci vient de se résoudre à infléchir à nouveau son discours et ses actes pour tenter de complaire aux banlieues, selon les recommandations de Terra Nova ou de quelques intellectuels d'extrême gauche qui avaient préconisé, on s'en souvient, de prendre désormais en considération «la dimension arabo-musulmane de la France».

Trop de signes concomitants, sinon inexplicables, en témoignent:

-Une politique de déni, comme je l'évoquais dans ma dernière chronique, et qui tend à relativiser, minorer ou dénaturer les dernières menées islamistes en France. On comparera avec la manière franche et crue dont le locataire de Matignon abordait le sujet lorsqu'il résidait encore place Beauvau.

-Un discours présidentiel au musée de l'immigration, dont le retard à l'inaugurer en dit long sur le sujet, et considérant désormais celle-ci comme «une chance pour la France», sans préciser s'il s'agissait d'une dernière petite blague, lui qui pendant sa campagne n'était pas loin de considérer qu'il y avait trop d'étrangers en France et s'était engagé à lutter âprement contre l'immigration clandestine.

-Des déclarations politiques synchrones et menées de concert avec une association prétendument antiraciste satellite, destinées à ranimer la question qui fâche et rallumer le torchon qui brûle, en allumant un bûcher sous les pieds d'un polémiste n'ayant pas assez de considération extatique pour l'immigration et trop de succès médiatique.

-Enfin, des initiatives sur le terrain du conflit israélo-palestinien, inexplicables autrement que par l'idéologie et les arrière-pensées communautaristes: un vote par les deux assemblées en faveur d'un État de Palestine, sans imposer aucune obligation de compromis à la partie arabe. Plus édifiante encore, l'approbation par la France- aux côtés de la Chine et la Russie- de la résolution palestinienne présentée au Conseil de Sécurité de l'ONU décrétant la création d'un État de Palestine dans les soi-disant frontières de 1967 avec Jérusalem-Est pour capitale, en cas d'échec des pourparlers israélo-palestiniens limités à un an.

Il suffit d'examiner les dernières initiatives du pouvoir socialiste pour se persuader, que dans son désarroi politique, électoral et intellectuel, celui-ci vient de se résoudre à infléchir à nouveau son discours et ses actes pour tenter de complaire aux banlieues

Je ferai grâce à mon lecteur de lui décrire pour quelles raisons multiples, le droit international, les accords d'Oslo, la sécurité d'Israël auraient été bafoués si, d'aventure, cette résolution n'avait pas été rejetée grâce à l'Australie, aux États-Unis et à l'abstention britannique ou de pays comme le Nigéria majoritairement musulman et le Rwanda qui savent le prix de l'islamisme et du génocide... Mais, au seul regard de mon propos visant à démontrer que les actuels gouvernants français sont prêts à sacrifier leurs principes et l'intérêt de leur pays sur l'autel de leur idéologie suicidaire et de leurs petits calculs politiques, ce vote, qui constitue également un camouflet diplomatique, est emblématique: la France avait déclaré urbi et orbi qu'elle ne voterait pas la résolution palestinienne, trop extrémiste et ne prenant en compte les préoccupations israéliennes, et qu'elle proposerait son propre texte: elle n'a pas honoré ses propres engagements. L'explication du revirement français par de sordides préoccupations communautaristes s'impose d'autant plus, qu'en la circonstance, il n'existait aucune pression diplomatique des états arabes qui ont actuellement des préoccupations plus existentielles à l'esprit.

Si, par hypothèse absurde, la résolution palestinienne avait été acceptée et un jour suivie d'effet concernant Jérusalem-Est, cela signifie que non seulement le Mur des lamentations, mais encore le Saint-Sépulcre seraient retournés entre des mains dont on sait la douceur pour les cultes juifs et chrétiens. De la part d'un pays qui s'est traditionnellement voulu le défenseur des chrétiens d'Orient, la mesure du renoncement et de l'abandon est abyssale. On est libre de quitter la France lorsqu'elle vous abandonne. Mais il n'est peut-être pas encore trop tard pour s'attacher à lutter contre cet abandon d'elle-même.

Ce devrait être même la première cause nationale.

Ifo-Chef Sinn: Tsipras hat das Problem verstanden

Griechenland muss nach Ansicht von Hans-Werner Sinn die Euro-Zone verlassen, sonst kommt es nicht wieder auf die Beine. Der Ifo-Chef setzt dazu ausgerechnet auf Syriza-Chef Alexis Tsipras.

06.01.2015



© EILMES, WOLFGANG  Hans-Werner Sinn

Es ist eine klare Ansage: Nur wenn Griechenland aus der Euro-Zone ausscheide, könne es eine Staatspleite abwenden. Diese Meinung vertritt der Chef des Münchner Ifo-Instituts Hans-Werner Sinn gegenüber [„Handelsblatt Online“](#): „Es steht ein weiterer Staatskonkurs mit einem heftigen offenen oder versteckten Schuldenschnitt an, dem in den kommenden Jahren immer wieder neue Kredite und Schuldenschnitte folgen werden, wenn das Land seine Wettbewerbsfähigkeit nicht durch den Austritt aus dem Euro und eine Abwertung seiner Währung wiederherstellt“, sagte Sinn dem Portal.

Sinn setzt dabei auf den Chef der radikalen Syriza-Partei, Alexis Tsipras. Dieser sei einer der wenigen griechischen Politiker, „die die Natur des Problems verstanden haben und deshalb bereit sind, Wagnisse einzugehen“, sagte der Ökonom. Dass Tsipras die griechischen Reparationsforderungen gegenüber Deutschland wieder auf den Tisch legen wolle, gehöre allerdings zu den „vielen unerfreulichen Aspekten des Geschehens“.

Sinn: Dringender Handlungsbedarf

Drei Wochen vor der Neuwahl in Griechenland war am Wochenende eine Diskussion über einen Euro-Austritt des Krisenlandes entbrannt. [Nach einem „Spiegel“-Bericht halten Bundeskanzlerin Angela Merkel und Finanzminister Wolfgang Schäuble \(beide CDU\) diesen Schritt inzwischen für verkraftbar.](#) Ein Sieg der Linkspartei Syriza gilt bei der Wahl als sicher. Tsipras hat angekündigt, im Fall eines Wahlsiegs die Vereinbarungen [über den Sparkurs mit der Troika aus Europäischer Union, Europäischer Zentralbank \(EZB\) und Internationalem Währungsfonds aufzukündigen, stattdessen ein Wohlfahrtsprogramm aufzulegen und über einen Schuldenerlass zu verhandeln.](#)

Sinn sieht dringenden Handlungsbedarf, zumal sich die Lage in Griechenland seit Jahren verschlechtert. „Die griechische Wirtschaftssituation ist unerträglich für die Bevölkerung, und die fortwährenden Neukredite sind unerträglich für die Staatengemeinschaft“, sagte Sinn „Handelsblatt Online“. Griechenland habe heute doppelt so viele Arbeitslose wie noch im Mai 2010. Damals sei der Euro-Austritt des Landes unter Bruch von Artikel 125 des EU-Vertrages durch öffentliche Kredite der Staatengemeinschaft verhindert worden, und es sei beteuert worden, das Land komme schnell wieder auf die Beine.

„Die Wahrheit ist, dass Griechenland einen Einbruch der Industrieproduktion gegenüber dem Vorkrisenniveau um etwa 30 Prozent erlebt hat, dass es nach wie vor meilenweit von der preislichen Wettbewerbsfähigkeit seiner Wirtschaft entfernt ist“, sagte der Ifo-Chef. So seien die griechischen Löhne doppelt so hoch wie die polnischen. Zudem fahre das Land nach dem Staatskonkurs des Jahres 2012 immer noch „riesige Staatsdefizite“ ein, die von der EU-Kommission „mühsam und trickreich geschönt“ werden müssten, obwohl die EZB alles versucht habe, die Zinsen auf griechische Staatspapiere zu drücken.

Ist das alles iranisch gemeint?

Die heftigen Reaktionen auf Michel Houellebecqs Islamisierungs-Horrorwerk „Unterwerfung“ in Frankreich verraten viel über das Land: Der Autor hat ihm eine Falle gestellt, und alle tappen hinein.

06.01.2015, von JÜRGEN ALTWEGG



© AFP  Spielt mit den kollektiven Ängsten: Michel Houellebecq

„Meiner Meinung nach hat er sie erreicht“, bilanziert die Kritikerin der Zeitung „Le Temps“. Sie meint die Grenzen der Provokation und die Gipfel der Geschmacklosigkeit. Und nennt Michel Houellebecqs „Soumission“ einen „gescheiterten hervorragenden Roman“: „Er spielt mit dem Feuer, er alimentiert die abstrusen Theorien rechtsextremer Ideologen.“



Autor: Jürg Altwegg, Jahrgang 1951, Kulturkorrespondent mit Sitz in Genf. Folgen:

„Die rechten Schriftsteller sind zurück“, stöhnt Chefredakteur Laurent Joffrin in „Libération“. Seine Zeitung widmete Houellebecq am Samstag die ersten Seiten. Der Schriftsteller hat seinem Roman den Titel von Theo van Goghs letztem Film gegeben. Der niederländische Regisseur projiziert Verse aus dem Koran auf den nackten Körper einer geschlagenen Frau. Nach der Ausstrahlung im Fernsehen wurde er ermordet. Sex und Islam sind die Kampfzonen von Houellebecqs Romanen.

„Es ist erlaubt, einem Autor schriftstellerische Qualitäten zu bescheinigen und seine Ideen zu bekämpfen“, schreibt Laurent Joffrin: „Wie bei Céline, Morand oder Chardonne“, aber auch Brasillach und Drieu la Rochelle. Die seit 1945 verfemten rechten Schriftsteller sind bekanntlich nicht die schlechtesten.

Houellebecqs Ironie wird verkannt

„Die rechten Kritiker täuschen sich übrigens nicht“, schreibt Joffrin über die ersten Rezensionen: „Sie nehmen Houellebecq beim Nennwert.“ Seine „Unterwerfung“ handelt von der Wahl eines Muslims zum französischen Präsidenten und der Islamisierung des ganzen Landes. Mit Ben Abbès bekommt Frankreich - in der Sicht Houellebecqs - als Präsidenten endlich einen würdigen Nachfolger Mitterrands, der einer linken Ideologie huldigte und heimlich die rechten Schriftsteller liebte.

Auch der linke Chefredakteur Joffrin hat nicht viel Gespür für Houellebecqs Ironie und Satire. Er zitiert Alain Finkielkraut, der „Unterwerfung“ als Meisterwerk absegnete: „Wenn die Journalisten unsere irrationalen Ängste und Phantasmen der Einwanderung beklagen“, so Finkielkraut, „wird die Wirklichkeit zum Anliegen der Literatur, zumindest der mutigen Schriftsteller.“

Für Finkielkraut unterschlagen, zumindest beschönigen die Zeitungen aus Gesinnungsgründen die Realität. Mit Denkverboten und Verdrängung hat man in Frankreich viel Erfahrung. In dieser Marktlücke schreibt und gedeiht Houellebecq. Doch in Frankreich redet man nur noch aneinander vorbei und verdreht die Argumente der anderen. Joffrin will Finkielkrauts Lob auf Houellebecq partout nicht verstehen: „Anders gesagt, täuschen sich ‚Libération‘ und einige andere, wenn sie die Thesen der Rechtsextremen zur Einwanderung ablehnen. Und es ist Houellebecq, der die Wahrheit sagt.“

Eine Farce auf den Antifaschismus

Doch um irgendeine Wahrheit geht es dem Schriftsteller zu allerletzt. Und Finkielkraut sagt etwas ganz anderes. Und man kann im Roman auch unmöglich eine Parteinahme für die Rechtsextremen ausmachen. Allerdings führt Houellebecq die Art und Weise, wie sie bekämpft werden, mit Hochgenuss ad absurdum. Sein Roman ist eine Farce des Antifaschismus. Eine Satire auf die Vergangenheitsbewältigung. Auf die bekehrten ehemals marxistischen Intellektuellen, die Stalin, Mao und Pol Pot verehrt hatten und sich mit fliegenden Fahnen Ben Abbès anschließen. Sie hatten im Namen ihrer Bekehrung von den Ideologien, die sie eine antitotalitäre Aufklärung nennen, Diktatoren von Saddam Hussein bis Gaddafi als Wiedergänger Hitlers bekämpft und die Kriege gegen sie propagiert. In ihrem manichäischen Weltbild wurden

Minderheiten im Visier des Rechtsextremismus - Muslime, Einwanderer, Homosexuelle, Schwarze, Juden - zu antifaschistischen Hoffnungsträgern und unterscheidungslos zu Opfern verklärt, als seien sie alle für „ethnische Säuberungen“ bestimmt.

In diesem überhitzten, ideologisch aufgeladenen Pariser Klima ist eine pragmatische Diskussion unmöglich geworden. Es geht fast nur noch um verbale Entgleisungen und die ideologische Exkommunikation.

Le Pens Aufstieg wurde nicht gebremst, sondern von der Rückkehr der verdrängten Vergangenheit und der kulturellen Hegemonie des Antifaschismus beschleunigt. Er verstand es, sie mit seinen antisemitischen Provokationen skrupellos zu nutzen. 2002 kam er in die Stichwahl und wurde bekämpft, als ginge es nochmals darum, Widerstand gegen Pétain und Vichy zu leisten. Jene, die im ersten Durchgang nicht zur Wahl gegangen waren, demonstrierten auf der Straße.

Dieses Schreckensszenario spinnt Houellebecq weiter. Hollande wird 2017 nur wiedergewählt, weil Marine Le Pen in die Stichwahl kommt. Nach ihrer Niederlage gelangte sie zur Einsicht, „man habe als Frau wie Angela Merkel auszusehen, um an den Gipfel der Macht zu gelangen, und so ahmte sie die Respekt gebietende Ehrwürdigkeit der deutschen Bundeskanzlerin bis hin zu ihrer Frisur und dem Schnitt ihrer Blazer nach“. Nochmals fünf Jahre später lässt Houellebecq den französischen Vichy- und Vergangenheitskomplex mit all seinen Zwängen in einen politischen Urknall münden. Um Marine Le Pen zu verhindern, unterstützen die Politiker den islamischen Politiker Ben Abbès. Statt des historischen Faschismus, den die Intellektuellen nach 1945 verdrängten und später im nachhinein bekämpften, bekommen sie den Islam in seiner faschistischen Variante. Und sind nicht heldenhafter, als sie es unter der deutschen Besatzung waren.

Schrecken der Kollaboration

Man liest die beklemmende Schilderung von Frankreichs fortschreitender und friedlicher Islamisierung stets vor dem Hintergrund der dreißiger und vierziger Jahre, nicht nur, weil Ben Abbès die Arbeitslosigkeit besiegt. Unerbittlich ist Houellebecqs Beschreibung der französischen Bereitschaft zur Kollaboration.

Auch François, der Antiheld der „Unterwerfung“ und Houellebecqs Alter Ego, konvertiert zum Islam. Für Politik hat er sich nie interessiert. Als Professor suchte er sich seine Gespielinnen unter den Zweitsemestern aus, er liebte ihre kurzen Röcke. Jetzt müssen sie Schleier tragen. An der von den Saudis kontrollierten Sorbonne bekommt François ein viel höheres Gehalt. Und drei Frauen, die er gar nicht erst verführen und erobern muss. Die jüngste ist 15 Jahre alt - im Jargon Houellebecqs: Frischfleisch. Mit dem Islam teilt er das Ideal von der unemanzipierten und verfügbaren Frau. Die einzige Kampfzone, die wirklich zählt, ist die Sexualität. Seinen Vorstellungen von ihr entspricht die Polygamie - in früheren Romanen waren es die Bordelle in Thailand und die obligatorische Freizügigkeit einer Sekte.

Inzwischen hat sich Michel Houellebecq bereits zu den französischen Rezensionen geäußert. Er habe sich in die Haut eines Muslims in Frankreich zu versetzen versucht und erkannt, wie sehr sich dieser in einer schizophrenen Lage befinde. Die Gründung einer islamischen Partei erscheine ihm als durchaus logisch. Weiter schwadroniert er von einer „Beschleunigung der Geschichte“. Und räumt ein, dass er sehr wohl mit den Ängsten spiele, vor allem den kollektiven. Damit tut er genau das, was das Wesen der Literatur ausmacht und was die Zeitungen besser lassen. Und anders auch als die Politik darf die Fiktion die politische Korrektheit bis aufs Blut ausreizen und ungestraft mit den Klischees und - seien es auch nur vermeintliche - Denkverböten jonglieren.

Genaues Porträt der französischen Gesellschaft

In die Falle, die Houellebecq Frankreich mit seiner „Unterwerfung“ gestellt hat, tappt selbst sein Bewunderer Finkielkraut, der über ein hervorragendes literarisches Urteilsvermögen verfügt. Houellebecq, sagte Finkielkraut im „Journal du Dimanche“, skizziere „eine Zukunft, die keine Gewissheit ist, aber sehr plausibel“. Nein, auch mit scheinbar rationalen Untertreibungen kommt man Houellebecq nicht bei. Als negative Utopie oder Antizipationsroman wie „1984“ darf man die „Unterwerfung“ schon gar nicht lesen.

Selbst die Deutungen als Abgesang auf das Abendland und Aufruf zum Widerstand im Kulturkampf, wie sie in rechten Publikationen wie dem „Figaro“ oder „Le Point“ vorgenommen werden, gehen zu weit.

Für den Leser des Romans gibt es auf die Frage, ob Houellebecq seine Fiktion in der Wirklichkeit fürchtet oder herbeisehnt, im Buch selber keine Antwort. Es ist ein phänomenales, genaues Porträt der französischen Gesellschaft, vor allem ihrer Medien und der politischen Klasse, deren Personal unfreiwillig und ungefragt in Nebenrollen auftritt, wobei der Autor vor herrlichen Überzeichnungen nicht zurückschreckt. Rücksichtslos beschreibt er in eher platten Sätzen die französischen Realitäten, Tabus, Alpträume und Obsessionen. Es ist ein heilsames, ein blasphemisches Buch - eine Komödie, von der vielleicht sogar eine Katharsis ausgehen kann. Grund für eine Fatwa gegen Houellebecq hat nur Frankreich.

109,123

Alain Finkielkraut : "Le parti de Houellebecq, c'est le neutre"

INTERVIEW - *Soumission*, le nouveau Michel Houellebecq, est l'événement de la rentrée 2015. Le philosophe Alain Finkielkraut l'a lu pour nous.

***Soumission* s'inscrit parfaitement dans l'œuvre de Michel Houellebecq.**

Le célibataire sans enfant a coutume de dire "après moi, le déluge" mais, comme le héros de *Soumission*, un universitaire spécialiste de Huysmans, Michel Houellebecq est assez lucide pour penser que le déluge aura lieu avant son propre trépas. Il n'a même d'yeux que pour la catastrophe finale et pour ce qui lui succédera. Marient, comme personne avant lui, le flegme et le désespoir, ce Droopy littéraire pose, de roman en roman, la même question simple et vertigineuse : une fois notre civilisation définitivement éteinte, de quoi demain sera-t-il fait? Après avoir examiné l'hypothèse biotechnologique dans *Les Particules élémentaires* (1998) et *La Possibilité d'une île* (2005), l'hypothèse touristique dans *La Carte et le Territoire* (2010), il met en scène l'hypothèse islamique dans *Soumission*. Ces possibilités ne sont pas exclusives les unes des autres, mais la dernière est indubitablement la plus subversive. Au début de ce siècle, on avait déjà fait un procès à Michel Houellebecq pour ses propos sur l'islam. Claude Lévi-Strauss s'en était étonné. "Un tel procès aurait été inconcevable il y a un demi-siècle", confiait-il à Didier Eribon, étrangement muet pour la circonstance. Aujourd'hui, Tristes Tropiques serait passible des tribunaux. La presse, Didier Eribon en tête, se déchaînerait. Il faudra donc une grande mauvaise foi aux journaux, qui de *L'Obs* aux *Inrocks*, célèbrent les œuvres "dérangeantes" tout en traquant le moindre "dérapage", pour encenser le dernier Michel Houellebecq. Ce serait, de leur part, un authentique exploit que de ne pas s'apercevoir qu'ils sont, eux, et leur antiracisme idéologique, ridiculisés par ce livre.

Les polémiques auxquelles vous avez fait face, vous et Michel Houellebecq, ne sont pas nées de vos livres mais de vos propos dans les médias.

J'ai eu droit, en 2005, à un véritable lynchage médiatique pour un entretien dans un journal israélien qui m'avait tendu un piège. Mais quand j'ai écrit *L'Identité malheureuse*, ce livre qui n'était pas polémique, que j'ai longuement médité, a suscité malgré moi une polémique très violente. Cette deuxième querelle était beaucoup plus facile à vivre que la première car c'était moi et ma pensée qui étions en cause.

«Michel Houellebecq a le génie du détail signifiant»

La presse vous a souvent reproché d'être un Cassandre.

Cette appellation se retourne contre ceux qui l'emploient sans cesse car, comme le dit Michel Houellebecq dans *Soumission*, **Cassandre, dans la mythologie grecque, offre l'exemple de "prédications pessimistes constamment réalisées" et que les Troyens refusent de prendre en compte.** Les journalistes de centre gauche, c'est-à-dire comme il le dit aussi, tous les journalistes, ne font que répéter l'aveuglement des Troyens. Ils ne veulent pas voir ce qui arrive.

***Soumission* est, avant tout, le roman d'un excellent écrivain.**

Michel Houellebecq a le génie du détail signifiant. Il met en italique les expressions d'époque et, tout en nous racontant une histoire singulière, avec des personnages très incarnés, il nous convie à un dévoilement du monde. Il mêle avec un art consommé le concret et l'abstrait, le narratif et le philosophique. Sa force comique vient du fait qu'au lieu d'être prisonnier de l'esprit du temps ou de le combattre, il le regarde de l'extérieur. Son impassibilité est absolument irrésistible.

On rit beaucoup à la lecture de *Soumission*.

J'ai ri sans cesse mais le rire que suscite Houellebecq n'est pas celui des humoristes modernes, dont Raymond Queneau disait déjà qu'ils tendent "à tout déprécier, à tout abaisser, car ils ne peuvent tolérer qu'il puisse exister parfois quelque grandeur". J'ai ri, par exemple, à sa comparaison entre les femmes d'Orient et celles d'Occident : "Vêtues pendant la journée d'impénétrables burqas noirs, les riches Saoudiennes se transformaient le soir en oiseaux de paradis, se paraient de guépères, de soutien-gorge ajourés, de strings ornés de dentelles multicolores et de pierreries ; exactement l'inverse des Occidentales, classe et sexy pendant la journée parce que leur statut social était en jeu, qui s'affaissaient le soir en rentrant chez elles, abdiquant avec épuisement toute perspective de séduction, revêtant des tenues décontractées et informes."

Michel Houellebecq, lecteur de Pascal, doit-il à sa formation scientifique de regarder l'agitation des hommes sans aucun pathos?

Vous avez sans doute raison et je n'oublie pas non plus l'admiration de Michel Houellebecq pour un philosophe aussi systématique qu'Auguste Comte. Mais je le comparerais à d'autres romanciers. Josyane Savigneau dit partout que Pastorale américaine, roman bouleversant, c'est "Philip Roth pour les nuls" car il s'agit d'un roman réaliste. Elle le dit même à Philip Roth qui répond, effaré, qu'il n'a jamais écrit que des romans réalistes. De même Michel Houellebecq. Ce qui l'intéresse, c'est le réel dans sa totalité. La littérature est pour lui un instrument de connaissance et je ne l'imagine pas parler de l'importance dans sa vie de l'"écriture". Michel Houellebecq n'est pas de ceux qui écrivent sans complément d'objet. Il écrit des romans et des poèmes et, à chaque fois, il vise par les mots la vérité des choses.

Il dit dans *Soumission* qu'un livre qu'on aime, c'est un livre dont on aime l'auteur.

Pour moi, penser, c'est vivre avec des auteurs et tenir leurs livres sans cesse ouverts devant moi. Barthes parlait de la lecture de Proust comme d'une consultation biblique. Je ne peux pas vivre et réfléchir sans Péguy, Kundera, Levinas, Hannah Arendt, Vassili Grossman. Et d'ailleurs, une fois terminé *Soumission*, j'ai commandé *En ménage*, de Huysmans, ce roman sur le bonheur tiède des vieux couples. Cette tiédeur m'a été épargnée, mais le sujet me passionne et je regrette qu'il soit trop tard pour intégrer Huysmans à *Et si l'amour durait*. Houellebecq sait nous rendre cet auteur oublié infiniment présent.

«Cet avenir n'est pas certain, mais il est plausible»

Michel Houellebecq a une culture classique : Schopenhauer, Pascal, Huysmans.

Michel Houellebecq a une vraie culture et une vraie liberté avec les grands textes. Mais si Huysmans tient une si grande place dans *Soumission*, c'est parce qu'il l'aide à approfondir son sujet. Huysmans "sort du tunnel" en se convertissant au catholicisme mais c'est parce qu'il est "grisé par son atmosphère d'encens et de cire" et non parce qu'il a rencontré Dieu. De même, selon Michel Houellebecq, l'Occidental du début du nouveau millénaire, désabusé du mariage d'amour, et infiniment las des sites de rencontres pour célibataires exigeants, cédera en choisissant l'islam pour l'attrait érotique de la polygamie. C'est la grande ironie du livre que de fonder la victoire d'une civilisation de l'exclusion des femmes sur son potentiel érotique. Peut-être serons-nous un jour vaincus par la force du nombre, et j'ai pensé à *Soumission* quand j'ai appris que le Qatar avait célébré sa fête nationale au Parc des Princes, à Paris, lors du match PSG-Montpellier en présence de Manuel Valls, l'actuel Premier ministre, et de Nicolas Sarkozy, ancien président de la République. Mais là où Houellebecq se trompe, c'est quand il s'imagine que nous pourrions nous accommoder de la disparition des femmes de l'espace public. Les anciens et les modernes se ligueront pour empêcher cela. La France est depuis longtemps, comme l'écrivait David Hume, "la patrie des femmes" et je conseillerais au héros de Houellebecq d'étudier, à côté de Huysmans, son contemporain, le poète Germain Nouveau : "Puisqu'on voit en France les hommes/Céder à leur femme le pas/Et que les Croqueuses de pomme/Leur font mettre à tous chapeau bas..."

Michel Houellebecq est-il un provocateur et un conservateur?

J'ai parlé de Droopy, mais on pourrait tout aussi bien parler de Buster Keaton. Houellebecq ne provoque pas, il est en décalage. C'est une sorte d'étranger qui révélerait non l'absurdité du monde, comme celui de Camus, mais sa signification oubliée par ceux qui sont immergés en lui. Je ne suis même pas sûr qu'il soit un conservateur car il voit l'Europe agoniser sans jamais regarder en arrière, ni exprimer de regret. Il serait aussi absurde de voir la gauche récupérer Houellebecq, que la droite s'en prévaloir. Il a les yeux ouverts et ne se laisse pas intimider par le politiquement correct. C'est-à-dire le mensonge déconcertant qui, hélas, aujourd'hui, s'identifie avec la gauche. Mais il n'épouse aucune cause : son parti, c'est le neutre.

Est-ce qu'on ne sous-estime pas le second, troisième, quatrième degré de ses romans?

La bien-pensance ira chercher un deuxième degré pour ne pas rompre avec Michel Houellebecq et pour mieux s'acharner sur ceux qui partagent son inquiétude, mais ce n'est pas parce qu'il est extrêmement drôle qu'il ne faut pas prendre ce qu'il écrit pour argent comptant. Dans *Soumission*, il voit les grands partis dits "républicains" tisser une alliance avec la "Fraternité musulmane" pour faire barrage contre l'extrême droite. Et il imagine que cette islamisation douce se fera aux dépens des juifs, qui, telle son héroïne, Myriam, iront chercher leur salut dans l'insécurité d'Israël. Cet avenir n'est pas certain, mais il est plausible.

Avez-vous déjà rencontré Michel Houellebecq?

Je l'ai invité à Répliques. Il est insaisissable. Il ressemble incroyablement à ses romans.

Les nouveaux romans de Michel Houellebecq, Jean Rolin ou Virginie Despentes sondent la France d'aujourd'hui et de demain.

W. H. Auden disait : "Les mots du menteur rougissent, mais les chiffres du statisticien n'ont jamais honte." La sociologie contemporaine nous submerge de statistiques pour nous interdire de ressentir ce que nous ressentons et de voir ce que nous voyons. Son expertise disqualifie notre expérience et les journalistes prennent le relais pour dénoncer nos peurs irrationnelles et le fantasme de l'immigration de peuplement. Dans ces conditions, c'est à la littérature, ou du moins aux écrivains courageux, que le réel revient en héritage.

Soumission, Michel Houellebecq, Flammarion, 300 p., 19,95 euros (en librairies le 7 janvier).

L'Identité malheureuse, Alain Finkielkraut, Stock, 250 p., 19,50 euros.

109,124

Michel Houellebecq, le miroir de notre époque

Par [Solange Bied-Charreton](#) Publié le 06/01/2015 à 09:51



FIGAROVOX/TRIBUNE - Pour Solange Bied-Charreton, le romancier n'est ni un provocateur, ni un penseur, ni un politique : il est le peintre de la vie moderne.

Solange Bied-Charreton est écrivain. Son dernier roman «Nous sommes jeunes et fiers» est publié chez Stock.

«C'est un esprit d'une sécheresse supérieure parmi les Secs, une intelligence toute en surface, n'ayant ni sentiment, ni passion, ni enthousiasme, ni idéal, ni aperçu, ni réflexion, ni profondeur, et d'un talent presque physique, comme celui, par exemple, du gaufre ou du dessinateur à l'emporte-pièce, ou encore celui de l'enlumineur de cartes de géographie.» D'aucuns jugeraient que ces mots, écrits par Jules Barbey à propos de Flaubert, pourraient s'appliquer au romancier Houellebecq, dont la plus grande faute et la plus grande adresse sont d'avoir su endosser le rôle du «peintre de la vie moderne». L'expression baudelairienne s'étend jusqu'à la littérature romanesque, car c'est la visée même du romancier réaliste, qui entend rendre compte des mœurs de son temps, des tensions historiques, esthétiques et sociales de l'espace qu'il traverse.

Romancier «important» pour certains, «génie» pour d'autres, «faussaire» pour quelques-uns, Michel Houellebecq est au centre de ce qu'il reste du paysage littéraire français. Il y mérite sa place, plus que beaucoup de ses congénères. Cela ne nous renseigne pas directement sur le talent de l'écrivain, davantage sur l'état de cette littérature, dévastée depuis un demi-siècle par le Nouveau Roman, l'autofiction, l'émotion, la psychanalyse ou tout cela ensemble (l'idéal est toujours de s'illustrer dans ces champs respectifs par un seul ouvrage). Ainsi, il reste précisément trop peu de romanciers réalistes, trop peu de romanciers tout court, pour que nous ignorions le nom de Houellebecq, qui en est un.

C'est un reportage souvent cru et parfois trivial. Il y est question d'argent, de sexe, d'entreprises et de dépression, de résidences et de télévision. Si ce n'est pas du génie, c'est pourtant essentiel, tant il est essentiel qu'un écrivain s'échine à nous montrer ce que nous ne voyons plus, parce que nous le voyons trop.

Que fait Michel Houellebecq? Il peint ce qu'il voit, ce qu'il a sous les yeux. Souvent, il anticipe, alors il utilise le réel pour l'aggraver légèrement. Du libéralisme sexuel dans Extension du domaine de la lutte à l'effacement de l'identité française dans Soumission, des manipulations sur le vivant à la muséification des vieilles nations, en passant par l'échec de l'idéologie soixante-huitarde dans Les Particules élémentaires, il a simplement montré, depuis une vingtaine d'années, tout ce que notre regard capte chaque jour, quand ce n'est pas seulement la menace qui pèse sur notre société. C'est un reportage souvent cru et parfois trivial. Il y est question d'argent, de sexe, d'entreprises et de dépression, de résidences et de télévision. Si ce n'est pas du génie, c'est pourtant essentiel, tant il est essentiel qu'un écrivain s'échine à nous montrer ce que nous ne voyons plus, parce que nous le voyons trop.

Romancier sans compassion, car «descripteur» à la suite de Flaubert, toujours lui, dont Sainte-Beuve affirmait qu'il tenait «la plume comme d'autres un scalpel», ce digne héritier sans joie tend un miroir très froid à l'Occident. Il montre mais il ne dit pas. Beaucoup aimeraient le faire dire, mais ce n'est pas ce qu'il fait. Michel Houellebecq n'est pas un essayiste. Et même lorsque nous avons l'impression qu'il produit un discours, ce n'est pas lui qui le prononce, c'est son personnage. Et ce discours s'insère dans la forme romanesque. Davantage contemplateur que contempteur du nihilisme contemporain, Houellebecq ne donne pas son avis. On a toujours tort de prêter une opinion à un fabuliste.

Dans le cas du réalisme, nous sommes sous le coup de la double contrainte : c'est l'art, mais l'art du réel. Nous devenons schizophrène : c'est vrai mais c'est faux. C'est dit mais c'est raconté. C'est Houellebecq comme personnage, dans La Carte et le territoire, mais c'est Houellebecq qui écrit.

Des controverses découlent de ce statut particulier, hors du monde. Notre romancier est-il pour ou contre les conversions à l'Islam en France? Pour ou contre le tourisme sexuel? Où le situer? La défiance du commun pour le statut de l'artiste n'est pas nouvelle. Plus largement, la métaphore permise par l'art est toujours regardée d'un mauvais œil. «Les femmes n'ont pas les cheveux mauves», déplorent les Verdurin devant la peinture d'Elstir, chez Proust. Dans le cas du réalisme, nous sommes sous le coup de la double contrainte: c'est l'art, mais l'art du réel. Nous devenons schizophrène: c'est vrai mais c'est faux. C'est dit mais c'est raconté. C'est Houellebecq comme personnage, dans La Carte et le territoire, mais c'est Houellebecq qui écrit.

Où est l'art? On a accusé Houellebecq d'avoir copié des notices de Wikipedia et de les avoir insérées dans La Carte et le territoire. Ce «collage», ready-made scriptural, justifié comme procédé littéraire, pose néanmoins la question de la littérarité de l'œuvre de Houellebecq et vient en souligner la profonde carence prosodique, la tragique platitude. A trop vouloir rendre le réel il serait à craindre d'en être le fruit plus que le descripteur. Mais une écriture blanche, clinique et qui fait l'économie d'un raffinement stylistique est aussi un parti pris. Houellebecq est un produit du temps: écrivain de l'après-mort du roman, il arrive à la suite de sa déconstruction, il danse sur les ruines.

Michel Houellebecq est le nom de l'époque. Plus précisément, le nom de la littérature de l'époque. Mais cette époque n'aime pas la littérature, elle préfère ce qui est utile et rentable: que Michel Houellebecq soit son plus grand romancier en dit beaucoup sur elle et sur ses démissions. Sur sa capacité à mépriser le Beau, sur sa fascination pour la technique, son absence de transcendance, ses succès et ses vanités, son très grand désespoir.

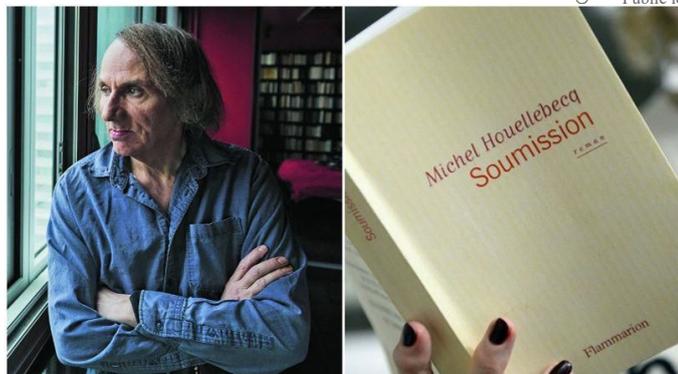
109,125

Michel Houellebecq : «C'est l'Occident qui se suicide !»

Par Jean-René Van Der Plaetsen

Mis à jour le 06/01/2015 à 15:27

Publié le 06/01/2015 à 11:53



INTERVIEW EXCLUSIVE / VIDÉO - Alors que paraît demain *Soumission*, son nouveau roman édité chez Flammarion qui décrit une France dirigée par un gouvernement islamiste en 2022, l'écrivain s'est longuement confié au *Figaro Magazine*. Voici quelques extraits de son interview à paraître vendredi.

● **Sur la possibilité d'un régime islamique en France:**

«Je procède souvent par légères exagérations; c'est ma méthode. Je ne suis pas un écrivain pleinement réaliste, plutôt légèrement expressionniste. Ceci posé, oui, je pense qu'une telle situation est possible, mais pas à l'horizon indiqué. J'ai supposé pour les besoins de mon roman une accélération du temps et la percée d'un parti musulman en 2022.»

● **Sur les musulmans français:**

«Sur les sujets sociétaux, (les musulmans français) sont aux antipodes des socialistes, et plus encore des écologistes. Il suffit de prendre la question, devenue emblématique, du mariage homosexuel, pour s'en convaincre. (...) On voit bien ce qu'est une prise de position catholique sur les sujets sociétaux type euthanasie ou mariage homosexuel: ce sont des positions de droite, comme celles des musulmans. Sur d'autres sujets comme l'immigration, ou les tentatives récurrentes de supprimer le RMI ou le RSA, les catholiques sont plutôt de gauche. J'ai l'intuition qu'un parti catholique et un parti musulman, s'il en existait un en France, seraient souvent d'accord. Parce que la religion vient d'ailleurs, elle est autre que la politique.»

● **Sur l'expansion mondiale de l'islam:**

«L'islam est dans une phase ascendante. Mais est-ce anormal? Quand on pense détenir la vérité, on souhaite en faire profiter tout le monde. Une religion qui ne cherche pas à conquérir de nouveaux adeptes est une religion d'un autre type, plus ancien, une croyance tribale. Une religion universaliste est tout naturellement expansionniste.»

● **Sur le catholicisme et le retour du religieux:**

«Il n'y a pas que l'islam qui se porte bien. Le catholicisme ne va pas si mal. Le mouvement de la Manif pour tous était très impressionnant, et authentiquement générationnel. Il y avait d'ailleurs beaucoup de musulmans dans la Manif pour tous mais les médias n'en ont guère parlé, parce que cela les embêtait de les avoir comme ennemis - alors que les catholiques faisaient des ennemis idéaux. Le retour du fait religieux est un mouvement

mondial, une lame de fond. (...) L'athéisme est trop triste. Le besoin de sens revient. (...) Je pense que nous assistons en ce moment à la fin d'un mouvement historique qui a débuté il y a très longtemps, à la fin du Moyen Age. (...) La seule théorie authentiquement perdante en ce moment, c'est l'idéologie débutée avec le protestantisme, atteignant son apogée au siècle des Lumières et aboutissant à la Révolution, fondée sur l'autonomie de l'homme et le pouvoir de sa raison. Ça, c'est une idéologie qui est très mal partie; je ne lui ai d'ailleurs même pas donné la parole dans mon roman.»

Sur le *Suicide français*:

«Je ne vois pas du tout les choses comme ça. J'ai l'impression au contraire qu'au milieu d'un continent qui se suicide, la France est l'un des seuls pays à se battre désespérément pour survivre. (...) Il y a un suicide plus général qui est celui de l'Occident, suicide économique, démographique et surtout spirituel, et si ce discours parle à mon narrateur, c'est parce qu'il évoque la réelle impossibilité de vivre sans Dieu.»

● **Sur le «politiquement correct»:**

«Nous sommes arrivés en France à un point où le fait même de prononcer le mot islam peut vous être reproché; l'islam ne fait pas partie des sujets dont on puisse réellement débattre. C'est un peu effarant, d'ailleurs, d'observer que des centaines d'heures de débat se dévident sans que rien ne soit réellement dit, et avec des positions qui se durcissent.»

● **Sur l'exil fiscal des Français:**

«Je les comprends. Ils ont raison. On paie trop d'impôts en France. Symboliquement, le bouclier fiscal à 50 %, c'était une bonne idée. On aime la collectivité, d'accord, mais pas à plus de 50 %. C'est une erreur d'avoir supprimé le bouclier fiscal. On a des devoirs envers la collectivité, envers ses semblables, mais jusqu'à un certain point. Au-delà, ce n'est pas tolérable.»

Soumission, de Michel Houellebecq, Flammarion, 300 p., 21 €.

La Banque centrale européenne s'apprête à appuyer sur le bouton nucléaire de la politique monétaire. Un saut dans l'inconnu qui ne fait pas l'unanimité.



La BCE pourrait

décider de racheter des dettes publiques des États membres de la zone euro au cours du premier trimestre 2015. © PHILIPPE HUGUEN / AFP

Par MARC VIGNAUD

C'est le sujet qui agite les économistes et les marchés depuis des mois. La Banque centrale européenne (BCE) doit décider, en ce début d'année 2015, si elle brise un de ses derniers tabous en rachetant massivement des dettes publiques des États membres de la zone euro. Ce *quantitative easing* (QE), comme disent les initiés, est réclamé à cor et à cri par les investisseurs au nom de la lutte contre le nouveau mal économique absolu : la déflation. Dans une interview au quotidien économique allemand *Handelsblatt* vendredi, le président de la BCE, Mario Draghi, a encore renforcé la probabilité d'un tel programme auquel les plus orthodoxes, à commencer par les Allemands, sont pourtant opposés. QE or not QE ? Retour sur le débat qui agite la planète économique et financière.

Un rachat de dette publique, pour quoi faire ?

Pour ses partisans, le rachat de dette publique par la BCE est une nécessité absolue pour éviter qu'une baisse des prix - ou l'anticipation d'un tel mouvement par les entreprises et les ménages - n'entraîne une spirale infernale de chute de la consommation et des investissements puis des salaires et de l'emploi. Si elle passait à l'acte, la BCE ne ferait que s'aligner sur les politiques menées avec succès par la banque centrale américaine, mais aussi la banque de Angleterre, pour sortir de la crise économique et financière.

L'institution n'aurait d'ailleurs plus d'autre choix. Aucun des instruments sortis jusqu'à présent de sa boîte à outils n'a réussi à relancer la croissance et à éviter le tassement des prix.

Ses taux d'intérêt à court terme, qui déterminent le coût de l'argent, sont déjà à zéro. Le taux de rémunération des dépôts des banques à la BCE est même négatif (- 0,3 %). Cette situation est tellement exceptionnelle que certains établissements bancaires, comme la Deutsche Skatbank allemande, basée en Thuringe, font désormais payer à leurs clients le droit pour disposer de leur argent à tout moment, lorsqu'ils font dormir trop de liquidités (des centaines de milliers d'euros).

L'arrosage des banques avec de la liquidité, pour s'assurer qu'elles sont capables d'accorder des crédits aux ménages et surtout aux entreprises, n'a pas vraiment fonctionné non plus. Les banques ne se sont pas bousculées au portillon pour bénéficier des prêts quasi gratuits accordés à condition qu'elles financent l'économie. Les entreprises de la zone euro souffrent d'un manque de confiance, notamment parce que leurs carnets de commandes sont vides. Quant aux rachats de prêts aux PME, transformés en produits financiers censés inciter les banques à avoir recours à cette méthode pour sortir les risques encourus de leur bilan, ils ne peuvent être une solution miracle, tant ce marché est sous-développé en Europe.

En l'absence d'un autre marché assez grand pour injecter suffisamment de monnaie dans le système, la solution s'imposerait donc d'elle-même : il faudrait racheter de la dette publique des États. Un instrument compatible avec les traités dans la mesure où la BCE n'achèterait pas directement la dette des États, mais uniquement sur le marché de la revente des obligations.

Une efficacité controversée

Si l'institution de Franfort est soumise à une forte pression des investisseurs pour passer à l'acte, l'efficacité d'une telle politique ne fait toutefois pas l'unanimité, comme l'a montré un sondage auprès de 32 économistes du quotidien britannique *Financial Times*.

"L'objectif est de faire baisser les taux d'intérêt à long terme", explique un haut responsable de la politique monétaire de la zone euro. En clair, cela fait diminuer les taux auxquels les États s'endettent à 3, à 5 ou 10 ans, voire plus, sur les marchés. Avec la baisse des rendements liés aux dettes publiques, les investisseurs sont censés se tourner vers des actifs plus risqués et davantage rémunérateurs et financer ainsi l'économie. Les banques, elles, peuvent à leur tour prêter à des taux plus avantageux.

Sauf que les taux d'emprunts des États ont déjà drastiquement diminué depuis 2012 et la promesse de Mario Draghi de faire "tout ce qu'il faudra (*whatever it takes*)" pour sauver l'euro. Les taux allemands et français sont "déjà en dessous de la courbe des taux américaine au pic de son QE. Nous avons réussi encore mieux que les Américains", souligne ce haut responsable. À quoi bon, alors, appuyer sur un bouton nucléaire controversé, alors que le résultat est déjà atteint ?

Aucun effet pour les particuliers ?

Invoquer le succès - controversé - du QE américain serait trompeur. Aux États-Unis, il a aussi concerné des titres adossés à des crédits hypothécaires afin de faire baisser les taux d'intérêt et relancer ainsi l'immobilier. En faisant augmenter la valeur des maisons, il a redonné aux ménages l'envie et la capacité de

consommer après l'éclatement de la bulle immobilière de 2007-2008. Le programme a aussi conduit à une forte hausse du marché actions en détournant l'appétit des investisseurs vers les actifs plus risqués. En Europe, ces deux leviers sont beaucoup moins puissants. Les ménages ne profitent pas des "effets richesses" autant qu'outre-Atlantique, car ils possèdent beaucoup moins d'actions. Et contrairement aux États-Unis, la hausse de la valeur de leur maison n'alimente pas leur capacité à emprunter à nouveau pour consommer. La réduction des taux d'intérêt diminue en revanche la rémunération des épargnants, ce qui tend à faire baisser leur consommation, surtout en Allemagne, prévient John Muelbauer, professeur d'économie à l'université d'Oxford. Un QE serait enfin moins efficace parce que le financement de l'économie européenne passe beaucoup moins par les marchés financiers que par les banques, contrairement aux États-Unis.

Un saut dans l'inconnu

Pour certains économistes, l'arme atomique sur laquelle lorgne Mario Draghi pourrait même se révéler dangereuse. C'est ce que soutient le Français Hervé Hannoun. Le directeur général adjoint de la Banque des règlements internationaux (BRI), homme de gauche et ancien directeur de cabinet de Pierre Bérégovoy, estime que les politiques monétaires accommodantes sont en partie responsables de la crise financière de 2008. La politique monétaire est "devenue clairement trop accommodante aux États-Unis depuis le début des années 2000 et - par effet de contagion - dans le reste du monde", souligne-t-il. En réduisant le coût de l'endettement, en gonflant les prix des actifs (actions, obligations, immobilier...) et en réduisant la perception des risques, elle aurait participé au gonflement de bulles financières, comme celle des subprimes, ces crédits hypothécaires américains à risques titrisés et revendus dans le monde entier.

Le maintien d'une politique monétaire trop lâche pendant des années, avec ses taux d'intérêt très bas, encouragerait aussi les États, ménages et entreprises à continuer à s'endetter afin de profiter de l'argent facile plutôt qu'à se désendetter.

La liquidité abondante déversée par les banques centrales n'atteindrait d'ailleurs pas vraiment l'économie réelle : aux États-Unis, par exemple, les entreprises ne savent pas quoi faire de leur cash : au lieu d'investir, elles rachètent massivement leurs propres actions. 533 milliards de dollars ont ainsi été utilisés de juin 2013 à juin 2014, selon les chiffres de la BRI.

Le risque de l'instabilité financière

Un QE serait d'autant plus inutile qu'il serait basé sur la peur infondée d'une crise déflationniste similaire à celle observée lors de la grande crise de 1929. "Dans les circonstances actuelles, il semble que le pire des scénarios soit une déflation molle comparable à celle vécue au Japon. (...) Dans ce scénario, les coûts ne sont pas nécessairement aussi élevés que ce que supposent beaucoup de commentateurs", explique Hervé Hannoun. Les risques de bulles entraînés par une trop forte baisse des taux seraient au contraire sous-évalués. Conclusion : "Des politiques monétaires non conventionnelles permanentes peuvent acheter plus de stabilité maintenant, mais au prix d'une croissance moyenne moins forte et d'une plus grande instabilité financière dans le futur."

Une telle instabilité pourrait survenir surtout quand la BCE devra sortir de sa politique monétaire accommodante : lorsque les banques centrales remontent leurs taux d'intérêt et cessent leurs achats d'obligations d'État, elles contribuent en effet à diminuer la demande pour ces titres. Le risque est alors que leur prix s'effondre et mette les banques et les assureurs, grands consommateurs de dette publique, en difficulté. Un "krach obligataire" destructeur.

Mario Draghi semble pourtant bien décidé à passer aux actes. L'Italien n'a sans doute plus vraiment le choix. "Nous ne croyons pas qu'un programme d'achat d'obligations publiques soit la solution miracle. Mais comme c'est déjà anticipé par le marché, ne pas le faire serait dangereux", explique ainsi Florence Pisani, économiste pour Camdriam Investors group. Si la BCE restait l'arme au pied, les taux d'emprunt d'un pays comme l'Italie, à la croissance faible et fortement endettée, pourraient remonter en flèche...

109,129

Lights Go Out on German ‘Anti-Islamization’ Marchers

The lights went out on Berlin’s landmark Brandenburg Gate and Cologne’s gothic cathedral on Monday night, a visual condemnation by city and church authorities of anti-immigrant protests in the cities against the perceived influence of Islam in the West.

The group Pegida, an acronym that stands for “Patriotic Europeans Against the Islamization of the West,” held its latest round of weekly demonstrations against darkened backdrops in Dresden and Cologne on Monday. The group wants to reform asylum laws and says it opposes Islamism. Its “evening walks,” which began in the eastern city of Dresden in October, have seen increased numbers in recent weeks. The latest rally in Dresden attracted 18,000 people on Monday night, police said.

The demonstrations have spread from Dresden to other cities and garnered enormous media attention, but in a sign of the backlash growing against the populist movement, thousands of counter-demonstrators took to the streets Monday to show support for tolerance, asylum and immigration.

Police in Cologne said 7,500 people demonstrated against Pegida—or “Kögida” as it was dubbed to reflect the location—near the unlit cathedral, outnumbering the roughly 800 people holding the anti-Islamization march. In Munich, 1,500 counter-protestors swamped the roughly 50 people who turned out in support of “Muegida,” while 6,000 people demonstrated in Berlin against “Bärgida.”

Businesses have also taken a stance against the group. For the second time, the Semperoper opera house in Dresden switched off its lights from the late afternoon in a rejection of the Pegida demonstrations. A theater spokeswoman said the opera house didn’t want to render itself a backdrop for the protests. Auto giant [Volkswagen AG](#) [VOW3.XE +1.73%](#) turned off the lights on a factory in Dresden for the duration of the protest too, local media reported.

On Tuesday, the mass tabloid Bild-Zeitung also published anti-Pegida statements from 50 celebrities including former chancellor Helmut Schmidt, which the newspaper called “an important sign against xenophobia and intolerance.”



Counter-demonstrations were also held in Cologne, Germany.

oliver berg/Agence France-Presse/Getty Images

While Pegida’s manifesto says it is pro-asylum and opposes radicalism, politicians including Chancellor [Angela Merkel](#) have condemned the protests as a platform for racism and hatred. In her New Year’s address, Ms. Merkel urged Germans not to follow those with “prejudice, coldness, even hatred in their hearts.” Her unusually-strong words condemned anti-immigration protesters who appropriate the pro-democracy slogan of the Cold War era: “We are the people.”

“What they actually mean is: ‘You don’t belong, because of the color of your skin or your religion,’” Ms. Merkel said.

Comments (5 of 7)

[View all Comments »](#)

10:56 am January 6, 2015

What it is really a bout wrote:

Immigration laws in Germany are not applied. A maximum of 25% of refugees are given legal status. According to the laws, the rest should be deported. Reality is, they are allowed to stay and receive generous social benefits. Thousands of refugees arrive every day, most of them young, male and Muslim. They are straining resources and most of them do not integrate. Crime rates go up around refugee housing, in some housing, the police is called once a day, if not more often, to stop infighting. This is in addition to the large Muslim population already in Germany. Of those, many did integrate, but many do not, German is barely spoken even in the second or third generation. The IS enjoys support from the majority of Muslim young men. Yet for all their great talk, politicians not only do nothing, but even talking about it is a big no-no.

Pegida is NOT anti immigrant, their 19 thesis points actually are very similar to what can be found in even Mrs. Merkel's party pamphlets. Pegida also draws support from people generally unsatisfied with the way Germany is heading, which is straight to the road of serfdom. All parties are left of the middle, there is no parliamentary opposition to speak of. Voicing an opinion that goes against pc or being right of where the other parties are is not allowed and suppressed at all means. Just ask the newly found AfD what they had to put up, the smear campaigns, the vandalism, the political pressure, the threats to their party leaders.

Pegida is being similarly smeared, those who participate called names and ridiculed by all politicians. No immigrant has ever been harmed by a Pegida participant nor ever will be, but Pegida participants have sure been harmed by the counter demonstrators, with at least ten needing hospitalisation. The danger for Germany is not Pegida, but the way opposing voices are being treated. Dismissing concerned voters and citizens as knuckleheads, Nazis or "disgrace for Germany" without any willingness to even listen says a lot about democracy in Germany.

http://www.wsj.com/articles/john-vinocur-michel-houellebecqs-novel-approach-to-frances-future-and-present-1420490457?mod=rss_Opinion?mod=hp_opinion

109,131

A Novel Approach to France's Future, and Present

Michel Houellebecq's new book raises questions about the political fictions that shape Paris's current immigration debate.

By

JOHN VINO CUR

When Tariq Ramadan, an Oxford University Islamic Studies professor, was asked what he thought about a new novel by Michel Houellebecq that imagines the election by the French in 2022 of an Islamic regime headed by a Muslim president, he called France's literary superstar an "agitator" who "manipulates other people's fears and feeds a new, civilized racism." Mr. Ramadam told a French reporter the book's premise was "along the lines of the delirium of evangelists and American Zionists."

That was in the week preceding...

To Read the Full Story, [Subscribe](#) or [Log In](#)

<http://www.spiegel.de/international/business/economists-say-handing-out-cash-could-help-euro-zone-economy-a-1011352.html>

109,132

Operation Helicopter: Could Free Money Help the Euro Zone?

By [Anne Seith](#)



DPA

The European Central Bank has run out of ammunition to defend itself from deflation.

Fears that the euro zone is heading for deflation refuse to abate. Now, many economists are demanding that the European Central Bank hand out money to consumers to stimulate the economy. But would it work?

It sounds at first like a crazy thought experiment: One morning, every resident of the euro zone comes home to find a check in their mailbox worth over €500 euros (\$597) and possibly as much as €3,000. A gift, just like that, sent by the European Central Bank (ECB) in Frankfurt.

The scenario is less absurd than it may sound. Indeed, many serious academics and financial experts are demanding exactly that. They want ECB chief Mario Draghi to fire up the printing presses and hand out money directly to the people.

The logic behind the idea is that recipients of the money will head to the shops, helping to turn around a paralyzed economy in the common currency area. In response, companies would have to increase production and hire more workers, leading to both economic growth and a needed increase in prices because of the surge in demand.

ECB Has Lost Control

Currently, the inflation rate is barely above zero and fears of a horror deflation scenario of the kind seen during the Great Depression in the United States are haunting the euro zone. The ECB, whose main task is euro stability, has lost control.

In this desperate situation, an increasing number of economists and finance professionals are promoting the concept of "helicopter money," tantamount to dispersing cash across the country by way of helicopter. The idea, which even Nobel Prize-winning economist Milton Friedman once found attractive, has triggered ferocious debates between central bank officials in Europe and academics. For backers, there's more to this than just a new instrument. They are questioning cast-iron doctrines of monetary policy.

One thing, after all, is becoming increasingly clear: Draghi and his fellow central bank leaders have exhausted all traditional means for combatting deflation.

The failure of these efforts can be easily explained. Thus far, central banks have primarily provided funding to financial institutions. The ECB provided banks with loans at low interest rates or purchased risky securities from them in the hope that they would in turn issue more loans to companies and consumers. The problem is that many households and firms are so far in debt already that they are eschewing any new credit, meaning the money isn't ultimately making its way to the real economy as hoped.

In response to this development, Sylvain Broyer, the chief European economist for French investment bank Natixis, says, "It would make much more sense to take the money the ECB wants to deploy in the fight against deflation and distribute it directly to the people." Draghi has calculated expenditures of a trillion euros for his emergency program, funds that would be sufficient to provide each euro zone citizen with a gift of around €3,000.

'It Has To Be Massive'

Daniel Stelter, founder of the Berlin-based think tank Beyond the Obvious and a former corporate consultant at Boston Consulting, has even called for giving €5,000 to €10,000 to each citizen. "It has to be massive if it is going to have any effect," he says. Stelter freely admits that such figures are estimates. After all, not a single central bank has ever tried such a daring experiment.

Many academics have based their calculations on experiences in the United States, where the government has in the past provided cash gifts to taxpayers in the form of rebates in order to shore up the economy.

Oxford economist John Muellbauer, for one, looks back to 2001. After the Dot.com crash, the US gave all taxpayers a \$300 rebate. On the basis of the experience at the time, Muellbauer calculates that €500 per capita would be sufficient to spur the euro zone. "It (the helicopter money) would even be much cheaper for the ECB than the current programs," the academic says.

And yet European central bankers and conservative economists still shudder when asked about the concept. "It would be the ultimate sin," warns Jörg Krämer, the chief economist at Commerzbank, Germany's second largest private bank. "If the central bank gives away money one time, there's no way it will remain an isolated case. Politicians will demand even more the next time around."

Muellbauer counters such fears by noting that central banks have a clear target: inflation of close to 2 percent. Once that target is achieved, the money handouts would cease. But the problem is that monetary policy often cannot be adjusted to that degree of precision. Many experts say that inflation is like a bottle of ketchup: when you whack on the bottom, nothing happens at first -- but then it all comes out in a gush.

The fundamental factor which determines the value of money is the trust of those who spend it -- the belief that a €10 or €20 bill will be enough to buy lunch for the foreseeable future and that a medium-sized car won't cost €100,000 five years from now. Should this trust evaporate, the entire monetary system begins to crumble.

Vast Uncertainties

It is an experience Germany became familiar with in the 1920s. The trigger for [hyperinflation](#) at the time was, of course, the fact that the German Reich paid for its wartime expenses by printing money. But the situation got out of control when the state's creditors along with its citizens lost faith in the mark. Investors refused to make more money available to the state and doctors began demanding barter in exchange for services rendered. Prices exploded, to the point that a loaf of bread ultimately cost 140 billion marks.

"Once people have experienced money raining down from the heavens, it will create vast uncertainties about future inflation," warns Commerzbank economist Krämer. "How often might it happen and how quickly will prices climb? What kind of shape must the euro be in if the ECB has resorted to giving out money?"

And even if people head to the shops with the money they have been given, it is still far from certain that companies would ramp up production. "It is possible that people would merely be competing for the same supply of goods. Prices would climb, but there would be no lasting stimulus for the economy," warns economist Thomas Mayer, formerly the chief economist for Deutsche Bank. The phenomenon is known among economists as stagflation.

Willem Buiter, the well-respected chief economist of the US financial giant Citigroup, has thus modified the idea of helicopter money. His version calls for policymakers and central bankers to act in concert. The state would improve economic competitiveness by way of reforms in addition to investing money in infrastructure projects or handing it out to taxpayers in order to trigger consumption. The central bank would finance the move via the purchase of sovereign bonds.

Buiter is unconcerned about EU regulations preventing the ECB from the kind of direct state financing such a plan would entail. He considers Article 123 of the Lisbon Treaty, which addresses the issue, to be a "disaster" anyway. He also doesn't believe the plan would endanger the ECB's independence. "Independence does not mean that you don't answer the phone when the minister of finance is calling," he says. "Independence means the right to say no." Cooperation and coordination of monetary and fiscal policy is thus "perfectly consistent."



DER SPIEGEL

Graphic: The euro-zone inflation rate

Japanese Prime Minister Shinzo Abe apparently saw things similarly when he entered office at the end of 2012. His country had been suffering under deflation and economic stagnation for decades. In response, Abe announced structural reforms along with a gigantic investment program -- and pushed the central bank to finance it. Since then, the Bank of Japan has spent trillions, but the country nonetheless finds itself stuck in recession once again today.

The odd thing is that the Japanese example provides evidence to both supporters and detractors of the helicopter money plan. Does it reveal the absurdity of central bankers seeking to combat structural problems with money? Or is it merely proof that mass liquidity only works if politicians lay the necessary groundwork?

Nobody knows for sure because the Abe administration failed to pass a majority of the promised reforms. Monetary policy alone, however, "is not getting you out of the secular stagnation," as even helicopter fan Buiter admits. It is a sentence that could have come from his most adamant detractors.

109,135

Quel est le poids de l'immigration en Allemagne ?

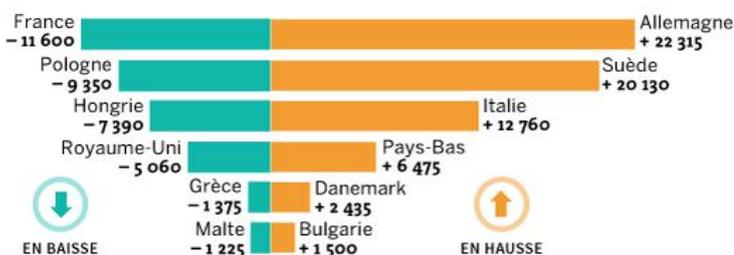
Le Monde.fr | 06.01.2015 à 18h14 • Mis à jour le 06.01.2015 à 18h47 | Par [Samuel Laurent](#) et [Alexandre Pouchard](#)



Secouée par des manifestations anti-immigration de plus en plus massives depuis plus de deux mois, le pays connaît depuis quelques années un afflux migratoire important. | AP/Jens Meyer

Le débat sur l'immigration s'enflamme en [Allemagne](#). Près de 18 000 personnes [ont manifesté lundi 5 janvier à Dresde](#), dans l'Est du pays, à l'appel du mouvement « les Européens patriotes contre l'islamisation de l'Occident » (Pegida). Ils ont ainsi établi un nouveau record de participation à ces rassemblements de plus en plus réguliers, qui engendrent également des mobilisations d'opposants. Ce phénomène anti-immigration est relativement nouveau dans le pays le plus peuplé de l'[Union européenne](#), qui connaît un afflux migratoire important depuis quelques années.

ÉVOLUTION DU NOMBRE DE NOUVELLES DEMANDES D'ASILE
ENTRE 2014 ET 2013, POUR LES NEUF PREMIERS MOIS DE L'ANNÉE



Evolution des nouvelles demandes d'asile entre janvier et septembre 2014, par rapport à 2013. | Les Décodeurs

1. Que dénoncent les manifestants ?

Le groupe Pegida est né en octobre [sur Facebook](#), à l'initiative de Lutz Bachmann, un ancien cuisinier de 41 ans reconverti dans la communication. Fervent partisan de la « *tolérance zéro* » pour les immigrés qui commettent des délits, il a été condamné à plusieurs reprises lui-même pour divers délits et se trouve actuellement en liberté conditionnelle, [expliquait notre correspondant à Berlin en décembre](#). Il a lancé le principe d'une manifestation tous les lundis, dont l'affluence grandit semaine après semaine.

Le credo de Pegida ? L'opposition au « *fanatisme religieux et à toute forme de radicalisme* », et plus précisément le refus de « *l'islamisation* » de la société allemande. Cela passe par la fin de « *l'abus de l'asile* » dans un pays qui est devenu la première destination européenne des migrants ([voir](#) ci-dessous). Une banderole déployée lundi à Cologne réclamait ainsi « *des pommes de terre plutôt que des kebabs* », allusion à la forte immigration turque en Allemagne.

Au-delà de l'immigration, le mouvement dénonce les [médias](#) (« *tous des menteurs* »), les élites politiques ou encore le multiculturalisme, qui diluerait la [culture](#) chrétienne allemande.

2. Que représente l'immigration en Allemagne ?

15 MILLIONS Depuis les années 1950, l'Allemagne a fait appel à de la main-d'œuvre immigrée de manière régulière : les « *gastarbeiter* » (littéralement « travailleurs invités ») ont contribué au redressement économique du pays durant des décennies. En 2010, selon les statistiques officielles, on comptait 19,3 % de personnes issues de l'immigration dans le pays : 8,6 millions étaient de nationalité allemande et 7,15 millions de nationalité étrangère. Parmi ces immigrés, 10,6 millions étaient nés à l'étranger et 5,15 millions en Allemagne. A titre de comparaison, en France, 8,4 % de la population est immigrée.

Immigration en Allemagne depuis 1950

Solde migratoire Arrivées Départs 1950 1960 1970 1980 1990 2000 2010 0500000 1000000 1500000

L'Europe de l'Est et la Turquie ont longtemps fourni l'essentiel du contingent d'immigrés allemands : on compte 2,5 millions de personnes d'origine turque en Allemagne et plus de deux millions d'immigrés d'origine russe ou polonaise. Il y a une explication historique à ce phénomène : longtemps, des populations d'origine allemande rapatriées des pays de l'ancienne Union soviétique ont constitué des cohortes importantes. Autre contingent nombreux, celui des immigrés venus des pays de l'ex-Yougoslavie.

Cette immigration a été très importante jusque dans les années 1980, avant de diminuer au cours des années 1990. Mais elle a aussi connu un mouvement de sédentarisation : les travailleurs venus dans le cadre de migrations temporaires sont restés en Allemagne.

Autre élément à rappeler : l'Allemagne était régie, jusqu'en 2000, par la politique du droit du sang. Il fallait avoir un parent allemand pour acquérir cette nationalité. Depuis la réforme, un enfant dont les parents étrangers résident depuis au moins huit ans en Allemagne peut être allemand. En France, c'est également le droit du sol qui prévaut pour les enfants d'étrangers : ils peuvent acquérir la nationalité s'ils justifient d'au moins cinq ans de résidence sur le territoire national. Ainsi, 8 millions de personnes ont obtenu la nationalité allemande.

3. Pourquoi cette flambée anti-immigrants ?

Plusieurs phénomènes peuvent expliquer cette flambée du discours anti-immigration. D'une part, la démographie allemande est en berne et les autorités n'ont pas freiné les arrivées dans le pays. Selon Destatis, l'office fédéral de la statistique, le pays a connu 673 000 naissances en 2012 pour 869 000 décès, soit un solde négatif de 196 000 personnes. Depuis des décennies, c'est uniquement grâce à l'immigration que l'Allemagne maintient un solde démographique positif.

Mais surtout, depuis le début de la décennie 2010, l'Allemagne redevient un pays d'immigration massive. C'est notamment la première destination en matière de demandes d'asile en Europe, avec une véritable envolée des demandes ces dernières années.

Premières demandes d'asile déposées par mois

La France connaît une relative stabilité, quand l'Allemagne voit les demandes augmenter fortement depuis 2012.

Allemagne France Royaume-Uni 2009 2010 2011 2012 2013 2014 2500 5000 7500 10000 12500 15000 Eurostat

De plus, avec l'immigration, l'Allemagne a connu une hausse du nombre de ses citoyens musulmans, qui sont aujourd'hui 5 millions environ, sur une population de 80 millions, selon les statistiques officielles. C'est notamment sur la question de la religion que des mouvements tels Pegida mobilisent.

109,137

AT WORK

Scare Tactics: Michel Houellebecq on His New Book

January 2, 2015 | by [Sylvain Bourmeau](#)



Photo by Sylvain Bourmeau

It's 2022, and France is living in fear. The country is roiled by mysterious troubles. Regular episodes of urban violence are deliberately obscured by the media. Everything is covered up, the public is in the dark ... and in a few months the leader of a newly created Muslim party will be elected president. On the evening of June 5, in a second general election—the first having been annulled after widespread voter fraud—Mohammed Ben Abbas handily beats Marine Le Pen with support from both socialists and the right.

The next day, women abandon Western dress. Most begin wearing long cotton smocks over their trousers; encouraged by government subsidies, they leave the workplace in droves. Male unemployment drops overnight. In formerly rough neighborhoods, crime all but disappears. Universities become Islamic. Non-Muslim teachers are forced into early retirement unless they convert and submit to the new regime.

*This is the world imagined by Michel Houellebecq in his sixth novel, *Soumission*(Submission), which will appear next week. Should it be read as a bad Op-Ed, as pulp fiction for an election year, or as the attempt of a great writer to air a social critique through farce? In an exclusive interview—the first he's given about this novel—Houellebecq explains what led him to write a book that has already created a scandal in France, even before its publication.*

Why did you do it?

For several reasons, I'd say. First of all, I think, it's my job, though I don't care for that word. I noticed some big changes when I moved back to France, though these changes are not specifically French, but rather Western. As an exile you don't take much of an interest in anything, really, neither your society of origin nor the place you live—and besides, Ireland is a slightly odd case. I think the second reason is that my atheism hasn't quite survived all the deaths I've had to deal with. In fact, it came to seem unsustainable to me.

The death of your dog, of your parents?

Yes, it was a lot in a short period of time. Part of it may be that, contrary to what I thought, I never was quite an atheist. I was an agnostic. Usually that word serves as a screen for atheism but not, I think, in my case. When, in the light of what I know, I

reexamine the question whether there is a creator, a cosmic order, that kind of thing, I realize that I don't actually have an answer.

Whereas before you felt ...

I thought I was an atheist, yes. Now I really don't know. So those are the two reasons I wrote the book, the second reason probably outweighing the first.

How would you characterize this book?

The phrase *political fiction* isn't bad. I don't think I've read many similar examples, but at any rate I've read some, more in English literature than in French.

What books are you thinking of?

In a way, certain books by Conrad. Or by John Buchan. And then more recent books, not as good, which are more like thrillers. A thriller can unfold in a political setting, it doesn't always have to be tied to the business world. But there's a third reason I've written this book—because I quite liked the way it began. I wrote the first part, up to page twenty-six, practically in one sitting. And I found it very convincing, because I can easily imagine a student finding a friend in Huysmans and dedicating his life to him. This didn't happen to me. I read Huysmans much later, I think when I was almost thirty-five, but I definitely would have liked reading him. I think he would have been a real friend to me. And so, after I wrote those pages, I did nothing for a while. That was in January 2013, and I must have gone back to the text that summer. But my project was very different at the beginning. It wasn't meant to be called *Soumission*—the first title was *La Conversion*. And in my original project, the narrator converted, too, but to Catholicism. Which is to say, he followed in Huysmans's footsteps a century later, leaving naturalism to become Catholic. And I wasn't able to do it.

Why not?

It didn't work. In my opinion, the key scene of the book is the one where the narrator takes one last look at the Black Madonna of Rocamadour, he feels a spiritual power, like waves, and all at once she fades into the past and he goes back to the parking lot, alone and basically in despair.

Is this a satirical novel?

No. Maybe a small part of the book satirizes political journalists—politicians a little bit, too, to be honest. But the main characters are not satirical.

Where did you get the idea for a presidential election, in 2022, that came down to Marine Le Pen and the leader of a Muslim party?

Well, Marine Le Pen strikes me as a realistic candidate for 2022—even for 2017 ... The Muslim party is more ... That's the heart of the matter, really. I tried to put myself in the place of a Muslim, and I realized that, in reality, they are in a totally schizophrenic situation. Because overall Muslims aren't interested in economic issues, their big issues are what we nowadays call societal issues. On these issues, obviously, they are very far from the left and even further from the Green Party. Just think of gay marriage and you'll see what I mean, but the same is true across the board. And one doesn't really see why they'd vote for the right, much less for the extreme right, which utterly rejects them. So if a Muslim wants to vote, what's he supposed to do? The truth is, he's in an impossible situation. He has no representation whatsoever. It would be wrong to say that this religion has no

political consequences—it does. So does Catholicism, for that matter, even if the Catholics have been more or less marginalized. For those reasons, it seems to me, a Muslim party makes a lot of sense.

But to imagine that such a party might find itself poised to win a presidential election seven years from now ...

I agree, it's not very realistic. For two reasons, actually. First—and this is the most difficult thing to imagine—the Muslims would have to succeed in getting along with each other. That would take someone extremely intelligent and with an extraordinary political talent, qualities that I give to my character Ben Abbes. But an extreme talent is, by definition, an unusual occurrence. But supposing he existed, the party could take off, but it would take longer than seven years. If we look at the way the Muslim Brotherhood has done it, we see regional networks, charities, cultural centers, prayer centers, vacation centers, health care, something not unlike what the Communist Party did. If you ask me, in a country where poverty will continue to spread, this party could attract a lot more than just “average” Muslims, if I can put it that way, because really there is no longer such a thing as an “average” Muslim since we now have people converting who are not at all of North African origin ... But such a process would take several decades. The sensationalism of the media plays a negative role, really. For example, they loved the story of the guy living in a little village in Normandy, as French as he could be, not even from a broken home, who converted and went off to wage jihad in Syria. But we can reasonably assume that for every guy like that there are several dozen who convert and don't go off to wage jihad in Syria, who don't do anything of the kind. After all, one doesn't wage jihad for the fun of it, that sort of thing only interests people who are strongly motivated by doing violence, which is to say, necessarily a minority.

You could also say that what really interests those people is going to Syria, rather than converting.

I disagree. I think there is a real need for God and that the return of religion is not a slogan but a reality, and that it is very much on the rise.

That hypothesis is central to the book, but we know that it has been discredited for many years by numerous researchers, who have shown that we are actually witnessing a progressive secularization of Islam, and that violence and radicalism should be understood as the death throes of Islamism. That is the argument made by Olivier Roy, and many other people who have worked on this question for more than twenty years.

This is not what I have observed, although in North and South America, Islam has benefited less than the evangelicals. This is not a French phenomenon, it's almost global. I don't know about Asia, but the case of Africa is interesting because there you have the two great religious powers on the rise—evangelical Christianity and Islam. I remain in many ways a Comtean, and I don't believe that a society can survive without religion.

But why did you decide to tell these things in such a dramatically exaggerated way when even you acknowledge that the idea of a Muslim president in 2022 is unrealistic?

That must be my mass market side, my “thriller” side.

You wouldn't call it your Éric Zemmour side?

I don't know, I haven't read his book. What does he say, exactly?

He and a number of other writers overlap, despite their differences, in describing a contemporary France, which strikes me as essentially fantastical, where the menace of Islam looms over French society and is one of its principal features. In the plot of your novel, it seems to me, you accept this as a premise and you promote the same description of contemporary France that we find in the work of those intellectuals today.

I don't know, I only know the title of Zemmour's book [*Le Suicide français*], and this is not at all the way I see things. I don't think we are witnessing a French suicide. I think we are seeing practically the opposite. Europe is committing suicide and, in the middle of Europe, France is struggling desperately to survive. It is almost the only country that is fighting to survive, the only country whose demographics allow it to survive. Suicide is a matter of demographics, it's the best and most effective way to commit suicide. That's why France is not committing suicide at all. What's more, for people to convert is a sign of hope, not a threat. It means they aspire to a new kind of society. That said, I don't think people convert for social reasons, their reasons for converting are deeper—even if my book contradicts me slightly, Huysmans being the classic case of a man who converts for reasons that are purely aesthetic. Really, the questions that worry Pascal leave Huysmans cold. He never mentions them. I almost have trouble imagining such an aesthete. For him, beauty was the proof. The beauty of rhyme, of paintings, of music proved the existence of God.

This brings us back to the question of suicide, since Baudelaire said of Huysmans that the only choice he could make was between suicide or conversion ...

No, it was Barbey d'Aurevilly who made that remark, which is fair enough, especially after reading *À rebours*. I reread it closely and, in the end, it really is Christian. It's astonishing.

To go back to the question of your unrealistic exaggerations, in your book you describe, in a very blurry and vague way, various world events, and yet the reader never knows quite what these are. This takes us into the realm of fantasy, doesn't it, into the politics of fear.

Yes, perhaps. Yes, the book has a scary side. I use scare tactics.

Like imagining the prospect of Islam taking over the country?

Actually, it's not clear what we are meant to be afraid of, nativists or Muslims. I leave that unresolved.

Have you asked yourself what the effect might be of a novel based on such a hypothesis?

None. No effect whatsoever.

You don't think it will help reinforce the image of France that I just described, in which Islam hangs overhead like the sword of Damocles, like the most frightening thing of all?

In any case, that's pretty much all the media talks about, they couldn't talk about it more. It would be impossible to talk about it more than they already do, so my book won't have any effect.

Doesn't it make you want to write about something else so as not to join the pack?

No, part of my work is to talk about what everyone is talking about, objectively. I belong to my own time.

You remark in your novel that French intellectuals tend to avoid feeling any responsibility, but have you asked yourself about your own responsibilities as a writer?

But I am not an intellectual. I don't take sides, I defend no regime. I deny all responsibility, I claim utter irresponsibility—except when I discuss literature in my novels, then I am engaged as a literary critic. But essays are what change the world.

Not novels?

Of course not. Though I suspect this book by Zemmour is really too long. I think Marx's *Capital* is too long. It's actually the *Communist Manifesto* that got read and changed the world. Rousseau changed the world, he sometimes knew how to go straight to the point. It's simple, if you want to change the world, you have to say, Here's how the world is and here's what must be done. You can't lose yourself in novelistic considerations. That's ineffectual.

But you don't need me to tell you how a novel can be used as an epistemological tool. That was the subject of *The Map and the Territory*. In this book, I feel that you have adopted categories of description, oppositions, that are worse than dubious—the sort of categories relied on by the editors of *Causeur*, or by Alain Finkielkraut, Éric Zemmour, even Renaud Camus. For example, the “opposition” between antiracism and secularism.

One cannot deny there is a contradiction there.

I don't see it. On the contrary, the same people are often militant antiracists and fervent defenders of secularism, with both ways of thinking rooted in the Enlightenment.

Look, the Enlightenment is dead, may it rest in peace. A striking example? The left wing candidate on Olivier Besancenot's ticket who wore the veil, there's a contradiction for you. But only the Muslims are in an actually schizophrenic situation. On the level of what we customarily call values, Muslims have more in common with the extreme right than with the left. There is a more fundamental opposition between a Muslim and an atheist than between a Muslim and a Catholic. That seems obvious to me.

But I don't understand the connection with racism ...

That's because there is none. Objectively speaking, there is none. When I was tried for racism and acquitted, a decade ago, the prosecutor remarked, correctly, that the Muslim religion was not a racial trait. This has become even more obvious today. So we have extended the domain of “racism” by inventing the crime of islamophobia.

The word may be badly chosen, but there do exist forms of stigma toward groups or categories of person, which are forms of racism ...

No, islamophobia is not a kind of racism. If anything has become obvious, it's that.

Islamophobia serves as a screen for a kind of racism that can no longer be expressed because it's against the law.

I think that's just false. I don't agree.

You rely on another dubious dichotomy, the opposition between anti-Semitism and racism, when actually we can point to many moments in history when those two things have gone hand in hand.

I think anti-Semitism has nothing to do with racism. I've spent time trying to understand anti-Semitism, as it happens. One's first impulse is to connect it with racism. But what kind of racism is it when a person can't say whether somebody is Jewish or not Jewish, because the difference can't be seen? Racism is more elementary than that, it's a different skin color ...

No, because cultural racism has been with us for a long time.

But now you're asking words to mean something they don't. Racism is simply when you don't like somebody because he belongs to another race, because he hasn't got the same color skin that you do, or the same features, et cetera. You can't stretch the word to give it some higher meaning.

But since, from a biological point of view, “races” don’t exist, racism is necessarily cultural.

But racism exists, apparently, all around us. Obviously it has existed from the moment when races first began mixing ... Be honest, Sylvain! You know very well that a racist is someone who doesn’t like somebody else because he has black skin or because he has an Arab face. That’s what racism is.

Or because his values or his culture are ...

No, that’s a different problem, I’m sorry.

Because he is polygamous, for example.

Ah, well, one can be shocked by polygamy without being the least bit racist. That must be the case for lots of people who are not the least bit racist. But let’s go back to anti-Semitism, because we’ve gotten off topic. Seeing as how no one has ever been able to tell whether somebody is Jewish just by his appearance or even by his way of life, since by the time anti-Semitism really developed, very few Jews had a Jewish way of life, what could antisemitism really mean? It’s not a kind of racism. All you have to do is read the texts to realize that anti-Semitism is simply a conspiracy theory—there are hidden people who are responsible for all the unhappiness in the world, who are plotting against us, there’s an invader in our midst. If the world is going badly, it’s because of the Jews, because of Jewish banks ... It’s a conspiracy theory.

But in *Soumission*, isn’t there a conspiracy theory—the idea that a “great replacement,” to use the words of Renaud Camus, is underway, that Muslims are seizing power?

I don’t know much about this “grand replacement” theory, but I gather it has to do with race. Whereas in my book, there is no mention of immigration. That’s not the subject.

It’s not necessarily racial, it can be religious. In this case, your book describes the replacement of the Catholic religion by Islam.

No. My book describes the destruction of the philosophy handed down by the Enlightenment, which no longer makes sense to anyone, or to very few people. Catholicism, by contrast, is doing rather well. I would maintain that an alliance between Catholics and Muslims is possible. We’ve seen it happen before, it could happen again.

You who have become an agnostic, you can look on cheerfully and watch the destruction of Enlightenment philosophy?

Yes. It has to happen sometime and it might as well be now. In this sense, too, I am a Comtean. We are in what he calls the metaphysical stage, which began in the Middle Ages and whose whole point was to destroy the phase that preceded it. In itself, it can produce nothing, just emptiness and unhappiness. So yes, I am hostile to Enlightenment philosophy, I need to make that perfectly clear.

Why did you choose to set your novel in the world of academia? Because it embodies the Enlightenment?

Is it all right to say I don’t know? Because really, I don’t think I do. The truth is that I wanted there to be a long subplot dealing with Huysmans, that’s where I got the idea of making my character an academic.

Did you know from the beginning that you would write the novel in the first person?

Yes, because it was a play on Huysmans. It was like that from the beginning.

Once again, you've written a character who is partly a self-portrait, not entirely, but... there is the death of his parents, for example.

Yes, I have used things, even if the details are really quite different. My main characters are never self-portraits, but they are always projections. For example, what if I'd read Huysmans when I was young, if I'd studied literature and become a professor? I imagine lives that I haven't led.

While allowing actual events to insert themselves in your fictional lives.

I use moments that have struck me in real life, yes. But more and more I tend to transpose them. In this book, all that's left of reality is the theoretical element—the death of the father—but actually everything about it is different. My father was very different from this guy, his death didn't happen that way at all. Life just gives me the basic ideas.

In writing this book did you feel you were a Cassandra, a prophet of doom?

You can't really describe this book as a pessimistic prediction. At the end of the day, things don't go all that badly, really.

Not so badly for the men, but for the women ...

Yes, that's a whole other problem. But it seems to me that the project of rebuilding the Roman empire isn't so stupid, if you reorient Europe toward the south the thing starts to make a kind of sense, even if it doesn't make sense right now. Politically, one might even welcome this development—it's not really a catastrophe.

And yet the book is extraordinarily sad.

Yes, it has a strong underlying sadness. In my opinion, the ambiguity culminates in the last sentence—"I would have nothing to mourn." Really, one could come away feeling exactly the opposite. The character has two things to mourn—Myriam and the Black Madonna. But he happens not to mourn them. What makes the book sad is a sort of ambience of resignation.

How would you place this novel in relation to your other books?

You might say I did several things that I'd wanted to do for a long time, things I'd never done before. Like having a very important character whom one never sees, namely Ben Abbes. I also think it's the saddest ending to a love plot that I've ever written, because it's the most banal—out of sight, out of mind. They had feelings. In general, there is a much stronger feeling of entropy than in my other books. It has a somber, crepuscular side, which accounts for the sadness of its tone. For example, if Catholicism doesn't work, that's because it's already run its course, it seems to belong to the past, it has defeated itself. Islam is an image of the future. Why has the idea of the Nation stalled out? Because it's been abused too long.

There is no trace of romanticism here, much less lyricism. We've moved on to decadence.

That's true. The fact that I started with Huysmans must have something to do with this. Huysmans couldn't go back to romanticism, but for him it was still possible to convert to Catholicism. The clearest point of connection with my other books is the idea that religion, of some kind, is necessary. That idea is there in many of my books. In this one, too, only now it's an existing religion.

Whereas earlier one might have invented a religion, along Comtean lines.

Auguste Comte tried in vain to create a religion and, indeed, I have sometimes created religions in my books. The difference is that this one really exists.

What is the place of humor in this book?

There are comic characters here and there. I would guess that it's about the same as usual, really, with the same number of ridiculous characters.

We haven't spoken much about women. Once again you will attract criticism on that front.

Certainly a feminist is not likely to love this book. But I can't do anything about that.

And yet you were shocked when people described *Whatever* as misogynistic. This book won't help your case.

I still don't think I'm a misogynist, really. I would say that this isn't the crucial thing, in any case. The thing that may rub people the wrong way is that I show how feminism is demographically doomed. So the underlying idea, which may really upset people in the end, is that ideology doesn't matter much compared to demographics.

This book is not meant as a provocation?

I accelerate history, but no, I can't say that the book is a provocation—if that means saying things I consider fundamentally untrue just to get on people's nerves. I condense an evolution that is, in my opinion, realistic.

While you were writing or rereading the book, did you anticipate any reactions to its publication?

I still can't predict these things, not really.

Some might be surprised that you chose to go in this direction when your last book was greeted as such a triumph that it silenced your critics.

The true answer is that, frankly, I didn't choose. The book started with a conversion to Catholicism that should have taken place but didn't.

Isn't there something despairing about this gesture, which you didn't really choose?

The despair comes from saying good-bye to a civilization, however ancient. But in the end the Koran turns out to be much better than I thought, now that I've reread it—or rather, read it. The most obvious conclusion is that the jihadists are bad Muslims. Obviously, as with all religious texts, there is room for interpretation, but an honest reading will conclude that a holy war of aggression is not generally sanctioned, prayer alone is valid. So you might say I've changed my opinion. That's why I don't feel that I'm writing out of fear. I feel, rather, that we can make arrangements. The feminists will not be able to, if we're being completely honest. But I and lots of other people will.

You could replace the word *feminists* with *women*, no?

No, you can't replace the word feminists with women. Really you can't. I make it clear that women can be converts, too.

Sylvain Bourmeau is a producer at France Culture and an associate professor at the École des hautes études en sciences sociales in Paris.

Translated from French by Lorin Stein.

Michel Houellebecq, ambigu et pervers

Le Monde.fr | 06.01.2015 à 14h08 • Mis à jour le 06.01.2015 à 14h36 | Par **Raphaëlle Leyris**



C'est énoncé comme une évidence, dans les premières pages de *Soumission* : « *Je ne suis pour rien du tout, tu le sais bien.* » Voilà peut-être ce qui définit le plus précisément François, 44 ans, héros du sixième roman de Michel Houellebecq – le plus médiocre, il faut tout de suite le dire, de l'écrivain. Spécialiste universitaire de Joris-Karl Huysmans – avec lequel il va tisser tout au long du livre un réseau de correspondances –, apathique, François observe le monde qui l'entoure avec son détachement pour seule vague revendication. Tandis qu'il remplit le cahier des charges du héros houellebecquien, tel que le connaissent même les gens qui n'ont jamais lu un roman du plus célèbre écrivain français – il fume, se réchauffe au micro-ondes des plats préparés, boit beaucoup, reçoit des fellations plus ou moins plaisantes, échoue à construire une histoire d'amour, lance des observations pince-sans-rire et bien vues, et d'autres que l'on jurerait avoir déjà lues chez Houellebecq ou chez l'un de ses imitateurs... –, tout s'agite autour de lui.

Dans une France de 2022 au bord de l'implosion, à l'issue du second mandat de François Hollande, le premier tour de l'élection présidentielle se solde sur l'élimination des partis traditionnels, laissant face à face le Front national de Marine Le Pen et la Fraternité musulmane dirigée par le modéré et habile Mohamed Ben Abbas. Qui l'emporte, grâce à une alliance négociée avec la gauche, la droite et le centre. Après quelques semaines de troubles, dont François, réfugié en province, ne sait pas grand-chose...

L'accès à la totalité de l'article est protégé

En savoir plus sur http://www.lemonde.fr/culture/article/2015/01/06/michel-houellebecq-ambigu-et-pervers_4550125_3246.html#7ruQxAm56y4HRkHm.99

Michel Houellebecq provokes France with story of Muslim president

Soumission (Submission) is the latest work from provocative French author who considers Islam 'cretinous'



Michel Houellebecq's story is premised on voting between a FN candidate or an Islamic candidate. Photograph: Miguel Medina/AFP/Getty Images

[Kim Willsher](#) in Paris

Tuesday 16 December 2014 15.32 GMT

Award-winning French novelist [Michel Houellebecq](#) has sparked an outcry after it emerged that his new novel tells of France being run by a Muslim president.

In 2022, with the help of the French Socialist party and the centrists, Mohammed Ben Abbes defeats the far-right Front National and takes up residence at the Elysée Palace. The country is in turmoil.

Soumission (Submission), which will be published in the new year, will confirm Houellebecq's reputation as one of France's [most provocative writers](#).

Even the title has been described as provocative, suggesting a translation of the word "Islam", which in Arabic means submission to the will of Allah.

The narrator of the plot, described as a typical Houellebecq antihero, is a 44-year-old literary professor, who occasionally frequents prostitutes and is attracted by women half his age.

The novel suggests that despite record unpopularity, France's Socialist president, François Hollande, clings on to power until 2022, but is eliminated in the first round of the presidential elections by a far-right Front National candidate and by Ben Abbes, representing the imaginary Muslim Fraternity party. With the support of the left, centre and the centre-right UMP party led by former president Nicolas Sarkozy, Abbes wins the election.

Les Inrockuptibles magazine said the plot "completely overturns society".

Houellebecq, 56, whose real name is Michel Thomas, caused a row with his book *Les Particules élémentaires* (Atomised in English) in which he suggested the hippies of the May 1968 student movement had created the “serial killers of the 1990s”.

In an 2001 interview with the review *Lire* he attacked Islam describing it as “the most stupid religion”.

“I say to myself that the fact of believing in a single god is the behaviour of a cretin, I can’t find another word. And the stupidest religion is, let’s face it, Islam ... the Bible, at least, is beautiful because the Jews have a huge literary talent ... and for that they can be forgiven much.”

Afterwards, four Muslim organisations took legal action against him claiming he was “insulting a group of people because of their religious beliefs” and was “complicit in inciting racial hatred”.

Houellebecq told the court he did not despise Muslims, but held contempt for their religion adding that like Christianity and Judaism it was based on “texts of hate”. The court dismissed the case against him.

Soumission is Houellebecq’s first novel since 2010 when he published *La Carte et le Territoire* (The Map and the Territory), which featured as its main character the “celebrated novelist Michel Houellebecq”. The novel won the Prix Goncourt, France’s top literary award.

Houellebecq is the most translated, and hence internationally renowned, of all France’s contemporary writers, but has been accused of racism, xenophobia and playing up to the media.

Soumission will be his sixth novel.

On Tuesday, France’s culture minister, Fleur Pellerin, told French radio she would certainly read it, adding that Houellebecq had always been a “provocative novelist” who had a “strange sense of humour.”

France24 television said the 300-page book risked “inflaming passions”. “We all know the writer’s taste for provocation and soundbite declarations,” it said.

In the 2011 *Lire* interview, Houellebecq, who admitted he was “always on the side of the Jews” directed his bile not only at Islam but other “monotheisms” for which he said he felt a “total rejection”. In an interview in August he told French journalists he found “the figure of Christ to be very unpleasant”.

Soumission is published by Flammarion on 7 January.

Un suicide littéraire français

02 JANVIER 2015 | PAR SYLVAIN BOURMEAU

Critique de *Soumission* suivie d'un long entretien exclusif avec son auteur, Michel Houellebecq.

Nous sommes dans sept ans et la France a peur. Le pays est en proie à des troubles mystérieux, des épisodes réguliers de violences urbaines surviennent sur le territoire national, sciemment occultés par les médias. On nous cache tout, on nous dit rien et, dans quelques mois, l'élection présidentielle verra triompher le leader de Fraternité musulmane, un parti créé quelques années plus tôt. Au soir du 5 juin 2022, au terme d'un troisième tour, le « second » ayant été annulé du fait d'incidents dans de nombreux bureaux de vote, Mohammed Ben Abbes bat très nettement Marine Le Pen grâce au soutien du Parti socialiste et de l'UMP – tiens, ils n'ont pas changé de nom... – et nomme très vite François Bayrou premier ministre.

Du jour au lendemain, dans la rue, les femmes ne s'habillent plus pareil et optent, le plus souvent, pour de longues blouses de coton par dessus leurs pantalons ; fortement encouragées par des allocations familiales boostées, elles quittent massivement le marché du travail, faisant, du même coup, spectaculairement reculer le chômage ; dans les quartiers sensibles, la délinquance disparaît ou presque ; les universités deviennent islamiques et les enseignants non musulmans sont mis à la retraite d'office, sauf à se convertir, se résoudre à la soumission.

Voilà ce que se (com)plaît à imaginer Michel Houellebecq dans son sixième roman, qui paraît le 7 janvier, et relève d'un genre plutôt prisé des éditorialistes politiques de rang Z en mal de best-seller pré-électoral et, beaucoup plus rarement, des grands écrivains y trouvant à exercer, par la farce, leur talent de critique sociale. Avec *Soumission* (Éditions Flammarion), l'auteur de *La Possibilité d'une île* se met soudainement et atrocement à ressembler davantage aux premiers qu'aux seconds, accomplissant du même coup ce **qu'il faut bien se résoudre à qualifier de véritable suicide littéraire français**.

Car l'abjection politique et la faiblesse littéraire apparaissent, comme souvent, indissolublement liées. Roman sec et triste, approximatif, mal documenté, pas dialogique pour un sou et sans une once de poésie – si l'on l'excepte une farandole d'abominables dégoulinades monothéistes variées –, *Soumission* sonne faux de bout en bout et n'est certainement pas digne de la bibliographie de celui qu'on peut sans doute encore, même après ce livre, considérer comme l'un des écrivains contemporains d'expression française les plus importants.

La littérature est d'abord un mode de connaissance – c'était le sujet central du précédent roman de Houellebecq, *La Carte et le territoire*, un grand texte sur l'épistémologie spécifique à l'art, sa capacité singulière, complémentaire des autres modes de connaissance, (les sciences sociales, le journalisme, le droit, la philosophie), à représenter le monde, et nous au milieu. Il est donc d'autant plus rageant de voir un écrivain parfaitement au fait, au plan théorique comme pratique, de la nécessité de se forger les bons outils et de formuler les bonnes hypothèses pour être en mesure d'appréhender le monde, sombrer sans retenue dans les délires paranoïdes qui saturent quotidiennement nos écrans de télévision.

(À titre d'illustration, la semaine précédant l'écriture de cet article, il a suffi à chaque fois de quelques heures pour que le prisme islam soit privilégié par les médias et les responsables politiques, lorsqu'il s'est agi d'informer à propos de trois événements survenus à Dijon, Joué-les-Tours et Nantes. Quelques jours plus tard, le prisme faits divers paraît s'imposer, et la coloration islam s'estomper radicalement.)

S'il s'agissait de prendre ces juteux fantasmes épouvantails comme objets, la littérature avait tout à y gagner et notre compréhension du monde avec. Las, de romans-diagnostics écrits au scalpel, Michel Houellebecq passe

avec *Soumission* au roman-symptôme écrit à la cire et truffé d'italiques ridicules en guise de *preuves*. Il participe (bêtement ?) d'un air du temps rance et explosif qu'il préfère prendre pour argent comptant plutôt que d'en débusquer les enfumeurs et d'en traquer les artificiers.

Si *Soumission* n'est *stricto sensu* pas ce qu'on appelle un roman à thèse, il s'en approche lourdement en s'affichant comme un roman à (étrange) hypothèse. En choisissant de placer au cœur de sa fiction une hypothèse – la prise du pouvoir en France par un parti musulman en 2022 – qu'il sait lui-même proprement unimaginable, Michel Houellebecq dramatise. Mais il ne dramatise pas n'importe comment, il ne choisit pas, par exemple, d'imaginer une victoire de Marine Le Pen à l'élection présidentielle de 2022 (ou dès 2017) – ce qu'on peut, hélas, considérer comme imaginable –, il dramatise dans une direction précise, choisissant d'agiter lui-aussi l'épouvantail favori des médias : l'islam. Ce faisant, il accomplit un acte politique tout sauf neutre – n'en déplaise à Alain Finkielkraut en service pré-commandé de défense préventive de ce livre dans *Le JDD* du 28 décembre.

Soumission s'avère la fausse carte d'un territoire bien réel. Un mauvais plan tiré à partir des colonnes de *Causeur* ou de *Valeurs Actuelles*, illustré par les couvertures sordides d'*Eléments* et parfois celles du *Point* : une représentation volontairement biaisée du pays dans lequel nous vivons. Même lorsqu'il peint le quartier où il réside, le Chinatown du XIII^e arrondissement parisien, Michel Houellebecq ne parvient pas à s'arracher du cliché rebattu d'une communauté fermée, comme si, de retour d'Irlande, il n'était plus capable de regarder autour de lui, de s'aventurer, par exemple, dans la galerie marchande des Olympiades pour y découvrir ces boutiques qui vendent la crème de la hype des CD de K-pop, d'y observer les petits groupes de jeunes venus du lycée mélangé d'à côté et aussi joyeusement bigarrés et cosmopolites que la France de 2015.

Michel Houellebecq et ses défenseurs auront beau jeu d'affirmer que ce roman ne saurait aucunement être tenu pour islamophobe dès lors que son héros, aussi falot que collabo, finit probablement, suivant son petit confort personnel, par se convertir à l'Islam. Ce type de réponse, qu'on imagine aisément assortie d'un sourire en coin, suffira à mesurer le caractère tordu du dispositif romanesque imaginé. À l'instar de notre espace public de plus en plus envahi de retournements de sens – « bien-pensance », qui renvoyait aux cathos intégristes en est venu, à rebours, à désigner les idées progressistes – ou d'ahurissantes inversions des valeurs – on voudrait nous faire croire que le problème ne serait plus le racisme mais... l'anti-racisme –, ou bien encore de pseudo-clivages vendus comme des fractures – une gauche laïque s'affronterait ainsi à une gauche antiraciste ; il y aurait, d'un côté des racistes et, de l'autre, des antisémites...

On pourrait d'ailleurs soutenir qu'avec ce roman, Michel Houellebecq marche sur la tête : au lieu de critiquer vertement une religion (et toutes les autres) et de défendre néanmoins, dans le même temps et aussi vigoureusement, les droits de celles et ceux qui y croient, il choisit de faire l'éloge de la résignation à cette religion qu'il qualifiait autrefois dans un entretien imbibé de « *conne* », après avoir pris soin de stigmatiser encore un peu davantage ceux qui y sont de près ou de loin associés (qu'ils soient ou non croyants) en brandissant en hypothèse centrale sa version personnelle du fantasme du « grand remplacement » – substituant à la logique d'immigration de l'inventeur de cette théorie nocive et contagieuse, Renaud Camus, une prétendue et tout aussi immonde logique démographique).

L'air de ne pas y toucher, Michel Houellebecq – qui n'est aucunement un provocateur, et qu'il convient depuis toujours de lire au premier degré – glisse au passage dans *Soumission* une remarque sur l'irresponsabilité classique des intellectuels français. Se défiant par coquetterie, et contre toute logique au vu de ses écrits, d'être un intellectuel, il revendique une irresponsabilité totale de l'artiste. Cela ne m'empêchera pas de lui redire, la prochaine fois que je le croiserai, combien son dernier roman est dangereux, participant comme beaucoup de choses, petites et grandes, toujours laides, à rendre, par exemple, la vie en France un peu plus désagréable à tous ceux qui portent un prénom arabe ou qui ont la peau noire.

Avant ma lecture de ce roman, nous avons convenu avec Michel Houellebecq qu'il me donnerait son premier entretien à propos de *Soumission*, à condition qu'il paraisse à l'étranger. Nous nous sommes rencontrés le vendredi 19 décembre dans les bureaux de Flammarion, l'entretien vient d'être publié par *The Paris Review*, on peut le lire ici

<http://www.theparisreview.org/blog/2015/01/02/scare-tactics-michel-houellebecq-on-his-new-book/>

Il a également été publié en allemand dans *Die Welt* ici

<http://www.welt.de/kultur/literarischewelt/article135972657/Eine-islamische-Partei-ist-eigentlich-zwingend.html>

Et voici la version originale en français.

Pourquoi as tu fait ça ?

Michel Houellebecq – Je pense qu'il y a plusieurs raisons. Je n'aime pas le mot mais j'ai l'impression que c'est mon métier. J'ai constaté de grands changements à mon retour en France, changements qui ne sont pas spécifiquement français d'ailleurs, qui sont occidentaux en général. Etant exilé on ne s'intéresse plus beaucoup à rien en fait, ni à la société d'origine, ni à la société dans laquelle on vit – et, en plus, l'Irlande est un cas un peu particulier. Je pense que la deuxième raison est que mon athéisme n'a pas vraiment résisté à la succession de morts que j'ai connu. Ca m'a apparu insoutenable en fait.

La mort de ton chien, de tes parents ?

Oui, ça fait beaucoup en peu de temps. Ce fut aussi peut-être accentué par le fait que, contrairement à ce que je croyais, je n'étais pas vraiment athée mais vraiment agnostique. En général, ça sert de paravent à l'athéisme mais dans mon cas je crois que non. En réexaminant à la lumière de ce que je sais la question y a-t-il un créateur, un ordre cosmique, quelque chose comme ça, je me suis rendu compte que je ne sentais pas capable de répondre en fait.

Alors qu'avant tu avais le sentiment...

J'avais l'impression d'être athée, oui. Là je ne sais vraiment plus. Voilà, je crois que ce sont les deux raisons en fait, la deuxième étant probablement plus lourde que la première.

Comment caractériserais tu ce livre ?

Le mot de politique fiction est pas mal. Je n'ai pas l'impression d'en avoir lu tellement, mais j'en ai lu quand même, plutôt dans la littérature anglaise que française.

Tu penses à quoi ?

En un sens à certains livres de Conrad. De John Buchan aussi. Et puis des livres plus récents, moins bons, s'apparentant au thriller. Le thriller peut s'épanouir dans un cadre de politique fiction, ce n'est pas obligatoirement lié au monde des affaires. Mais il y a une troisième raison pour laquelle j'ai écrit ce livre, c'est que le début me plaisait bien. J'ai écrit à peu près d'un seul coup du tout début jusqu'à la page 26. Et je trouvais cela très convainquant parce que je m'imagine très bien un étudiant choisissant Huysmans comme ami et lui consacrant sa vie. Cela ne m'est pas arrivé : j'ai lu Huysmans beaucoup plus tard, vers 35 ans je crois, mais ça m'aurait bien plu : ma chambre n'était pas terrible, le restaurant universitaire n'était pas terrible non plus et j'imagine bien ce qu'il aurait pu faire de tout ça. Je pense qu'il aurait pu être un vrai ami pour moi. Et donc, après avoir écrit ça, je n'ai rien fait pendant quelque temps. C'était en janvier 2013, et j'ai du reprendre le texte à l'été 2013. Mais mon projet était très différent au départ. Cela ne devait pas s'appeler *Soumission*, le premier titre était *La Conversion*. Et dans mon premier projet le narrateur se convertissait aussi mais au catholicisme. C'est-à-dire qu'il suivait le même parcours que Huysmans, à un siècle de distance : partir du naturalisme pour devenir catholique. Et je n'ai pas réussi à faire ça.

Pourquoi ?

Ca ne marchait pas. A mon avis la scène clé du livre, c'est celle où il regarde pour la dernière fois la vierge noire de Rocamadour, il sent une puissance spirituelle, comme des ondes, et d'un seul coup elle s'éloigne dans le siècle et il redescend vers le parking, solitaire et assez désespéré.

Est-ce une satire ce roman ?

Non. Très partiellement, c'est une satire des journalistes politiques tout au plus, un petit peu des hommes politiques aussi à vrai dire. Mais les personnages principaux, non.

Comment as-tu conçu ce fait de fiction d'un deuxième tour de l'élection présidentielle de 2022 opposant Marine Le Pen au président d'un parti musulman ?

Bon, Marine Le Pen cela me paraît tout à fait vraisemblable en 2022 – déjà en 2017... Le parti musulman, c'est plus... Là, on touche le point dur en fait. J'ai essayé de me mettre à la place d'un musulman, et je me suis rendu compte qu'ils étaient en réalité dans une situation totalement schizophrénique. Parce que globalement les musulmans ne s'intéressent pas trop aux sujets économiques, leurs grands sujets d'intérêts sont ce qu'on appelle de nos jours les sujets sociétaux. De toute évidence, ils sont très éloignés de la gauche et plus encore des écologistes sur tous ces sujets, il suffit de songer au mariage homosexuel pour comprendre mais c'est pour tout pareil. Et on ne voit vraiment pas pourquoi ils voteraient pour la droite et encore moins pour l'extrême-droite qui les rejette de toute ses forces. Que peut bien faire un musulman qui

veut voter ? Il est dans une situation impossible en fait. Il n'est pas représenté du tout. Il serait faux de dire que c'est une religion qui n'a pas de conséquences politiques, elle en a, le catholicisme aussi d'ailleurs, même si les catholiques ont été pas mal rembarés. Donc, à mon avis un parti musulman est une idée qui s'impose.

Mais de là à imaginer qu'un tel parti puisse se trouver dans sept ans en situation de gagner l'élection présidentielle...

Je suis d'accord, c'est peu vraisemblable. Pour deux raisons en fait. La première, qui est la plus difficile : il faudrait d'abord que les musulmans réussissent à s'entendre entre eux. Il faudrait quelqu'un d'extrêmement intelligent et d'un extraordinaire talent politique, qualités que je donne à mon personnage, Ben Abbes. Mais un extrême talent est, par définition, peu probable. Mais supposons qu'il existe, ce parti pourrait progresser, mais cela prendrait plus de temps. Si l'on considère la manière dont les frères musulmans ont procédé, on voit un maillage du territoire, des associations caritatives, des lieux de culture, des lieux de prières, des centres de vacances, des soins, un peu l'équivalent de ce qu'avait fait le Parti Communiste. A mon avis, dans un pays où la misère va continuer à s'étendre, ça peut convaincre bien au-delà des musulmans « normaux » si je puis dire, parce qu'en plus il n'y a plus de musulmans « normaux » puisqu'on a des conversions de gens qui ne sont pas du tout d'origine maghrébine... Mais un tel processus prendrait plusieurs dizaines d'années. En fait, le sensationnalisme des médias joue un rôle négatif. Par exemple, ils ont adoré l'histoire de ce mec habitant un petit village normand, français on ne peut pas faire plus, même pas une famille désunie, se convertissant et partant faire le djihad en Syrie. Mais on peut raisonnablement supposer que pour un type comme ça il y en a plusieurs dizaines qui se convertissent et ne partent pas du tout faire le djihad en Syrie. Ce n'est pas une partie de plaisir le djihad en Syrie, enfin ça n'intéresse que des gens fortement motivés par la violence, ce qui est forcément une minorité.

On peut aussi se dire que ce qui intéresse ces gens c'est surtout de partir en Syrie, pas vraiment de se convertir.

Je ne crois pas, je crois qu'il y a un réel besoin de Dieu, et que le retour du religieux n'est pas un slogan, c'est une réalité, et que là nous avons atteint une vitesse supplémentaire.

Cette hypothèse est centrale pour ce roman, mais l'on sait qu'elle est battue en brèche depuis longtemps par de nombreux chercheurs qui montrent qu'on assiste en fait à une sécularisation progressive de l'islam, et que la violence et le radicalisme se comprennent comme les derniers soubresauts. C'est la thèse d'Olivier Roy et de beaucoup de gens qui travaillent sur cette question depuis plus de vingt ans.

Ce n'est pas ce que j'ai observé. Il n'y a pas que l'islam qui en profite d'ailleurs, en Amérique du Nord et du Sud ce sont plutôt les évangélistes. Ce n'est pas un phénomène français, c'est quasi mondial. S'agissant de l'Asie, je ne suis pas informé mais le cas de l'Afrique est intéressant parce que là les deux grandes puissances religieuses montent : l'évangélisme et l'islam. Je suis resté comtien dans une large mesure et je ne crois pas qu'une société puisse tenir sans religion.

Mais pourquoi avoir décidé en quelque sorte de « dramatiser » les choses alors même que tu dis que c'est invraisemblable un président musulman élu en 2022 ?

Alors ça, ce doit être mon côté grand public, thriller.

Et ce ne serait pas un côté Zemmour ?

Je ne sais pas, je n'ai pas lu son livre. Qu'est-ce qu'il dit au juste ?

Lui comme un certain nombre d'autres se retrouvent, au-delà de leurs différences, pour dresser un portrait de la France contemporaine qui me paraît largement fantasmagorique et dans lequel la menace d'un islam pesant très fort dans la société française est l'une des caractéristiques principales. En dramatisant de la sorte ta fiction, on a le sentiment que tu acceptes comme point de départ et que tu prolonges une description de la France contemporaine qu'on trouve dans les esprits de ces intellectuels-là aujourd'hui.

Je ne sais pas, je ne connais que le titre de son livre (*Le Suicide français*, NDLR), et ce n'est pas du tout l'impression que j'ai. Je n'ai pas l'impression d'assister à un suicide français. J'ai l'impression pratiquement inverse : l'Europe se suicide et, au milieu de l'Europe, la France se bat désespérément pour survivre. C'est à peu près le seul pays qui se bat pour survivre, c'est le seul pays qui a une démographie permettant sa survie. Se suicider, c'est la démographie, c'est le meilleur moyen efficace de se suicider. Donc la France ne se suicide pas du tout. Par ailleurs, pour les gens se convertir est un espoir pas une menace, ils aspirent à un autre mode de société. Même si je ne crois pas qu'on se convertisse pour des raisons sociales, on se convertit pour des raisons plus profondes. Même si là mon livre me contredit un peu, Huysmans étant le cas typique d'un homme qui se convertit pour des raisons purement esthétiques. Les questions qui agitaient Pascal le laissent vraiment froid, il n'en parle jamais. J'ai presque du mal à m'imaginer quelqu'un d'esthète à ce point. Mais pour lui la beauté fait preuve. La beauté des rimes, des tableaux, de la musique fait preuve de l'existence de Dieu.

Ca nous ramène à la question du suicide puisque Baudelaire disait de lui qu'il n'avait le choix qu'entre le suicide ou la conversion...

Non, c'est Barbey d'Aurevilly qui a fait cette remarque, assez juste d'ailleurs après lecture d'*A Rebours*. J'ai tout relu en détail et, à la fin, il est vraiment chrétien, c'est étonnant.

Pour revenir à cette dramatisation dont je parlais, elle prend par exemple dans le livre la forme de descriptions très floues et très vagues d'événements qui surviennent sans que l'on sache très bien ce qu'ils sont. On est dans le fantasme là, dans la politique de la peur ?

Peut-être oui. Oui il y a un côté peur. J'utilise le fait de faire peur.

Donc tu utilises le fait de faire peur à propos du fait que l'islam devienne majoritaire dans le pays ?

En fait, on ne sait pas bien de quoi on a peur, si c'est des identitaires ou des musulmans. Tout reste dans l'ombre.

Tu t'es posé la question des effets d'un roman qui contient une hypothèse comme celle-là ?

Aucun. Aucun effet.

Tu ne crois pas que cela va contribuer à renforcer les portraits de la France que j'évoquais et pour lesquels l'islam pèse comme une épée de Damoclès, comme la chose la plus effrayante ?

De toute façon, c'est déjà à peu près la seule chose abordée par les médias, ça ne peut pas être plus. C'est impossible d'en parler plus qu'aujourd'hui, donc cela n'aura aucun effet.

Ce constat ne te donne pas envie d'écrire autre chose ? De ne pas t'inscrire dans ce conformisme ?

Non ça fait partie de mon travail de parler de ce dont les gens parlent, objectivement. Je suis inscrit dans mon temps.

Tu remarques dans ce roman que les intellectuels français ont une propension à ne jamais se sentir responsables mais toi, t'es tu posé la question de ta responsabilité littéraire ?

Mais je ne suis pas un intellectuel. Je ne prends pas parti, je ne défends aucun régime. Je dénie toute responsabilité, je revendique l'irresponsabilité même, carrément. Sauf lorsque je parle de littérature dans mes romans, là je m'engage comme critique littéraire. Mais ce sont les essais qui changent le monde.

Pas les romans ?

Bah oui. Et encore, j'ai l'impression que celui de Zemmour est gros, trop gros. J'ai l'impression que *Le Capital* était trop gros, c'est plutôt le *Manifeste du parti communiste* qui a été lu et qui a changé le monde. Rousseau a changé le monde, il savait être percutant à l'occasion. C'est simple, si l'on veut changer le monde, il faut dire : voilà comment est le monde et voilà ce qu'il faut faire, il ne faut pas se perdre dans des considérations romanesques. C'est inefficace.

Mais ce n'est pas à toi que je vais apprendre combien le roman est un outil épistémologique, c'était le sujet de La Carte et le territoire. Là, j'ai le sentiment que tu reprends à ton compte des catégories de descriptions, des oppositions qui sont plus que discutables, qui sont les catégories avec lesquelles fonctionnent la rédaction de *Causeur*, Alain Finkielkraut, Eric Zemmour, voire Renaud Camus. Par exemple, opposer l'antiracisme et la laïcité.

On ne peut pas nier l'existence d'une contradiction.

Je ne la perçois pas, au contraire les mêmes personnes sont souvent des militants antiracistes et de fervents défenseurs de la laïcité, le tout prenant racine dans la philosophie des Lumières.

Bon, la philosophie des Lumières on peut faire une croix : décès. Un exemple frappant ? La candidate voilée sur la liste Besancenot, voilà un exemple de contradiction. Mais il n'y a pas que les musulmans qui sont dans une situation schizophrène, au niveau de ce qu'on appelle classiquement les valeurs, les gens d'extrême-droite ont plus en commun avec les musulmans qu'avec la gauche. Il y a plus d'opposition foncière entre un musulman et un athée laïc qu'entre un musulman et un catholique. Cela me paraît évident.

Mais je ne comprends pas le lien avec le racisme en l'occurrence...

Effectivement, il n'y en a pas. Objectivement, il n'y en a pas. Quand j'ai été relaxé lors du procès que l'on me faisait pour racisme, il y a une dizaine d'années, la procureure a fait remarquer légitimement que la religion musulmane n'était pas une appartenance raciale. C'est devenu encore plus évident aujourd'hui. Donc on a étendu le domaine du racisme en inventant le délit d'islamophobie.

Le mot est peut-être mal choisi mais il existe des formes de stigmatisation de groupes ou de catégories de personnes qui sont des formes de racisme...

Ah non, l'islamophobie n'est pas un racisme. S'il y a un truc qui est devenu évident, c'est bien cela.

L'islamophobie sert de paravent à un racisme qui n'est plus dicible parce qu'il tombe sous le coup de la loi.

Je crois que c'est juste faux. Je ne suis pas d'accord.

Autre couple discutabile avec lequel tu fonctionnes, l'opposition entre antisémitisme et racisme... On peut au contraire relever combien historiquement les deux sont souvent allés de pair.

Je crois que l'antisémitisme n'a rien à voir avec le racisme. J'ai mis du temps à comprendre l'antisémitisme en fait. La première pensée est de le rapprocher du racisme. Mais qu'est-ce qu'un racisme où une personne ne peut dire si l'autre est juif ou pas juif parce que cela ne se voit pas ? Le racisme c'est plus élémentaire que ça, c'est une couleur de peau différente...

Non parce qu'il y a des racismes culturels depuis longtemps.

Mais là tu emploies les mots au-delà de leur sens. Le racisme c'est simplement ne pas aimer quelqu'un parce qu'il appartient à une autre race, parce qu'il n'a pas la même couleur de peau, les mêmes traits etc. Il ne faut pas donner au mot une extension supérieure.

Mais comme les races n'existent pas d'un point de vue biologique, le racisme est forcément culturel.

Mais ça existe apparemment en tout cas. Evidemment à partir du moment où il y a du métissage... Mais sois de bonne foi Sylvain ! Tu sais très bien qu'un raciste c'est quelqu'un qui n'aime pas quelqu'un d'autre parce qu'il a la peau noire ou parce qu'il a une gueule d'arabe. C'est ça le racisme.

Ou parce qu'il a des mœurs ou une culture...

Non c'est un autre problème, je suis désolé !

Parce qu'il est polygame, par exemple.

Ah ça, on peut être choqué par la polygamie sans être le moins du monde raciste. Ce doit être le cas de pas mal de gens qui ne sont pas le moins du monde racistes. Mais revenons à l'antisémitisme parce qu'on a oublié le sujet. Vu que personne n'a jamais pu deviner si quelqu'un est juif à son apparence, ou son mode de vie même puisque peu de juifs avaient à l'époque où l'antisémitisme s'est vraiment développé un mode de vie juif, qu'est-ce que cela peut bien être ? Ce n'est pas un racisme. Il suffit de lire les textes pour se rendre compte que c'est tout simplement une théorie du complot : il y a des gens cachés qui sont responsables de tous les malheurs du monde, qui complotent contre nous, c'est l'envahisseur. Le monde va mal, c'est les juifs, c'est la finance juive... C'est une théorie du complot.

Mais dans *Soumission* n'y a t il pas une théorie du complot avec l'idée que le « grand remplacement », comme dit Renaud Camus, est à l'œuvre, que les musulmans vont prendre le pouvoir...

Je connais mal la thèse du grand remplacement mais apparemment c'est plutôt racial. Or là non, il n'est pas fait mention d'immigration. Ce n'est pas le sujet.

Ce n'est pas forcément racial, ce peut être religieux. En l'occurrence, il y a remplacement de la religion catholique par l'islam.

Non. Il y a une destruction de la philosophie issue du siècle des Lumières, qui n'a plus de sens pour personne, ou pour très peu de gens. Le catholicisme lui se porte plutôt bien. Je maintiens assez positivement qu'une entente entre catholiques et musulmans est possible, cela s'est déjà vu. Cela peut se reproduire.

Toi qui es devenu agnostique, tu la vois plutôt d'un bon œil cette destruction de la philosophie issue des Lumières ?

Oui. Ça devait arriver, et autant que ça arrive maintenant. Là, je suis à nouveau Comtien. Nous étions dans ce qu'il appelle la phase métaphysique, qui a démarré au Moyen-âge et qui avait pour unique but de détruire la phase antérieure. En elle-même, elle ne peut rien produire, que du néant et du malheur. Donc, oui je suis hostile à cette philosophie issue des Lumières, il faut le dire clairement, nettement.

Pourquoi avoir choisi de situer le roman dans le monde de l'université ? Précisément par qu'elle incarne ce siècle des Lumières ?

Je peux répondre que je ne sais pas ? Parce que je crois que c'est la réalité en fait. La vérité c'est que je voulais qu'il ait une très longue relation avec Huysmans, d'où l'idée d'en faire un universitaire.

Le fait d'écrire le roman à la première personne s'est imposé d'emblée ?

Oui parce que c'était un jeu avec Huysmans. C'était comme ça dès les premières phrases.

Il y a une dimension d'autoportrait encore une fois avec ce personnage, pas totale mais... il y a la mort des parents, par exemple.

Oui, j'utilise des choses même si dans le détail tout est vraiment différent. Ce n'est jamais des autoportraits mais ce sont toujours des projections. Par exemple, si j'avais lu Huysmans jeune, si j'avais fait des études de lettres et que j'étais devenu prof d'université. Je m'imagine des vies que je n'ai pas eues.

Mais en laissant des événements vécus s'insérer dans ces vies fictives.

J'utilise des moments qui me frappent dans la vie, oui. Mais j'ai tendance à transposer de plus en plus. Là ce qu'il reste de la réalité, c'est juste l'élément théorique « mort du père » mais tout est différent en fait. Mon père était très différent de ce type, la mort ne s'est pas du tout passée comme ça. C'est la vie qui me confronte à des thèmes en fait.

En écrivant ce roman tu t'es vécu comme un Cassandre au sens propre, puisque tu fais dans le roman une explication de texte sur ce qu'est vraiment un Cassandre...

On ne peut pas vraiment qualifier ce livre de prédiction pessimiste. Au bout du compte cela ne se passe pas si mal en fait.

Pas si mal pour les hommes, pour les femmes c'est un peu...

Oui, ça c'est un autre problème. Mais je trouve que le projet de reconstitution de l'Empire romain n'est pas con, recentrer l'Europe sur le Sud, ça peut donner sens à ce truc, qui n'en a pas à l'heure actuelle. Politiquement, on peut parler de forte acceptation, ce n'est pas une catastrophe en fait.

Le livre est extraordinairement triste pourtant.

Oui une tristesse sous-jacente très forte. A mon avis l'ambiguïté culmine dans la dernière phrase : « Je n'aurais rien à regretter », on peut comprendre exactement l'inverse, en fait. Il a deux choses à regretter : Myriam et la vierge noire. Disons que cela n'a pas tourné comme ça. Ce qui rend le livre triste, c'est une sorte d'ambiance de résignation.

Comment perçois-tu la place de ce roman par rapport à tes livres antérieurs ?

Disons que j'ai fait quelques trucs que je voulais faire depuis longtemps et que je n'avais jamais faits. Comme avoir un personnage très important mais qu'on ne voit jamais, Ben Abbes en l'occurrence. Je pense aussi que c'est la fin de relation amoureuse la plus désolante que j'ai jamais écrit parce que c'est la plus banale : loin des yeux loin du cœur. Il y avait des sentiments. De manière générale, il y a un sentiment d'entropie encore plus fort que dans mes autres livres. Un côté crépuscule morne qui donne à ce livre un ton assez triste. Par exemple, si le catholicisme ne marche pas, c'est que ça a déjà servi, ça paraît appartenir au passé, ça s'est défait. L'islam a une image à venir. Pourquoi la Nation ça ne marche pas ? Parce qu'on en a trop abusé.

Il n'y a plus la moindre trace de romantisme, sans parler de lyrisme. On est passé dans le décadentisme.

C'est vrai, le fait de démarrer sur Huysmans a sûrement joué un rôle. Huysmans ne pouvait plus revenir au romantisme mais il pouvait encore se convertir au catholicisme. Le point commun le plus clair avec mes autres romans, c'est l'idée qu'une religion quelconque est nécessaire. C'est présent dans beaucoup de mes livres. Là de nouveau, sauf que c'est une religion existante.

Jusque-là on pouvait davantage penser à une religion au sens d'Auguste Comte.

Auguste Comte a tenté en vain d'en créer une et, en effet, j'ai plusieurs fois des créations de religions dans mes livres. La différence, c'est que là elle existe vraiment.

Quelle est la place de l'humour dans le livre ?

Il y a des personnages comiques de temps à autre. J'ai l'impression qu'elle est à peu près la même que d'habitude en fait. Il y a autant de personnages ridicules.

On a peu parlé des femmes, tu vas encore t'attirer des critiques sur ce terrain-là...

C'est sûr qu'une féministe ne peut qu'être atterrée par ce livre. Mais je n'y peux rien.

Pourtant tu avais été choqué qu'*Extension du domaine de la lutte* puisse être considéré comme un livre misogyne. Mais là tu aggraves ton cas.
Je ne me trouve toujours pas misogyne, en fait. Je dirais que ce n'est pas le plus grave à la limite. Là où j'aggrave vraiment mon cas, c'est en exposant que le féminisme est démographiquement condamné. Donc l'idée sous-jacente et qui peut déplaire que finalement l'idéologie ne pèse pas lourd par rapport à la démographie.

Ce n'est pas une provocation ce livre ?

Je procède à une accélération de l'histoire mais non je ne peux pas dire que c'est une provocation dans la mesure où je ne dis pas de choses que je pense foncièrement fausses juste pour énerver. Je condense une évolution à mon avis vraisemblable.

Et tu as anticipé des réactions à la publication en écrivant ou en relisant ?

Non je n'anticipe toujours pas vraiment d'ailleurs.

On pourrait s'étonner que tu aies décidé d'aller dans cette direction alors que le roman précédent était celui du triomphe, que les critiques s'étaient tues.
La vraie réponse c'est que je n'ai pas franchement décidé. Au départ c'est une conversion au catholicisme qui devait avoir lieu.

N'y a-t-il pas quelque chose de désespéré dans ce geste qui n'est pas vraiment décidé ?

Le désespoir, c'est l'adieu à une civilisation quand même ancienne. Mais au fond le Coran c'est plutôt mieux que je ne pensais, après relecture – après lecture plutôt. La conclusion la plus évidente c'est que les djihadistes sont de mauvais musulmans. Evidemment, comme dans tout texte religieux, il y a des marges d'interprétation, mais une lecture honnête conclut que la guerre sainte d'agression n'est en principe pas autorisée, la prédication est seule valide. Donc on peut dire que j'ai un peu changé d'avis. C'est pour cela que je n'ai pas l'impression d'être dans la situation de la peur. J'ai plutôt l'impression qu'on peut s'arranger. Les féministes, elles, ne le pourront pas, pour être tout à fait honnête. Mais moi et pas mal de gens, oui.

On peut remplacer féministes par femmes, non ?

Non, on ne peut pas remplacer féministes par femmes. On ne peut vraiment pas, non. Je signale qu'il y a des conversions féminines aussi.

Ist Pegida ein deutscher Front National?

In Frankreich zerbricht man sich den Kopf über die neue deutsche Fremdenfeindlichkeit. Manche träumen angesichts der Pegida-Demonstrationen von einer populistischen Welle auch in ihrem Land.

06.01.2015, von MICHAELA WIEGEL



© AFP Pegida-Unterstützer am Montagabend in Dresden

„Islamfeindlichkeit zerreißt Deutschland“ schreibt die französische Zeitung „Le Monde“ am Dienstag auf ihrer Titelseite. Die Schlagzeile ist bezeichnend für das große Interesse, auf das die deutschen Pegida-Demonstrationen in Frankreich stoßen. Während sich französische Politiker noch nicht geäußert haben, schwingt in den meisten Presseberichten eine Spur von Verwunderung mit: Wie kommt es, dass auch im wirtschaftlich starken, von geringer Arbeitslosigkeit geprägten Nachbarland eine fremdenfeindliche Bewegung entstehen konnte? Die linksgerichtete „Libération“ sieht die „Toleranz-Kultur“ in Deutschland in einer Krise. „Le Monde“ verweist darauf, dass sich „die Sprache des Rassismus“ banalisiert habe. „L’Opinion“ sieht Parallelen zwischen den Anhängern Marine Le Pens und jenen Deutschen, die gegen die vermeintliche Gefahr protestieren, vom Islam erobert zu werden.



Autorin: Michaela Wiegel, Politische Korrespondentin mit Sitz in Paris. Folgen:

Wie die Bewegung Pegida präsentiert sich der Front National als „Anti-Establishment-Partei“ gegen die Herrschaft eines angeblichen Systems von skrupellosen Kapitalisten, die ihr Land an „Fremdes“ preisgeben. Aber die Frage „Pegida, ein deutscher Front National?“ beantwortet der Journalist Jean-Louis Thiriot in „L’Opinion“ dann mit einem klaren Non. Pegida sei anders als der Front National „explizit“ europäisch, die Bewegung fordere sogar eine europäische Einwanderungszentrale, während Le Pen die Einwanderungspolitik in den nationalen Kompetenzrahmen zurückführen wolle. Pegida sei jedoch wie der Front National Teil der populistischen Welle, die Europa derzeit berschwemme.

„Pegida“ ein Vorbild für Pierre Cassen

Der Franzose Pierre Cassen sieht in Pegida hingegen den Vorboten einer neuen Bewegung, die sich über ganz Europa ausbreitet. Das zumindest strebt Cassen an, der die Gruppierung „Riposte Laique“ begründet hat. Im Internet hat sich „Riposte Laique“ seit 2007 mit Propaganda gegen die Islamisierung Frankreichs einen Namen gemacht. „Riposte Laique“ tritt für einen strikten Respekt der Laizität, der Trennung von Staat und Religion ein und „vereint Patrioten von der Linken und von der Rechten“, wie die Gruppe bekundet. Die alarmierenden Berichte über die fortschreitende Islamisierung, Aufrufe und Aktionen aber sind größtenteils vertraulich geblieben und erreichten keine Breitenwirkung. Deshalb ist „Pegida“ jetzt ein Vorbild für Cassen, der von einer „Massenbewegung der Patrioten“ in Frankreich träumt.



© AFP Marine Le Pen sieht in Pegida kein Vorbild für eine europaweite Bewegung.

Für den 18. Januar hat Cassen Gruppierung zu einer Kundgebung auf dem Platz der Pariser Börse aufgerufen. Der Aufruf wird auch von der jüdischen „Ligue de défense juive“ verbreitet. „Islamisten raus aus Frankreich“, steht auf den Plakaten, die auf die Kundgebung hinweisen. Vor einer in die Trikolorefarben getauchten Frankreich-Karte sind darauf Hände zu sehen, die mit roten Karten schwenken. Auf den symbolischen Platzverweis für „die Islamisten“ muss Cassen bei einer Front-National-Kundgebung gekommen sein. Marine Le Pen setzt seit längerem gelbe und rote Karten im Publikum ein, damit ihre Anhänger mitmachen und ihren Unmut über das politische Establishment auch mit Schiedsrichtergesten äußern können. Der frühere Trotzkit Cassen stand auch hinter den Gelagen mit „Schwein und Wein“ im Pariser Einwandererviertel La Goutte-d’Or, die vom rechtsextremen „Bloc Identitaire“ mit organisiert wurden.

Auch in anderen, hauptsächlich von Muslimen bewohnten Vierteln in französischen Großstädten fanden solche provokanten Apéritif-Veranstaltungen mit Schweinefleisch und Alkohol („saucisson pinard“) statt, um gegen die vorgebliche Islamisierung zu protestieren. Vor gut zwei Jahren besetzten Cassen und seine Leute zusammen mit den Mitgliedern von Bloc Identitaire die Moschee von Poitiers – in Erinnerung an die Schlacht von Poitiers 732, als Frankenkönig Karl Martell die muslimischen Eindringlinge besiegte. Marine Le Pen ist diesen Aktionen wohlgesonnen, aber sie hält sich bedeckt. Anders als nach der Gründung der „Alternative für Deutschland“ hat sie in ihren jüngsten Interviews kein Interesse an Pegida bekundet. Stattdessen jubelte sie über den angekündigten Erfolg der griechischen Linkspartei Syriza.

Auch Florian Philippot, der stellvertretende Parteivorsitzende, frohlockt derzeit lieber über die Schwierigkeiten, die ein Wahlsieg Syrizas dem „deutschen Spardiktat für Europa“ bereiten könnte, als sich mit Pegida zu beschäftigen. Der Chef des „Bloc identitaire“, Fabrice Robert, sagte im Magazin „L’Express“, er glaube nicht, dass die Franzosen bereit wären, gegen eine drohende Islamisierung massenhaft auf die Straße zu gehen. „Wir werden keine Großdemonstrationen wie in Deutschland erleben. Um die Familienwerte zu verteidigen, sind die Franzosen zu mobilisieren. „Aber nicht gegen den Islam“, sagte Robert. Dies ist aus seiner Sicht der Grund, warum Marine Le Pen in Pegida kein Vorbild ausgemacht hat.

(0)Zunächst mal....

BERTHOLD GRABE 42 (BGRABE02) - 07.01.2015 11:39



Folgen ist Pegida weder rechts noch links. Auf der Strasse bei den Demos findet sich das gesamte Parteienspektrum wieder. die Verortung nach "Rechts" ist lediglich eine Schlussfolgerung, die jede Kritik am linkskonservativen Politikstil von CDU, SPD und Grünen "rechts" verortet. Hier geht es weniger um Fremdenfeindlichkeit, auch wenn Pegida dieses Risiko innewohnt, als vielmehr um ein zunehmend divergierendes Weltbild zwischen der wohl-situierteren Bürgerlichkeit und der größer werdenden Gruppe derjenigen die davon abgekoppelt werden oder dies fürchten. die Lebenswirklichkeit von immer mehr Bürgern wird politisch nicht mehr wahrgenommen und noch weniger verstanden. Es geht dabei weniger um Prinzipien, als die Wahrnehmung das zwischen der Propaganda zu den Prinzipien und der Realität eine immer größere Lücke wächst, die durch Niederschreien, wie gegenüber Pegida ignoriert wird. Nach den Reaktionen auf Pegida ist davon auszugehen, dass diese Strömung weiter wachsen wird in Europa.[Antworten](#) [Verstoß melden](#)

(29)Schubladendenken

BERND GRONEMEYER 3 (FAZGRONEMEYER) - 07.01.2015 11:10



Folgen Die Demonstrationen passen nicht in die Schublade, grundsätzlich fremdenfeindlich, Ausländer raus habe ich noch nicht gehört. Darüber wird sofort berichtet. Rechtsradikal wohl auch nicht ganz, laufen sicher ein paar mit, sind aber nicht relevant. Sagt sogar der Verfassungsschutz. Nazi Schublade passt nicht. Front National, hat auch keinen guten Ruf. Wird in Deutschland als Rechtsradikal angesehen. Versuchen wir mal diese Schublade. Differenzieren, Punkte ansprechen, Widersprüche der Thesen der Demonstranten belegen. Nicht ein Plakat raus suchen (Kartoffel), ein paar dumme Sprüche. Die gibt es überall. So verstehe ich eine korrekte politische Auseinandersetzung. Platte Attitüden habe ich schon genug gehört. Sich ernsthaft mit Themen auseinandersetzen, das fehlt in der Presse und in der Politik. Themen egal welcher Couleur die, die, Bevölkerung bewegen nicht beachten, ausgrenzen und aussitzen hat noch nie funktioniert. Sonst hätten wir noch ein drei Parteiensystem![Antworten](#) [Verstoß melden](#)

(12)Ich halte weder vom Christentum noch vom Islam etwas.

ROLF-DIETER SCHMIDT 12 (NICHTSALSDIEWAHRHEIT) - 07.01.2015 11:09



Folgen Weder das eine noch das andere erscheinen mir schützenswert. Aus keinem anderen Grund als Religion schlagen sich die Menschen gegenseitig häufiger die Schädel ein. - Dazu passt dann auch, wenn der mit der Wahnvorstellung A (Christ) sich nicht vom dem mit Wahnvorstellung B (Muslim) im eigenen Land majorisieren lassen möchte. Intoleranz ist ja Kernbestandteil einer jeden Religion.[Antworten](#) [Verstoß melden](#)

(2)Dregida

FRITZ STRACK (FRITZSTRACK) - 07.01.2015 11:01



Folgen Korrekt wäre die Bezeichnung "Dregida" für eine Versammlung, die keineswegs repräsentativ für das Land ist. Manchmal hilft eben die Statistik.[Antworten](#) [Verstoß melden](#)

(9)Ich frage mich schon länger,

HECTOR BASTION 1 (HECTORBASTION) - 07.01.2015 11:01



Folgen wovon diese Dauerberichterstattung über ein paar Leute, die mit selbstgemalten Pappschildern Nachtwanderungen durch Dresden unternehmen, eigentlich ablenken soll ? Die Leute nehmen schlicht ihr Demonstrationsrecht wahr, verhalten sich friedlich und sind auf die Gesamtbevölkerung bezogen so ein winzig kleiner Haufen, dass es normalerweise eher eine Randnotiz wert ist.[Antworten](#) [Verstoß melden](#)

(42)Zur Beantwortung der Frage im Titel dieses Artikels:

UWE BORG (BORGWARD) - 07.01.2015 10:30



Folgen Gäbe es eine deutsche Front National, UKIP, Lega Nord, wahre Finnen, SVP, FPÖ oder wie auch immer diese Parteien in den anderen europäischen Ländern heißen, würde es wohl auch keine Pegida Märsche geben. Das Besondere in Deutschland ist, dass im Parteienspektrum Deutschlands eine etablierte Partei fehlt, die die Ansichten der Pegida Marschierer repräsentiert. Ob die AFD dieses Vakuum ausfüllen kann, wird davon abhängen, ob sie ihre Führungsprobleme lösen kann.[Antworten](#) [Verstoß melden](#)

(63)Nicht nur "Le Monde"

ÉLODIE BARRAL 1 (ELO_BARRAL) - 07.01.2015 09:42



Folgen hat an prominenter Stelle berichtet, sondern mehrere große internationale Medien: die New York Times, die BBC, CNN, Al Dschasira. Abstrakt kann man natürlich nachvollziehen, dass man in Nachbarländern das Thema interessiert verfolgt, möglicherweise auch Impulse für das eigene Land befürchtet. Aber dass der FN anders als Pegida eine seit Jahren gewachsene, inzwischen etablierte Partei ist, muss man den Franzosen nicht sagen. Die wundern sich, soweit ich sehe, über die heftigen, als irrational wahrgenommenen Reaktionen von Politik und Medien, über die "Willkommenskultur" (auch gegenüber den vielen französischsprachigen Migranten, die seit einiger Zeit bevorzugt nach Deutschland kommen), nicht zuletzt auch über die Wahrnehmung allein der religiösen Komponente des Islam - man kennt und benennt schließlich schon längst die tatsächlichen Probleme: die Emigration von Juden wegen antisemitischer Übergriffe, auch die Tatsache, dass jeder sechste Franzose mit dem IS sympathisiert (ICM-Studie).[Antworten](#) [Verstoß melden](#)

(16)Bitte etwas mehr Gelassenheit

GERD MENSE (MONESTRA) - 07.01.2015 09:37



Folgen Deutsche Fremdenfeindlichkeit? So wie dieses Thema medial ausgeschlachtet wird, muss man sich ja nicht wundern. Wenn man im Ausland die Presse hier verfolgt, scheint in unserem Land eine große, fremdenfeindliche Bewegung zu existieren. Überall der Aufmacher, mindestens 3 Berichte pro Tag (auch hier). Da muss man ja Angst bekommen. Durch die unangemessen aufgebauchte Berichterstattung wird ein völlig falscher Eindruck erweckt. Fakt ist doch viel mehr, dass es sich um ein kleines Häufchen von Leuten handelt. In der Millionenstadt Köln kamen gerade mal 200 Menschen zusammen. In Münster demonstrierten 10.000 Bürger (gut so!) gegen eine Bewegung, die es in Münster gar nicht gibt. Außer in Dresden kam es nirgends zu nennenswerten Pegida (oder wie die alle heißen) Demonstrationen. Also, bitte etwas mehr Gelassenheit in der Berichterstattung, dann wundert sich auch das Ausland nicht. [Antworten](#) [Verstoß melden](#)

(14) Um die Familienwerte zu verteidigen, sind die Franzosen zu mobilisieren

ULRICH LOOSE 1 (U.LOOSE) - 07.01.2015 09:25



Folgen das mag stimmen... Die letzten Großdemos die die Franzosen auf die Straße trieb stand wofür? Richtig, die gleichgeschlechtliche Heirat... [Antworten](#) [Verstoß melden](#)

(8) "libero" sieht Pegida von Oriana Fallaci inspiriert und irgendwo zwischen Beppe Grillo und Lega Nord

NIKOLAUS HESSE (FIRENZASS) - 07.01.2015 09:15



Folgen angesiedelt. Die Verabredungen ueber Internet und der Boykott gegen die alten dtschen Medien sind Beppe Grillo nachempfunden, der, nicht anders als heute Pegida, nur auslaendischen Journalisten zur Verfuegung steht. Zu Lega Nord nur soviel: Chef Matteo Salvini und andere Politiker der Lega haben sich bereits wohlwollend zu Pegida geaeussert. Lega Nord ist in Bruessel 1. Partner der Front National, warum sollte Le Pen also anders denken. Zudem ist Marine, hier ganz ihr Vater, Dtschld gegeneuber sehr aufgeschlossen: 'Hat Sie ein Buch besonders beeindruckt?' "Das letzte Buch, das ich las, ist das Tagebuch 1940/45 von Ernst Juenger. Juengers Blick auf diese Zeit schien mir interessant. Sie wissen vielleicht, dass unser letzter Nobelpreistraeger, Mondiano, stark von Juenger inspiriert ist. Dann las ich "Le suicide francais" v. Eric Zemmour, das ich fuer ein bedeutendes Werk halte,..usw. " Jean Marie LP in libero v. November. Nun, Tochter Marine LP denkt an eine Axe Paris-Berlin-Moskau ! [Antworten](#) [Verstoß melden](#)

(123) Massenbewegung?

DETLEF WENTZEL 52 (FAERBERMEISTER) - 07.01.2015 09:03



Folgen Insgesamt hat die PEGIDA in Deutschland letzten Montag wohl nicht einmal 20k Menschen auf die Strasse gebracht. Massenbewegungen sehen wohl anders aus. Dass französische Medien über deutsche Befindlichkeit trotz deutschem Wohlstand fabulieren, zeigt wie wenig die französischen Medien Deutschland kennen. Deutschland geht es nicht gut. Vielleicht materiell ja, obwohl auch dies häufig anzuzweifeln ist. Deutschland ist aber ein Land, dem es weder geistig, noch moralisch, noch spirituell gut geht. Deutschland ist ein gebrochenes Land, welches sich selbst nicht liebt und in welchem sich die Menschen nicht selbst lieben. Deutschland ist ein depressives Land, weil es verwaltet wird und nicht inspiriert ist und schon gar nicht inspiriert wird. Deshalb z.B. kapriziert sich Deutschland so sehr auf Fußball (keine Kritik von mir), wundert sich aber nicht, dass in Sachen Kultur, Film, Fernsehen, Kunst und Musik absoluter Stillstand zu verzeichnen ist. Nein, Deutschland geht es nicht gut! [Antworten](#) [Verstoß melden](#)

Antwort (1) neueste Antwort: 07.01.2015 11:10 Uhr

(14) Soll hier der FN verharmlost werden ?

BRUNO KOPP 5 (BRKO) - 07.01.2015 09:02



Folgen „Quel est le poids de l'immigration en Allemagne ?“ Le Monde.fr | 06.01.2015 à 18h14 • Mis à jour le 06.01.2015 à 18h47 | Par Samuel Laurent et Alexandre Pouchard „Was ist das Gewicht der Einwanderung in Deutschland ?“ Dazu weist Le Monde auf folgende Unterschiede unter anderem zwischen Frankreich und Deutschland hin: Während in den ersten 9 Monaten 2014 gegenüber 2013 Deutschland insgesamt das stärkste PLUS von 22315 Asylanträge zu verzeichnen hatte (gefolgt von Schweden mit 20130), nahmen im gleichen Zeitraum diese in Frankreich um 11600 AB. (Weitere Abnahmen gab es in Polen, Ungarn, GB, Griechenland und Malta). Pegida übrigens mit einem „Deutschen Front National“ in Verbindung zu bringen, ist schon ziemlich gewagt. Damit würde der FN ziemlich verharmlost, insbesondere deswegen, weil ca. 25 % der Franzosen dahinter stehen und es theoretisch nicht ganz ausgeschlossen ist, dass Marine Le Pen demnächst in den Elysée Palast einziehen können. [Antworten](#) [Verstoß melden](#)

Antwort (1) neueste Antwort: 07.01.2015 11:13 Uhr

(4) Ja, weil einseitige Festlegungen verwendet werden!!!!

GUENTER PUFFER 3 (GUENTERPUFFER) - 07.01.2015 09:01



Folgen Könnte man so sagen, da sie einseitige Thesen in den Raum stellen. Es fehlt ihnen das globale menschlich Denken und dass Nachdenken darüber!!!! [Antworten](#) [Verstoß melden](#)

(50) Open Doors

NILS MOOG (NILSMOOG) - 07.01.2015 09:01



Folgen Vielleicht würde es helfen sich den Verfolgungsindex von opendoors einmal anzusehen. Christ in einer muslimisch geprägten Umfeld zu sein, ist nicht unbedingt eine reine Freude. Umgekehrt sehe ich hierbei deutlich weniger Probleme, solange der Islam nicht die Oberhand gewinnt. Den größten Terror scheinen die Muslime sich gegenseitig zu bereiten oder ist irgendwo auf der Welt die Verfolgung und Schickanierung der Muslime durch die Christen üblich? [Antworten](#) [Verstoß melden](#)

(38) Ist doch wursch wie parallel das ist.

ALEXANDER URBAN (ALLRIK) - 07.01.2015 08:59



Folgen Wenn man weiterhin von oben herab standardphrasen als reaktion auf pegida von sich gibt, gehen bald noch mehr leute auf die strasse. Das wirkt alles so vorgelesen und nicht selbstreflektiert und das ist ja gerade das kernproblem. licht ausschalten hilft da auch nicht, sondern ernsthaft auseinandersetzung mit dem thema. Das machen beide seiten - mal wieder - nicht. die einen sehen sich als verteidiger von irgendwelchen werten und die anderen als moralisch überlegen. Beides paast nicht und bringt niemanden weiter.[Antworten Verstoß melden](#)

(184) **Eine Bitte an die Medien.**

RAINER BOEDECKER (RALINOS) - 07.01.2015 08:58



Folgen Lasst bitte solche Worte Wie: „angeblich“ oder „vermutlich“ aus den Artikeln weg. Ihr verspielt damit den letzten Rest von Vertrauen. Die Medien haben Fakten zu liefern und keine Mutmaßungen. Ich muss jedesmal an die „gefühlte“ Inflation des Teuro denken. Soll heißen: „alles nur eingebildet“. Man muss es dem dummen Michel nur besser erklären. Fakt ist, es findet eine schleichende Islamisierung statt. Einfach mal die Augen aufmachen. Egal ob „Frauenbadetage“, Schweinefleischfreies Schulessen, Bildung von Parallelgesellschaften oder interne Schariagerichte. Die Liste lässt sich problemlos erweitern. Auswüchse wie „Scharia-Polizei“, Pierre Vogel oder der „Miri-Clan“ können eben nur aufblühen, wenn der Boden dafür fruchtbar ist. Es ist Aufgabe der 4-ten Macht im Staate Sauerereien ans Licht der Öffentlichkeit zu bringen sowie Ross und Reiter zu benennen![Antworten Verstoß melden](#)

(5) **Hier am Lande**

BERND SCHINDLER (SCHINDLB) - 07.01.2015 08:54



Folgen Pegida?!? hier draussen im lande, mehr als hundert meter weg von der =Bühne= interessiert Pegida niemanden... in unserem kleinen Städtchen, in der jeder jeden kennt, hört man gar nix davon. also Pegida: ausser schall und rauch is da gar nix. ihr ruft nur ein kleines gelächert und ein hüsteln aus, sonst nix.[Antworten Verstoß melden](#)

(41) **Natürlich ist Pegida kein FN**

ANDREAS SEIDL 4 (ASEIDL) - 07.01.2015 08:30



Folgen denn der FN ist eine Partei, Pegida nicht.[Antworten Verstoß melden](#)

(53) **die Gefahrenzone zu kennen**

TERENCE HALE (TERENCE_I_HALE) - 07.01.2015 07:45



Folgen Hi, "Ist Pegida ein deutscher Front National?". Zur Beantwortung dieser Frage müssen wir die Gefahrenzone zu kennen. Dies beinhaltet die deutsche verfassungsschutz macht Daten verfügbar. Die Grundlage der Pegida ist ein ernsthaft Angst in der Gesellschaft das wahrgenommen muss.[Antworten Verstoß melden](#)

(271) **Fakten:**

BERTRAM VON STEUBEN 2 (ELIM_GARAK) - 07.01.2015 07:42



Folgen Pegida tritt ein für: Toleranz, Vielfalt, Freiheit, Demokratie, Gleichberechtigung, Grundrecht der Bundesrepublik Deutschland, Mitbestimmung, Einfluss auf die Politik und Frieden. Das alles mit gewaltlosem Protest gemäß geltender Gesetze. Die Gegner der Pegida demonstrieren laustark mit, bez. für: eine Gesellschaft, die intolerant, rassistisch, hochgradig gewalttätig, die Weltherrschaft antritt. Mit ihnen gehen extremistische Organisationen, die vom Verfassungsschutz überwacht werden, die Körperverletzung, Rechtsbruch, und Ehrverletzung als absolut legitime Mittel ansehen, um ihre Ziele durchzubekommen. Alle staatlichen Stellen (Verwaltungschefs, Rundfunkanstalten), Politiker, Religionsvertreter und "Aktivisten", die gegen Pegida skandieren, sollten deutlich vor Augen halten, dass sie damit alle Kriterien erfüllen, um von Politologen als "faschistisch" eingestuft zu werden. Womit Pegida verglichen wird, ist unerheblich![Antworten Verstoß melden](#)

Geringste Arbeitslosigkeit seit der Wiedervereinigung

Im Dezember waren so wenige Menschen arbeitslos wie seit 1991 nicht mehr. Der für die Jahreszeit übliche Anstieg fiel geringer aus als in den Vorjahren.

07.01.2015



Seit der Wiedervereinigung war die Zahl der Arbeitslosen in einem Dezember noch nie so tief wie diesmal: Rund 2,764 Millionen Männer und Frauen in Deutschland waren zuletzt auf Jobsuche. Das sind zwar 47.000 mehr als im Vormonat, aber 110.000 weniger als vor einem Jahr, wie die Bundesagentur für Arbeit (BA) am Mittwoch in Nürnberg mitteilte. Die Arbeitslosenquote stieg von November auf Dezember um 0,1 Punkte auf 6,4 Prozent.

Im Jahresschnitt waren 2014 in Deutschland 2,898 Millionen Menschen ohne Stelle - und damit 52.000 weniger als im Jahr davor. Die durchschnittliche Arbeitslosenquote sank um 0,2 Punkte auf 6,7 Prozent.

Im Dezember wirkte sich nun die übliche Winterarbeitslosigkeit aus: Auf Baustellen, in Gärtnereien und anderen sogenannten Außenberufen ruht bei großer Kälte die Arbeit. „Im Dezember hat die Zahl der arbeitslosen Menschen aus jahreszeitlichen Gründen etwas zugenommen“, erläuterte entsprechend auch BA-Chef Frank-Jürgen Weise.

Der jüngste Anstieg gehe allein auf solche saisonalen Faktoren zurück, ergänzte Weise. „Saisonbereinigt ist die Arbeitslosigkeit weiter zurückgegangen.“ Die um jahreszeitliche Einflüsse bereinigte Erwerbslosenzahl sank im Dezember um 27.000 auf 2,841 Millionen. Dabei nahm sie im Westen Deutschlands um 17.000 ab, im Osten sank sie um 10.000.

Zugleich entwickelten sich auch Erwerbstätigkeit und sozialversicherungspflichtige Beschäftigung saisonbereinigt positiv. So stieg die Zahl der Erwerbstätigen nach den jüngsten Daten vom November um 11.000 auf 43,10 Millionen. Binnen Jahresfrist ist dies ein Plus von 411.000. Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung legte von September auf Oktober um 42.000 auf 30,70 Millionen zu. Damit hatten 524.000 Menschen mehr einen regulären Job als im Vorjahr

109,160

Chahdortt Djavann : Houellebecq et la soumission des femmes

- Par [Chahdortt Djavann](#) Publié le 07/01/2015 à 07:20



EXCLUSIF - L'auteur d'origine iranienne a décrit dans un roman la tragédie vécue par ses compatriotes et a signé un pamphlet intitulé *Bas les voiles*. Elle a lu *Soumission* et le commente.

Du grand art! Je ne parle pas du roman mais de son lancement, qui est une parfaite réussite: tout le monde a été invité à en penser quelque chose avant de l'avoir lu! La critique a précédé l'œuvre, lui ouvrant une voie royale et lui offrant un accès triomphal au domaine réservé des grandes polémiques politiques et littéraires.

[Houellebecq](#) fait un roman politique, une satire effrayante dans laquelle il n'épargne personne. Son antihéros typique, décadent, dépressif, modèle de lâcheté, d'indifférence et de résignation, symbolise la France elle-même, qui se soumet sans résistance à l'islam politique. En 2022, la France tout entière est une pute qui se vend aux pétrodollars islamiques.

La leçon du livre peut se résumer à l'expression attribuée à Louis XV et que l'auteur utilise lui-même dans le livre: «Après moi le déluge!» En introduisant des personnalités réelles comme Marine Le Pen, François Hollande, Sarkozy, Bayrou... il produit un effet de réalité surprenant. On peut penser que Houellebecq bascule d'un narcissisme maladif et blessé dans une haine malade de soi et de son pays, et qu'il jouit de l'ultime perversité de l'écrivain: anéantir en trois cents pages la France entière.

Est-ce par misogynie qu'il soumet toutes les femmes, sans leur attribuer la moindre velléité de résistance, au voile, à la polygamie et à l'expulsion de l'espace public, ou pense-t-il vraiment que les femmes françaises seront moins courageuses que les femmes égyptiennes et tunisiennes? On ne sait jamais vraiment ce que Houellebecq pense et c'est là sa force. Il passe sans cesse du comique au tragique, du premier degré au deuxième degré, du grave au banal, d'un réalisme déconcertant à une vision hallucinée d'une civilisation défaite. Il mène si habilement et si diaboliquement son entreprise littéraire, et jusqu'au bout, que nul ne peut s'en prendre à lui, ni les partisans du Front national ni les islamistes ; à mon avis, les deux adoreront le roman. J'ai retrouvé Rohani, l'actuel président iranien, sous les traits du futur président musulman modéré de la France!

Diaboliquement pervers

Les seuls qui pourraient se plaindre de l'auteur sont les personnalités politiques qu'il met en scène et le peuple français présenté comme un ensemble de parfaits salauds et de collabos. Un pays peut-il porter plainte contre son auteur national qui lui jette à la figure sa pire image? Si l'auteur du roman s'était appelé Michel Dupont, le malheureux aurait été traité de tout et accusé de jeter gratuitement de l'huile sur le feu dans un moment où les

crispations identitaires sont très fortes. Huysmans, auquel le narrateur a consacré sa thèse, représente pour lui un modèle et peut-être un destin. Auteur décadent, il se convertira au catholicisme à la fin de sa vie. Si le narrateur est le double de Houellebecq, Huysmans apparaît comme le double de ce double. Houellebecq lui aussi écrivain décadent, pessimiste invétéré, excelle à produire une apocalypse tranquille.

Les menaces de l'islam politique en Europe ont été le sujet de centaines d'essais et de pamphlets politiques depuis quinze ans, dont quatre de moi-même ; il en fait du romanesque, et sa parodie est diaboliquement perverse et réussie. Nul ne résiste aux pétrodollars des monarchies du Golfe. La collaboration coule comme un long fleuve tranquille. La résistance française est un mythe. La corruption, l'arrivisme, la lâcheté et la collaboration font de la France un pays totalement halal. Les hommes sont heureux d'avoir droit à la polygamie sans avoir à se soucier de la fidélité de leurs femmes voilées. Les pages sur l'islamisation de l'éducation nationale et notamment de la Sorbonne m'ont rappelé ce que j'avais écrit sur l'islamisation du système d'éducation et des universités en Iran. Le narrateur se convertit lui aussi à peu de frais à l'islam. Au fait, qu'advient-il de la loi sur le mariage des homosexuels dans la France islamique? L'auteur a oublié de se poser la question. Trêve de plaisanterie, Houellebecq démonte la thèse de Huntington: le choc des civilisations n'aura pas lieu, la nôtre va se coucher.

<http://www.lefigaro.fr/actualite-france/2015/01/07/01016-20150107LIVWWW00152-en-direct-Charlie-Hebdo-Paris-fusillade.php>

109,162

L'un des derniers dessins des Charb

Publié dans le *Charlie Hebdo* de cette semaine, il fait froid dans le dos, compte-tenu des événements tragiques qui se sont déroulés aujourd'hui.

jerome bermyn @jbermyn

Charb dans le dernier @Charlie_Hebdo // prophétie glaçante
13:13 - 7 Janv 2015



http://www.lemonde.fr/actualite-medias/article/2015/01/07/charb-je-prefere-mourir-debout-que-vivre-a-genoux_4550759_3236.html

109,163

Charb : « Je préfère mourir debout que vivre à genoux »

Le Monde.fr | 07.01.2015 à 14h55 • Mis à jour le 07.01.2015 à 15h11



« C'est peut-être un peu pompeux ce que je vais dire, mais je préfère mourir debout que vivre à genoux. »

Dans une interview accordée au *Monde* il y a deux ans, Stéphane Charbonnier, alias Charb, dessinateur, également directeur de la publication de *Charlie Hebdo*, ne comptait pas baisser ses armes, son arme, son stylo. On n'a « pas l'impression d'égorger quelqu'un avec un feutre », répétait-il.

Charb est parmi les douze morts de l'attentat perpétré, mercredi 7 janvier, au siège de l'hebdomadaire *Charlie Hebdo*, au cœur de Paris. En première ligne des menaces dont le journal satirique faisait l'objet, il bénéficiait d'une protection policière depuis l'incendie volontaire du journal en 2011 après la publication des caricatures de Mahomet.

Né le 21 août 1971 à Conflans-Sainte-Honorine, Charb avait collaboré à *L'Echo des savanes*, à *Télérama*, à *Fluide glacial* et à *L'Humanité*. Il venait de publier dans le dernier numéro de *Charlie Hebdo* un dessin tristement prémonitoire.

En savoir plus sur http://www.lemonde.fr/actualite-medias/article/2015/01/07/charb-je-prefere-mourir-debout-que-vivre-a-genoux_4550759_3236.html#t6HLmWsWd1ZsQi4d.99

http://www.lepoint.fr/societe/charlie-hebdo-houellebecq-et-djihadistes-au-sommaire-du-dernier-numero-07-01-2015-1894667_23.php

109,164

"Charlie Hebdo" : Houellebecq et djihadistes au sommaire du dernier numéro

Le Point - Publié le 07/01/2015 à 14:29

Le dernier numéro en date du 7 janvier faisait sa une sur les "prédictions" de Michel Houellebecq et brocardait largement les djihadistes islamistes.



Par [JUDIKAEL HIREL](#)

"En 2015, je perds mes dents, en 2022, je fais Ramadan. La victime de la mythique ironie acide des unes de *Charlie Hebdo* était cette semaine l'écrivain [Michel Houellebecq](#), et son roman *Soumission*. Luz ouvrait le numéro de la semaine avec les prophéties pour le XXI^e siècle du mage Houellebecq, comparé à un Illuminati pour ses prévisions de cartomancien : DSK rejoint Raël et l'État islamique fera son entrée dans l'[Europe](#) en 2036.

"Domination", titrait Bernard Maris dans son éditorial. "Supprimez la police quelques jours, et vous verrez que la crainte de Dieu n'empêchera pas grand-chose...", écrivait-il sans s'imaginer aussi dramatiquement prophétique.



En page 7, l'un des derniers dessins de Charb, qui fait partie des caricaturistes victimes de ce carnage, était encore plus prophétique : "Toujours pas d'attentats en France : attendez, on a jusqu'à la fin janvier pour présenter ses voeux", faisait-il dire à un djihadiste armé d'une kalachnikov... En page 10, ce sont les voeux du leader de l'autoproclamé État islamique, Al Baghdadi, que la rédaction de *Charlie Hebdo* imaginait : "Et surtout la santé !" Des caricatures à rapprocher des propos militants des terroristes rapportés par les témoins de l'attaque. [Déjà menacé par le passé pour avoir publié des caricatures](#) de Mahomet, le journal satirique publiait aussi dans son dernier numéro en kiosque le 7 janvier, sous la plume de Willem, une autre caricature se moquant des décapitations pratiquées par les militants islamistes en Irak : "Les jeunes aiment le djihad." Tignous, qui fait lui aussi partie des victimes, illustrait l'une des dernières pages de ce numéro, qui se moquait quant à elle de la religion catholique et titrée "Celui qui croyait à Jésus et celui qui n'y croyait pas".



Quant à Cabu, également tué lors de cet attentat, et qui collaborait depuis des décennies tant au *Canard enchaîné* qu'à *Charlie Hebdo*, on peut retrouver ses dernières cases sur les voeux de François Hollande et, en dernière page de ce numéro, un de ses derniers dessins caricaturant Houellebecq parmi "Les couvertures auxquelles vous avez échappé". La dernière de toutes était, encore, signée Charb : "Scandale, Allah a créé Houellebecq à son image."

109,166

EUROPÄISCHE ZENTRALBANK

Draghis Milliardenenspiel

Die EZB will Staatsanleihen kaufen, um die Deflation in der Eurozone zu bekämpfen. Vorbild ist das Programm der Fed. Am Ende profitieren aber vielleicht nur Vermögende. VON HEIKE BUCHTER, NEW YORK

7. Januar 2015 12:05 Uhr [59 Kommentare](#)



EZB-Präsident Mario Draghi | © Reuters

Selten hat ein Konzept, das bis vor Kurzem nur Notenbankern und Ökonomen geläufig war, eine so heftige öffentliche Debatte ausgelöst wie *Quantitative Easing*, auch bekannt unter dem peppigeren Kürzel QE. Gemeint ist der Ankauf von Staatsanleihen (und gegebenenfalls auch Unternehmensanleihen) durch die Zentralbank. Das Ziel: Die Konjunktur soll gestützt und eine mögliche Deflation bekämpft werden. Im Dezember sind nach ersten Schätzungen von Eurostat [die Preise in der Währungsunion erstmals seit 2009 gesunken](#).

Nach dem Willen von EZB-Chef Mario Draghi soll QE in der Eurozone schon bald beginnen. Ende Januar – kurz vor der Wahl in Griechenland – will das Direktorium über das Programm entscheiden. Kritiker sehen in QE eine indirekte Staatsfinanzierung und werfen Draghi vor, damit gegen EU-Verträge zu verstoßen. Zudem fürchten sie, dass das Programm langfristig zu einer hohen Inflation führt.

Die amerikanische Notenbank hat ihr QE-Programm offiziell im Oktober vergangenen Jahres eingestellt. Doch abgeschlossen ist das Kapitel QE in den USA deshalb noch lange nicht. Die Diskussion über den Erfolg und die Gefahren der Aktion geht mit unverminderter Schärfe weiter. Was bleibt nach knapp sechs Jahren QE sind vor allem Zweifel.

Die Fed war keineswegs die erste Notenbank, die zu dem umstrittenen geldpolitischen Mittel griff. Aber keine Notenbank hat QE in einer derartigen Dimension eingesetzt. Im November 2008, gleich nach dem Untergang von Lehman Brothers, startete [der damalige Fed-Chef Ben Bernanke](#) die erste Runde, um die sehr akute Gefahr eines Kollapses des Finanzsystems abzuwenden. Das Programm ging im März 2010 zu Ende.

Doch noch im Herbst des gleichen Jahres legte [Bernanke QE2](#) auf. Dieses Mal geht es vor allem darum, den Immobilienmarkt wieder in Gang zu bringen, der für die amerikanische Konjunktur von großer Bedeutung ist. Mit den Standardmitteln der Geldpolitik – Zinssenkungen – konnte Bernanke nicht mehr arbeiten, denn die Zinsen hatte die Fed bereits auf nahe null gesenkt. Doch die Erholung blieb schleppend und Bernanke versuchte es mit einer QE-Variante mit dem schönen Namen *Operation Twist*, bei der die Fed langfristige Hypotheken gegen Papiere mit kurzen Laufzeiten austauschte.

Dann galt der Fokus der Fed der anhaltenden Arbeitslosigkeit, die nur sehr langsam zurückging. Und so läutete Bernanke, dem die Wall Street wegen der Flut billigen Geldes, das er verteilte, den Spitznamen "Helikopter Ben" verlieh, im Herbst 2012 die dritte und vorläufig letzte Runde ein.

Feststeht: Durch den Aufkauf der Staatsanleihen und Hypothekenpapiere ist die Bilanz der Fed innerhalb von sechs Jahren von knapp 900 Milliarden auf den Rekordstand von 4,5 Billionen Dollar angeschwollen. Das entspricht etwa einem Drittel des amerikanischen Bruttoinlandsprodukts.

Schwieriger zu bestimmen sind die Effekte in der realen Wirtschaft, um die es eigentlich geht. Das ist nur über Modellrechnungen möglich – also durch den Vergleich mit einem Szenario, wie sich Konjunktur und Arbeitsmarkt entwickelt hätten, wenn es QE nie gegeben hätte. Solche Berechnungen basieren allerdings immer auf Annahmen, über deren Plausibilität vortrefflich gestritten werden kann. Für den ehemaligen Fed-Chef Bernanke selbst steht fest: QE hat sein Ziel erreicht. Die Anleihekäufe hätten geholfen, zwei Millionen Jobs zu schaffen und die Wirtschaft um drei Prozent wachsen zu lassen, sagte der Notenbanker im Sommer 2012.

Der positiven Einschätzung widersprechen andere Untersuchungen. So kommen Experten der University of Chicago und der University of San Diego, die ein anderes Modell benutzten, zu weit geringeren Effekten. Ohne die Fed-Eingriffe hätte demnach die Arbeitslosenquote Ende 2013 bei 6,83 Prozent statt bei 6,7 Prozent gelegen, so [das Ergebnis von Jing Cynthia Wu und Fan Dora Zia](#).

Der Index für die Industrieproduktion hätte bei 101 statt bei 101,8 gelegen. Das wäre ein mageres Ergebnis für den Billionenaufwand. Eine Wirkung hatte Bernankes Einsatz aber auf jeden Fall: Er hat der Börse zu einer historischen Rekordjagd verholfen. Der amerikanische S&P 500 hat sich im QE-Zeitraum nahezu verdreifacht. Auch wenn die Notenbanker es nicht explizit sagen, hoffen sie doch auf den sogenannten *Wealth Effect*, nach dem die Anleger sich durch die steigenden Kurse reicher fühlen und mehr geneigt sind, ihr Geld auszugeben. Das wiederum soll die Wirtschaft ankurbeln.

Doch die Krise 2008 hat die Vermögensstruktur in den USA fundamental verändert. Immer weniger Amerikaner besitzen Aktien und profitieren so von dem *Wealth Effect*. Nach einer aktuellen Statistik kaufen weniger als 14 Prozent der amerikanischen Haushalte Aktien. Vor rund zehn Jahren waren es noch über 21 Prozent. Inzwischen haben statistisch gesehen mehr US-Haushalte eine Katze als ein Aktien-Portfolio. So profitierten überwiegend nur bereits Vermögende von QE, weshalb die Fed sich den Vorwurf gefallen lassen muss, mit dem Programm die Ungleichverteilung im Land noch verschärft zu haben.

Die Hyperinflation bleibt bislang aus

Nicht eingetroffen ist allerdings die größte Befürchtung vieler Kritiker. QE hat keine Hyperinflation ausgelöst. Die Schwemme billigen Geldes würde dies unabwendbar zur Folge haben, warnten Wall-Street-Insider und einige Ökonomen immer wieder. Gerne beschworen sie die Schrecken der Weimarer Republik. Doch die Fed schaffte es mit Mühe, sich ihrem Inflationsziel von zwei Prozent zu nähern – von unten. Der Grund für das Ausbleiben eines nennenswerten Preisschubs ist allerdings wenig erfreulich. Die Einkommen sind in den USA in den vergangenen Jahren kaum gestiegen. Daran haben auch die stetigen Job-Gewinne der vergangenen Monate nicht viel geändert.

Skeptiker wie Allan Meltzer, Geldpolitikexperte an der Carnegie Mellon University und Autor eines Standardwerkes über die Fed, sind überzeugt, dass das dicke Ende noch kommt. Die ersten QE-Runden waren berechtigt, sagt Meltzer, aber der Nutzen der Programme sei schon lange vorbei. Er sieht die Gefahr, dass die Fed mit dem Kauf von Staatsanleihen zu enormen Defiziten beigetragen hat. Früher oder später führe das zu Inflation, ist Meltzer überzeugt. Die Niedrigstzinsen hätten zudem den Effekt, dass Sparer – vor allem Rentner – auf der Suche nach Rendite in riskantere Anlageformen gelockt würden. "Das wird in Tränen enden", prophezeit er.

109,168

Reaktion auf Deflationsstatistik: "Ein Segen für die lahmende Konjunktur"



Einkaufsstraße in Stuttgart: "Segen für die lahmende Konjunktur"

DPA

Zum ersten Mal seit 2009 gehen die Verbraucherpreise in der Eurozone zurück. Für viele Ökonomen ist das eine gute Nachricht, vor allem wegen des billigen Öls. Angst vor einer Deflationsspirale hat nur eine Minderheit.

Brüssel/Frankfurt am Main/London - Technisch herrscht nun Deflation in der Eurozone. Laut Europäischem Statistischem Amt sind die **Lebenshaltungskosten** im Dezember im Vergleich zum Vorjahr um 0,2 Prozent gesunken. Eine Mehrheit der Analysten und Volkswirte in der Finanzindustrie hat positiv auf die Bekanntgabe der Zahlen reagiert: Der drastisch gefallene Ölpreis als Hauptursache der negativen Inflationsrate nutze der Wirtschaft.

"Die niedrigeren Energiepreise sind ein Segen für die lahmende Konjunktur", sagt Commerzbank-Ökonom Christoph Weil. "Nur die EZB zittert", ergänzt Weil in Bezug auf die Europäische Zentralbank (EZB). Diese blickt mit Sorge auf die **technische Deflation**, da sie eine Inflationsrate von knapp zwei Prozent anstrebt.

Die meisten Ökonomen teilten jedoch mit, sie hätten keine Angst vor einer schädlichen Deflationsspirale, also einem anhaltenden Preisverfall auf breiter Front, der zu sinkenden Löhnen und nachlassenden Investitionen führen und somit die Wirtschaft lähmen kann.

"Auf keinen Fall" müsse man sich nun Sorgen um eine solche Entwicklung machen, sagt etwa Berenberg-Analyst Holger Schmieding. Das Verbrauchervertrauen - und damit die **Kauflaune** - in der Eurozone sei ziemlich hoch. Es gebe keine Zeichen dafür, dass Verbraucher nun in Erwartung weiter fallender Preise Kaufentscheidungen aufschöben. Zudem erleichterten die niedrigen Energiekosten es Schuldner, ihre Kredite zu bedienen.

Dass die EZB nun zum Handeln gezwungen ist, sieht allerdings auch Schmieding so. Die Zentralbank sei "Meilen entfernt" von ihrem Versprechen an die Bürger der Eurozone, die Teuerungsrate knapp unterhalb von zwei Prozent zu halten. Bei ihrer Sitzung am 22. Januar werde die Zentralbank daher wahrscheinlich **Wertpapierkäufe** beschließen.

Das Massaker von Paris

Der Anschlag auf Journalisten der Zeitschrift „Charlie Hebdo“ zielt auf das Herz der Demokratie - die freie Presse. Im Kampf gegen die mutmaßlich islamistischen Terroristen darf es kein Zurückweichen geben.

07.01.2015, von **KLAUS-DIETER FRANKENBERGER**

Schwerbewaffnete Männer haben in Paris am helllichten Tag ein Massaker angerichtet. Der Ort ihrer beispiellos dreisten, mörderischen Tat war das Redaktionsgebäude der Satirezeitschrift „Charlie Hebdo“, die in der Vergangenheit gerne die großen Religionen verspottet hat, auch und gerade den Islam, und die unmittelbare Nachbarschaft.



Autor: Klaus-Dieter Frankenberger, Jahrgang 1955, verantwortlicher Redakteur für Außenpolitik. Folgen:

Haben also radikalisierte Muslime, möglicherweise des Typs Einzelgänger, zwölf Menschen ermordet und mehrere andere schwerverletzt, weil sie sich für diese „Zumutung“ (Stichwort Blasphemie) rächen wollten? In jedem Fall zielten sie auf das Institut freie Presse, das für demokratische Gesellschaften essentiell und unabdingbar ist.

Dass Frankreich das Ziel von Terroristen werden würde, war erwartet worden, nachdem sich die Regierung unter Präsident Hollande dem Kampf gegen die Terrorbande „Islamischer Staat“ angeschlossen hatte und weil Frankreich generell aktiv am Kampf gegen den islamistischen Terrorismus beteiligt ist. In Frankreich leben Millionen Muslime, die nichts mit Islamismus und irgendwelchen Formen von Militanz zu tun haben.

Nicht wenige aber scheinen radikalen Gruppen Sympathie entgegenzubringen. Beachtlich ist die Zahl der Franzosen muslimischen Glaubens, die als Dschihadisten mittlerweile „Kampferfahrten“ im Nahen und Mittleren Osten sammelt oder gesammelt haben.

Mehr als dreitausend „Europäer“ sollen dort auf Seiten islamistischer, terroristischer Gruppen kämpfen. Die französischen Sicherheitsbehörden wussten um die Gefahr, welche die Rückkehrer darstellen; dass die Gefahr die Dimension eines Massakers erreichen würden, kam wohl noch in den schlimmsten Albträumen nicht vor. Die Mörder suchten sich ein sogenanntes weiches Ziel aus – aber das Schlachtfeld umspannt die ganze Welt, reicht von Australien bis Paris.

In diesem Kampf gibt es kein Zurückweichen; in diesem Kampf müssen die Demokratien und die moderaten islamisch-geprägten Länder zusammenstehen.

Der Anschlag auf die Pressefreiheit fordert uns auf elementare Weise heraus. Ja, das ist eine Art Kampf der Zivilisationen. Klar ist auch, dass der Massenmord von Paris die innenpolitische Auseinandersetzung in vielen europäischen Ländern befeuern und beeinflussen wird. Hier heißt es, einen kühlen Kopf zu bewahren. Aber die Gefahr besteht, dass jetzt eine große Gruppe in unserer Gesellschaft unter Verdacht gerät.

Die Zuwanderung nach Europa ist außer Kontrolle

Zwei Drittel der Bundesbürger haben das Gefühl, dass der Zustrom von Flüchtlingen in die Europäische Union unbeherrschbar ist. Dieser Eindruck täuscht nicht. Er erinnert fatal an die Schuldenkrise.

Von Gerd Held



Foto: dpaHauptsache, ankommen: Ein Boot mit rund 200 Flüchtlingen vor der Küste von Lampedusa

Bei der Zuwanderung ist es ähnlich wie bei der Finanzpolitik: Deutschland hat seine politische Gestaltungsmacht weitgehend einem Gemeinschaftssystem anvertraut, das die Pflichten der Einzelstaaten in einem gemeinsamen europäischen Raum festlegt. Bisher hatte man den Eindruck, dass dieser Migrationspakt trotz mancher Lücken funktionierte, insbesondere in Gestalt der sogenannten Dublin-Abkommen. Dort wurde unter anderem vereinbart, dass die Zuwanderer aus Nicht-EU-Staaten zur Klärung ihres Status zunächst in jenen Staaten aufgenommen werden, in die sie zuerst einreisen.

Das war eine essenzielle Regelung, damit Migranten nicht ohne geklärten Status in den 500-Millionen-Bevölkerungsraum der EU entlassen werden und willkürlich zirkulieren. Jeder größere Territorialstaat dieser Welt trifft eine solche Regelung und setzt dafür seine Grenzregionen (und seine Flughäfen) als Auffangräume ein. Mit den Dublin-Abkommen war also die Erwartung verbunden, dass durch eine EU-Regelung die gleiche gesetzliche Stabilität hergestellt würde, wie es sie bisher auf der Ebene der Einzelstaaten gab.

Diese Erwartung erweist sich nun als Täuschung. Die Dublin-Abkommen sind im Kern außer Kraft gesetzt. Steffen Angenendt, der von 2011 bis 2013 als Berater für Migration im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) war, sagt: "Den Staaten an Europas Außengrenzen gelingt es nicht, ein vernünftiges Asylsystem aufzubauen." Diese Länder ließen die Flüchtlinge oft durchreisen.

Familien sind in der Minderzahl

Die Migranten gingen dorthin, "wo sie gut behandelt werden und wo sich schon Verwandte und andere Flüchtlinge aus ihrem Land aufhalten". Deutschland bewältigt daher momentan "fast im Alleingang die Flüchtlingsaufnahme in Europa". Das ist bisher in dieser Klarheit noch nicht öffentlich gesagt worden. Wenn es stimmt, haben wir es in der Migrationspolitik der Europäischen Union mit einem systematischen Rechtsbruch zu tun.

Die südlichen Randstaaten der EU verweigern ihren Beitrag. Zugleich weigert sich die EU-Kommission, die Verletzung der Dublin-Abkommen zu sanktionieren und an der Wiederherstellung des Migrationspaktes zu arbeiten. Das nennt man einen geduldeten außergesetzlichen Zustand.

Einerseits wird europaweit die Hilfe für Flüchtlinge in Not angemahnt und damit ein Öffnungsdruck erzeugt, andererseits wird die Kontrolle an den Eintrittsorten verweigert. Der Druck von außen durch Zuwanderungsbegehren aller Art wird in eine interne Wanderungsanarchie übersetzt. Das aber heißt in der Konsequenz, dass unter den Zuwanderern die Bessergestellten und die Besservernetzten die Gewinner sind.

Hingegen bleiben diejenigen, die am meisten Not leiden und die deshalb besonders auf die rechtsstaatlichen Verfahren angewiesen sind, auf der Strecke. So sind unter denen, die jetzt in Europa um Notaufnahme ersuchen, Familien in der Minderzahl. Auch sind es keineswegs die Flüchtlinge aus dem syrisch-irakischen Kriegsgebiet, die den Hauptteil stellen.

Noch eine Transferunion

Zugleich wird die unregelmäßige Zuwanderung zu einem Umverteilungsinstrument zwischen den EU-Ländern. Mit dem ungeprüften "Durchreichen" von Migranten werden Ansprüche an die Wohnungsvergütung, an das Gesundheits- und Bildungswesen, an die Sozialversicherungen zwischen den Mitgliedsstaaten weitergereicht. Manche Deutschlandkritiker im Süden Europas sehen das als legitimen Ausgleich zwischen "armen und reichen EU-Staaten" an.

Gewiss ist es gerecht, wenn einzelne Mitgliedsstaaten der EU einen Ausgleich für ihre Erstaufnahme-Arbeit bekommen, aber dies erfordert einen Gesamtvertrag mit Leistung und Gegenleistung – mit Zahlen und Quoten für Arbeitsimmigration, für kurzfristige Flüchtlingshilfe und für die Gewährung längerfristigen Asyls. Doch für einen solchen Gesamtvertrag ist in der EU offenbar kein Konsens herstellbar.

Diese Situation erinnert fatal an die Schuldenkrise. Auch dort gibt es Schwierigkeiten, im System der EU eindeutige Verantwortlichkeiten herzustellen und die Schulden nicht unkontrolliert zirkulieren zu lassen. Auch dort droht die Gefahr, in eine Transferunion jenseits aller vernünftigen Haftungsgrenzen hineinzuschlittern.

In der Schuldenkrise ist zumindest im Grundsatz anerkannt, dass die Bürger der einzelnen Mitgliedsstaaten nur begrenzt für die Schulden anderer Länder haften. Und es ist verfassungsrechtlich festgestellt, dass hier die Rechte und Pflichten der nationalen Parlamente berührt sind. In der Migrationskrise gibt es eine solche Klärung bisher nicht. Wir bewegen uns auf der Ebene von Pauschalaussagen und Ad-hoc-Programmen.

"Augen zu" und Durchwinken

Vor diesem Hintergrund hat die gegenwärtige Diskussion über "Angst", "Mut" oder andere moralische "Grundeinstellungen" zur Migration etwas geradezu Gespenstisches. Man streitet über die richtige Form der Begrüßung und lässt alle härteren und langfristigen Anforderungen, die jede Integration stellt, unbeachtet. Eine politische Gestaltungsaufgabe wird nicht formuliert.

Deshalb ist auch die Krise, in der sich die EU-Migrationspolitik befindet, bisher kaum zum Thema geworden. Es ist noch nicht einmal offiziell festgestellt, dass es hier eine Krise gibt. Außer bei spektakulären Notfällen erfährt man kaum etwas über die Praxis der verschiedenen Behörden. Es gibt keine Anfragen von Abgeordneten zur Umsetzung der Dubliner Abkommen.

Nur hier und da kommt in Einzelfällen zum Vorschein, wie viel "Augen zu" und Durchwinken inzwischen bei der Zuwanderung herrscht. Dieser undurchsichtige Migrationskomplex muss ganz unvermeidlich das Misstrauen und die Erbitterung von Bürgern wecken, zumal sie in ihrem beruflichen und privaten Alltag oft mit der kleinlichsten Bürokratie und Regelungswut konfrontiert sind.

Angesichts weiter wachsender Migrationsströme sind moralische Appelle und Verdächtigungen die falsche Antwort. Gebraucht wird das klare Maß und die Verbindlichkeit von Gesetzen. Denn Einwanderung ist kein Kinderspiel. Das Vakuum, das der Bruch des EU-Migrationspaktes hier erzeugt hat, muss schnell gefüllt werden – europäisch oder einzelstaatlich.

Cabale anti-Houellebecq : la possibilité d'une soumission

Une nouvelle fatwa contre l'islamophobie

Publié le 06 janvier 2015 à 9:00 dans Culture Politique Religion

Mots-clés : [Claude Lévi-Strauss](#), [Eric Zemmour](#), [Islam](#), [Michel Houellebecq](#), [Soumission](#)



L'historien Bartolomé Bennassar expliquait que l'Inquisition espagnole avait travaillé au service de l'État: «*elle visait d'abord le but qui lui était propre, celui de créer un peuple unifié par la même croyance, conforme à l'orthodoxie catholique la plus exacte*». Aussi avait-elle entrepris de réprimer tous les déviants, qu'ils fussent juifs, morisques, protestants ou encore sodomites. Les livres étaient également sous surveillance: l'Inquisition délivrait des licences d'impression et un premier index des ouvrages expurgés ou interdits fut publié dès 1551. En 1584, l'index de Quiroga porta à mille quatre cents le nombre des livres censurés. L'obsession de tout vouloir contrôler était telle que les cales des navires qui jetaient l'ancre en Espagne étaient soumises à une inspection. L'Inquisition cherchait ainsi, par tous les moyens, à empêcher la diffusion d'idées subversives. Rien d'extraordinaire, finalement. De nos jours, dans nos démocraties, des livres et des auteurs peuvent encore être mis à l'index parce qu'ils ne sont pas conformes à la pensée dominante. Certes, aucune interdiction ne sera prononcée, aucun bûcher ne sera dressé: pour que l'honneur de la démocratie soit sauf, les nouveaux inquisiteurs ont des méthodes plus subtiles.

Régulièrement, les *bobos* ont besoin de trembler à l'idée qu'un nouveau *Mein Kampf* sort en librairie. La gauche leur a donc désigné tour à tour l'*Éloge littéraire d'Anders Breivik* de Richard Millet (Pierre-Guillaume de Roux, 2012), *L'Identité malheureuse* d'Alain Finkielkraut (Stock, 2013) et, enfin, *Le suicide français* d'Eric Zemmour (Albin Michel, 2014) pour qu'ils les lynchent sans retenue. Chaque fois, le propos du livre est déformé et l'auteur traîné dans la boue: mais ne l'a-t-il pas cherché en critiquant le multiculturalisme, en doutant des bienfaits de l'immigration ou en dénonçant l'islamisation de notre société?

Ces dernières semaines, Eric Zemmour a donc été livré à la **vindict**e: on lui a d'abord reproché d'avoir voulu réhabiliter le régime de Vichy. Au sommet de l'État, Manuel Valls déclarait sur un ton péremptoire que «*Zemmour ne mérite pas qu'on le lise*». Mais la polémique n'a pas suffi à disqualifier Zemmour aux yeux du public: *Le suicide français* est un véritable succès et s'est déjà vendu à plus de 400000 exemplaires. Les gauchistes, dépités, ont donc renouvelé leurs attaques. Lundi dernier, Jean-Luc Mélenchon évoquait sur son **blog** une interview au *Corriere della Sera*: Eric Zemmour aurait parlé de *déporter* cinq millions de musulmans. Aussitôt, les réseaux sociaux s'emballaient: sur twitter, le ministre de l'intérieur, **Bernard Cazeneuve** **condamnait** «*avec une extrême fermeté les propos tenus par Eric Zemmour concernant les*

musulmans de France dans le Corriere della Sera» et le président du groupe socialiste à l'Assemblée nationale, Bruno Leroux, enjoignait les médias de boycotter Eric Zemmour. Dans le rôle du Tribunal du Saint-Office, SOS Racismesaisissait la justice et exigeait qu'Eric Zemmour soit exclu d'i>Télé, de RTL et du Figaro. Malgré la mise au point du journaliste Stefano Montefiori, qui expliqua que le mot déportation n'avait jamais été prononcé durant l'interview, la corrida médiatique continua et i>Télé décidait finalement de livrer la tête d'Eric Zemmour à SOS Racisme et aux musulmans d'Al-Kanz qui la lui avaient réclamée. Pour se justifier, Céline Pigalle, directrice de la rédaction d'iTélé, pourra toujours, sans honte, invoquer «la liberté d'expression»: l'éviction de Zemmour nous révèle à quel point il existe un décalage entre «l'opinion publique et l'opinion publiée».

Ces péripéties nous montrent qu'une certaine classe politique et médiatique, plutôt que chercher le débat contradictoire, s'obstine à donner dans le procès en sorcellerie. À l'instar de l'Inquisition, la gauche s'est érigée en juge de l'orthodoxie et de la déviance. Elle est persuadée d'incarner le Bien: elle ne tolère donc aucune discussion et préfère lancer des fatwas. Bientôt, Michel Houellebecq devrait subir à son tour les foudres de la bien-pensance car son prochain roman, *Soumission*, qui paraîtra le 7 janvier, se situerait en 2022 dans une France convertie à l'islam. Or, on se souvient que Houellebecq avait déclaré en 2001, lors de la promotion de son roman *Plateforme*, que «la religion la plus con, c'est quand même l'islam». À l'époque, cela avait provoqué un tel scandale que Claude Lévi-Strauss avait pris la défense de l'écrivain. Dans une interview parue le 10 octobre 2002 dans *Le Nouvel Obs*, l'ethnologue avait évoqué pêle-mêle le procès fait à Michel Houellebecq et la montée de l'intégrisme religieux :

«J'ai dit dans *Tristes Tropiques* ce que je pensais de l'islam. Bien que dans une langue plus châtiée, ce n'était pas tellement éloigné de ce pour quoi on fait aujourd'hui un procès à Houellebecq. Un tel procès aurait été inconcevable il y a un demi-siècle; ça ne serait venu à l'esprit de personne. On a le droit de critiquer la religion. On a le droit de dire ce qu'on pense. Nous sommes contaminés par l'intolérance islamique. Il en va de même avec l'idée actuelle qu'il faudrait introduire l'enseignement de l'histoire des religions à l'école. J'ai lu que l'on avait chargé Régis Debray d'une mission sur cette question. Là encore, cela me semble être une concession faite à l'islam: à l'idée que la religion doit pénétrer en dehors de son domaine. Il me semble au contraire que la laïcité pure et dure avait très bien marché jusqu'ici».

Claude Lévi-Strauss était conscient que sa liberté de ton ne serait plus possible aujourd'hui. En 1955, dans l'avant-dernier chapitre de *Tristes Tropiques*, il avait des mots très durs pour l'islam. Il expliquait notamment que les musulmans étaient «incapables de supporter l'existence d'autrui comme autrui: le seul moyen pour eux de se mettre à l'abri du doute et de l'humiliation consiste dans une "néantisation" d'autrui, considéré comme témoin d'une autre foi et d'une autre conduite». Aujourd'hui, ces quelques pages lui vaudraient sûrement d'être cloué au pilori. Les nouveaux inquisiteurs lui reprocheraient d'être islamophobe -le plus grand des crimes. Et en y réfléchissant, le fait qu'on ne puisse plus avoir aujourd'hui d'opinion critique sur l'islam, comme si cette religion était devenue sacrée pour tout le monde, même pour les non-musulmans, est peut-être le signe que, sans attendre 2022, notre pays est d'ores et déjà soumis.

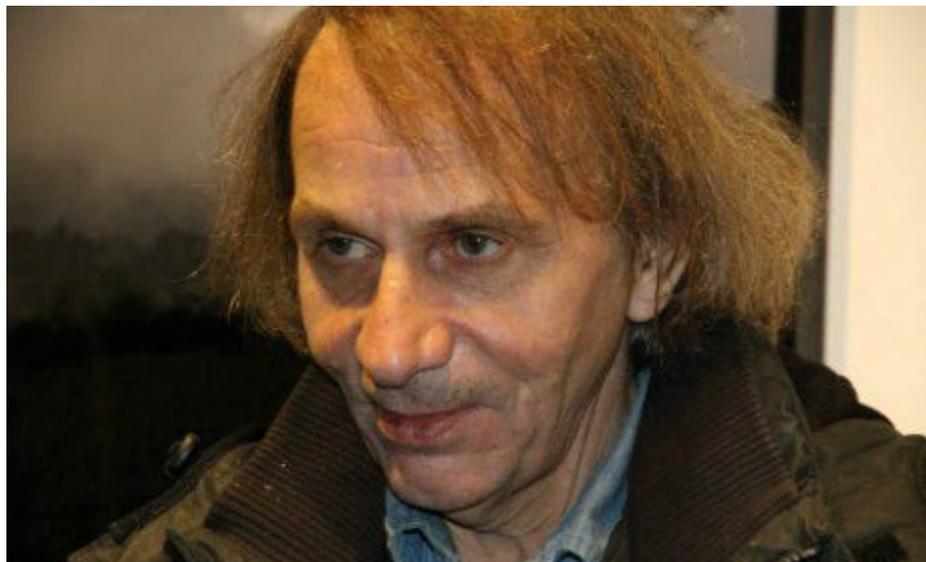
Pourquoi Alain Finkielkraut a aimé le livre de Houellebecq

VIDEO

L'esprit de l'escalier sur RCJ

Publié le 05 janvier 2015 à 11:20 dans Culture Politique Religion

Mots-clés : [Islam](#), [Légion d'honneur](#), [Michel Houellebecq](#), [Soumission](#), [Thomas Piketty](#)



Le nouveau roman de Michel Houellebecq, *Soumission* (Flammarion, 2014), divise la critique, jusque-là quasi-unanimement acquise au Goncourt 2010. Tandis que le directeur de la rédaction de *Libération* voit dans ce livre d'anticipation un symptôme de la « zemmourisation » des esprits et une validation des idées du Front national, Alain Finkielkraut salue le « grand romancier du possible » qu'est Houellebecq. Pour l'académicien, l'arrivée au pouvoir d'un parti musulman est un scénario possible à l'avenir, au même titre que la généralisation du clonage que prophétise cet « Alceste à cigarette ». Bref, « Houellebecq appuie là où ça fait très mal et les progressistes crient aïe ! »

Revenant sur l'affaire Piketty, Alain Finkielkraut s'agace de voir ce jeune économiste refuser la Légion d'honneur à grands renforts de médias. « Les rebelles d'aujourd'hui sont des enfants gâtés » estime-t-il, arguant qu'il est « tout à fait légitime que la République mette à l'honneur un certain nombre de gens dont les travaux sont jugés estimables ». Le débat est ouvert !

*Photo : GINIES/SIPA. 00697589_000022.

Article en accès libre. Pour lire tous nos articles, [abonnez-vous !](#)

Cet article vous a plu, [inscrivez-vous à notre Newsletter](#).

109,175

Terroranschlag in Paris

Mitten ins Herz

Frankreich in Schockstarre. Mit fassungslosen Mienen stehen Polizisten, Sanitäter und Journalisten vor dem Redaktionsgebäude der Satire-Zeitschrift „Charlie Hebdo“. Von „außergewöhnlicher Barbarei“ spricht Präsident Hollande. Zehntausende bekunden ihre Solidarität im Internet.

07.01.2015, von MICHAELA WIEGEL, PARIS



© AP  Entsetzen: Rettungs- und Sicherheitskräfte vor dem Redaktionsgebäude von „Charlie Hebdo“ in Paris.

Von „außergewöhnlicher Barbarei“ spricht François Hollande und die Worte des Präsidenten stehen den Menschen ins Gesicht geschrieben, die sich am Mittwochmittag in der schmalen Rue Nicolas Appert in Paris drängen. Polizisten in Uniform und Zivil, Rettungskräfte in Weiß und Orange, Journalisten, Nachbarn und Schaulustige stehen mit ernsten, fassungslosen Mienen in der Nähe des Redaktionssitzes des Satiremagazins „Charlie Hebdo“ mit der Hausnummer 10. Der Präsident ist in Begleitung Innenministers Bernard Cazeneuve und der Bürgermeisterin von Paris, Anne Hidalgo, zum Tatort geeilt, um das Entsetzen auszudrücken, welches das ganze Land nach dem Blutbad in der Redaktion erfasst hat.



Autorin: Michaela Wiegel, Politische Korrespondentin mit Sitz in Paris. Folgen:

Von „einem Schock“ spricht Hollande und davon, dass es keinen Zweifel daran geben könne, dass es sich um einen Terroranschlag handelt, mitten in Paris, im 11. Arrondissement. „Wir haben den Propheten gerächt“, brüllten die verummten Täter, als sie das Feuer eröffneten, mit Kalaschnikows auf schutzlose Redaktionsmitglieder zielten.

Noch ist der Kampfschrei der Mörder nur auf einem Amateurvideo zu hören, ebenso wie ein kriegesisches „Allah Akbar!“ (Allah ist groß). Es zweifelt aber niemand mehr daran, dass die Täter sich im Dschihad wännen, wie im März 2012 Mohammed Merah, der in Toulouse und Montauban sieben Menschen tötete und wie Mehdi Nemmouche, der im Mai 2014 im Jüdischen Museum in Brüssel vier Menschen erschoss.



© DPA  Das Titelblatt der aktuellen Ausgabe der Zeitschrift „Charlie Hebdo“

Der Anschlag trifft das Land in einer Stimmung, die so aufgeheizt ist wie schon lange nicht mehr. Am Vorabend hat der Schriftsteller Michel Houellebecq in den Hauptabendnachrichten im staatlichen Fernsehsender France 2 über den drohenden Krieg der Kulturen und die Machtergreifung eines muslimischen Präsidenten in Frankreich gescherzt, mit lautloser Stimme, als besonders originelle Werbung für sein am Mittwoch erschienenenes Buch „Soumission“ (Unterwerfung).

Eine Karikatur von Houellebecq zierte auch die Titelseite der am Mittwoch erschienenen Ausgabe von „Charlie Hebdo“, aus der Feder des Zeichners Luz, der die Attacke überlebte. „2015 verliere ich meine Zähne“, lässt Luz den Schriftsteller orakeln „2022 befolge ich den Ramadan“. Chefredakteur Charb hatte die Titelseite ausgewählt - jetzt ist er tot, ebenso wie die Zeichner Cabu, Tignous und Georges Wolinski, deren Zeichnungen und Karikaturen weit über Charlie Hebdo hinaus die französische Presse prägten. Auch der Journalist und Ökonom Bernard Maris ist unter den Opfern.

„Wir haben Charlie Hebdo getötet“

Sie einte der Wille, die Freiheit und insbesondere die Pressefreiheit nicht durch religiöse Vorschriften und Rücksichtnahmen einschränken zu lassen. „Wir haben Charlie Hebdo getötet“, sollen die Täter laut Augenzeugenberichten auf ihrer Flucht Boulevard Richard-Lenoir gebrüllt haben.

Christophe Deloire vom Verein „Reporter ohne Grenzen“ sprach von einem „schwarzen Tag für den französischen Journalisten“. Ziel der Täter sei es, die Journalisten allgemein einzuschüchtern und sie dazu zu bringen, sich selbst zu zensieren. Ein Journalist der Zeitung „Libération“, welche die Redaktion von Charlie Hebdo nach einem Brandanschlag vorübergehend beherbergt hatte, sagte, damit hätten die Mörder leider eine bittere Wahrheit ausgesprochen. Nach dem Verlust ihrer berühmtesten und begabtesten Zeichner werde die satirische Wochenzeitung nicht mehr die gleiche sein.

Präsident Hollande erinnert vor dem Redaktionssitz daran, dass es jetzt für Frankreichs ums Ganze geht: um die Freiheit, die Freiheit einer großen, alten Demokratie. Auch Oppositionschef Nicolas Sarkozy (UMP) spricht von einem „Angriff auf die Demokratie“. Hollande ermahnt seine Landsleute, in solch schwieriger Zeit zusammenzustehen. „Noch nie war die Terrorgefahr so hoch wie jetzt“, sagt er.

Der Antiterrorplan „Vigipirate“ wird im Großraum Paris auf die höchste Stufe (akute Attentatsgefahr) gesetzt, die Patrouillen in den öffentlichen Verkehrsmitteln, an Bahnhöfen und Flughäfen verstärkt, Kirchen und andere Kultstätten stehen unter erhöhtem Schutz, Schulklassen dürfen keine Ausflüge mehr machen, selbst die Paradewachen vor dem Elysée-Palast werden abgezogen. Alle Presseunternehmen sind aufgerufen, besonders wachsam zu sein.

„Charlie Hebdo“ stand eigentlich schon lange unter besonderem Polizeischutz. Das Magazin erscheint seit 1992, der Name geht auf die Comicfigur Charlie Brown von den „Peanuts“ zurück. 2006 gehörte „Charlie Hebdo“ zu den wenigen Zeitschriften, welche die Mohammed-Karikaturen aus der dänischen Jyllands Posten nachdruckten, erweitert um eigene Karikaturen über Muslime. Der Französische Islamrat (CFCM) strengte damals eine Klage an, vor Gericht erreichte die Redaktion jedoch einen Freispruch. Frühzeitig warnte die Redaktion vor dem Islamismus als weltweite totalitäre Bedrohung.

Die Redakteure, alle von der libertären Tradition der Achtundsechziger-Bewegung geprägt, richteten sich dabei nicht prinzipiell gegen den Islam. Vielmehr sahen sie sich als Anwälte der Laizität, der Trennung von Staat und Religion und verweherten sich gegen jegliche Einmischungsversuche religiöser Instanzen. Auch über die Würdenträger der Katholischen Kirche ließen sie ihren Spott ergehen, wenn diese dazu Gelegenheiten boten. Aber sie stellten fest, dass die Intoleranz immer häufiger von islamistischen Gruppen ausging.

Drohungen und ein Brandanschlag

Im März 2006 veröffentlichte die Wochenzeitung ein „Manifest der 12“ gegen den Islamismus, das unter anderem Salman Rushdie und Ayaan Hirsi Ali unterzeichneten. Im November 2011 erschien die Zeitung mit einem „Scharia Hebdo“ betitelten Sonderheft zum Wahlerfolg der islamischen Ennahda-Partei in Tunesien an den Kiosken. Kurze Zeit später wurde das Redaktionsgebäude bei einem Brandanschlag schwer beschädigt. Auch der Internetauftritt des Blattes wurde Opfer von Hackern, die ein Mekka-Bild und Koranverse unter die Webanschrift von „Charlie Hebdo“ stellten.

Schon damals sagte Chefredakteur Charb, das er seit Monaten Droh-E-Mails erhalte. Der Anschlag wurde nie aufgeklärt. Im September 2012 machte „Charlie Hebdo“ abermals von sich reden, weil das Blatt neue Mohammed-Karikaturen veröffentlichte. Der jetzt ermordete Chefredakteur Charb verteidigte damals die Entscheidung: „Wir veröffentlichen Karikaturen über jeden und alles jede Woche. Wenn es aber um den Propheten geht, wird es Provokation genannt. Erst darf man nicht Mohammed zeichnen, dann nicht mehr einen radikalen Muslim, und jedes Mal wird es heißen: Das ist eine Provokation für einen Muslim. Ist die Pressefreiheit eine Provokation?“. Zuletzt druckte Charlie Hebdo im Januar 2013 eine Comic-Biographie von Mohammed. Das iranische Mullah-Regime protestierte dagegen und bezeichnete das Heft als „Teil einer zionistischen Islamophobie-Kampagne“.

Attentat offenbar lange geplant

Präsident Hollande hatte am Mittwoch eigentlich die höchsten Repräsentanten der Religionen empfangen wollen, um ihnen seine Neujahrswünsche zu übermitteln. Gewöhnlich geht von diesem Treffen eine Friedensbotschaft aus und der Wunsch, das einvernehmliche Zusammenleben zwischen den sechs Millionen Muslimen, den etwa eine halbe Million Juden und den Christen in Frankreich zu betonen.

Am Mittwoch findet auch die wöchentliche Redaktionssitzung bei Charlie Hebdo statt, zu der alle Zeichner und Redaktionsmitglieder erscheinen. Das deutet darauf hin, dass die Täter den Tag ihres Anschlags langfristig geplant hatten. Eine Augenzeugin, die den Tätern unter Waffengewalt den Eingangscodex zum Redaktionsgebäude mitteilte, sagte, die Männer hätten „perfekt Französisch gesprochen“.



Sie waren gänzlich in Schwarz gekleidet und hatten ihr Gesicht verumumt. Um 11 Uhr 30 entstiegen sie einem schwarzen Citroen und drangen zunächst ins Nachbarhaus, dann in den Redaktionssitz ein. Zehn Minuten lang sollen sie laut Augenzeugenberichten kaltblütig auf die Redaktionsmitglieder geschossen haben, bis niemand mehr aufrecht stand. Auf ihrer Flucht töteten sie einen schon am Boden liegenden Polizisten. Ein weiterer Polizeibeamter wurde noch am Tatort erschossen.

Die Irrfahrt der Täter im Citroen endete 11 Uhr 45 in der Rue Sadi-Lecointe, nachdem sie die Kontrolle über ihr Fahrzeug verloren hatten. Sie setzten ihre Fahrt in einem anderen Auto, vermutlich ein Renault Clio in den Norden der Hauptstadt fort. Von den Tätern fehlt bislang jede Spur.

„Radikalisierung über das Internet“

Die Sicherheitskräfte befürchten, dass es sich wie im Fall Mohamed Merah und im Fall Mehdi Nemmouche um Täter handeln können, die nicht einer größeren Terrorzelle angehören. Die französischen Geheimdienste, die sich im Kampf gegen den organisierten islamistischen Terror in den neunziger Jahren bewährt hatten, befinden sich in einer Krise.

Anfang der Neunziger Jahre hatte eine Welle von Attentaten das Land erschüttert. Am 25. Juli 1995 wurde bei einer Bombenexplosion im Untergrundbahnhof Saint-Michel-Notre-Dame acht Menschen getötet und 117 weitere verletzt. Die der algerischen Gruppe GIA zugehörigen Bombenleger wurden schnell identifiziert. „Über das Internet hat sich die Radikalisierung beschleunigt. Attentate sind nicht mehr das Ergebnis langer Vorbereitung. Wir fürchten am meisten isolierte Terroristen, die ohne ein größeres Netzwerk vorgehen und fast nie vor ihrer Tat auffallen“, sagte der frühere Geheimdienstchef Bernard Squarcini kürzlich.

Nemmouche war nur zufällig bei einer Routine-Zollkontrolle gefasst worden. Auch Merah war trotz einer Überwachung nicht aufgefallen, bevor er zur Tat schritt. Die Gefahr, die durch Syrien-Rückkehrer ausgeht, war von staatlicher Seite immer betont worden. Doch schon seit langem wird darüber gestritten, ob die Regierung im Kampf gegen den Terror genügend Mittel zur Verfügung stellt.

Die heftigste Kritik an der Sicherheitspolitik übte stets die FN-Vorsitzende Marine Le Pen. Sie sagte am Mittwoch, es handele sich eindeutig um einen Anschlag „islamistischer Fundamentalisten“. Die Terroristen seien mit großer, beinahe militärischer Professionalität vorgegangen. Es sei an der Zeit, die Anti-Terror-Politik der Regierung zu hinterfragen. Le Pen hatte wiederholt vor „hundertern von Mohamed Merahs“ gewarnt, die nur darauf warteten, sich an Frankreich zu rächen.



Ein Ausschnitt aus einem Amateurvideo zeigt zwei Täter bei ihrem Terroranschlag in Paris. ©

BBC

Im Internet und über Twitter bekundeten zehntausende Franzosen ihre Solidarität mit der Redaktion von „Charlie Hebdo“. „Je suis Charlie“ („Ich bin Charlie“) überschrieben sie ihre Solidaritätsbekundungen. Der sozialistische Parteivorsitzende Jean-Christophe Cambadélis rief zu einem „Marsch der Republik-Anhänger“ auf, sobald dies - angesichts der Anschlagsgefahr - möglich sei. Auch die Grünen und die Kommunisten wollen bei der Demonstration mitmachen. Es sei wichtig, dass jetzt alle Freunde der Meinungsfreiheit zusammen rückten. Auch die wichtigsten Stimmen der Opposition riefen zur nationalen Einheit auf. „Angesichts dieses schrecklichen Terroranschlags müssen wir wie ein Block zusammenstehen“, mahnte der frühere Premierminister Alain Juppé. Der UMP-Vorsitzende Nicolas Sarkozy sagte, Frankreich dürfe sich den Angriff auf die Meinungsfreiheit und seine Werte nicht bieten lassen. Es müsse alles daran gesetzt werden, die Täter so schnell wie möglich zu fassen. Der französische Islamrat CFCM verurteilte den „barbarischen Angriff auf die Demokratie und die Pressefreiheit“. „Das sind keine Muslime. Das sind Leute, die aus der Hölle kommen“, sagte der Imam von Drancy, Hassen Chalghoumi. In Bordeaux, Lyon, Marseille, Paris, aber auch in kleineren Städten kamen Franzosen noch am Mittwoch zu Schweigeminuten für die Opfer des Anschlags zusammen. Die Trikolore-Fahnen vor den öffentlichen Gebäuden wurden auf Halbmast gehisst. „Frankreich ist ins Herz getroffen worden“, sagte Premierminister Manuel Valls.

Depuis octobre, un mouvement contre "l'islamisation" de la société organise des manifestations de masse. Politiques et citoyens répliquent.



Les partisans de

Pegida manifestent à Cologne le 5 janvier. © Maja Hitij/Dpa Picture-Alliance/AFP

Par FRÉDÉRIC THÉRIN, À MUNICH

En République fédérale, le fossé continue de se creuser entre les partisans et les opposants de Pegida, le mouvement des "patriotes européens contre l'islamisation de l'Occident", né en octobre sur [Facebook](#). Lancé par Lutz Bachmann, un photographe et graphiste de 41 ans qui est actuellement en liberté conditionnelle pour divers délits liés notamment à des trafics de drogue, ce groupe s'oppose farouchement à "l'islamisation" de la société allemande et exige une "tolérance zéro" pour les immigrés ayant commis des délits.

Depuis le mois d'octobre, les partisans de ce mouvement se retrouvent chaque lundi dans les rues de Dresde pour manifester leur colère. Et malgré le froid et la neige, les cortèges grossissent de semaine en semaine. Lundi, près de 18 000 personnes ont parcouru les rues de la capitale du land de Saxe en portant de grands drapeaux allemands. Si les nazillons et les partisans des groupuscules d'extrême droite sont présents en masse dans la foule, beaucoup d'Allemands "moyens" manifestent à leur côté. D'après un sondage de l'institut Forsa, 29 % des personnes interrogées estiment ainsi que l'islam occupe trop de place dans leur société, et 13 % soutiennent les manifestations organisées par Pegida.

De nombreux citoyens s'inquiètent en effet de l'arrivée massive de demandeurs d'asile en provenance notamment de [Syrie](#) et d'[Afghanistan](#). Selon l'Agence des Nations unies pour les réfugiés (UNHCR), l'Allemagne est ainsi devenue le pays qui accueille le plus de personnes en quête de refuge devant les États-Unis et la France. Le ministère de l'Intérieur devrait recevoir en 2014 et 2015 près de 200 000 demandes d'asile par an, contre 130 000 en 2013 et... 50 000 en 2011. Ces chiffres doivent toutefois être relativisés. La communauté musulmane, qui compte plus de 4 millions de personnes, ne représente en effet même pas 5 % de la population du pays, et ce chiffre ne devrait pas dépasser 7,1 % en... 2030.

La riposte des anti

"L'islamisation" de la société allemande est aussi très exagérée. Notre voisin compte ainsi 2 400 mosquées pour plus de 45 000 églises, et, si 28 % des musulmanes portent le voile, elles ne sont plus que 22 % parmi les filles âgées de 16 à 25 ans. À peine 2 % des élèves refusent, quant à elles, d'aller à la piscine avec leurs camarades de classe comme la loi le leur permet. Et le nombre d'enfants par famille musulmane est passé de 4,4 à 2,2 entre 1970 et 2011. Ces constats et le succès croissant des manifestations de Dresde ont encouragé des Allemands à s'unir pour organiser des défilés "anti-Pegida".

Lundi soir, des milliers de personnes ont manifesté dans de nombreuses villes du pays, notamment à Dresde, Stuttgart et Hambourg pour s'opposer aux "patriotes européens contre l'islamisation de l'Occident". La cathédrale et les ponts de la ville de Cologne ainsi que la Porte de Brandebourg à Berlin ont été plongés dans le noir pour l'occasion afin de protester contre les marches anti-islam. Une lettre en faveur du multiculturalisme signée par plus de cinquante personnalités, dont les anciens chanceliers Gerhard Schröder et Helmut Schmidt, a également été publiée dans la presse. Les "anti" et les "pros" Pegida devraient continuer de s'opposer dans les prochaines semaines. La "peur de l'autre" commence à prendre racine en Allemagne.

<http://www.nytimes.com/2015/01/07/opinion/an-aging-europes-decline.html?hp&action=click&pgtype=Homepage&module=c-column-top-span-region®ion=c-column-top-span-region&WT.nav=c-column-top-span-region&r=0>

109,179

The Opinion Pages | CONTRIBUTING OP-ED WRITER

An Aging Europe in Decline

JAN. 6, 2015

Photo



CreditDan Stafford



Arthur C. Brooks

“I’VE fallen and I can’t get up.”

These words, shouted by an elderly woman, were made famous in a medical alert device ad in the 1990s. In 2015, they might be Europe’s catchphrase.

As the United States economy slowly recovers, analysts across the political spectrum see little to cheer them from Europe. The optimists see the region’s economy growing by just 1 percent in 2015; many others fear that a triple-dip recession is in the offing. Germany is widely viewed as a healthy country whose prosperity helps compensate for Europe’s weakness, yet over the past two quarters for which we have data, it has [experienced no net growth at all](#). Predictions of decade-long deflation, low productivity and high unemployment are becoming conventional wisdom.

What does the Continent need? Most economists and pundits focus on monetary and fiscal policy, as well as labor-market reform. Get the policy levers and economic incentives right, and the Continent might escape the vortex of decline, right?

Probably not. As important as good economic policies are, they will not fix Europe’s core problems, which are demographic, not economic. This was the point made in a speech to the European Parliament in November by none other than Pope

Francis. As the pontiff [put it](#), “In many quarters we encounter a general impression of weariness and aging, of a Europe which is now a ‘grandmother,’ no longer fertile and vibrant.”

But wait, it gets worse: Grandma Europe is not merely growing old. She is also getting dotty. She is, as the pope [sadly explained](#) in an earlier speech to a conference of bishops, “weary with disorientation.”

Some readers might regret the pope’s use of language — we love our grandmothers, weary with disorientation or not. But as my American Enterprise Institute colleague Nicholas Eberstadt shows in his research, the pope’s analysis is fundamentally sound.

Start with age. According to the United States Census Bureau’s [International Database](#), nearly one in five Western Europeans was 65 years old or older in 2014. This is hard enough to endure, given the countries’ early retirement ages and pay-as-you-go pension systems. But by 2030, this will have risen to one in four. If history is any guide, aging electorates will direct larger and larger portions of gross domestic product to retirement benefits — and invest less in opportunity for future generations.

Next, look at fertility. According to the Organization for Economic Cooperation and Development, the last time the countries of the European Union were reproducing at replacement levels (that is, slightly more than two children per woman) was the mid-1970s. In 2014, the average number of children per woman was about 1.6. That’s up a hair from the nadir in 2001, but has been falling again for more than half a decade. Imagine a world where many people have no sisters, brothers, cousins, aunts or uncles. That’s where Europe is heading in the coming decades. On the bright side, at least there will be fewer Christmas presents to buy.

There are some exceptions. France has risen to exactly two children per woman in 2012, from 1.95 in 1980, an increase largely attributed to a system of government payments to parents, not a change in the culture of family life. Is there anything more dystopian than the notion that population decline can be slowed only when states bribe their citizens to reproduce?

Finally, consider employment. Last September, the United States’ [labor force participation rate](#) — the percentage of adults who are either working or looking for work — reached a 36-year low of just 62.7 percent.

Yet as bad as that is, the United States looks decent compared with most of Europe. Our friends across the Atlantic like to say that we live to work, while they work to live. That might be compelling if more of them were actually working. According to the most recent data available from the World Bank, the labor force participation rate in the European Union in 2013 was 57.5 percent. In France it was 55.9 percent. In Italy, just 49.1 percent.

One bright spot might seem to be immigration. In 2012, the median age of the national population in the European Union was 41.9 years, while the median age of foreigners living in the union was 34.7. So, are Europeans pleased that there will be new arrivals to work and pay taxes when the locals retire?

Not exactly. Anti-immigrant sentiment is surging across the Continent. Nativist movements performed [alarmingly well](#) in European Parliament elections last year. Europe is less like a grandmother knitting placidly in the window and more like an angry grandfather, shaking his rake and yelling at outsiders to get off his lawn.

None of this should give Americans cause for schadenfreude. At a purely practical level, a European market in further decline will suppress American growth. But more important, European deterioration will dissipate the vast good the Continent can do in spreading the values of democracy and freedom around the world.

So what is the prescription for Europe’s ills — and the lesson for America’s future?

It is true that good monetary and fiscal policies are important. But the deeper problems in Europe will not be solved by the European Central Bank. No matter what the money supply and public spending levels, a country or continent will be in decline if it rejects the culture of family, turns its back on work, and closes itself to strivers from the outside.

Europe needs visionary leaders and a social movement to rediscover that people are assets to develop, not liabilities to manage. If it cannot or will not meet this existential challenge, a “lost decade” will look like a walk in the park for Grandma Europe.

Arthur C. Brooks, a contributing opinion writer, is the president of the American Enterprise Institute.

http://www.wsj.com/articles/michael-heise-qe-is-the-wrong-fix-for-europe-1420571259?mod=rss_Opinion?mod=hp_opinion

109,181

QE Is the Wrong Fix for Europe

Some disinflation is good for Europe, and attempts to fight it won't work anyway.

By

MICHAEL HEISE

Speculation is rife that the European Central Bank might announce bold new monetary easing measures at its policy meeting this month, in particular a program to purchase eurozone sovereign bonds, or quantitative easing. The goal would be to expand the ECB's balance sheet by €1 trillion (\$1.194 trillion).

Yet anyone who thinks QE would be the policy that at last jolts the eurozone out of its torpor is in for disappointment. QE is...

To Read the Full Story, [Subscribe](#) or [Log](#)

109,182

Reforming Islam

Where change comes from

Jan 7th 2015, 17:05 BY B.C.



WHEN news came of [today's appalling terrorist attack in Paris](#), I was in the middle of drafting an Erasmus post with some thoughts on the question: can we expect Islam to undergo its own version of the Reformation, or to produce its own Martin Luther? The subject is [addressed](#), in quite an intelligent way, in the latest issue of *Foreign Policy*, an American journal, and it is a topical one because various modern figures, from the Turkish preacher Fethullah Gulen to Egypt's military ruler Abdel Fattah al-Sisi have been described, however improbably, as Muslim answers to Martin Luther.

Today's ghastly events in France make the question even more pressing, because some people will undoubtedly say: this is proof, if proof were needed, that Islam is incorrigibly and by its very nature violent, intolerant and incapable of accepting the liberal ideal of free speech. And if that view gains traction, many Muslims will in turn conclude that in the face of such unremitting hostility, there is no point in even trying to explain their faith to others or seeking accommodation with their neighbours. So the stakes are very high.

Nick Danforth, the *Foreign Policy* writer, does a decent job of deconstructing the "Luther" question and showing how posing it reflects a linear, Anglo-Protestant view of history. According to this view there is a single-file march towards secular modernity, with reforming Protestants out in front, Catholics being dragged along a bit reluctantly, and Muslims far behind. "For most of American history, it would have been self-evident to the majority of American Protestants that the celebrated separation of church and state in the United States became possible because the Protestant Reformation tamed the Vatican in the 16th century." You don't have to be a Protestant to argue for this sort of view; you could say, as many do, that the Reformation's real merit was that it reduced the importance of religion in general, and ushered in a more rational world. In fact, the article counter-argues, every religion has its own trajectory and its own way of negotiating the boundary between revealed truth and changing reality; it's not helpful to imagine a single track along which people travel at different speeds. Here are some of my own thoughts on the subject. They have to do not with the merits, attractiveness or truth-claims of any religion, but with the way that religions in general work.

[Martin Luther](#) raised his voice against the abuse of clerical power by the Catholic authorities of his time: the ways in which sacraments (in other words, rituals which require a priest) were manipulated for cynical or venal purposes, doctrines were distorted, and ordinary people denied the opportunity to seek religious truth for themselves. He spoke with the authority of a well trained Catholic monk, versed in the Bible and in early church history. He wasn't rejecting all religious authority, or the idea of a sacrament as a ritual in which God was present; if he had taken that uncompromising view, he probably wouldn't have found many followers.

In my experience, Muslims' first response to Luther's protests is usually something like: the abuses that he addressed are never likely to arise in Islam, because Islam has no equivalent of sacraments or priests who come between man and God and monopolise certain rituals. Islam has imams or prayer leaders, but no bishops or father-confessors. (Shia Islam does have a tradition of powerful clerics, but the power they now enjoy in Iran is, arguably, a historical aberration.)

At the same time, many Muslims would stress that the "reform" or "renewal" of their religion, in the sense of cutting away unwanted accretions and getting back to Islam's original inspiration, has been a recurring theme in their history; and they would probably agree that some reform is badly needed now. But it's worth

stressing that in neither Christianity, Islam, Judaism nor any other major religion can "reform" be equated with moderation or emollience. A stripped-down, minimalist religion can be more violent and intolerant than an elaborate one; just ask Oliver Cromwell or the Pakistani Taliban.

At this point, many non-Muslims might say, "we don't really care whether Islam is elaborate or stripped-down, we only care whether its followers can be persuaded to renounce terrorism, beheadings, and the pursuit of political power." Well, passionate arguments against all these things are being heard within the world of Islam, although they get less publicity than the violent voices. Look, for example, at the personally courageous stance of Hamza Yusuf, an American-born scholar with a wide following in the Islamic heart-land, in denunciation of Islamic State, its aims and methods. In recent weeks some 300,000 people have used the internet to hear him condemn, in rigorously Islamic terms, the claim of IS to be authentic representatives of the Sunni creed. His voice comes from deep inside scholarly, traditional Islam, just as Luther's came from deep inside sacramental, episcopal Christianity—and many people are listening.

Islam will not be scolded, scorned or aerially bombed into reforming by outsiders; it is deeply immune to external pressure. But it can and will change from within, as the founding texts and traditions are reread and refracted by successive generations. Nobody can predict which way that change will go—and there is not just one, single historical path along which it will or won't progress.

109,184

Charlie Hebdo attack: Want to see what a 'threat to our freedom' looks like? Turn on your TV

Before today I also believed the pen was mightier than the sword. But I was wrong



Firefighters push a stretcher outside the headquarters of the French satirical newspaper Charlie Hebdo in Paris Photo: KENZO TRIBOUILLARD/AFP/Getty Images

By **Dan Hodges**

3:53PM GMT 07 Jan 2015

Just before I started this piece I was about to tweet the picture of the cartoon of the prophet Muhammad published by the satirical magazine Charlie Hebdo. I was going to do it "in solidarity". And then I stopped. I stopped because I was scared.

We hear a lot about freedom, and threats to our freedom. We heard about it, for example, when the government asked the Guardian to **stop publishing the Snowden files** because of the risk to national security. We heard about it last year, when **David Cameron announced he was bringing back plans** to allow the security agencies to monitor, and retain data on, our electronic communications – the so-called "snooper's charter". We heard about it in the wake of the Lee Rigby killing, where we told the state would use the murder as an excuse for a further erosion of our liberties.

But those are not real assaults on our freedom. Switch on your TV. You will see and hear what an assault on freedom really looks like. I'm looking at it now. **Two masked, black-clad figures, opening up on police with their guns** in an otherwise quiet residential street.

And that's only a partial view. The broadcasters are not showing the moment those figures run up to a wounded policeman, and shoot him dead at point-blank range. Nor do they have footage of the moment when the attackers burst into the Charlie Hebdo offices with their Kalashnikovs, reportedly called out staff members by name, and then gunned them down.

This is an actual assault on our freedom. The pre-meditated, cold-blooded murder of someone because they drew a cartoon. Or edited a magazine that published a cartoon. Or worked in the office of a magazine that publishes cartoons.

Events like today's always follow the same cycle. First there is the shock and horror. Then there are the calls not to overreact. And finally we simply forget and move on.

This time, because journalists were amongst the victims, the period of shock and horror may last a bit longer. Over the coming hours and days there will be many eloquent articles written about the massacre, (it will become a “tragedy” soon). Many of those articles will be on a similar theme. They will explain how, ultimately, the pen is mightier than the sword. How the terrorists will never win. Charlie Hebdo will emerge on the newsstands again, and it will be seen as a proud act of defiance.

And we will be deluding ourselves. The terrorists are winning. They wanted to murder the people who in their eyes were behind the publication of that cartoon. And they succeeded. I am sitting in my own living room. I am too scared to tweet a picture of that cartoon. The terrorists are winning. Hands down.

This is what a genuine assault on freedom looks and feels like. And if we want to live in a free society, then we are going to have to protect ourselves from people who would take it from us at the point of a gun.

If one way of stopping obscenities like today is providing the security services a bit more access to our e-mails, we must give it to them. If it means internet providers handing over their records, the records must be handed over. If it means newspapers showing restraint the next time an Edward Snowden knocks on their door, then restraint will have to be shown. Because look who came knocking at the door today.

Policemen are being murdered in our streets. Cartoonists – cartoonists – are being murdered at their desks. And we will not stop the people who are doing this with reassuring editorials.

I wish we could. When I'd revealed I'd deleted my tweet containing that cartoon, a number of people responded by calling me a coward. “You've just given in to them”, someone said.

They're right. I am a coward. I have given in. Before today I also believed the pen was mightier than the sword. But I was wrong.

109,186

We must stop blaming ourselves for Islamist terror

It is tempting to think the Islamic fanaticism is purely a reaction to the West, but jihadists kill because that is what they do

By Pdraig Reidy

1:36PM GMT 07 Jan 2015

We'd forgotten about Charlie Hebdo. In 2011, the satirical magazine, firmly rooted in the anti-clericalism of the French left, was firebombed after it published an edition poking fun at Islam: "100 lashes if you don't die of laughter", read the cover.

At the time, unthinkable in the light of today's attack on Charlie's office, there was "debate" over whether the magazine's cartoonists and editors had "gone too far".

Bruce Crumley, a correspondent for Time, **rushed to condemn not the bombers, but the scribblers.**

"Not only are such Islamophobic antics [as publishing cartoons] futile and childish," he wrote, "but they also openly beg for the very violent responses from extremists their authors claim to proudly defy in the name of common good. What common good is served by creating more division and anger, and by tempting belligerent reaction?"

He went on: "Do you still think the price you paid for printing an offensive, shameful, and singularly humor-deficient parody on the logic of 'because we can' was so worthwhile? If so, good luck with those charcoal drawings your pages will now be featuring."

Others sought to contextualise the attacks against the backdrop of alienation felt by many French Muslims.

Underlying all this was a persistent assumption. Islamist attacks are only ever reactions, only ever brought about by provocation from the West. All the way back to the Ayatollah Khomeini's contract on the head of Salman Rushdie in 1989, we have accepted the idea that it is up to authors, artists and cartoonists to justify themselves in the face of threats and real violence.

Rushdie himself even apologised for his supposed "insult" to Islam, in fear for his life.

If the rise of Isil has taught the world one thing, it is that the provocation is beside the point. Jihadists kill because that is what they do. It does not matter if you are a French cartoonist or a Yezidi child, or an aid worker or journalist: if you are not one of the chosen few, you are fair game. Provocation is merely an excuse used by bullies to justify their actions, while ensuring the world bows to their will.

In October last year, imprisoned Syrian journalist Mazen Darwish managed **to smuggle a note from his Damascus cell** to the free speech charity English PEN. Darwish had been singled out for an award by PEN and Salman Rushdie, and he took the opportunity to address Rushdie directly, writing:

“[W]e committed an unforgivable sin in the Arab world when we responded with indifference to the fatwas and calls for your death. So indifferent were we that we colluded – even if just by our silent complicity – in excluding and eliminating difference, while acting as if the whole thing had nothing to do with us. And so here we are today, paying the high, bloodsoaked price of that collusion, and finding ourselves the main victims of the obscurantist ideology now infiltrating our homes and our cities.

What a great shame that it has taken us all of this bloodshed to arrive at the belief that we are the ones who will pay the price for preventing those with whom we disagree from expressing their views – and that we will pay with our lives and our futures. What a shame this much blood has had to be spilled for us to realise, finally, that we are digging our own graves when we allow thought to be crushed by accusations of unbelief, calling people infidels, and when we allow opinion to be countered with violence.”

Today’s obscenity may shock us, but we must not be rendered speechless.

- Paris Charlie Hebdo attack: latest

Padraig Reidy is the former senior writer with the Index on Censorship

109,188

Charlie Hebdo : la liberté qu'on assassine

Solidarité, dignité, mobilisation

Publié le 07 janvier 2015 à 16:45 dans Médias Politique Société

Mots-clés : [attentat](#), [Bernard Maris](#), [Cabu](#), [Charb](#), [Charlie Hebdo](#)



Les mots manquent et se bousculent en même temps. Alors j'en choisirai un seul : Respect. Respect pour les dessinateurs, respect pour les journalistes, respect pour les policiers et l'ensemble des victimes tombées ce 7 janvier. A travers eux, c'est la liberté elle-même qu'on a voulu assassiner : la mienne, la vôtre, et plus encore celle de votre adversaire. Charb, Cabu, Tignous, Wolinski – et ceux dont le nom n'a pas encore été dévoilé à cette heure – sont morts parce qu'ils n'ont pas cédé. Parce que face aux menaces, ils ont continué à se moquer de toutes les croyances et de toutes les religions. Le président de la République a appelé à l'unité : il a eu raison. Face à la tragédie il ne devrait y avoir ni droite ni gauche, ni réac ni progressiste, ni croyant ni incroyant, mais des républicains prêts à se battre pour qu'on puisse défendre des idées qu'ils ne partagent pas. Il n'y a pas de liberté sans droit au désaccord. Voilà ce que doit nous rappeler ce jour funeste. Ils sont morts pour nous. Nous ne l'oublierons pas.

Bien sûr, on n'a aucune certitude quant à l'identité des assassins et de leurs éventuels commanditaires. Ce qu'on sait en revanche, c'est que les menaces proférées et réitérées contre *Charlie Hebdo* en général et Charb en particulier ont commencé en 2006 avec l'affaire des caricatures de Mahomet. Rappelons d'ailleurs qu'à l'époque, ceux qui s'estimaient insultés et qui réclamaient l'interdiction ont saisi la Justice et que la Justice leur a répondu : pas touche à la liberté. Cabu fit alors appel à Dieu plutôt qu'à son prophète, et c'est Allah qui confia : c'est dur d'être aimé par des cons. Les menaces ont continué, jusqu'à l'incendie de novembre 2011 qui a détruit sans tuer. Eux aussi ont continué. Jusqu'à ce matin.

Seulement, il ne s'agit plus de cons, mais de meurtriers. Bien sûr, on se gardera de tout amalgame. Rien ne serait plus contraire aux valeurs que défendait *Charlie Hebdo* que d'incriminer le musulman du coin de la rue. Mais la mémoire des victimes exige la vérité. Aujourd'hui, c'est le temps du deuil. Quand arrivera celui de la réflexion, il faudra bien que l'on se demande comment nous avons pu fabriquer des Mohamed Merah, des Mehdi Nemmouche, des Maxime Hauchard. Or, qu'entendait-on, hier encore sur les ondes et les écrans ? Que la menace djihadiste est un fantôme de populiste. Que c'est la faute à Zemmour, à Finkielkraut, à Houellebecq, à Le Pen et à leurs idées nauséabondes. Que Merah est une victime du système. Bref, que le problème n'est pas l'islam radical mais l'islamophobie galopante. Nous, nous n'accuserons personne : ce n'est certes pas la faute de ces prêchi-prêcheurs et autres inquisiteurs s'ils ont pris, et nous avec eux, un sacré coup de réel sur la tête. Mais peut-être devraient-ils à l'avenir s'abstenir d'insulter ceux qui ne pensent pas comme eux. Et plus encore de qualifier d'« islamophobes » tous ceux qui pensent que la « maladie de l'islam » (Abdelwahab Meddeb) ne touche pas seulement quelques fanatiques qui passent à l'acte. Les mots ont un sens qui n'est pas le même pour tous. Pour les tueurs de *Charlie Hebdo*, l'accusation d'islamophobie signifiait : cible à abattre.

Tout au long de la journée, des amis nous ont sommés de demander une protection. Nous faisons confiance à la police de notre pays et nous ferons ce qu'elle nous dira. Mais la guerre qui s'engage n'est pas seulement une affaire de police. Face à la haine de la liberté, il faut mener la guerre des esprits. Alors, disons-le à ceux qui dénoncent, accusent et excommunient à tour de bras, à ceux qui nous traitent de fachos, de racistes, de réacs : si vous voulez rester libres, il va falloir que vous défendiez ma liberté. Que vous le vouliez ou pas nous sommes dans le même bateau. Il sera toujours temps de se disputer ensuite.

